

Georg Hermann Hodos

**SCHAU-
PROZESSE**

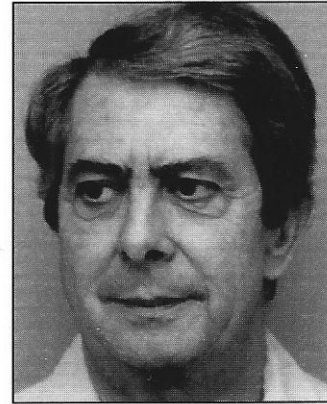
*Stalinistische Säuberungen
in Osteuropa 1948–54*

»Es wird kaum möglich sein, in absehbarer Zukunft in die Geheimarchive der UdSSR und der sozialistischen Staaten Osteuropas Einblick zu gewinnen. Das größtenteils undokumentierte Dunkel dieser Unterwelt der kommunistischen Geschichte bürdet den wenigen, in den Westen gelangten Überlebenden der Schauprozesse die Pflicht auf, die Lücke zu füllen. Meine Generation stirbt langsam aus, und da bisher kein Befugter die Aufgabe übernommen hat, muß ich den Versuch wagen, wie unvollständig er auch gelingt.«

Aus dem Vorwort

Die osteuropäischen Schauprozesse der 40er und 50er Jahre gehören zur unbewältigten Erblast des Stalinismus. Ihr Anlaß war der Abfall Titos, ihr Zweck die Unterwerfung der »Bruderparteien« in Prag, Budapest und den anderen Satellitenmetropolen. Und die Opfer waren keine Oppositionellen, sondern treue Schüler Stalins auf dem Gipfel ihrer frisch erklommenen Macht, die nach vorgefertigtem Drehbuch ausgesucht worden waren.

Georg H. Hodos ist einer der überlebenden Angeklagten der ungarischen Prozesse. Weil er erst jetzt, nach mehr als drei Jahrzehnten, die traumatische Zäsur seines Lebens thematisiert, gelingt ihm beides zugleich: Er hat Abstand genug, um mit dem kühlen Blick des Analytikers die Mechanismen, die Abläufe und den inneren Zusammenhang aller Schauprozesse bloßzulegen. Und er ist betroffener Zeitzeuge genug, um diese Gesamtdarstellung durch seine eigene Leidensgeschichte zu akzentuieren. Es sind also zwei Textebenen, aus denen sich sein Buch zusammensetzt.



Georg H. Hodos, geb. 1921, trat während des Krieges in der Schweizer Emigration der ungarischen KP bei. Nach dem Krieg arbeitete er als Redakteur wirtschaftspolitischer Zeitschriften und Berichterstatter westlicher Zeitungen in Budapest. 1949 wurde er verhaftet, im Rajk-Prozeß verurteilt und 1954 rehabilitiert. Nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes emigrierte er zunächst nach Österreich, dann in die USA.

Lizenz Ausgabe des Campus Verlags, Frankfurt am Main, für den Buchclub Ex Libris
Zürich, 1989

Das Werk einschliesslich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 1988 Georg Hermann Hódos

Umschlaggestaltung: Atelier Warminski, Büdingen

Satz: Norbert Czermak, Geisenhausen

Druck und Bindung: Druckhaus Beltz, Hemsbach

Printed in Germany

[Eingelesen mit ABBYY Fine Reader](#)

Für Marta

Inhalt

Abkürzungen	9
Vorwort	11
Einleitung	
Der historische Hintergrund	18
Kapitel 1	
Vorspiel in Albanien	24
Kapitel 2	
Der Kostow-Prozeß in Bulgarien	36
Kapitel 3	
Die Field-Verbindung – Wahrheit und Legenden	57
Kapitel 4	
Der Weg zum Rajk-Prozeß in Ungarn	66
<i>Persönliches 1</i>	
<i>Mai 1949</i>	76
Kapitel 5	
Vorbereitung des Musterprozesses	79
<i>Persönliches 2</i>	
<i>Juli – August 1949</i>	91
Kapitel 6	
Der Rajk-Prozeß	101
<i>Persönliches 3</i>	
<i>August 1949 – März 1950</i>	116

	Kapitel 7	
Dammbruch in der Tschechoslowakei		124
	Kapitel 8	
Der Slánský-Prozeß		136
	<i>Persönliches 4</i>	
	<i>März 1950</i>	145
	Kapitel 9	
Die umpolitisierten Schauprozesse in Rumänien		149
	<i>Persönliches 5</i>	
	<i>März 1950 – April 1952</i>	169
	Kapitel 10	
Die unterbrochenen Schauprozesse in Ostdeutschland		176
	<i>Persönliches 6</i>	
	<i>April 1952 – Juni 1954</i>	199
	Kapitel 11	
Der polnische Weg in die Schauprozesse		209
	<i>Persönliches 7</i>	
	<i>Juli – September 1954</i>	242
	Kapitel 12	
Folgen und Folgerungen		247
	<i>Persönliches Nachwort</i>	255
	<i>Anmerkungen</i>	261
	<i>Literatur</i>	274
	<i>Kurzbiographien</i>	279
	<i>Personenregister</i>	295

Abkürzungen

AVH	Allamvédelmi Hatóság (Staatssicherheitsdienst Ungarns) CIA Central Intelligence Agency (Abwehrdienst der USA) KNR Krajowa Rada Narodowa (Nationalrat der Heimat, Dachorganisation der polnischen kommunistischen Untergrundbewegung)
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MWD	Ministerstwo Wnutrennich Dziel (Innenministerium der Sowjetunion, dem von 1946 bis 1954 der Staatssicherheitsdienst unterstellt war)
NKWD	Narodnii Kommissariat Wnutrennich Dziel (Volkskommissariat für Inneres der Sowjetunion, dem von 1934 bis 1946 der Staatssicherheitsdienst unterstellt war)
OSS	Office of Strategic Services (Abwehrdienst der USA von 1942 bis 1945)
PB	Politbüro der kommunistischen Parteien
PPR	Polska Partia Robotnicza (Polnische Arbeiterpartei, die 1941 neugegründete KP)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
SSD	Staatssicherheitsdienst (der DDR)
UDB	Uprava Drzavne Bezbednosti (Staatssicherheitsdienst Jugoslawiens)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USC	Unitarian Service Committee (Hilfskomitee der Unitarier) ZK Zentralkomitee der kommunistischen Parteien

Die Partei ist ein Leichnam, meinte Rubaschow, sie kann weder atmen noch sich bewegen, nur ihre Haare und Nägel wachsen weiter. «Alles liegt verschüttet», sagte er zu Beginn seines Verhörs dem NKWD-Obersten Iwanow, «die Menschen, die Erkenntnisse, die Hoffnungen . . . Wir wussten mehr, als jemals Menschen über die Menschheit gewusst haben, deshalb gelang uns ihre grösste Revolution. Und jetzt habt ihr alles wieder zugeschüttet.» (Koestler 1979, S. 75)

Rubaschow, Arthur Koesters literarisches Symbol der stalinistischen Säuberungsoffer, war schon längst vor seiner Verhaftung ein Gebrochener, Enttäuschter; seine Revolution war verraten, von Nr. 1, von Stalin, in ein prinzipienloses Machtinstrument verwandelt worden. Koestler formte seinen tragischen Helden nach Bucharin, mit dem Zwicker Trotzki auf der Nase, doch er steht stellvertretend für die gesamte Alte Garde der Bolschewiki, die Kampfgefährten Lenins. Sie alle erlebten die Perversion ihrer Ideale und schauten, in die Opposition gedrängt, hilflos zu, wie ihnen stufenweise, systematisch und erbarmungslos die Macht entrissen, ihr Ruhm, ihre Parteitreu in den Schmutz getreten wurden. Sie standen Stalins brutalem Drang nach Alleinherrschaft im Weg. Er benutzte die Rechte gegen die Linke, dann wechselte er die Fronten und spielte das Zentrum gegen beide aus, schliesslich vernichtete er sie alle in den Schauprozessen, im Grossen Terror der 30er Jahre.

Nach dem Krieg, 15 Jahre später, wurde eine ganz andere Gruppe liquidiert, die Junge Garde der Kommunisten Osteuropas. Das waren keine Oppositionellen, sondern treue Schüler Stalins. Sie standen auf dem Gipfel ihrer neu errungenen Macht, als sie von ihrem Meister für die Rolle des Opfers auserwählt wurden. Rajk, Slánský, Gomulka und Genossen

waren keine Rubaschows, sie waren der von Moskau diktierten Parteilinie genau so ergeben wie ihre Henker. Der Unterschied spiegelt sich auch in den Methoden des Verhörs, des Erzwingens von Geständnissen wider. Als Rubaschow das erste Mal zum Verhör vorgeführt wurde, erwartete ihn Iwanow, der alte Freund, und lächelte ihn an. «Gestatte’, sagte er, ‚dass ich mich von der Überraschung erhole.’ ‚Setz dich’, sagte Iwanow mit einer einladenden Geste.» (Ebd., S. 71) Rubaschow lernte, seine subjektive Schuld anzuerkennen. «Ich bekenne mich schuldig», gestand er schliesslich, «den fatalen Zwang, der die Politik der Regierung bedingt, nicht erkannt und infolgedessen oppositionelle Anschauungen gehegt zu haben. Ich bekenne mich ferner schuldig, sentimental Impulsen gefolgt und damit in Widerspruch mit der historischen Notwendigkeit geraten zu sein ... Schliesslich bekenne ich mich schuldig, den Begriff des Menschen über den der Menschheit gestellt zu haben ... Ich gestehe, dass all dies in der gegenwärtigen Lage objektiv schädlich und daher konterrevolutionär ist. . .» (Ebd., S. 160)

Der nächste Sprung, von der Akzeptierung der subjektiven Schuld zum Geständnis scheusslicher, bewusster Verbrechen folgte mit unbarmherziger Logik. Gletkin, sein zweiter Verhörer, brauchte hierzu bloss den blendenden Schein einer Schreibtischlampe, die falsche Zeugenaussage eines Häftlings und den Zermürbungseffekt fast pausenloser Verhöre. Rubaschow akzeptierte den Sprung. «Die Rollen waren plötzlich vertauscht: nicht Gletkin, sondern er, Rubaschow, hatte einen klaren Tatbestand durch Haarspaltereien zu verwirren versucht. Die Anklage, die ihm bisher so absurd erschienen war, ersetzte bloss ... die fehlenden Glieder in einer vollständig logischen Kette.» (Ebd., S. 174f.) Vielleicht erging es Bucharin ähnlich; schliesslich war sein Rückgrat nach zehnjähriger Verfolgung bereits gebrochen. Zeugen berichten, dass er in den 14 Monaten seiner Untersuchungshaft nicht gefoltert worden ist. Möglich.

Doch Rajk, Slánský, Kostow, Patrascanu, Gomulka und die anderen Nachkriegsopfer hatten kein subjektives Schuldbewusstsein, das zum objektiven Verbrechen «umpolitisiert» werden konnte. Und ihre Henker hatten keine Zeit. Physische Folterungen mussten in wenigen Wochen Kommunisten am Höhepunkt ihrer Macht in hilflose, blutende Fleischbündel

verwandeln, ihrer menschlichen Würde, des gesamten Inhalts ihres Lebens berauben. Sie wurden mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben geschlagen, ihre Fingernägel herausgerissen, sie mussten Salz vom Boden auflecken und durften nicht trinken, die Folterer pissten in ihren Mund, sie wurden nackt ins Wasserbad gestellt und mit elektrischem Strom gepeinigt, man liess sie nicht schlafen, nicht sitzen, sperrte sie in Käfige, wo sie nur kauern konnten – die Liste ist lang und abwechslungsreich. Dazu kam die psychische Folter, die Drohung, ihre Frauen und Kinder zu verhaften – sofern sie nicht schon verhaftet waren – das Gefühl, hilflos ausgeliefert, lebendig begraben zu sein, sogar der Möglichkeit beraubt, Selbstmord zu begehen. Je höher ihre Funktion in der Partei war, umso brutaler wurden sie gefoltert. Nur selten kam es zu «Pannen», nur selten wurden sie in den Untersuchungsgefängnissen versehentlich zu Tode oder an den Rand des Wahnsinns gefoltert. Sie mussten ja noch ihre Rolle im Schauprozess spielen können.

Die philosophischen Gespräche nach Koestlerischem Muster, die Appelle an die Parteitreue, dem Weltkommunismus einen letzten Dienst zu leisten, kamen erst zum Schluss, nachdem das physischpsychische Zerstörungswerk beendet war.

Rajk und Genossen waren keine Bucharins der Nachkriegszeit. Sie waren aber auch keine «Nationalkommunisten», wie es in der westlichen Literatur so oft zu lesen ist. Ihnen «titoistische Neigungen» anzudichten, ist eine völlige Verkennung ihrer Persönlichkeit und ihrer politischen Rolle, ist auch ein falscher Analogieschluss zu den 30er Jahren, der, zu Ende gedacht, zu einer perversen Rechtfertigung der Henker führt: Die Opfer waren verdächtig, sich Stalin widersetzen zu wollen, also mussten sie rechtzeitig liquidiert werden. Sie im Sinne der östlichen Version als «potentielle Titos» abzustempeln, ist eine rein spekulative Verlegenheitsklärung: Die Hingerichteten können sie posthum nicht beweisen – die Schlussphase der Herrschaft Gomulkas, die Karriere Husáks oder die Henkerrolle Kádárs widerlegen sie.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass auch ohne den Bruch Titos mit Stalin Schauprozesse als Mittel der Unterwerfung der «Bruderparteien» unter das Diktat der Sowjetunion stattgefunden hätten, wenngleich mit einem anderen Drehbuch. Während jedoch in den Fraktions- und Machtkämpfen der 30er Jahre die Darsteller feststanden und das Drehbuch

erst nachträglich geschrieben worden ist, begann man im Osteuropa der 40er Jahre mit dem Drehbuch und suchte sich dazu die geeigneten Darsteller aus. Die Nachkriegsprozesse sind keine blosse Kopie der Moskauer Säuberungen, sondern bilden, trotz aller Ähnlichkeiten, ein neues Kapitel in der Geschichte der Schauprozesse. Der grösste Unterschied besteht dabei in den Zielsetzungen: Der Grosse Terror der 30er Jahre diente der Errichtung der Alleinherrschaft Stalins in der Sowjetunion – die osteuropäische Mordwelle hingegen hatte den Zweck, die totale Unterwürfigkeit der Satellitenstaaten durchzusetzen, die vom Henkerstrick verschonten Parteiführer in Statthalter des Kolonialreiches zu verwandeln.

Den Begriff «Schauprozesse» verwende ich in einem engen, aber zugleich auch sehr weiten Sinn. Ich beschränke ihn einerseits nur auf die Liquidierung von Kommunisten durch Kommunisten und lasse somit die stalinistischen Schauprozesse gegen die tatsächlichen Regimefeinde wie z.B. die Führer der reaktionären, bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien oder der katholischen Kirche ausser Acht. Andererseits beziehe ich nicht nur öffentliche, von auserwählten Zuschauern besuchte, im Radio übertragene Verhandlungen mit ein, sondern auch Geheimprozesse, die dann mithilfe einer gezielten Flüsterpropaganda unter den Parteimitgliedern sozusagen zu unsichtbaren Schauprozessen werden – in ihrer «Geheimhaltung» vielleicht noch wirksamer, als ob sie von Augen- und Ohrenzeugen den Schein der Kontrollierbarkeit erhielten.

In meiner Studie will ich den Mechanismus und den Ablauf der osteuropäischen Schauprozesse analysieren. Die Revision der Terrorurteile in der Phase der Chruschtschowschen Entstalinisierung konnte ich hingegen bloss streifen; ihre eingehende Behandlung hätte den Rahmen des Buches weit gesprengt. Eine vergleichende, umfassende Geschichte dieser Revision bis hin zum polnischen und ungarischen Aufstand sowie dem «Prager Frühling» müsste Inhalt eines anderen Buches sein, das noch nicht geschrieben worden ist.

Ich bin einer der glücklichen Überlebenden des Rajk-Prozesses und habe aus der Perspektive des Opfers Einsichten in den Mechanismus, in die Psychologie von Musterprozessen gewonnen, die den Aussenstehenden verwehrt sind. Vom Augenblick meiner Verhaftung bis heute liess mich

die Frage nicht los: Wie kam es dazu? Erstaunlicherweise fand ich kein Buch, das eine umfassende Darstellung der Schauprozesswelle der Nachkriegszeit bietet, war also auf Bruchstücke eines Mosaiks angewiesen, deren mühsame Zusammenstellung zu einem Gesamtbild mir zu einer inneren Notwendigkeit wurde.

Viele Antworten ergaben sich aus meinen persönlichen Erlebnissen. Sie wurden noch erweitert und vertieft durch eine verhältnismässig reiche Primärliteratur, die Memoiren meiner Leidensgenossen in Prag und vereinzelte, seltene Zeugnisse der ungarischen und ostdeutschen Schauprozesse. Die in den Westen entkommenen Überlebenden der polnischen, bulgarischen und rumänischen Parteisäuberungen hingegen hüllen sich in Schweigen.

Die Erlebnisberichte beleuchten jedoch notwendigerweise nur einen Teilaspekt des Ganzen, und auch dies in einer subjektiven Weise. Die Sekundärliteratur hilft auch nicht weiter, sich ein Gesamtbild zu formen. Im Gegensatz zum Grossen Terror der 30er Jahre in der Sowjetunion wie auch zum allgemeinen Phänomen des Stalinismus gibt es nur wenige zusammenfassende historische Werke über das stalinistische Osteuropa, und auch darin werden die Schauprozesse nur verhältnismässig kurz, als Teile der allgemeinen Geschichte behandelt. In den Monographien über die Nachkriegsgeschichte der einzelnen Staaten und ihrer kommunistischen Parteien werden die Schauprozesse nur flüchtig gestreift und voneinander isoliert betrachtet.

Was waren die Hintergründe der Parteisäuberungen, inwieweit befolgten die einzelnen Satellitenstaaten die aus Moskau erlassenen zentralen Direktiven, worin beeinflussten spezifische historische Faktoren oder die Persönlichkeit von Rákosi, Gottwald, Bierut, Gheorghiu-Dej und der anderen lokalen Statthalter der Sowjetmacht die Prozesse? Was war die Rolle von Noel Field, dessen Gespenst die Liquidierungswelle von Budapest über Prag und Warschau nach Ost-Berlin vorwärtstrieb und Stalin die Verbindung zwischen Titoismus und amerikanischer Spionage verschaffte? Weshalb gab es keine öffentlichen Schauprozesse in Rumänien, in Polen und in der DDR? Wie hängen die Prozesse zusammen, worin bestehen die Ähnlichkeiten, worin die Unterschiede? Wie kam es zur Auswahl der Op-

fer, zur Ausarbeitung der verschiedenen Prozessdrehbücher? Antworten auf solche und ähnliche Fragen können unmöglich im engen Rahmen der einzelnen Prozesse, der einzelnen Parteien und Staaten gefunden werden – die Erklärung muss aus dem Gesamtbild sich ergeben.

Dieses Buch entstand aus dem inneren Zwang, eine befriedigende Antwort auf die mich quälenden Fragen zu finden. Dieser Zwang und meine intensive Beschäftigung mit der Materie, das jahrzehntelange Studium der veröffentlichten und unveröffentlichten Literatur, das Sammeln vertraulicher Informationen von den Verfolgten wie auch von den Verfolgern mögen als Rechtfertigung dieses unbescheidenen ersten Versuchs einer Gesamtdarstellung dienen. Es wird kaum möglich sein, in absehbarer Zukunft in die Geheimarchive der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Osteuropas Einblick zu gewinnen. Das grösstenteils undokumentierte Dunkel dieser Unterwelt der kommunistischen Geschichte bürdet den wenigen, in den Westen gelangten Überlebenden der Schauprozesse die Pflicht auf, die Lücke zu füllen. Meine Generation stirbt langsam aus, und da bisher kein Befügterer die Aufgabe übernommen hat, muss ich den Versuch wagen, wie unvollständig er auch gelingt, denn bald wird niemand mehr in der Lage sein, aus intimer Kenntnis der am eigenen Leib erfahrenen Geschehnisse ein Kapitel der Zeitgeschichte zu schreiben, wo der Unbeteiligte aus Mangel an zuverlässigem Quellenmaterial notgedrungen auf Vermutungen und Spekulationen angewiesen ist.

Ich habe in diesem Buch einige meiner eigenen Erlebnisse geschildert – als Illustration der allgemeinen Ausführungen. Vom persönlichen Weg eines Kommunisten durch den Terrorapparat des Stalinismus zu lesen, kann vielleicht dazu beitragen, zumindest einige psychologische weisse Flecken auf der Landkarte der Schauprozesse mit Konturen auszufüllen. Ich begann meine lange Reise mit der Sicherheit, eine gute Antwort auf die schlechte Welt gefunden zu haben. Der vom Kopf auf die Füsse gestellte reale Kommunismus zerschmetterte diese Antwort. Stalin warf mich ins Gefängnis, fünf Jahre später gab mir Chruschtschow die Freiheit zurück, die Helfershelfer der Henker drückten mir das Parteibuch wieder in die Hand und sagten, ich sei rehabilitiert. Die abgewürgte Entstalinisierung Chruschtschows, seine Panzer in den Strassen von Budapest schienen je-

doch die aufgeflackerte Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft für immer zu ersticken. Der Pessimismus war vielleicht verfrüht, mit Gorbatschow eröffnet sich eine neue geschichtliche Chance, den Sozialismus von der Zwangsjacke der stalinistischen Erbschaft zu befreien. Erst dann wird in Osteuropa die noch immer offene Wunde der Schauprozesse geheilt, erst dann werden ihre Opfer tatsächlich rehabilitiert sein.

Die psychischen Wunden, die der Stalinismus mir zugefügt hatte, sind geheilt. Ich gehöre nicht zu jenen Exkommunisten, die ihren kritiklosen Glauben an die Oktoberrevolution durch einen ebenso kritiklosen Antikommunismus wiedergutmachen wollten und zu Ideologen des Kalten Krieges wurden. Das war auch der Grund dafür, dass ich lange Jahre gezögert habe, meine Erlebnisse niederzuschreiben.

Der jüngste Anlauf in der Sowjetunion zur Entstalinisierung, in deren Schatten auch für die unter Stalin zu Satelliten degradierten Staaten Osteuropas neue Möglichkeiten eines eigenen Weges sich eröffnen, schuf eine neue Lage. Das Sowjetexperiment im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist nicht mehr identisch mit dem Stalinismus. Die Geschichte der osteuropäischen Schauprozesse braucht jetzt keine Munition im Kalten Krieg mehr zu sein, sie sollte vielmehr als Beitrag zur Entstalinisierung dienen. Deshalb entschloss ich mich auch, dieses Buch zu schreiben: als Beitrag, die immer noch wuchernden Wurzeln des Stalinismus blosszulegen, um ihn endgültig zu überwinden.

Zum Schluss sei noch eine Bemerkung erlaubt. Es ist nicht üblich, dass ein Verfasser die Verantwortung für seine Irrtümer von sich abwälzt, und sicherlich sind im Nachfolgenden manche Unstimmigkeiten enthalten. Aber vielleicht mutet es den Leser doch nicht als Dünkel an, wenn ich ihn um Nachsicht bitte und zumindest einen Teil der Schuld den osteuropäischen Regierungen auflade, die in die Geheimarchive ihrer Parteien und Staatssicherheitsdienste keinen Einblick gestatten und sich über die Einzelheiten der Geschichte der Schauprozesse in Schweigen hüllen.

Einleitung

Der historische Hintergrund

In diesem Buch will ich nicht die Geschichte des Stalinismus behandeln, auch nicht die des stalinistischen Terrors in Osteuropa. Ich beschränke mich auf eine zusammenfassende Darstellung der Schauprozesse gegen Kommunisten: der Liquidierung also nicht von Oppositionellen wegen tatsächlichen oder angeblichen Widerstands gegen die sozialistische Umgestaltung und Sowjetisierung, sondern von führenden Parteifunktionären auf Grund fabrizierter Anklagen.¹ Das Buch erhebt keinen Anspruch auf theoretische Analyse. Sein Zweck ist bloss, den Verlauf der Säuberungen in den einzelnen Satellitenstaaten zu schildern, die aus der zentralen Steuerung sich ergebenden Zusammenhänge aufzuzeigen, gleichzeitig aber die in der Geschichte und in den Persönlichkeiten wurzelnden Unterschiede hervorzuheben, die diese von einer scheinbar allmächtigen Zentralsteuerung erstrebte Gleichförmigkeit vielfältig variierten.

Der weltpolitische Hintergrund, aus dem die Schauprozesse erwachsen sind, ist in der Literatur ausführlich behandelt worden. Dennoch scheint es mir unumgänglich zu sein, die drei wichtigsten Faktoren kurz zu skizzieren, die zu den Parteisäuberungen führten: der Kalte Krieg, der paranoide Argwohn des alternden Stalin und der sowjetisch-jugoslawische Konflikt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kontrollierte die Sowjetunion Europa östlich der Linie Stettin/Triest. Der von den Vereinigten Staaten geführte Westen antwortete mit der «Politik der Eindämmung», die sich Schritt für Schritt zu einem Kalten Krieg verschärfte. Die einzelnen Stationen sind wohlbekannt: die amerikanische Unterstützung der Royalisten im griechischen Bürgerkrieg von 1946; die Truman-Doktrin im März 1947, die je-

der vom Kommunismus bedrohten Nation politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe versprach; der Marshall-Plan vom Juni 1947 für den Wiederaufbau Westeuropas zur Stärkung des Widerstandes gegen kommunistische Umsturzpläne; der Beschluss vom Juni 1948 zur Teilung Deutschlands und zur Schaffung einer dem Westen angegliederten Bundesrepublik; die Errichtung der Brüsseler Union im März 1948, die im Juli 1949 zum Nordatlantikpakt erweitert wurde.

Auf dem Gebiet der Nachrichtendienste verordnete Präsident Truman im Juni 1948 die Ausdehnung des Aufgabenbereiches der neu geschaffenen Central Intelligence Agency auf «geheime Operationen wie: Propaganda; Wirtschaftskrieg; direkte Präventivhandlungen einschliesslich Sabotage; subversive Aktionen einschliesslich der Hilfe für die Widerstandsbewegungen im Untergrund sowie für antikommunistische Elemente in den bedrohten Ländern» (Direktive NSC 10/2 des Nationalen Sicherheitsrates vom Mai 1948).

Die «verdeckten Operationen» konzentrierten sich vor allem auf Westeuropa (s. dazu Barnett 1983, S. 140ff.), doch auch in den von der Roten Armee besetzten Ländern sind, solange sie nicht durch die totale Stalinisierung von der Aussenwelt isoliert wurden, geheime Wege eröffnet worden zur Finanzierung und Beeinflussung antikommunistischer Parteien, der Kirchen und sowjetfeindlicher Gruppen (s. dazu Powers 1980, Kap. 3). In Polen und in der Ukraine wurden in den ersten Nachkriegsjahren bewaffnete Guerilla-Bewegungen unterstützt, in Albanien war eine geheime britisch-amerikanische paramilitärische Operation geplant, die nur am Verrat des Doppelagenten Kim Philby scheiterte (s. dazu Bethell 1984). Dass führende Kommunisten von westlichen Spionagediensten angeworben worden wären, gehört hingegen zu den krankhaften Phantasien Stalins – zweifellos verstärkt durch die *disinformation*-Kampagne, die Verbreitung von Falschinformationen in den westlichen Medien, wie z.B. Berichte über Spannungen innerhalb der Parteiführungen zwischen angeblich moskauhörigen und nationalistischen, orthodoxen und liberalen Fraktionen.

Die Politik des *containment* führte dazu, dass das Sowjetimperium eingekreist, politisch und wirtschaftlich isoliert, rundherum von westlichen Militärstützpunkten umgeben war. Stalin reagierte auf diese Eindämmung mit der Kolonisierung der besetzten Länder. Er verwandelte sie in ein po-

litisches, wirtschaftliches und militärisches Vorfeld der UdSSR und zwang ihnen in allen Aspekten ihres gesellschaftlichen Lebens das Sowjetmuster auf.

Ideologie war ein mächtiges Instrument dieser Kolonisierungspolitik. Die anfängliche Theorie der verschiedenen nationalen Wege zum Sozialismus wurde verworfen und durch das stalinistische Konzept einer erzwungenen Konformität ersetzt, worin die Sowjetunion zum allgemein gültigen, allein richtigen Modell erhoben und ihren Interessen das absolute Primat eingeräumt wurde. Dem äusseren Kalten Krieg wurde zum inneren Gebrauch die pseudo-marxistische Theorie von der «Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus» angehängt. «Wachsamkeit» wurde zur wichtigsten Parole, da ja entsprechend dieser Theorie der geschlagene, in die Ecke gedrängte Klassenfeind sich allerlei Tarnmittel bediente, um die volksdemokratische Ordnung zu stürzen und den Aufbau des Sozialismus zu sabotieren.

Die Partei bildete dabei keine Ausnahme. Das paranoide Misstrauen Stalins sah den Feind in die wichtigsten Partei- und Staatsämter eindringen: Als Kommunisten verkleidete Agenten des Imperialismus versuchten sein neu erworbenes Imperium von innen auszuhöhlen. Schon bald wurde der Feind mit dem Parteibuch in der Tasche zur grössten Gefahr erklärt. Titos Auflehnung schien den letzten Beweis zu liefern für die Richtigkeit dieser pathologischen Angst vor Verrätern und Spionen. Sie führte unmittelbar zu den Schauprozessen.

Die Säuberungen hätten auch ohne Tito stattgefunden, aber der Bruch hat sie beschleunigt. Der alternde Diktator begann, seinen engsten Mitarbeitern zu misstrauen. Er beschuldigte Molotow, Woroschilow, Mikojan, Berija, General Schukow, ja sogar seinen treuen Privatsekretär Poskrebyschew, britische Spione zu sein, und wies die Sicherheitspolizei an, Belastungsmaterial gegen sie zu sammeln (s. Medvedev 1949, S. 153 u. 157).² Er terrorisierte seine unterwürfigsten Höflinge, indem er ihre Familienmitglieder verhaften liess. Die Gattinnen des Staatsoberhauptes Kalinin, des Privatsekretärs Poskrebyschew, des Aussenministers Molotow wurden als «Verräterinnen» ins Gefängnis geworfen. Der Bruder von Kaganowitsch erschoss sich im Untersuchungszimmer (s. Medvedev 1973, S. 344). Der Parteitheoretiker Andrej Schdanow starb unter mysteriösen

Umständen. Stalin, der sehr wahrscheinlich seinen Tod angeordnet hat, beschuldigte die jüdischen Kreml-Ärzte des Mordes und fabrizierte die berüchtigte «Ärzte-Verschwörung» als Höhepunkt seiner antisemitischen Kampagne und als Vorwand für die geplante Deportation der sowjetischen Juden nach Birobidschan in Zentralasien (s. ebd., S.536). Die Liquidierung Schdanows führte zur «Leningrad-Affäre», in deren Verlauf nahezu alle Parteiführer der Stadt, die Leiter der Komsomol und des Stadt-Sowjets, Fabrikdirektoren, Wissenschaftler, Lehrer und Professoren verhaftet wurden. Tausende wurden hingerichtet, unter ihnen das Politbüro-Mitglied Vosnesensky, der ZK-Sekretär Kusnjevow und der Vorsitzende des Ministerrats der Russischen Sowjetrepublik Rodionow (s. ebd., S. 532).

Auch die Sicherheitsdienste, diese Hauptstützen des Terrors, wurden nicht verschont. Unter Oberaufsicht des berüchtigten NKWD-Chefs Lawrenti Berija wurden sie in drei Teile zersplittert: das Innenministerium mit Kruglow, das Staatssicherheitsministerium mit Abakumow und die Sonderabteilung zum persönlichen Schutz Stalins mit General Wlasik an der Spitze. Bald wurde Abakumow verhaftet und Wlasik beschuldigt, ein Agent des britischen Intelligence Service zu sein. Sogar Berija selbst fiel in Ungnade. In der sogenannten «Migrelischen Affäre» wurden viele seiner Kreaturen verhaftet: ein Vorspiel zu seiner drohenden Liquidierung (s. ebd., S. 558).

Für den alternden Stalin war jeder verdächtig. Er misstraute seinen engsten Helfershelfern. Wie hätte er da seinen fernen Statthaltern in den Satellitenstaaten Vertrauen schenken können?

Der Aufstieg der Sowjetunion von einem Paria der internationalen Gesellschaft zu einer Supermacht liess die Inszenierung von Nachkriegs-Schaulprozessen nicht als ratsam erscheinen, da die Weltöffentlichkeit den bisher kaum beachteten innersowjetischen Vorgängen jetzt zu viel Aufmerksamkeit schenkte. Die Säuberungen und Massenmorde mussten also hinter den Kulissen stattfinden, die Geheimprozesse und Geheimhinrichtungen durften nicht erwähnt werden. Für die Satellitenstaaten hingegen galten keine solche Rücksichten. Stalin liess seine Stellvertreter zuerst die Kriegsverbrecher und Faschisten, dann die bürgerliche Opposition, schliesslich die Sozialdemokraten vernichten. Nach Titos Abfall kamen die Kommunisten selbst an die Reihe.

Die Geschichte des jugoslawisch-sowjetischen Konflikts ist gut bekannt (s. u.a. Ulam 1971) und braucht hier nur kurz gestreift zu werden. Seine Wurzeln liegen in der Tatsache, dass Jugoslawien als einziger osteuropäischer Staat aus eigener Kraft und nicht von Gnaden der Roten Armee seine Befreiung von der deutschen Besetzung errungen und die sozialistische Revolution vollzogen hat.

Von 1945 bis Juni 1948 war das sowjetisch-jugoslawische Verhältnis durch die wachsende Spannung zwischen dem Versuch Stalins, Jugoslawien zu einem unterwürfigen Klienten-Staat zu degradieren, und dem Widerstand Titos charakterisiert. Tito war, wenn überhaupt möglich, ein noch eifrigerer Stalinist als die übrigen Parteiführer des Sowjetblocks. Er befolgte blindlings die von Moskau diktierte innen- und aussenpolitische Linie und akzeptierte widerspruchslos die allgemeine Gültigkeit des Sowjetmodells, die führende Rolle der Sowjetunion. Im Informationsbüro der kommunistischen Parteien, diesem Instrument zur Erzwingung der Konformität im Sowjetimperium, war Jugoslawien der leidenschaftlichste Ankläger gegen jede «Abweichung» vom Stalinschen Konzept, und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft war weit radikaler als in den anderen Volksdemokratien.

Die Spannung entstand nicht aus doktrinären Differenzen, sondern aus den unvereinbaren Auffassungen über die Partei- und Staatsbeziehungen. Zum ersten Mal seit der Vernichtung der Opposition im Grossen Terror der 30er Jahre wagte jemand, Stalin zu widersprechen. Zum ersten Mal wagte es ein sozialistischer «Bruderstaat», sich gegen die sowjetische Kontrolle seiner Wirtschaft, seiner Armee, seiner Partei aufzulehnen. Alarmierend für Stalin waren das wachsende Ansehen Titos in allen Volksdemokratien sowie dessen Versuch, an Stelle des Satellitengürtels eine sozialistische Föderation der Donau- und Balkanstaaten zu errichten. Im Frühjahr 1948 ging Stalin von der verdeckten Infiltrierungspolitik zum offenen Angriff über, um die Unterwerfung oder, wenn nötig, die Beseitigung Titos zu erzwingen.

Der Machtkampf wurde durch spitzfindige theoretische Phrasen getarnt. In einer Reihe von Briefen des ZK der KPdSU beschuldigte Stalin Tito der Abweichung von der korrekten marxistisch-leninistischen Linie und einer unfreundlichen Haltung gegenüber den sowjetischen «Bera-tern». Der Ton wurde von Brief zu Brief schärfer und drohender, die Vor-

würfe gipfelten schliesslich im «Bucharinismus» und «Trotzkismus», den schrecklichsten Verdikten des stalinistischen Vokabulars.³ Als die Jugoslawen sich weigerten, Stalins Diktat nachzugeben, versuchte dieser, die Partei zu spalten, doch scheiterte sein Manöver an der Verhaftung der beiden sowjethörigen ZK-Mitglieder Hebrang und Zujovic.

Der Bruch wurde unvermeidlich. Stalin rief eine Sondersitzung der Kominform ein, deren am 28. Mai 1948 verabschiedete Resolution die antimarxistische, sowjetfeindliche Politik Titos verurteilte und die jugoslawische Partei aus der Kominform ausschloss. Der Bannfluch endete mit der Aufforderung an die «gesunden Elemente» in der KP Jugoslawiens, Tito zu stürzen und sich wieder dem Sowjetlager anzuschliessen.

Tito kapitulierte jedoch nicht. Er wurde für Stalin zum «Feind Nr. 1». Der Titoismus ersetzte in der stalinistischen Liturgie den Trotzismus als das zum Fleisch gewordene Böse, er füllte die ausgeblutete, leere Hülle des Feindbildes mit einem neuen Inhalt und avancierte zum Gespenst der Nachkriegszeit, mit dem Stalin seine autokratische Herrschaft über die Satellitenstaaten und ihrer Parteien sicherte. Der Fabrizierung von Ersatz-Titos im erprobten, blutigen Stil des Grossen Terrors stand nichts mehr im Wege: Die osteuropäischen Schauprozesse konnten beginnen.

Kapitel 1

Vorspiel in Albanien

Die Nachkriegswelle der stalinistischen Schauprozesse begann am 12. Mai 1949 mit der Geheimverhandlung gegen den gestürzten albanischen Innenminister Koci Xoxe. Seine Hinrichtung bildete zugleich den blutigen Höhepunkt des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts. Stalin konnte Tito nicht stürzen oder physisch liquidieren, also musste Xoxe stellvertretend sterben. Er war kein erfundener «Titoist» wie seine Nachfolger unter den Galgen von Budapest, Sofia, Prag und Bukarest, in den Kellern Warschaus und Ost-Berlins, sondern ein Titoist ohne Anführungszeichen: der Vertrauensmann Jugoslawiens in der albanischen KP. Xoxe war eine Ausnahme, mit der die Regel begann.

Die Albanier waren schon immer und blieben auch ein Ausnahmefall. Sie sind ein bruderloses Volk, Nachkommen eines vorindogermanischen Stammes und der Illyrer, ihre Sprache ist keiner anderen verwandt. Seitdem sie vor etwa 3.000 Jahren, noch vor den Griechen, in die Balkanhalbinsel eindringen, ist ihre Geschichte ein ständiger Kampf um die Bewahrung ihres Anders-Seins – gegen die Herrschaft Athens und Roms, gegen die von Byzanz und der Türkei (s. dazu die einleitenden Kapitel in Skendi 1956 und Pano 1968).

Auch unter dem Kommunismus gab Albanien seine Sonderexistenz nicht auf. Es löste sich erst aus der jugoslawischen, dann aus der sowjetischen, schliesslich aus der chinesischen Verbindung und zog die völlige Isolierung der Aufgabe seiner Unabhängigkeit vor. Es will – bis heute – nicht Teilnehmer, sondern einsamer Schiedsrichter der Weltgeschichte sein. Als einziger unter den sozialistischen Staaten institutionalisiert es den Atheismus, proklamiert sich als der alleinige Vertreter des wahren Marxismus-Leninismus, ist unerbittlicher Feind aller «Abweichler». Al-

banien ist eine Ausnahme auch darin, dass seine Parteiführung in der ersten Phase ihrer Herrschaft in Fraktionen zersplittert war. Umso heftiger blieb es als einziges sozialistisches Land bis heute noch dem Stalinismus treu und hat dessen Opfer wie Koci Xoxe nicht rehabilitiert.

Erst das Erwachen des albanischen Nationalismus Ende des 19. Jahrhunderts brachte den Anschluss an die Politik, Wirtschaft und Kultur Europas. Die nationalistische Bewegung fiel mit der fortschreitenden Auflösung des Osmanischen Reiches zusammen und erhärtete sich im Guerilla-Krieg gegen die Türken. 1912 wurde die Unabhängigkeit Albanien proklamiert. Im folgenden Jahr zogen auf der Londoner Konferenz die Grossmächte die Grenzen des neuen Staates: Die Provinz Kosovo mit etwa einer halben Million Albanern wurde Serbien zugesprochen und damit ein Streitpunkt geschaffen, der noch heute das Verhältnis Albanien zu seinem Nachbarn im Norden vergiftet.

Der isolierte neue Staat trat ins 20. Jahrhundert als der ärmste und rückständigste ganz Europas. Sein Volk wurde von fremden Mächten und den eigenen Feudalherren ausgeplündert. Einem der mächtigsten Grossgrundbesitzer, Ahmed Zogu, gelang es, sich zum König krönen zu lassen. Unter seiner Diktatur wurde Albanien zuerst ein Satellit, dann – nach der Flucht Zogus ins Ausland im Jahre 1939 – eine Kolonie Italiens. Der Sturz Mussolinis brachte schliesslich die deutsche Wehrmacht ins Land. Doch nur die dünne Oberschicht machte alle politischen Wendungen mit. Das Volk kapselte sich, wie immer, von den fremden Einflüssen ab. Erst das auch in die Bergschluchten eindringende Gemetzel des Weltkrieges mobilisierte die Bauern und Hirten zum aktiven Widerstand gegen die faschistischen Besatzungsmächte. Der von der Kommunistischen Partei geführten Nationalen Befreiungsarmee gelang es, im Herbst 1944 das ganze Land von den Okkupanten zu befreien – aus eigener Kraft, ohne die Hilfe eines einzigen Rotarmisten oder jugoslawischer Partisanen. Der Weg war frei zur Machtübernahme.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Albanische Kommunistische Partei von den Jugoslawen ins Leben gerufen wurde. Freilich gab es in der Zwischenkriegsperiode Exilorganisationen in Genf, Paris und Moskau. Auch in Albanien selber organisierten sich kommunistische Gruppen, deren grösste unter der Leitung des jungen Lehrers Enver Hoxha und des

Klempners Koci Xoxe stand. Doch die Fraktionen waren untereinander heillos zerstritten, und alle Versuche der Komintern, sie zu einigen, schlugen fehl. Albanien blieb bis tief in den Zweiten Weltkrieg das einzige Land Europas ohne eine kommunistische Partei (s. dazu Pano 1968, S. 26ff. u. 40ff.).

Nach der deutschen Besetzung Jugoslawiens entsandte die jugoslawische KP zwei hohe Parteifunktionäre, Milovan Popovic und Dusan Mugosa, nach Tirana, und im November 1941 gelang es ihnen schliesslich, die Fraktionen zur Kommunistischen Partei Albaniens zu vereinen. Es waren die beiden Jugoslawen, die die Mitgliederliste des provisorischen Zentralkomitees, mit Enver Hoxha und Koci Xoxe an der Spitze, zusammenstellten. Sie blieben als «Berater» bis zum Kriegsende im Land und machten die albanische zu einer Zweigstelle der jugoslawischen Partei, Albanien zum Satelliten Jugoslawiens.

Von der Errichtung der kommunistischen Herrschaft bis zum Bruch Titos mit Stalin glitt Albanien Schritt für Schritt in die Machtsphäre Jugoslawiens. Es verzichtete auf die von einer albanischen Mehrheit bewohnten Provinz Kosovo, nahm eine neue Verfassung an, die eine fast wortgetreue Kopie der jugoslawischen war, verordnete nach jugoslawischem Muster die Nationalisierung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft; in den Schulen wurde das Studium der serbischen Sprache zum Pflichtfach, die jungen technischen und administrativen Kader absolvierten ihre höhere Ausbildung in Jugoslawien. Auch die Aussenpolitik wurde gleichgeschaltet. Auf Titos Druck schwenkte Albanien in eine extrem westfeindliche Linie ein und erzwang die Schliessung der englischen und amerikanischen Missionen. Die Isolierung vom Westen schien für Jugoslawien ein gutes Mittel zu sein, die Herrschaft über seinen Satelliten unbehindert von jedem fremden Einfluss ausüben zu können. Nicht zuletzt kam die Stellung Albaniens als eines Subsatelliten auch darin zum Ausdruck, dass die eigene KP nicht in die Kominform aufgenommen, sondern dort von der jugoslawischen KP vertreten wurde.

Schon während des Krieges drängten die Jugoslawen auf die Schaffung interner Sicherheitsorgane, um die Partei von «Abweichlern» und «Trotzkisten» zu säubern. Ihr erstes Opfer war Anastas Lulo, der sich als junger Arbeiter der Bewegung angeschlossen hatte und nach der Gründung der

KP zum Leiter des Jugendbundes ernannt worden war. Auf Druck der Jugoslawen wurde er als «Linksabweichler» verurteilt und erschossen. Als nächster kam Lazar Fundo an die Reihe, einer der Gründungsmitglieder der kommunistischen Bewegung. Er hatte die 30er Jahre im Moskauer Exil verbracht, kehrte jedoch von den dortigen Zuständen enttäuscht in die Heimat zurück. Im Sommer 1944 wurde er von seinen linientreuen Genossen in die Falle gelockt und vor den entsetzten Augen der britischen Militärmission zu Tode geprügelt. Der dritte war Mustafa Gjinishi, ein Mitglied des Provisorischen Politbüros. Seine «Sünde» bestand darin, dass er im Parteauftrag ein Abkommen mit den bürgerlichen Widerstandsgruppen zum gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten geschlossen hatte. Der jugoslawische «Berater» zwang die albanische Partei, das Abkommen zu widerrufen und Gjinishi aus der Partei auszuschließen. Doch für Liri Gega, die einzige Frau im Zentralkomitee, war das Urteil viel zu milde, und sie ermordete ihn kurzerhand (s. Skendi 1956, S. 85 u. 119; Pano 1968, S. 47ff; Wolff 1970, S. 217 u. 234).

Parallel zur Sicherung seines politischen Einflusses versuchte Jugoslawien, die albanische Wirtschaft zu kontrollieren. Tito war allerdings weit zuvorkommender als Stalin zu seinen osteuropäischen Vasallen. Er liess ganze Fabriken nach Albanien überstellen und gewährte seinen Schützlingen zu sehr günstigen Bedingungen Kredite im Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollar. Die Vorteile für das rückständigste Land Europas waren unleugbar. Jugoslawien wollte, im Gegensatz zur Sowjetunion, seinen Satelliten nicht ausplündern, es hatte mit Albanien andere Absichten. Im Freundschaftsvertrag vom Juli 1946 kamen sie eindeutig zum Ausdruck: Die Wirtschaftspläne der beiden Länder sollten koordiniert, die beiden Währungen einander angeglichen werden; es waren ein gemeinsames Preissystem und eine Zollunion vorgesehen. Mitte 1948 war die Verschmelzung der beiden Wirtschaftssysteme bereits weit fortgeschritten, die Eingliederung Albaniens in die Jugoslawische Sozialistische Föderative Republik schien unmittelbar bevorzustehen (s. Wolff 1970, S. 338ff.; Pano 1968, S. 58ff.).

Angesichts der tiefen nationalistischen Tradition der Albanier war es nicht zu erwarten, dass die jugoslawischen Hegemoniebestrebungen ohne Wi-

derspruch blieben. Bereits im November 1944 begannen sich zwei Fraktionen in der Partei herauszukristallisieren. Auf der einen Seite standen die «Gemässigten» oder die sogenannten «Intellektuellen» unter der Führung von Sejfulla Maleshova, Nako Spiru und Mehmet Shehu – auf der anderen die sogenannten «Arbeiter» mit dem Innenminister Koci Xoxe an der Spitze, dem das «Sigurimi», das von der jugoslawischen Geheimpolizei UDB kontrollierte Direktorat für den Staatssicherheitsdienst unterstand. Enver Hoxha, Generalsekretär der KP, zugleich Ministerpräsident, Aussen- und Verteidigungsminister sowie Oberkommandierender der Armee, schwankte zunächst zwischen den beiden Fraktionen, doch schon bald übernahm er die Führung des Xoxe-feindlichen Flügels.

Anfangs ging der Streit nur indirekt um die dominierende Stellung Jugoslawiens, die Meinungsverschiedenheiten betrafen das Tempo der sozialistischen Umgestaltung. Doch die Opposition schien Xoxe gefährlich genug, um im Februar 1946 mit Hilfe von Enver Hoxha die «Gemässigten» beiseite zu schieben: Maleshova wurde vom Politbüro und dem Zentralkomitee ausgeschlossen, seine «Clique» als «Opportunisten» und «Anti-Jugoslawen» gebrandmarkt (s. Pano 1968, S. 67f.).

Hoxha kam nun zur Überzeugung, dass die Jugoslawen mit ihrer Parteinahme für Xoxe einen Machtkampf um die Führung der albanischen Partei auslösen wollten. Er versuchte, für Mai 1946 den Parteikongress einzuberufen – doch musste er den Plan auf Druck Titos fallenlassen; er entwarf eine kritische Resolution über die Rolle der Jugoslawen während des Krieges – doch das Politbüro weigerte sich, sie zu diskutieren, aus Furcht vor dem übermächtigen Innenminister und seiner Geheimpolizei.

Schliesslich wandte sich Hoxha an Stalin und verlangte eine Audienz, doch Stalin lehnte ab. Die Sowjetunion interessierte sich bislang kaum für die albanischen Probleme, sie überliess das Land den Jugoslawen. Vladimir Dedijer gibt in seiner Tito-Biographie ein Gespräch wieder, das Stalin 1946 mit Tito geführt hat:

«Stalin: „Sie (die albanischen Kommunisten; G.H.) wollten herkommen, aber sie möchten Enver nicht allein gehen lassen, sondern Koci Xoxe mitschicken als eine gewisse Kontrolle ... Wir schieben diesen Besuch immer wieder hinaus. Was meinen Sie: sollten wir sie hier in Moskau empfangen?“

Uns scheint dafür keine Notwendigkeit zu bestehen. Es würde jetzt nur unangenehm sein, wenn sie kämen, für sie selbst, ebenso wie für uns. Es wird besser sein, wenn wir ihnen durch Sie helfen lassen . . .‘

Tito: ‚Wir können gern diese Fragen mit ihnen in Ordnung bringen.‘ Stalin: ‚Gut‘»

(Dedijer 1953, S. 264)

Und ein Jahr später, so zitiert Milovan Djilas (1962, S. 183) in seinem Buch *Gespräche mit Stalin*, war der Diktator noch zynischer: «Wir haben kein besonderes Interesse an Albanien. Wir sind damit einverstanden, dass Jugoslawien Albanien schluckt!» Die erste achselzuckende Gleichgültigkeit Stalins mag aufrichtig gewesen sein, doch sein berüchtigter Rat an Djilas war offensichtlich schon provokativ gemeint. Er erfolgte zu einer Zeit, als der jugoslawisch-sowjetische Konflikt sich zuzuspitzen begann. Stalin versuchte, den Machtkampf zwischen Xoxe, dem Schützling Titos, und Enver Hoxha, dem auf Unabhängigkeit pochenden Generalsekretär, zu verschärfen.

Hoxha spürte die Wende heranreifen und ging zum Angriff über. In den ersten Monaten des Jahres 1947 beanstandete er in immer schärferen Noten die ungleichen Bedingungen im jugoslawisch-albanischen Wirtschaftsvertrag und warf den jugoslawischen Beratern vor, absichtlich die Entwicklung des Landes bremsen zu wollen. Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern spitzte sich weiter zu, als im April 1947 eine albanische Wirtschaftsdelegation unter der Führung von Nako Spiru sich nach Belgrad begab, vermehrte Hilfe und den Anschluss eines neuen Handelsvertrags verlangte. Die Jugoslawen weigerten sich zu verhandeln, solange Albanien sich nicht bereit erklärte, die Wirtschaftspläne der beiden Staaten zu koordinieren. Hoxha wies Spiru an, die Forderung abzulehnen: Ein gemeinsamer Fünfjahresplan, so meinte er, verdamme Albanien zu einem rückständigen Agrarland und Rohstofflieferanten, kette es für immer an Jugoslawien.⁴

Angesichts des Widerstandes drängten die Jugoslawen Xoxe, die Gegenoffensive zu ergreifen. Im Mai 1947 liess er neun anti-jugoslawische Mitglieder der Volksversammlung, darunter den von der Parteiführung ausgeschlossenen Maleshova, verhaften. Sie wurden vor das von Xoxe kontrollierte Volksgericht gestellt und wegen «staatsfeindlicher Tätigkeit»

zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Juni stiess Tito mit einem scharfen Brief an die albanische Partei nach und beschuldigte Enver Hoxha, anti-jugoslawische Stimmung zu stiften und der albanischen Politik eine jugoslawienfeindliche Richtung zu geben.

Der Brief Titos hatte jedoch genau die gegenteilige Wirkung: Er stärkte den Widerstand gegen die jugoslawische Bevormundung. Das Politbüro wies – gegen die beiden Stimmen von Xoxe und Pandi Kristo, dem Chef der mächtigen Kontrollkommission – die Beschuldigungen zurück und bezeichnete den Brief als eine unstatthafte Einmischung in die internen Angelegenheiten der albanischen Partei.

Enver Hoxha ersuchte Moskau abermals um die Erlaubnis, eine Handelsdelegation in die Sowjetunion zu schicken – und diesmal sagte Stalin zu. Hoxha leitete persönlich die Abordnung, der auch Nako Spiru angehörte, und im Juli wurde ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Die Tatsache, dass Moskau die Jugoslawen nicht über die Verhandlungen informierte und den Albanern die von Jugoslawien verweigerte Unterstützung zusagte, war ein Warnzeichen an Tito, dass Stalin nicht mehr voll hinter seiner Albanien-Politik stand.⁵

Die Antwort Titos liess nicht lange auf sich warten. Im November 1947 sandte er dem albanischen Zentralkomitee einen neuen Brief und wählte sich diesmal den Planungschef Nako Spiru zur Zielscheibe: Spiru sei hauptverantwortlich für die «Missverständnisse», seine «verräterische Haltung» vergifte die Atmosphäre zwischen den zwei Bruderparteien. Auf der ZK-Sitzung, wo Titos Brief diskutiert wurde, beschuldigte Xoxe den sich empört wehrenden Spiru der «parteifeindlichen, nationalistischen Tätigkeit». Am nächsten Morgen fand man Spiru tot in seiner Wohnung. Der ersten Version zufolge handelte es sich um ein Unglück bei der Reinigung seines Revolvers; die zweite offizielle Verlautbarung sprach vom Selbstmord aus «Gewissensbissen über seinen Verrat»; schliesslich, nach dem endgültigen Bruch mit Tito und der posthumen Rehabilitierung Spirus hiess es, er sei von den Sicherheitsorganen Xoxes ermordet worden – eine Version, die wahrscheinlich den Tatsachen entspricht (s. Pano 1968, S. 78ff; Wolff 1970, S. 276).

Stalin konnte das «albanische Problem» nicht länger mit einem Achselzucken von sich schieben. Anfang 1948 strömte eine ungewöhnlich hohe Anzahl von «Spezialisten» aus Moskau nach Tirana, das Personal der sowjetischen Botschaft wurde drastisch erhöht. Gleichzeitig sandten die Jugoslawen, ohne Moskau zu konsultieren und trotz des Kreml-Protestes, zwei Armeedivisionen nach Albanien, angeblich um das Land gegen eine eventuelle griechische Invasion zu schützen (s. Djilas 1985, S. 148f.). Tito glaubte, die endgültige Entscheidung über seinen Plan einer jugoslawisch-albanischen Union nicht mehr aufschieben zu können und wies Koci Xoxe an, eine Plenarsitzung des ZK zusammenzurufen. Das VIII. Plenum tagte im Schatten der jugoslawischen Divisionen und brachte im März einen letzten Sieg für Xoxe. Enver Hoxha konnte seinen Posten als Generalsekretär nur mithilfe einer bitteren Selbstkritik behalten; etliche seiner Anhänger wurden aus dem ZK ausgeschlossen, unter anderem die Witwe von Nako Spiru; der in Moskau ausgebildete Mehmet Shehu, Chef des Generalstabes und Gegner der jugoslawischen Orientierung, wurde seines Postens enthoben; und das Plenum nahm den Vorschlag Xoxes an, die Vereinigung der albanischen Wirtschaft und Armee mit Jugoslawien gutzuheissen (s. Pano 1968, S. 81f).

Die Ereignisse überstürzten sich jetzt. Mitte Juni verordnete Hoxha mit Einverständnis des sowjetischen Botschafters die Schliessung des jugoslawischen Informationsbüros. Und am 1. Juli 1948 – einen Monat nach dem Kominform-Beschluss über «Tito und seine Clique» – kündigte er alle Wirtschaftsverträge mit Jugoslawien und verordnete die sofortige Ausweisung aller jugoslawischen Spezialisten und Berater.

Mit voller politischer und wirtschaftlicher Unterstützung der Sowjetunion wandte sich jetzt Hoxha gegen seinen Rivalen. Xoxe versuchte, das Unvermeidbare zu vermeiden: Er übte demütige Selbstkritik, beteuerte seine Treue zur Sowjetunion, zum Kominform-Beschluss, und gab dem Sicherheitsdienst den Auftrag, die «Titoisten» aufzuspüren und zu verhaften. Es nützte nichts. Das Zentralkomitee widerrief die Beschlüsse des VIII. Plenums, rehabilitierte alle führenden Kommunisten, die von Xoxe aus ihren Positionen entfernt worden waren und beschloss schliesslich Xoxe seines Postens als Innenminister zu entheben und ihn ins Industrie-

ministerium zu versetzen. Neuer Innenminister wurde sein einstiges Opfer Mehmet Shehu. Die Anhänger Xoxes wurden rasch entfernt, ihre Plätze im Sicherheitsdienst übernahmen Vertrauensmänner Shehus und Agenten der sowjetischen Geheimpolizei. Am 31. Oktober wurde Xoxe aus sämtlichen Partei- und Regierungssämtern entfernt, schliesslich am 22. November auf einstimmigen Beschluss des Parteikongresses zusammen mit seinem Verbündeten Pandi Kristo und weiteren Dutzenden von Anhängern aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und verhaftet (ebd., S. 83ff.).

Die Übernahme des Sicherheitsdienstes durch Sowjet-«Berater» veränderte den Charakter der Säuberungen radikal. Schauprozesse waren bisher in den Satellitenstaaten, auch im jugoslawischen Subsatelliten Albanien, unbekannt. In der von Fraktionskämpfen zersplitterten albanischen kommunistischen Bewegung gab die archaische Vendetta-Tradition des Bergvolkes der Abrechnung mit der inneren Opposition eine besonders unbarmherzige Färbung, wie die bereits erwähnten Morde an Lulo, Fundo und Gjinishi beweisen. Die nach der Konsolidierung der Parteiherrschaft durchgeführten Säuberungen im Machtkampf Hoxha/Xoxe betrafen Abweichler von der stärkeren Fraktionslinie. Sie wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt – nicht wegen imaginärer «Verbrechen» auf Grund von erfolgterten «Geständnissen», sondern als tatsächliche Exponenten der antijugoslawischen Orientierung. Die Ermordung von Nako Spiru beweist nur die Rückständigkeit der Geheimpolizei Xoxes: Sie beherrschte noch nicht die Technik des Mordes durch Schauprozesse, also musste sie zum gemeinen Mord greifen.

Die Kaltstellung Xoxes sollte ganz anderer Natur sein, sie hatte ins Moskauer Drehbuch zu passen, das wenige Monate zuvor von Stalin und Berija entworfen worden war. Es genügte nicht, ihn einfach zu liquidieren. Der Titoist Xoxe musste vielmehr in einen «Titoisten» in Anführungszeichen verwandelt, es musste ein Exempel statuiert, ein Lehrstück aufgeführt werden, worin der Anführer der jugoslawischen Orientierung als ein gemeiner Verbrecher, Verräter, Werkzeug der Imperialisten aufzutreten hatte. Vor allem aber sollte nicht Xoxe, sondern Tito der Hauptangeklagte sein. Xoxe musste in der ihm zugeteilten neuen Rolle seinen jugoslawischen Schirmherrn als den obersten Agenten der westlichen Spionagedienste «entlarven».

Xoxe passte nur teilweise ins Moskauer Drehbuch. Er war zwar der Mann Titos in Albanien, ein echter Titoist also, doch auch Enver Hoxha war suspekt: Die Anführungszeichen passten weit eher auf ihn, sein Kampf um die Unabhängigkeit von fremden Mächten wies ominöse Ähnlichkeiten mit den Wurzeln des jugoslawisch-sowjetischen Konfliktes auf. Albanien hatte ferner den grossen Nachteil, weit entfernt von der Sowjetunion zu liegen, zudem gleich von zwei feindlichen Nachbarn, Jugoslawien und Griechenland, umgeben. Schliesslich war die Belanglosigkeit und Isolation Albaniens zu berücksichtigen: ein rückständiges Volk von 1,2 Millionen, ein winziger Fleck auf der Landkarte Europas, keine diplomatischen Missionen der westlichen Welt, fast keine politischen und wirtschaftlichen Bindungen zu den übrigen Volksdemokratien – ein denkbar ungünstiger Kandidat für die Rolle eines Subversionszentrums der Imperialisten gegen den Sozialismus.

Die Sowjet-«Berater» lösten die ihnen gestellte Aufgabe so gut es unter den gegebenen Umständen möglich war. Von Ende November 1948 an wurden Xoxe und seine Gruppe Tag und Nacht gefoltert. Die Verhörer brauchten vier Monate dazu, um ihren Widerstand zu brechen. Im März 1949 konnte die MWD Stalin endlich melden, dass die ersten belastenden Protokolle unterzeichnet worden waren. Am Ende des Monats wurde Hoxha nach Moskau eingeladen, um die Instruktionen über den vorzubereitenden Schauprozess zu empfangen (s. Wolff 1970, S. 379).

Der Prozess gegen «Koci Xoxe und seine Bande jugoslawischer Agenten und Saboteure» begann am 12. Mai 1949 hinter verschlossenen Türen.⁶ Die Anklageschrift beschuldigte sie, zusammen mit Tito eine Verschwörung zum Sturze der albanischen Regierung angezettelt und die Ermordung der Parteiführer geplant zu haben mit dem Ziel, Albanien der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien anzuschliessen. Tito seinerseits handelte, so hiess es weiter, im Auftrag der imperialistischen Nachrichtendienste, um aus den Balkanstaaten einen antisowjetischen Block zu schmieden.

Xoxe «gestand», dass er schon in den 30er Jahren von der monarchistischen Partei als Spitzel angeworben worden und während des Krieges in den Dienst des englisch-amerikanischen Spionagenetzes eingetreten sei. Im Jahre 1943 habe ihm der Leiter der englischen Militärmission mitge-

teilt, dass Tito ihr Geheimagent sei, und ihn angewiesen, eine konspirative Verbindung mit dem jugoslawischen Politbüro-Mitglied Vukomanovic aufzunehmen. Es kam zu einer geheimen Abmachung, der zufolge nach der Machtübernahme in beiden Ländern Xoxe die Führung der albanischen Partei an sich reißen und sie der jugoslawischen unterordnen solle.

Mit der Hilfe von Pandi Kristo, dem Chef der Zentralen Kontrollkommission, habe Xoxe die leitenden Positionen der Partei mit Anhängern der Verschwörung besetzt und seinen Sicherheitschef Vargo Mitrojorji beauftragt, die Tito-feindlichen Elemente in der Parteiführung zu verhaften. Aufgabe von Nosty Kerentyi an der Spitze des Staatlichen Planungsamtes sei es gewesen, die Wirtschaft Albaniens zu sabotieren und sie in die jugoslawische Wirtschaft zu integrieren.

Als im Frühjahr 1948 das sowjetische Zentralkomitee die trotzkistische Politik der jugoslawischen Partei zu entlarven begann, erteilte Tito Xoxe angeblich den Befehl, den vorbereiteten Umsturzplan unverzüglich in Gang zu setzen. Nur der Wachsamkeit Enver Hoxhas sei es zu verdanken, dass der verbrecherische Plan aufgrund der brüderlichen Hilfe Stalins vereitelt werden konnte.

Am 8. Juli 1949 verkündete eine kurze Mitteilung in der Presse das Urteil des Volksgerichtshofes. Xoxe wurde zum Tode, Pandi Kristo zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Gegen Kerentyi, Mitrojorji, den stellvertretenden Innenminister Vaske Koletzki und den Leiter der Zentralen Propaganda-Abteilung Huri Nota wurden lange Gefängnisstrafen verhängt. Am gleichen Tag wurde Xoxe gehängt.

In den anschließenden geheimen Folgeprozessen wurden Hunderte von echten und angeblichen Titoisten liquidiert. Unmittelbar danach folgte eine neue Säuberungswelle mit Politbüro-Mitglied Abediu Shehu als dem Hauptangeklagten. Innerhalb eines Jahres befand sich der gesamte jugoslawische Flügel der albanischen Partei entweder im Gefängnis oder in den Konzentrationslagern der Sigurimi. Der nationalistische Flügel unter Führung von Enver Hoxha hatte die Kontrolle fest in der Hand.⁷ Die Sowjet-«Berater» wussten noch nicht, dass sie einer neuen Variante eines «anti-titoistischen Titoismus» in den Sattel verhülften hatten, die sich ein Jahrzehnt später gegen sie kehrte.⁸

«Ich brauche nur mit meinen Fingern zu schnipsen, und Tito ist erledigt», prahlte Stalin auf dem Höhepunkt des sowjetischjugoslawischen Konflikts. Der Xoxe-Prozess war ein Ersatz für die misslungene grosse Abrechnung. Er verfolgte einen dreifachen Zweck. Erstens war er als Warnung gedacht an potentiell Unbotmässige: Seht ihr, so ergeht es jedem, der versucht, von der alleingültigen Linie abzuweichen, unserem Diktat sich zu entziehen, selbständige Konzeptionen zu entwickeln! Sein zweiter Zweck bestand darin, Meinungsverschiedenheiten, taktische Differenzen in Verrat, Sabotage, Spionage «umzupolitisieren», d.h. jedem, der Stalin nicht bedingungslos folgte, zum gemeinen Verbrecher, zum Agenten der Imperialisten zu stempeln. Schliesslich diente er zur «Entlarvung» Titos; die durch Folter gefälschten «Geständnisse» sollten zur Geschichtsfälschung beitragen: Tito nicht bloss «objektiv» ein Abweichler von der einzigen richtigen Linie, ein Helfershelfer der sowjetfeindlichen Kräfte, sondern auch «subjektiv» ein Verräter, ein bewusster Agent der Imperialisten.

Der Xoxe-Prozess erfüllte seinen ersten Zweck voll und ganz: Der Verbündete Titos musste seine Sympathien mit dem Tod büssen – krasser kann eine Warnung nicht sein. Seinen zweiten und dritten Zweck verfehlte er hingegen weitgehend: Als Geheimverfahren kam ihm nur ein geringer Propagandawert zu, und wegen der geographisch-politischen Isoliertheit Albaniens führte er in eine Sackgasse, aus der keine Verbindungen zu den anderen Satelliten zu knüpfen waren.

Am 18. Mai 1949, sechs Tage nach dem Beginn des Xoxe-Prozesses, setzte in Ungarn die Verhaftungswelle ein, und die Leiche Xoxes war noch kaum verscharrt, als am 10. Juli in Bulgarien der zweitmächtigste Parteichef verhaftet wurde. Die Schauprozesse gegen Rajk und Kostow sollten nun, nach dem nur teilweise gelungenen Vorspiel in Albanien, den eigentlichen Ausgangspunkt der stalinistischen Säuberungen in Osteuropa bilden.

Kapitel 2

Der Kostow-Prozess in Bulgarien

Sofia hätte der nächste Schauplatz der Schauprozesse sein sollen, denn nach dem Subsattelliten Albanien unterhielt die bulgarische KP die engsten Verbindungen mit Tito. Dass ihr Budapest dennoch um drei Monate zuvorgekommen ist, muss unvorhergesehenen Verzögerungen zugeschrieben werden, die sogar der straff organisierte stalinistische Apparat nicht vermeiden konnte.

Die Föderation der zwei südslawischen Länder Bulgarien und Jugoslawien war seit langen Jahrzehnten Traum der Liberalen, Sozialisten und Kommunisten (s. Bell 1986, S. 15ff; Ulam 1971, S. 86ff). Nach der Machtübernahme der Kommunisten in beiden Staaten schien dafür endlich die Stunde gekommen zu sein. Die Föderation würde auch das Problem der Mazedonier lösen – dieses kleinen slawischen Volkes mit einer separaten Sprache und Kultur, das nach dem Zweiten Balkankrieg im Jahre 1913 in einen serbischen und einen bulgarischen Teil zerrissen wurde und seitdem ein ständiger Zankapfel zwischen den beiden Staaten blieb (s. Barker 1950, S. 48ff; Wolff 1970, S. 87f; Lendvai 1969, S. 31ff). Sowohl Tito als auch der bulgarische Parteichef Georgi Dimitrow waren begeisterte Anhänger der Föderationsidee. Sie passte aber auch in Stalins Pläne, denn ein vereinigt Jugoslawien und Bulgarien in seinem Machtbereich könnte ein starkes Bollwerk gegen den traditionellen britischen Einfluss auf der Balkanhalbinsel bilden.

Die neue bulgarische Regierung der Vaterländischen Front war noch kaum einige Wochen alt, als im November 1944 Tito seinen engsten Mitarbeiter, Edvard Kardelj, nach Sofia entsandte. Er schlug seinen bulgarischen Genossen einen Zweistufenplan vor: die unverzügliche Vereinigung des bulgarischen Pirin-Mazedoniens mit der jugoslawischen Föderativen Mazedonischen Republik sowie die Errichtung einer gemischten Kom-

mission in Belgrad zur Vorbereitung des Zusammenschlusses der beiden Staaten, wobei Bulgarien die siebente Republik der neuen Föderativen Südslawischen Union werden sollte.

Den Bulgaren gefiel Titos Konzept nicht. Sie schlugen einen paritätischen Plan vor, mit beiden Staaten als gleichrangigen Partnern. Die Differenzen wurden Stalin vorgelegt, der sich für die jugoslawische Variante entschied. Im Dezember 1944 sollte eine bulgarische Regierungsdelegation, mit den entsprechenden Direktiven versehen, nach Belgrad entsandt werden, doch zwei Stunden vor der Abfahrt kam aus Moskau die Weisung, die Reise zu verschieben. Wie Stalin später Mosa Pijade und dem bulgarischen Innenminister Anton Jugow erklärte, hatten die Engländer von den Vereinigungsplänen Wind bekommen und zusammen mit den Amerikanern bei Aussenminister Molotow dagegen protestiert: Eine südslawische Union, so argumentierten die Westmächte, würde die injalta getroffenen Vereinbarungen über die Nachkriegsgestaltung Europas verletzen (s. Ulam 1971, S. 91ff.).

Die Föderationspläne mussten also gebremst werden, aufgegeben wurden sie jedoch nicht. Im Juni 1947 kündigte Dimitrow in einem Interview mit der Londoner Zeitung *Daily Mail* den baldigen Abschluss eines Vertrages über Freundschaft und gegenseitige Hilfe zwischen Jugoslawien und Bulgarien an, der «zu einer stets engeren wirtschaftlichen, kulturellen und allgemeinen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten führen wird» (zit. n. Devedjiev 1962, S. 9). Die Einzelheiten wurden von Tito und Dimitrow in Belgrad geklärt, und am 2. August 1947 kam es im slowenischen Bled zur feierlichen Unterzeichnung. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags sahen die Vorbereitung einer Zollunion und die Koordinierung der Wirtschaftspläne der beiden Staaten vor. In einer Geheimklausel, die erst nach dem Stalin-Tito-Bruch publiziert wurde, erklärten sich die Jugoslawen und die Bulgaren bereit, sich zum gemeinsamen Staat «Union der Südslawischen Volksrepubliken» zu vereinigen. Im November 1947, bei der Ratifizierungszeremonie in Sofia, erklärte Tito ganz offen: «Die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten soll so allgemein, so eng sein, dass die Errichtung einer Föderation zu einer blossen Formalität wird. Wir werden eine grosse und starke südslawische Union schaffen,

die jedem Sturm standhalten kann.» (*Prawda* N. 28.11.1947, zit. n. ebd., S. 10)

Für Tito und Dimitrow war die Union nur der erste Schritt zu einer Föderation aller Volksrepubliken. Am 17. Januar 1948 erklärte Dimitrow auf einer Pressekonferenz in Bukarest, wo er mit Parteichef Gheorghiu-Dej Pläne für eine rumänisch-bulgarische Zollunion besprach: «Wenn das Problem der Föderation heranreift, werden in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn, ja vielleicht auch in Griechenland, unsere Völker selber die Entscheidungen treffen. Sie werden es sein, die bestimmen, ob eine Föderation oder ein Konföderation errichtet, wann und wie sie verwirklicht werden soll.» (*Prawda* v. 23.1.1948, zit. n. ebd., S. Uf.)

Stalin war erbost. Er erblickte in der Dimitrow-Erklärung den Kern einer Strategie Titos für die Errichtung eines von der Sowjetunion unabhängigen sozialistischen Blocks – eine Verletzung des Prinzips, dass wichtige Entscheidungen grundsätzlich von ihm selber zu treffen waren. Am 29. Januar erschien in der *Prawda* eine ungewöhnlich scharfe Entgegnung: «Wir haben die Erklärung des Genossen Dimitrow veröffentlicht, doch das bedeutet nicht, dass wir seine Meinung teilen. Ganz im Gegenteil, wir sind der Auffassung, dass diese Staaten keine aufgezwungene Föderation oder Konföderation benötigen. Was sie brauchen, ist die Stärkung und Verteidigung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit...» Am 10. Februar liess Stalin die jugoslawischen und bulgarischen Parteiführer zu sich beordern. Tito blieb wohlweislich zu Hause, er schickte Kardelj und Djilas nach Moskau. Dimitrow jedoch konnte das persönliche Erscheinen nicht vermeiden und fuhr in Begleitung von Traitscho Kostow in die Sowjethauptstadt. Stalin und Molotow griffen Dimitrow scharf an, sie unterbrachen immer wieder rüde seine Entschuldigungen und, so berichtet Djilas (1962, S. 222ff.), erteilten ihm wie einem kleinen Schulbuben Lektionen über die korrekte Leninsche Politik der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie warfen ihm vor, die Sowjetführer nicht im Voraus über eine geplante bulgarisch-rumänische Zollunion informiert zu haben und wiesen ihn an, sofort die osteuropäischen Föderationspläne fallen zu lassen. Doch für Stalin war die Demütigung Dimitrows nur ein Vorwand, Tito anzugreifen, dessen Konzept er hinter den Föderationsplänen zu erblicken wähnte. Das

erklärt auch seine plötzliche, scheinbar widersprüchliche Forderung an die Jugoslawen und Bulgaren, unverzüglich die Union der beiden Staaten zu verwirklichen – ein Projekt, das er noch vor zwei Jahren verhindert hatte. Jetzt wollte er es durchsetzen, um dadurch mit Hilfe eines servilen Dimitrows das Ansehen und die Macht des eigensinnigen Titos in Schranken halten zu können. Der gedemütigte Dimitrow gab kleinlaut seine «Fehler» zu und versprach, die «korrekte Linie» einzuhalten. Kardelj und Djilas kehrten nach Belgrad zurück und berichteten über die Moskauer Dreierkonferenz. An der Sitzung des Zentralkomitees der Jugoslawischen Kommunistischen Partei wurde die sowjetische Forderung einer unverzüglichen Union mit Bulgarien abgelehnt mit der Begründung, diese benötige eine längere, gründliche Vorbereitung. Die Sowjetunion antwortete mit der Weigerung, ein neues Wirtschaftsabkommen mit Jugoslawien abzuschliessen. Der Stalin-Tito-Konflikt nahm seinen Anfang.⁹

Stalin wusste, wie er der jugoslawischen Herausforderung an seine Allmacht und Unfehlbarkeit zu begegnen hatte: Jede Unbotmässigkeit musste im Keime erstickt, jeder musste liquidiert werden, der den absoluten Vorrang der Interessen des Sowjetimperiums in Frage stellte. Der Bedrohung durch einen föderierten Block von Polen im Nordosten bis Bulgarien im Südosten, unter Titos Autorität und von den Völkern selber errichtet, musste er durch die Eliminierung jedes auch nur potentiell unabhängig denkenden kommunistischen Führers zuvorkommen. Er benutzte dafür das erprobte und bewährte Mittel der Schauprozesse, worin die Opfer den «Feind» entlarven – einst Trotzki, diesmal Tito. Im Mai 1948, als die Korrespondenz zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen Zentralkomitee bereits deutlich zeigte, dass Tito von seinem Standpunkt nicht abrücken würde, gab Stalin seinem Sicherheitschef Lawrenti Berija den Auftrag, alle «Titoisten» in den Satellitenstaaten aufzuspüren und Schauprozesse gegen sie vorzubereiten.

Der jugoslawische Subsatellit Albanien verursachte, wie bereits ausgeführt, keine besonderen Probleme: Koci Xoxe war ein eindeutiger Opferkandidat. In den übrigen Volksdemokratien gab es jedoch keine «Titoisten» unter den Parteiführern, nur Stalinisten, die ihrem Meister stets blindlings folgten. Doch Berija hatte Übung in der Lösung dieses Pro-

blems: Gibt es keine «Titoisten», so müssen eben welche fabriziert werden.

Schon im Mai 1948 begann in Moskau die Suche nach dem «Mann Titos in Sofia». Der beste Kandidat wäre zweifellos der 63jährige Dimitrow gewesen. Enge Freundschaft und Hochschätzung verband ihn mit seinem jugoslawischen Genossen. Er teilte auch viele seiner Überzeugungen, nicht nur hinsichtlich einer volksdemokratischen Föderation, und glaubte ernsthaft an das von Stalin für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus geprägte Schlagwort des «nationalen Weges»: der Berücksichtigung der spezifischen Interessen, der besonderen historischen Bedingungen eines jeden Landes, im Gegensatz zu einer sklavischen Kopie des sowjetischen Vorbildes. Dimitrow mag seine Zweifel gehegt haben an der Unfehlbarkeit Stalins, doch er war kein Tito. Sein Rückgrat war schon längst gebrochen durch die dreizehn langen Jahre in Moskau, wo er als Generalsekretär der Komintern jede Windung und Wendung der Linie mitmachen und entsetzt zuschauen musste, wie seine Mitarbeiter und Freunde einer nach dem anderen verhaftet und liquidiert wurden. Er sah mit eigenen Augen die tödlichen Folgen eines jeden selbständigen Gedankens, jeder kleinsten Spur des Missmutes auf dem Gesicht Stalins. Er wusste schon in Moskau, dass sein Leibwächter und Schwager, Vulko Tschervenkow von der NKWD angeworben worden war mit dem Auftrag, ihn zu bespitzeln (s. Wolff 1970, S. 384).¹⁰

In Anbetracht dessen ist es erstaunlich, wie weit er sich hervorwagte, um seine Sympathien mit dem Renegaten Tito zu bekunden. Im April 1948, als das sowjetische Zentralkomitee die Jugoslawen schon zu «Trotzkisten» und «Bucharinisten» gestempelt hatte, versuchte Dimitrow immer noch, seinem Freund beizustehen. Als der Zug, in dem die bulgarische Delegation nach Prag fuhr, in Belgrad einen Zwischenhalt machte, besuchte Djilas ihn im Salonwagen. «Wir begrüßten einander», berichtet Djilas (1985, S. 188). «Dimitrow sagte mir, er habe vom Brief des Sowjet-ZK gehört und glaube, manches darin sei korrekt. Dann nahm er mich an der Hand und sagte: ‚Bleibt fest! Bleibt fest, und alles andere wird sich von selber ergeben!‘ Er war ausserordentlich freundlich, doch sein Ton änderte sich plötzlich, als Tschervenkow und andere den Wagen betreten.» Am 18. Juni sandte Tito Dimitrow ein Glückwunschtelegramm zu

dessen Geburtstag. Acht Tage später, als die Kominform-Tagung in Bukarest schon im Gang war und ein Redner nach dem anderen die Jugoslawen beschimpfte, antwortete Dimitrow dem Verstossenen: «Ich danke Ihnen wärmstens für Ihre guten Wünsche.» (Zit. n. Djilas 1985, S. 189f.) Es war auch kein Zufall, dass die bulgarische Partei Tschewtschew und Kostow, nicht aber Dimitrow zur Kominform-Tagung entsandt hatte.

Dennoch: Dimitrow als einen «titoistischen Verschwörer und imperialistischen Agenten» auf die Anklagebank zu setzen, das war auch für Stalin undenkbar. Der Held des Reichstagsbrandprozesses von 1933, der Göring vor dem Nazi-Gericht getrotzt hatte und seitdem von der ganzen antifaschistischen Welt gefeiert, von der bulgarischen Partei wie ein mythologischer Halbgott verehrt wurde, konnte unmöglich vor ein kommunistisches Gericht gestellt werden. Die Russen wählten eine viel elegantere Methode, um sich Dimitrows zu entledigen. Im Januar 1949 verschwand er aus Sofia. Gerüchteweise verlautete, dass er sich zum Flugplatz begeben hätte, um den auf der Durchreise befindenden stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Andrej Wyschinskij, zu begrüßen; er hätte das Flugzeug bestiegen, als plötzlich hinter ihm die Türe geschlossen worden wäre. Offiziell war es lange Zeit still um Dimitrow, erst im April erschien ein kurzes Kommuniqué in der Presse, wonach er erkrankt sei und in der Sowjetunion medizinisch behandelt werde. Er starb am 2. Juli 1949 in einem Moskauer Spital. Seine Leiche wurde in einem Mausoleum in Sofia bestattet – von demselben sowjetischen Spezialisten einbalsamiert, der auch Lenins Kadaver für die Zukunft bewahrt hatte (s. Devedjiev 1962, S. 15ff.).

Die potentiellen Schauprozessopfer, die von Berija überhaupt in Betracht gezogen werden konnten, waren Wassil Kolarow, Anton Jugow und Traitscho Kostow. Kolarow war Dimitrows engster Freund und Kampfgenosse, beide standen 1919 an der Wiege der Partei, nahmen am missglückten Aufstand des Jahres 1923 teil und flohen zusammen nach Moskau, wo sie im Komintern-Apparat untergebracht wurden. Kolarow stieg bald zum Mitglied des Exekutivkomitees auf und leitete später das Balkansekretariat. Nach Kriegsende kehrte er nach Bulgarien zurück, wurde ins Politbüro gewählt und bekleidete den Posten des Vize-Ministerpräsidenten, nachher den des Aussenministers. Schon etwas senil, verbraucht, herz-

und leberkrank, war der 72 Jahre alte Moskowit ein denkbar unpassender Opferkandidat.

Der dritte Moskowit, Vulko Tschervenkow, wurde von vornherein gar nicht erst als Opfer erwogen. Er war schliesslich der Vertrauensmann der sowjetischen Geheimpolizei sowohl in Moskau als auch in Sofia. Zwar wurde er nach seiner Heimkehr ins Politbüro gewählt, doch wies ihn Berija an, im Schatten seines berühmten Schwagers zu bleiben. So musste er sich mit dem drittrangigen, unauffälligen Posten des Vorsitzenden des Staatsrates für Wissenschaft, Kunst und Kultur begnügen. Erst nach der Entfernung Dimitrows, zur Zeit der Schauprozessvorbereitungen, liessen ihn seine Meister an die Spitze der Partei und Regierung aufsteigen. Tschervenkow war von Anfang an ein Kandidat Berijas, doch nicht für die Rolle des Opfers, sondern für die des Helfshenkers auserkoren.

Für die Wahl des Hauptdarstellers im Schauprozess boten sich somit nur die zwei «Heim-Kommunisten» Anton Jugow und Traitscho Kostow an. Beide waren langjährige Führer der illegalen Bewegung. Bei der Gründung der von den Kommunisten beherrschten Regierung der Vaterländischen Front gelangte Jugow in die Schlüsselposition des Innenministers. Die ihm unterstehenden Staatssicherheitsorgane – von Sowjet-«Beratern» organisiert und überwacht, mit MWD-Agenten durchsetzt – begannen sofort mit der Jagd auf tatsächliche und angebliche «Staatsfeinde». Das Blutbad war auch mit Balkanmassstäben gemessen entsetzlich und übertraf an Brutalität bei Weitem alle anderen Sowjetsatelliten: Die Zahl der von den Volksgerichten in den ersten vier Jahren des Jugow-Terrors Hingerichteten wird auf 100.000 geschätzt. Jugow wäre ein idealer Opferkandidat gewesen, von den Massen gefürchtet und gehasst, von der Moskowiter Trojka mit Misstrauen bedacht und verachtet, total von der MWD manipuliert.

Dennoch gab es für Berija schon bald keine Zweifel. Der harte Stalinist Kostow, oberster Leiter der bulgarischen Wirtschaft, hatte selber die Wahl erleichtert. Während der bereits erwähnten Dreierkonferenz in Moskau, wo die Frage der Föderation behandelt worden war, unterbrach er die Diskussion und beklagte sich bei Stalin über einige ungleiche, für sein Land nachteilige Bestimmungen im bulgarisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen. Stalin war erbost über die Kritik, kanzelte Kostow ab, mit «ne-

bensächlichen Detailfragen» vom Kernproblem der aussenpolitischen Differenzen abzulenken, und verwies ihn an Molotow (s. Djilas 1962, S. 226; Dedijer 1953, S. 321; Devedjijev 1975, S. 26).¹¹

Dieser scheinbar unwichtige Zwischenfall besiegelte Kostows Schicksal. Als Stalin drei Monate später Berija den Auftrag gab, die «Titoisten» aus den Satellitenparteien zu eliminieren, erwähnte er die kritische Bemerkung des Bulgaren. Berija blätterte die Kostow-Akte durch, ein dickes Dossier mit vertraulichen Berichten Tscherwenkows und anderer in die bulgarische Partei eingeschleusten MWD-Spitzeln, und fand darin auch ein anderes «sowjetfeindliches Vergehen». Schon ein Jahr vor jener Konferenz hatte Kostow bemängelt, dass die Sowjetunion von Bulgarien Tabak und Rosenöl erwarb und, im Besitz der bulgarischen Preisangebote an die kapitalistischen Länder, beides zu einem niedrigeren Preis an den Westen weiterverkaufte. Um dieser Praxis, die die hauptsächlichsten bulgarischen Exportprodukte vom westlichen Markt zu verdrängen drohte, Einhalt zu gebieten, erliess Kostow an die Handelsdelegierten die Weisung, das Gesetz zur Wahrung von Staatsgeheimnissen auch auf die Sowjetunion anzuwenden. Vom Herbst 1947 an sollten vertrauliche Wirtschaftsinformationen nicht nur, wie bisher, den kapitalistischen, sondern auch den sowjetischen Handelspartnern vorenthalten bleiben (s. Devedjijev 1962, S. 23ff.; Lendvai 1969, S. 222).

Für Berija war damit der Fall erledigt: Das Opfer musste Kostow heißen. Es gab nur noch ein kleines Problem. Kostow war innerhalb der Parteiführung der hauptsächlichste Gegner des Titoschen Konzepts einer Südslawischen Union; er fürchtete, dass in einer Föderation, wie sie Tito vorschlug, Jugoslawien der dominierende Partner sein würde. Dimitrow versuchte immer wieder, sein Misstrauen zu zerstreuen, doch vergeblich. Es war auch Kostow, den die bulgarische Partei, in Begleitung von Tscherwenkow, zu der Bukarester Verdammungs-Tagung des Kominform entsandte, und er nahm seither bis zu seiner Verhaftung, ja sogar als Angeklagter vor dem Gericht, jede Gelegenheit wahr, die stalinistischen Verleumdungen gegen Tito zu wiederholen.

Das Misstrauen war gegenseitig. Tito sah in Kostow einen unbequemen Gegner, und in einer Rede am 9. April 1949, zwei Wochen vor dessen Verhaftung, versuchte er in schändlicher Weise, mit einer Denunzierung

den Sturz seines bulgarischen Genossen zu beschleunigen. «Kostow wurde während des Regimes von König Boris verhaftet und zusammen mit einer Gruppe von Kommunisten vor Gericht gestellt. Obwohl er als einer der wichtigsten Führer bekannt war, wurde ihm allein das Leben erspart, während die anderen hingerichtet wurden. Weshalb?», fragte Tito und beantwortete seine Frage selber: «Wir haben heute Beweise in unseren Händen, dass Agenten gewisser kapitalistischer Staaten in die Reihen der Funktionäre einiger kommunistischer Parteien eingeschleust wurden . . .» (Zit. n. Wolff 1970, S. 386).

Die Tito-feindliche Einstellung Kostows war aber in den Augen Berijas kein besonderes Hindernis. Er kannte die Methoden, um einen Stalinisten in einen «feindlichen Agenten» umzuformen. Das in Moskau ausgearbeitete Drehbuch bestimmte die Umriss des kommenden Schauprozesses: Kostow hatte zu «gestehen», an einer titoistischen Verschwörung teilgenommen zu haben mit dem Ziel, Bulgarien von der Sowjetunion loszureißen und es durch die Schaffung einer Südslawischen Union den Imperialisten auszuliefern; er musste Tito als Werkzeug und Spion der anglo-amerikanischen Nachrichtendienste «entlarven». Die Ausarbeitung der Einzelheiten der Verschwörung wurde Tscherwenkow, Jugow und den mit Experten der trotzkistischen Schauprozesse verstärkten Sowjet-«Beratern» und MWD-Generälen überlassen. Sie bekamen auch die Aufgabe, die Liste der zu verhaftenden Mitglieder der «Kostow-Bande» zusammenzustellen.¹² Ihren Entwurf legten sie dann in Moskau vor, wo Berija und sein Stab ihn überprüften, korrigierten und erweiterten. Die endgültige Fassung wurde Anfang Mai 1949 von Stalin gutgeheissen. Die Verhaftungswelle sollte unverzüglich beginnen, doch die Vorbereitungen für die Wahlen der Nationalversammlung hatten die Termine durcheinandergebracht. Ein ungeduldiger Stalin bestellte Ende des Monats Tscherwenkow zu sich, warf ihm vor, dass die Ungarn bereits ihre Titoisten hinter Schloss und Riegel hätten, und gab nur sehr widerwillig seine Erlaubnis dazu, den Stichtag auf den 10. Juni zu verschieben.

Traitscho Kostow wurde im Jahr 1897 geboren. Der junge Schullehrer war zusammen mit Dimitrow einer der Gründer der bulgarischen Kommunistischen Partei und seit 1924 Mitglied ihres Zentralkomitees. Im gleichen

Jahr wurde er verhaftet und so brutal gefoltert, dass er, aus Angst, seine Genossen zu verraten, vom vierten Stock des Polizeihauptquartiers in die Tiefe sprang. Der Selbstmordversuch missglückte, doch er brach sich beide Beine, sein Rücken blieb für immer gekrümmt. Nach seiner Freilassung im Jahre 1929 ging er nach Moskau, wo er zwei Jahre lang im Balkansekretariat arbeitete. Nach Bulgarien zurückgekehrt wurde er in das Politbüro gewählt. Während des Krieges organisierte er den Partisanenkrieg gegen die Deutschen, im April 1942 verhaftete ihn die Militärpolizei, zusammen mit fünf anderen ZK-Mitgliedern. Die fünf wurden hingerichtet, Kostow aber kam mit dem Urteil «lebenslänglich» davon – ein Zufall, der Tito zu der bereits erwähnten hässlichen Anspielung veranlasst hat. Zwei Jahre später befreiten ihn die Partisanen aus dem Gefängnis. Er schloss sich ihnen wieder an und wurde zum Generalsekretär, dem höchsten Rang in der Parteihierarchie, ernannt. Diese Position übergab er erst 1946 an den aus der Sowjetunion zurückgekehrten Dimitrow. Seitdem blieb er der zweitmächtigste Mann Bulgariens und wurde allgemein als der Nachfolger des alternden Parteichefs betrachtet. Er stand im Zenith seiner Macht, als im Januar 1949 Dimitrow aus Bulgarien verschwand. Im selben Monat verschwand jedoch auch Kostow aus der politischen Öffentlichkeit.

Zu jener Zeit war eine Sondergruppe des Staatssicherheitsdienstes unter der Aufsicht von MWD-Generälen schon daran, den Schauprozess vorzubereiten. Parallel zu der Polizeiarbeit wurden die politischen Bedingungen für seine Durchführung geschaffen. Nach der Entfernung Dimitrows ernannte man, auf Weisung Stalins, Tschewenkow zum Stellvertreter des grossen Abwesenden, Kolarow wurde zum Ministerpräsidenten erhoben und ein «inneres Sekretariat» des Politbüros errichtet, bestehend aus Tschewenkow, Kolarow und Jugow. Das Innenministerium Jugows war fest in russischer Hand, sein Sicherheitsapparat von Sowjet-«Beratern» geführt und von MWD-Agenten durchsetzt. Der 72jährige Kolarow wurde zu einem blossen Aushängeschild, zum Sprachrohr Tschewenkows, der jetzt Alleinherrscher der bulgarischen Partei war.

Das Jahr 1949 begann mit einer Reihe von Geheimsitzungen des Zentralkomitees. Vor den ahnungslosen ZK-Mitgliedern wurde Kostow der «nationalistischen Abweichung» beschuldigt und aufgefordert, «schonungslose Selbstkritik» zu üben. Doch seine Demütigung war nur ein An-

fang. Auf der Sitzung des ZK-Plenums am 26. und 27. März wurde vom «inneren Sekretariat» eine Resolution vorgelegt, worin Kostow u.a. sowjetfeindlicher Akte beschuldigt wurde, weil er das Staatsgeheimnisgesetz auch auf die UdSSR anwenden wollte; er habe innerhalb der Partei nationalistische Tendenzen gefördert, das Prinzip der kollektiven Führung verletzt und fraktionelle Tätigkeiten entfaltet, gegen Dimitrow intrigiert und Misstrauen zwischen der bulgarischen und der sowjetischen Partei gesät. Das Plenum beschloss einstimmig, Kostow aus dem Politbüro auszuschliessen und seiner Posten als stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Wirtschaftsrates zu entheben. Wie zum Hohn wurde er kurz darauf auf die völlig unbedeutende Position des Direktors der Nationalbibliothek abgeschoben (s. Devedjiev 1962, S. 28f; Bell 1986, S. 105; Ulam 1971, S. 206).¹³

Kostow blieb jedoch weiterhin Mitglied des Zentralkomitees. Er war kein Mann, der sich kampfflos ergab. Er appellierte an das Politbüro und wandte sich sogar über den Kopf der bulgarischen Partei hinweg in einem Brief an das Zentralkomitee in Moskau, um sich gegen die ungerechtfertigte Beschuldigung der sowjetfeindlichen Tätigkeit zu wehren. Er bekam keine Antwort. Ende Mai 1949 waren die geheimen Vorbereitungen für den Schauprozess abgeschlossen, und Tscherwenkow begab sich zu Stalin und Berija, um den genauen Ablauf zu besprechen – ohne dabei den in einem Moskauer Spital liegenden Dimitrow zu konsultieren (s. Devedjiev 1962, S. 34).

Nach seiner Rückkehr rief Tscherwenkow am 11. Juni eine plenare Sondersitzung des Zentralkomitees ein. «Seit März sind einige äusserst schwerwiegende neue Tatsachen über die parteifeindliche Tätigkeit Kostows bekannt geworden», sagte Kolarow. Es habe sich erwiesen, dass er die Kollektivierung der Landwirtschaft systematisch sabotiert, die Entwicklung der Industrie hintertrieben, die Autorität Dimitrows zu untergraben und die Einheit der Partei zu zerstören versucht habe. Die schweren Schäden, die er der Partei und den bulgarisch-sowjetischen Beziehungen verursacht habe, sei hinter seiner völlig nichtssagenden verbalen Selbstkritik verborgen geblieben. «Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass die Vergehen Kostows dem verräterischen Titoismus nahe verwandt sind», fuhr Kolarow fort. «Er wurde zum Bannerträger der internationalen Reaktion, sammelte um sich die erbärmlichen Überreste der geschlagenen

monarcho-faschistischen Clique . . . Heute ist sein Name gleichbedeutend mit allem, das unserer Partei feindlich gegenübersteht . . .» (Zit. n. ebd., S. 29ff.) Das Zentralkomitee beschloss einstimmig, Kostow aus allen Partei- und Staatsfunktionen zu entfernen und ihn aus der Partei auszuschliessen (s. auch Dewar 1953, S. 180ff.).

Kostow nahm an der Sitzung nicht teil: Er war in der Nacht zuvor von den Sicherheitsorganen in seiner Wohnung festgenommen worden. Die Verhaftung wurde vorerst geheimgehalten. Erst am 20. Juli erschien im Zentralorgan *Rabotničesko Djelo* eine kurze Mitteilung des Innenministeriums, wonach Traitscho Kostow wegen Wirtschaftssabotage und Spionage zugunsten imperialistischer Mächte in Gewahrsam genommen worden war.

Kostow wurde, an Hand und Fuss gefesselt, ins Hauptquartier der Staatssicherheitspolizei gebracht und in eine unterirdische Zelle gestossen. Man begann unverzüglich mit den Foltern. Noch in derselben Nacht wurde durch die Lüftungsklappe mit einem Schlauch eiskaltes Wasser in die Kellerzelle gelassen, und man drohte ihm, ihn zu ertränken, sofern er seine Spionagetätigkeit nicht eingestünde (s. Devedjiev 1962, S. 34). Das war bloss der Beginn. Die Verhöre dauerten Tag und Nacht – unterbrochen nur von den grausamsten Folterungen, die die Offiziere des Staatssicherheitsdienstes unter Anleitung, Überwachung und aktiver Teilnahme der MWD-«Berater» sich ausdenken konnten.¹⁴ Kostow hielt der Tortur vier Monate lang stand, doch im Oktober 1949 brach der physische und psychische Druck auch seinen Widerstand, und er unterschrieb das erste Geständnisprotokoll.

Zusammen mit Kostow wurden etwa 200 Personen verhaftet, hohe Partei- und Regierungsfunktionäre, die amtliche oder private Kontakte zu Kostow hatten, im Partei- oder Staatsauftrag mit den Jugoslawen verhandelten, die Handelsbesprechungen mit der Sowjetunion vorbereitet oder geführt hatten. Sie alle wurden so lange gefoltert, bis sie sich bereit erklärten, ihre im Moskauer Drehbuch vorgeschriebene Rolle in einer titoistischen Verschwörung als Spiessgesellen und Helfershelfer Kostows einzugestehen. Unter diesen 200 suchten sich die Regisseure die zehn Fügsamsten, Willigsten und zugleich Repräsentativsten aus und begannen sie, sobald Kostow gebrochen war, auf den Schauprozess vorzubereiten.

Die Technik dieses Schlusskapitels der polizeilichen Untersuchungsphase werde ich im Abschnitt über den Rajk-Prozess noch eingehend schildern. Die Sofioter Staatssicherheitszentrale, ebenso wie drei Monate zuvor ihr Budapester Äquivalent, verwandelte sich in ein Erholungsheim zur Aufpöppelung und Genesung der halbtot Gemarterten, zur Aufmunterung der aller ihrer Ideale Beraubten. Es begann der vorletzte Akt des Spieles – die Manipulierung mit der zweiten Lüge, nachdem die erfolterte erste ihren Zweck erfüllt hatte. Den zum grossen Schauprozess Auserkorrenen wurde versichert: Die Partei kenne die Wahrheit, das Gericht werde bloss ein Scheinurteil fällen; wer das auswendig zu lernende Geständnis fehlerfrei und überzeugend vortrage, der werde mit Milde und, sobald die Wogen geglättet seien, wegen der eines Genossen würdigen Mitarbeit mit Verzeihung belohnt. Auch Kostow machte scheinbar das Täuschungsritual mit, doch er hatte seine eigenen Spielregeln im Sinn, wie sich schon bald herausstellte.

In der letzten Phase mussten auch die Vorbereitungen aus den Kellern und Vernehmungsräumen der hermetisch abgeschlossenen Sicherheitsgefängnisse und der geheimen sowjetischen MWD-Villen in die Aussenwelt hinausdringen. Ende Oktober 1949 informierte Tschewkenow das ZK über den Fortschritt der Untersuchungen und betraute die 21 Mitglieder der sechs wirtschaftlichen Expertenkommissionen mit der genau umschriebenen Aufgabe, die bisher nur vagen und schlagwortartig umrissenen Vorwürfe «wirtschaftlicher Sabotage» mit fachlich stichhaltigen Einzelheiten zu untermauern. Im November wurde die Anklageschrift von Berija geprüft und gutgeheissen, nachher dem ZK vorgelegt. Ein Sonderausschuss des ZK bestimmte, im Einvernehmen mit Moskau, die zu fällenden Urteile und wählte, zusammen mit dem Generalstaatsanwalt Dimitr Georgiew, die sechs Mitglieder des Obersten Gerichts unter Vorsitz seines Präsidenten Boris Lozanow aus. Den Richtern wurden ihre Fragen und die Antworten der Angeklagten ausgehändigt mit der strikten Anweisung, sich genau an die Manuskripte zu halten. Die Anklageschrift wurde am 21. November in den Zeitungen veröffentlicht. Der Schauprozess konnte beginnen.

Der «Prozess Nr. 1891/1949 gegen die Hochverräter, Spione und Saboteure der Gruppe Traitscho Kostow» fand vom 7. bis 14. Dezember 1949

im Grossen Saal des Zentralheimes der Volksarmee statt. Miliz umringte das Gebäude, um Neugierige von dem mit Geheimpolizisten, sowjetischen Beobachtern, in- und ausländischen Journalisten, zuverlässigen Betriebs- und Kolchosendelegierten gefüllten Gerichtssaal fernzuhalten. Die Verhandlungen wurden im Rundfunk übertragen.¹⁵

Zehn Angeklagte sassen neben Kostow. Einer von ihnen war Finanzminister Iwan Stefanow. Er hatte seit den 20er Jahren im Exil gelebt, zunächst in Berlin und Paris, später in der Sowjetunion. Zu seinem Unglück war er entfernt verwandt mit dem bulgarischen Kommunisten Christian Rakowsky, der 1938 im grossen trotzkistischen Schauprozess gegen Bucharin zum Tode verurteilt worden war. Stefanow kehrte 1929 nach Bulgarien zurück und wurde Mitglied des Zentralkomitees. Die beiden anderen ZK-Mitglieder auf der Anklagebank waren Nikola Pawlow, stellvertretender Bauminister, und Wassil Iwanowsky, Leiter der Propaganda-Abteilung. Fünf Angeklagte bekleideten führende Wirtschaftspositionen in der Regierung: Nikola Natschew war Vize-Präsident des Wirtschaftsrates, Boris Andronow Christow Handelsattaché an der Moskauer Botschaft, Tsoniu Stefanow Tsontschew Gouverneur der Nationalbank, Iwan Slawow Gewrenow Abteilungsleiter im Industrieministerium und Iwan Georgiew Tutew Sektionschef im Aussenhandelsministerium. Die zwei restlichen Angeklagten erfüllten eine besondere Rolle im Schauprozess: Ilja Iwanow Bajalzaliew, Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, war während des Krieges Politkommissar der bulgarischen Partisanen gewesen und hatte mit Titos Partisanenarmee zusammengearbeitet; der Mazedonier Blagoj Iwanow Hadschi-Panzow war 1947 von Tito als Botschaftsrat nach Sofia entsandt worden, nach Ausbruch des Konflikts mit Stalin auf die Kominform-Seite übergewechselt und musste nun unter Anweisung des Sowjetbotschafters und des Sofioter MWD-Residenten Propagandareden halten, worin er Tito als Werkzeug der Imperialisten zu «entlarven» hatte.

Tatsachen wurden im Schauprozess in ihr Gegenteil verkehrt, Personen «umgedreht»: Der von Tito abtrünnige Hadschi-Panzow wurde zum heimlichen Agenten der Jugoslawen, Tito-Freund Dimitrow zu dessen langjährigem, unerbittlichem Feind; ergebene, treue Kommunisten wurden in fa-

schistische Polizeispitzel «umpolitisiert». Vor allem dienten die von einem Angeklagten nach dem anderen abgespulten «Geständnisse» dazu, die Rolle der jugoslawischen Führer Tito, Kardelj, Djilas, Rankovic als Marionetten der Anglo-Amerikaner zu «beweisen», ihre mit Kostow und seiner Bande ausgeheckte Verschwörung zum Sturze der bulgarischen Volksdemokratie, zu ihrer Abspaltung von der Sowjetunion zu «entlarven».

Das Drehbuch des Kostow-Prozesses war die auf einen etwas engeren Rahmen beschränkte Kopie des Rajk-Prozesses in Ungarn, der drei Monate zuvor in Budapest über die Bühne lief. Er konzentrierte sich ausschliesslich auf die beiden südslawischen Nationen, im Gegensatz zum ungarischen Prozess mit seiner viel grösseren Reichweite und dem offen verkündeten Ziel, alle übrigen Satellitenstaaten in die Kette der Schauprozesse einzuspannen.

In Sofia, wie auch in Budapest, musste zuerst das Prestige des Hauptangeklagten in den Dreck getreten werden. Kostow wurde in einen Trotz-kisten verwandelt, einen verräterischen «Links-Sektierer», der bereits 1930 mit den Opfern der Sowjet-Säuberung, Béla Kün und Valicky, zusammengearbeitet hatte und 1942 von der bulgarischen faschistischen Polizei zu Spitzeldiensten angeworben worden war. Die Anklageschrift brachte ihn 1944 mit dem britischen Obersten Bailey und dem General Oxley in Verbindung, ferner mit Donald Reed Heath, dem amerikanischen Botschafter und zugleich Agenten des Intelligence Service und des amerikanischen Nachrichtendienstes. Die Anglo-Amerikaner reichten kurz darauf die Rolle des Spionage-Auftraggebers an die Jugoslawen weiter, die Kostow anwiesen, eine Verschwörung zu organisieren mit dem Ziel, Bulgarisch-Mazedonien an Jugoslawien anzuschliessen, Bulgarien als siebente Republik in eine titoistische Südslawische Union einzugliedern, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion zu sabotieren und Dimitrow zu stürzen, ja wenn nötig zu ermorden.

Die Unterschiede in den ungarischen und den bulgarischen Prozessen, die engeren Dimensionen des Kostow-Falles, seine Beschränkung auf eine gemeinsame titoistisch-imperialistische Verschwörung gegen Bulgarien erklären sich durch den unterschiedlichen historischen Hintergrund. Die bulgarischen Kommunisten hatten in der Zwischenkriegszeit weit we-

niger Kontakte mit dem Westen als ihre ungarischen, tschechoslowakischen, deutschen oder polnischen Genossen, ihr Asyl vor Verfolgung und Kerker wegen illegaler politischer Aktivität oder Teilnahme an der Internationalen Brigade des spanischen Bürgerkrieges fanden sie nicht in Frankreich oder in England, sondern in der nahen Sowjetunion, wo sie die Sprache verstanden und sich dem unverhältnismässig starken Kontingent ihrer Landsleute in der Führung des Komintern anschliessen konnten. Es gab im Zweiten Weltkrieg keine bulgarische Exilregierung in London, keine Exilorganisation in der Schweiz. Die bulgarischen Genossen kämpften nicht in den Reihen der französischen Résistance, sondern Seite an Seite mit den jugoslawischen Partisanen.

Auch die Person Dimitrows ist ein wichtiger Faktor, um die Unterschiede zwischen den bulgarischen und den ungarischen sowie den späteren Schauprozessen zu erklären. Seine Freundschaft mit Tito, sein Eintreten für die Balkanföderation verursachten eine unvorhergesehene Verzögerung des Kostow-Prozesses. Erst seine Abschiebung in die Sowjetunion gab im Januar 1949 den Weg dazu frei, zu einer Zeit, wo die Vorbereitungen für den Rajk-Prozess schon im vollen Gange waren. Dimitrow weigerte sich bis zuletzt, mit falschen Beschuldigungen zum Sturz Kostows beizutragen: Er wusste, dass er bald sterben musste und daher mit seiner Weigerung nichts mehr zu verlieren hatte. Der Brief, den man nach seinem Tode fand – «zufällig» kurz vor dem Schauprozess –, worin Dimitrow die Partei vor Kostow warnte, ist zweifellos eine MWD-Fälschung. Der bulgarische Prozess, der plangemäss noch vor dem ungarischen hätte stattfinden sollen, musste verschoben werden und blieb eine Sackgasse, von wo aus keine weiteren Fäden in das Satellitenreich zu spinnen waren.

Der augenscheinlichste Unterschied bestand jedoch im dramatischen Widerruf Kostows im öffentlichen Prozess. «Ich bekenne mich schuldig», so begann er seine Aussage, «der falschen Einstellung zur Sowjetunion, die in den Schachermethoden beim Handel mit der UdSSR, in der Verheimlichung einiger Preise bei den Abmachungen mit den kapitalistischen Ländern sowie in meinen Anordnungen zur Anwendung des Gesetzes zum Schutz von Staatsgeheimnissen, in der liberalen Einstellung zu einigen anti-sowjetischen Äusserungen kam, die in meiner Anwesenheit ge-

macht wurden. . . . Ich wiederhole: Ich bekenne mich in Bezug auf die Sowjetunion der nationalistischen Abweichung schuldig, die die härteste Verurteilung verdient.» (Zit. n. *Der Prozess*. . . 1951, S. 74 f.) Er fuhr fort, seine «liberale Haltung» einzugestehen gegenüber sowjetfeindlichen Bemerkungen, die in seiner Gegenwart gemacht wurden, und gab zu, Dimitrow ungerechterweise kritisiert und damit dessen Autorität untergraben zu haben. Doch schon diese «Geständnisse» waren eine eindeutige Abweichung von dem den Richtern vorgelegten Text, und der nervös-erschrockene Gerichtspräsident Lozanow versuchte ihn auf die rechte Fährte zurückzuführen: «Kostow, Sie sind gemäss der Anklageschrift, die Sie gehört haben, wegen Ihrer Vergehen im April und Mai 1942 angeklagt. Welche Erklärungen können Sie hierüber abgeben?» Seine Antwort kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel: «Ich bin gerade im Begriff, das zu tun. Ich bekenne mich nicht schuldig, vor der faschistischen Polizei kapituliert zu haben, noch vom englischen Geheimdienst angeworben gewesen zu sein, noch der verschwörerischen Tätigkeit gemeinsam mit Tito und seiner Clique.... Ich bestätige diese (in der Voruntersuchung gemachten; G.H.) Aussagen nicht.» (Zit. n. ebd., S. 76 f.) Als er fortfuhr, die einzelnen Anklagepunkte zu widerlegen, verordnete der Gerichtspräsident die Unterbrechung seiner Aussage, liess Kostow aus dem Saal abführen und wies das Gericht an, die Verhandlung mit der Verlesung des Geständnisprotokolls, das aus Kostow im Staatssicherheitsgefängnis erfoltert worden war, fortzusetzen.

Als am 14. Dezember die elf Angeklagten zum Schlusswort aufgefordert wurden, weigerte sich Kostow wieder, die Anweisungen des MWD-Drehbuches zu befolgen. «In meinem Schlusswort vor dem sehr geehrten Gericht», sagte er, «halte ich es für meine Gewissenspflicht, dem Gericht und durch dieses auch der bulgarischen Öffentlichkeit zu erklären, dass ich niemals im Dienste des englischen Spionagedienstes gestanden, niemals an den verbrecherischen Verschwörerplänen Titos und seiner Clique teilgenommen, der Sowjetunion stets Achtung und Ehrfurcht entgegengebracht habe.» (Zit. n. ebd., S. 639) Wieder wurde Kostow unterbrochen, von den Wärtern gepackt und zur Anklagebank zurückgezerrt.

Sein Widerruf blieb eine Ausnahme, die Verhandlung nahm ihren vorgeschriebenen Lauf mit den «Geständnissen» der übrigen zehn Angeklagten. Auch die 51 «Zeugen» machten ihre vorher eingepackten Aussagen.

Sie waren teils verurteilte faschistische Verbrecher, denen für ihr belastendes Zeugnis das Versprechen der Freilassung vorgespiegelt wurde, teils durch Folter gebrochene Kommunisten, die, aus ihren Kellerzellen hervorgeholt, ihren eigenen Schauprozess erwarteten und jetzt von ihren Aussagen ein mildes Urteil für sich erhofften. Ferner wurden die von den Staatssicherheitsoffizieren sorgfältig «umpolitisierten» Berichte der sechs wirtschaftlichen Expertenkommissionen über die «Sabotagetätigkeit» der Angeklagten verlesen, die, soweit sie stimmten, bloss eine Sammlung von falschen ökonomischen, finanz-, aussenhandels- und industriepolitischen Massnahmen der Bulgarischen Kommunistischen Partei beinhalteten. Nun wurden diese falschen Entscheidungen zu Verbrechen umstilisiert und den Angeklagten in die Schuhe geschoben. Schliesslich kamen die von den Sicherheitsorganen ausgewählten «Verteidiger» an die Reihe, deren Plädoyers von der Geheimpolizei redigiert worden waren und nur die Beschuldigungen der Anklage wiederholten. Kostows Verteidiger, ein gewisser Dr. Lubin Dukmedschijew, erwähnte z.B. in seiner langen Verdammungsrede mit keinem Wort, dass sein Klient sein «Geständnis» widerrufen hatte.

Das Gericht verkündete am 14. Dezember die von Stalin, Berija und Tschewtschenko im Voraus verordneten Urteile: Kostow zum Tode durch den Strang, Iwan Stefanow und Pawlow zu lebenslänglicher, Natschew, Tsoniu Tsontschew, Iwan Slawow, Iwan Georgiew und Blagoi Iwanow Hadschi-Panzow zu 15jähriger, Boris Andonow und Wassil Atanasow zu 12jähriger und Ilja Bajalzaliew zu 8jähriger Zuchthausstrafe.

Am Tage nach der Urteilsverkündung besuchte Tschewtschenko Kostow in der Todeszelle. Er versicherte ihm, dass die bulgarischen und sowjetischen Genossen genau wüssten, dass er kein Spion und Verbrecher gewesen sei. Er appellierte an seine kommunistische Parteitreu und bat ihn, den Widerruf zurückzuziehen; das Scheinurteil diene bloss der internationalen Arbeiterbewegung, das Leben bleibe ihm erhalten. Es ist noch immer ungeklärt, wieso Kostow diesem Drängen nachgab. Die bulgarischen Behörden publizierten sein Gnadengesuch an das Präsidium der Nationalversammlung, im Faksimile seiner eigenen Handschrift – der Verdacht einer Expertenfälschung ist dabei nicht von der Hand zu weisen. «Ich erkenne mich der vom Gericht gegen mich erhobenen Anklagen für schul-

dig und bestätige voll und ganz meine Aussagen, die ich in der Voruntersuchung gemacht habe ... Ich bedauere aufrichtig mein Verhalten, das auf äusserste Nervenanspannung sowie auf krankhaften Intelligenzlerehrgeiz zurückzuführen ist, . . . und bitte Sie . . . , das gegen mich gefällte Todesurteil aufzuheben und durch lebenslängliche strenge Gefängnishaft zu ersetzen.» (Zit. n. ebd., S. 653)

Am nächsten Tag, dem 16. Dezember 1949, lehnte das Präsidium Kostows Gnadengesuch als unbegründet ab. Das Urteil wurde am selben Abend vollstreckt.

Die elf Opfer waren nur die sichtbare Spitze des Eisberges. Der Hauptverhandlung folgte eine lange Reihe von Geheimprozessen, mit etwa 200 Kommunisten als Angeklagten, von führenden Partei- und Staatsfunktionären hinab bis zu unbedeutenden Mitläufern in den mazedonischen und bulgarisch-jugoslawischen Organisationen. Hunderte weiterer Parteimitglieder, deren einzige Sünde es war, Kollegen, Freunde oder Verwandte der Verhafteten zu sein, wurden summarisch, auf «administrativem Wege», in Isolierlagern interniert. Allein von den 40 ZK-Mitgliedern gerieten 17 in die Mühlen der Prozesse (s. Brzezinski 1962, S. 115).

Von den Spitzenfunktionären, die spurlos verschwanden und in Geheimprozessen als «faschistische Polizeispitzel, imperialistische Agenten und titoistische Verschwörer» abgeurteilt wurden, soll hier nur eine repräsentative Auswahl aufgezählt werden: die beiden Politbüro-Mitglieder Professor Petko Kunin, Industrieminister, und Georgi Ganew, Direktor des Staatssicherheitsamtes; Iwan Maslarow, Organisationssekretär des Zentralkomitees; die Staatssicherheitsobersten Stefan Bogdanow und Nikola Zadgorsky; der Leiter der Militärabwehr General Peter Wrantschew; der Befehlshaber der Grenzwache General Glew Glawintschew; Ljubomir Kairakow, Jordan Bozhilow und Stefan Tontschew, Minister für Elektrifizierung, Aussenhandel bzw. Post, Telegraph und Telephon; ferner fünf stellvertretende Minister in den Ressorts Aussenamt, Transport und Binnenhandel (s. Devedjiev 1962, S. 49ff.).

Tscherwenkow versuchte, die Eigendynamik der lawinenartig anschwellenden Liquidierungswelle dazu auszunutzen, seine potentiellen Rivalen in der Parteiführung durch einen neuen grossen Schauprozess loszuwerden. Die beiden Opfer wären die «Heim-Kommunisten» Dobri Ter-

peschew und Anton Jugow gewesen. An «Belastungsmaterial» fehlte es ja nicht. In den Verhören zur Vorbereitung des Kostow-Prozesses – wie auch aller anderen Schauprozesse in den Satellitenstaaten – wurden von den Verhafteten Protokolle über alle Personen erfoltert, die mit den «Verschwörern» in irgendeiner privaten oder staats- bzw. parteiamtlichen Beziehung gestanden hatten. Und das bedeutete freilich, in Anbetracht der prominenten Stellung aller Gefolterten, eine sozusagen lückenlose Belastungskartothek über sämtliche führende Mitglieder der Partei, des Staatsapparats und der Armee – in den Panzerschränken der Staatssicherheitsbehörden sorgfältig und allzeit griffbereit aufbewahrt.

Dobri Terpeschew war während des Krieges Oberster Befehlshaber der bulgarischen Partisanenarmee, er wurde ins Zentralkomitee und ins Politbüro gewählt und stieg zur Zeit der Vorbereitungen für den Kostow-Prozess zum stellvertretenden Ministerpräsidenten auf. Anton Jugow, das Werkzeug Berijas in der Geheimpolizei, spielte eine massgebende Rolle in der Vorbereitung des Kostow-Prozesses, er leitete den Staatssicherheitsausschuss, der mit der MWD und Tscherwenkow die Opferliste zusammengestellt und die Verhaftungen vorgenommen hatte. Zwar musste er Ende Juli 1949 seinen Posten als Innenminister mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten vertauschen, doch blieb er weiterhin Mitglied des regierenden «inneren Sekretariats».

Auf der geschlossenen ZK-Tagung vom 6. Januar 1950 ging Tscherwenkow zum Angriff gegen Terpeschew und Jugow über. Er warf ihnen «Mangel an proletarischer Wachsamkeit» vor, Blindheit gegenüber den sowjetfeindlichen verräterischen Aktivitäten Kostows und seiner Bande. Indem sie lange Zeit die Verschwörer in ihrer Mitte geduldet hätten, sagte Tscherwenkow, hätten sie sich objektiv an deren Verbrechen mitschuldig gemacht. Die Rede Tscherwenkows warf unmissverständlich den unheimlichen Schatten eines neuen Schauprozesses voraus. In diesem kritischen Stadium griff jedoch Stalin ein. Schauprozesse waren für ihn ein nützliches Werkzeug, aber Zeitpunkt, Schauplatz, Umfang und Opfer hatte nur er zu bestimmen. Die schützende Hand Stalins rettete Jugow und Terpeschew das Leben. Sie kamen mit kriecheischen Selbstkritiken davon: Terpeschew wurde aus dem Politbüro entfernt, beide verloren ihre Posten als

stellvertretende Ministerpräsidenten und wurden in unbedeutende Staatsfunktionen abgeschoben (s. Devedjiev 1962, S. 53ff; Bell 1986, S. 108; Wolff 1970, S. 389).

Die bulgarischen Säuberungen hatten ihren Zweck mit dem Kostow-Prozess erfüllt, die Verhaftungswelle konnte abgebrochen werden. Der Schauplatz der stalinistischen Konzeptionsprozesse verschob sich von Süd- nach Mittel- und Osteuropa, von Albanien und Bulgarien nach Ungarn, die Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Polen.

Die Field-Verbindung – Wahrheit und Legenden

Der Rajk-Prozess in Ungarn war der erste «reine» Schauprozess in Osteuropa der Nachkriegszeit. Mit ihm schuf Stalin das Schulbeispiel, zu dessen Studium die in der Materie noch wenig erfahrenen Sicherheitsoffiziere aller Ostblockländer nach Budapest geordert wurden. Hier konstruierte man das erste Mal die Fiktion von Noel Field als dem Anwerber aller in den Westen exilierten Kommunisten für den amerikanischen Spionagedienst, als dem Bindeglied zwischen der imperialistischen und titoistischen Unterwanderung der kommunistischen Parteien Osteuropas. Die Verbindung mit Field brachte Tod und Gefängnis für Hunderte von Kommunisten in Ungarn, Polen, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei; weitere Tausende wurden liquidiert, weil sie Freunde, Bekannte, Mitarbeiter der mit Field Verbundenen waren. Die Field-Fiktion stellte den Auftakt zum Schauprozess in Budapest dar, von dort fiel ihr unheilbringender Schatten über Prag, Warschau und Ost-Berlin. Mit Hilfe von Fields Namen wollte man sich des verhafteten Gomulkas und der gestürzten ostdeutschen Parteiführer Paul Merker und Franz Dahlem in einem Schauprozess entledigen. Doch die Zeit lief den Henkern diesmal davon. Am 27. November 1952 fiel der Urteilsspruch im Prager Slánský-Prozess, vier Monate später, am 5. März 1953, starb Stalin, und im Dezember wurden Berija und Abakumow, Chefs der sowjetischen MWD, hingerichtet – ironischerweise als englische Spione, in einem antistalinistischen Schauprozess also. Ulbricht in der DDR und Bierut in Polen mussten den Rückzug antreten. Die von Budapest ins Rollen gebrachte Field-Lawine wurde gebremst, dann kam sie zum Stillstand, mit ihr auch die mörderische Serie der Nachkriegsschauprozesse.¹⁶

Über die Schlüsselfigur Noel Field gibt es nur wenig veröffentlichtes Material, eine erstaunliche Unterlassung, denn seine bewegte Lebensgeschichte ist zugleich Teil der Weltgeschichte in ihrer aufregendsten, düstersten und hoffnungsträchtigsten Periode. Zum Verständnis seiner Rolle in den Schauprozessen ist daher eine kurze Biographie unerlässlich.¹⁷

Field wurde am 23. Januar 1904 in London geboren. Sein Vater, Dr. Herbert Haviland Field, ein angesehener Biologe von internationalem Ruf, stammte aus einer alten amerikanischen Quakerfamilie; seine Mutter war Engländerin. Kindheit und Jugend verbrachte Noel Field in Zürich, wo sein Vater ein internationales Institut für wissenschaftliche Bibliographie leitete. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges organisierte Dr. Field, der religiös-humanistischen Quakertradition treu, eine Lebensmittelhilfe für die Hungernden und Vertriebenen Europas, und nach dem Waffenstillstand wurde er von Präsident Wilson zum Mitglied der amerikanischen Kommission zur Vorbereitung der Friedenskonferenz berufen. Dem Frieden zu dienen und den Verfolgten zu helfen – das waren für den jungen Noel Field keine abstrakten Ideen, er wuchs mit diesen Vorbildern auf.

Nach dem Tod des Vaters im Jahre 1921 übersiedelte die Familie nach Amerika. Noel studierte an der elitären Harvard Universität in Boston Politische Wissenschaft. 1926 wurde er ins State Department, ins amerikanische Aussenministerium, aufgenommen und arbeitete in der Abteilung für westeuropäische Angelegenheiten, wo er sich vor allem mit dem Völkerbund zu beschäftigen hatte. Ein Jahr früher heiratete er Herta Vieser, seine Kindheitsfreundin aus der Schweiz. Sie blieb ein bewegt-tragisches Leben lang seine treue Gefährtin.

Noel Fields weitere staatliche Berufskarriere war kaum bemerkenswert. 1930 wechselte er im Aussenamt vom diplomatischen Dienst zum Chefberater für Wirtschaftsfragen in Westeuropa um, 1936 wurde er in die Abrüstungsabteilung des Völkerbundsekretariats in Genf delegiert, und zwei Jahre später ging er als Mitglied der Völkerbundkommission zur Repatriierung der Ausländer in das im Bürgerkrieg blutende Spanien. 1940 legte er seine Stelle im Völkerbund nieder, von der Impotenz dieser internationalen Organisation gegenüber der faschistischen Aggression an-

gewidert; damit brach auch seine Karriere im Dienst der amerikanischen Regierung ab.

In den Fusstapfen seines Quaker-Vaters, doch in umgekehrter Reihenfolge, wechselte Noel vom Völkerbund zur Sozialarbeit über. Ende 1940 wurden er und seine Frau Herta mit der Leitung des Büros des *Unitarian Service Committee* (USC) in Marseille betraut, und zwei Jahre später, nach Besetzung Vichy-Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, übernahmen die Fields die Leitung der europäischen Zentrale des USC in Genf, in der neutralen Schweiz. Im beschränkten Rahmen der Möglichkeiten dieses von den Unitariern, einer der fortschrittlichsten Gruppen des amerikanischen Protestantismus errichteten humanitären Hilfswerks zum Schutz der im von Deutschen besetzten Europa gefährdeten Menschen, führten Noel Field und seine Frau einen wahrhaft heroischen Kampf zur Rettung der Verfolgten. Hunderte verdankten ihrer Tätigkeit die Rettung vor Hunger, Konzentrationslagern und Hinrichtungskommandos.

Nach Kriegsende waren die Mittel des USC erschöpft. Für die Linderung der Not im zerstörten Europa war die noch so aufopfernde Arbeit einer privaten wohltätigen Organisation völlig ungenügend. Das USC musste seine Tätigkeit einschränken, das europäische Zentralbüro wurde 1947 geschlossen. Man bot Field eine Stelle an in Boston, im amerikanischen Hauptquartier der Unitarier, doch er lehnte ab und blieb in Europa. Er hoffte, mit der Hilfe der von ihm Geretteten, viele von ihnen jetzt in führender Position in den osteuropäischen Staaten, irgendeinen Posten an einer Universität oder in einem Forschungsinstitut zu erhalten. Die Kommunisten waren dankbar und hilfsbereit, doch zugleich vorsichtig-hinhalten gegenüber dem Amerikaner – die sowjetischen Okkupationsbehörden, auf die es ja schlussendlich ankam, völlig ablehnend. Noel Field fuhr von Ost-Berlin nach Prag, dann nach Warschau, versuchte es in Paris, dann kehrte er Anfang Mai 1949 nach Prag zurück. Am 12. Mai verschwand er aus dem Palast Hotel. Seine Frau Herta war zu jener Zeit in Genf. Im August flog sie nach Prag, um nachzuschauen, was mit Noel geschehen war. Am 25. August verschwand auch sie spurlos aus dem Palast Hotel.

Wenige Tage vorher hatte sich Noels jüngerer Bruder Hermann Field mit Herta in Prag getroffen, ebenfalls auf der Suche nach dem Verschwundenen. Er flog unverrichteter Dinge nach Warschau ab, um alte Freunde

um Hilfe zu bitten, doch vergebens. Dann fuhr er am 22. August zum Flughafen, um nach Prag zurückzukehren, doch kam nie in der tschechischen Hauptstadt an. Einen Passagier dieses Namens soll es gar nicht gegeben haben. Hermann, ein erfolgreicher Londoner Architekt, hatte bis 1939 wenig mit Politik zu tun gehabt. Das änderte sich mit der Zerstückelung der Tschechoslowakei. Die kleine liberale Hilfsorganisation British Trust, wo seine zweite Frau Kate tätig war, bat ihn, nach Krakau in Südpolen zu fahren, um politischen Flüchtlingen aus der besetzten Tschechoslowakei den Weg nach England zu ebnen. Als auch Polen von der deutschen Wehrmacht überrannt wurde, war Hermanns kurzer Vorstoss in die Weltgeschichte beendet. Zehn Jahre später holte ihn die Weltgeschichte, um ihn in ihrer dunklen Versenkung verschwinden zu lassen.

Während des spanischen Bürgerkrieges hatten Noel und Herta Field eine deutsche Familie kennengelernt. Der Vater, Dr. Glaser, arbeitete als Arzt in der Internationalen Brigade. Beim Rückzug der Überreste der Brigade erkrankte die damals 17jährige Tochter Erica. Sie wurde von Lazarett zu Lazarett transportiert und von ihren Eltern getrennt. In einem Auffanglager an der französisch-spanischen Grenze trafen die Fields wieder auf die junge Erica und beschlossen, sie in die Schweiz mitzunehmen. Sie behandelten die Pfliegetochter wie ihr eigenes Kind. Schon an der Universität schloss sich Erica der antifaschistischen Bewegung an, nahm an der illegalen Arbeit der deutschen Emigrantengruppe teil und lernte durch sie auch Mitglieder der ungarischen Exilorganisation kennen. Nach dem Krieg ging sie in die amerikanische Zone Deutschlands, nahm zuerst eine Stelle in Frankfurt im Office of Strategie Services (OSS) an, verliess zwei Jahre später den amerikanischen Dienst und arbeitete nach ihrer Aufnahme in die Kommunistische Partei Deutschlands als Sekretärin der KP-Abgeordneten im hessischen Landtag sowie als Redakteurin einer Partei-zeitschrift. Doch schon bald lernte sie Robert Wallach, einen Hauptmann der amerikanischen Besatzungsarmee, kennen. Die beiden verliebten sich ineinander, und als diese enge Beziehung der Partei missfiel, beschloss sie Ende 1947, aus der KP auszutreten und Robert Wallach zu heiraten. Sie lebten in Paris, da Erica wegen ihrer kommunistischen Vergangenheit, trotz ihrer Heirat mit einem amerikanischen Staatsbürger, die Einreise in die Vereinigten Staaten verweigert wurde. Als sie in Paris vom Ver-

schwinden der drei Fields erfuhr, entschloss sie sich im Spätsommer 1950, nach Ost-Berlin zu fahren und sich bei ihren alten Genossen über das Schicksal der Verschwundenen zu erkundigen. Am 26. August wurde sie auf der Strasse verhaftet. Auch sie verschwand spurlos.

Doch zurück zu Noel Field, diesem «Agenten des amerikanischen Spionagedienstes», dem «Verbindungsmann zwischen den Imperialisten und ihrer in die osteuropäischen kommunistischen Parteien eingeschleusten Agenten», wie es immer wieder in den Schauprozessen hiess. Wer war er tatsächlich? Zweifellos ein empfindsamer, aufrichtiger Idealist – ja, ein guter Mensch, um dieses leider altmodisch gewordene Adjektiv zu gebrauchen. Friede, Gerechtigkeit, Verantwortungsgefühl, Hilfsbereitschaft waren für ihn keine leeren Phrasen, die er für eine Karriere auszunutzen suchte – sie bildeten Sinn und Zweck seines Lebens. In der Beurteilung seines Charakters stimmen Freund und Feind überein, doch in der seiner politischen Rolle gehen die Meinungen auseinander. War er Kommunist? Zweifellos ja, und dabei ist es gleichgültig, ob er auch formell der Partei beigetreten ist, mit einem amerikanischen, deutschen oder schweizerischen Parteibuch in der Tasche. Ebenso müssig ist die Frage, wann genau aus dem jungen Sympathisanten in den 30er Jahren ein überzeugter Kommunist geworden ist. Spätestens nach dem Zusammenbruch der spanischen Republik und dem Sieg des Franco-Faschismus konnte an seiner Gesinnung kein Zweifel herrschen. Als Leiter der Unitarian Service Committee betrachtete er es als seine hauptsächliche Aufgabe, den antifaschistischen, vor allem den kommunistischen Flüchtlingen zu helfen – eine Tätigkeit, für die Field und die von ihm Geretteten in den paranoid-konstruierten Prozessen Stalins mit Galgen, Gefängnis und Gulag belohnt wurden. Darüber soll in der Analyse der einzelnen Schauprozesse eingehend berichtet werden.

Doch war Noel Field auch ein Agent? Vielleicht sogar ein Doppelagent sowohl des sowjetischen als auch des amerikanischen Spionagedienstes? Der amerikanischen Journalistin Flora Lewis, Leiterin des Pariser Büros der *New York Times*, verdanken wir das einzige Buch über *The Man Who Disappeared*, wie der Titel der englischen Ausgabe hiess. Sie studierte unzählige Berichte, sprach mit Dutzenden von Leuten, die Field kannten,

und gab mehr oder minder eindeutig ihrer Meinung Ausdruck, dass Field bereits 1935 in Amerika vom sowjetischen Geheimdienst angeworben und seitdem von Zeit zu Zeit mit höchst konspirativen, doch völlig unbedeutenden Spionageaufgaben beauftragt worden sei. Aber die Quellen von Flora Lewis sind diesbezüglich äusserst suspekt: Sie stützte sich auf die Aussagen des für seine Unzuverlässigkeit berüchtigten Kronzeugen des Ausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe, J.B. Matthews, des notorischen Denunzianten Whittaker Chambers und vor allem auf die Aussagen von Hede Massing, einer deutschen Emigrantin, die jahrelang Kurierdienste für einen sowjetischen Spionagering leistete und während der McCarthy-Hexenjagd ihre Vergangenheit mit der Fabrizierung langer Listen von angeblichen «Sowjet-Spionen» wieder gutzumachen trachtete.

Die zwielichtige Beurteilung Fields wird auch dadurch verstärkt, dass die westlichen Nachrichtendienste wohl dicke Akten über ihn angelegt haben, jedoch bis zum heutigen Tag sich weigern, sie zu öffnen. Weder die amerikanische CIA, Nachfolgerin des OSS, noch der britische, bundesdeutsche oder schweizerische Geheimdienst geben irgendwelche Auskunft, ganz zu schweigen von ihren östlichen Kollegen.

Die Wirklichkeit ist wohl viel weniger abenteuerlich. Field gehörte in den 30er Jahren zum Freundeskreis amerikanischer Regierungsbeamten, die mit wachsender Sympathie die Sowjetunion betrachteten als die einzige Macht, die den Sieg des Faschismus und damit den heranziehenden Weltkrieg verhindern könnte. Fast alle dieser «verfrühten Antifaschisten», wie sie nach der McCarthy-Ära genannt wurden, tauchten auf irgendeiner Liste der professionellen Denunzianten wie Matthews, Chambers und Massing als «Rote», ja als Sowjetagenten auf. Dass auch Fields Name erwähnt wurde, ist nur selbstverständlich; dass er jedoch nie vom FBI irgendwelcher «unamerikanischer Umtriebe» beschuldigt wurde, spricht sowohl für seine periphere Rolle als auch für die zweifelhafte Aussagekraft der von Flora Lewis angeführten «Beweise».

In der neutralen Schweiz waren freilich etliche Agenten des sowjetischen Spionagedienstes tätig. Der bekannteste Ring stand unter der Leitung des ungarischen Kommunisten Alexander Rado, dessen Funkmeldungen über die deutsche Militärmaschine äusserst wertvolle Informatio-

nen – so das genaue Datum des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion – geliefert haben.¹⁸

Der sich um die kommunistischen Flüchtlinge sorgende Field interessierte die Russen ganz und gar nicht. Hätten sie von ihm Informationen über Faschisten verlangt, wäre er aus Überzeugung gerne bereit gewesen, sie ihnen zu liefern; doch sich als Agent anwerben zu lassen, muss ihm ein völlig abwegiger Gedanke gewesen sein.¹⁹

Ebenso wenig hätte er sich dem amerikanischen Nachrichtendienst angeschlossen. Field hatte Allen Dulles, den europäischen Leiter des Office of Strategic Services, noch im Jahre 1929 bei den Abrüstungsverhandlungen in Washington und London kennengelernt und später die Gelegenheit begrüßt, die alte Bekanntschaft während der Kriegsjahre in Bern wieder aufzufrischen und eine beiderseits nützliche Zusammenarbeit für die Niederlage Hitlers auszubauen. Die Annahme jedoch, Field sei ein Agent des OSS gewesen, entsprang einzig und allein der krankhaften Phantasiewelt der Stalinschen Nachkriegsstrategie. Sie wurde als Falle konstruiert, in der die Opfer der Schauprozesse verschwinden sollten.

Oder war es vielleicht doch nicht nur das Produkt der krankhaften Phantasiewelt der Henker in Moskau? In seinem Buch *Sprengsatz. Die Operation Splinter Factor* (Al. Ausg. 1975) stellt der englische Journalist Stewart Steven die Theorie auf, dass die lange, blutige Welle der Nachkriegs-Schauprozesse in Osteuropa eine gezielte Provokation der amerikanischen CIA gewesen sei, mit Noel Field als der zentralen Figur. Steven spekuliert:

Dulles erschien die Zusammenarbeit mit Field während des Krieges plötzlich in einem ganz anderen Licht. Er erkannte, dass er von Field benutzt wurde, dass der europäische Direktor der USC kein simpler Hitler-Gegner war, sondern ein schlauer, verkappter Kommunist, der sein Vertrauen missbraucht und ihn gegenüber Washington schwer kompromittiert hatte, indem er das OSS zum Komplizen der Kommunisten machte. Dulles konnte Field diese Schmach nie vergessen und schwor Rache. Die Gelegenheit dazu ergab sich im Jahr 1949. Dulles, zu jener Zeit schon Direktor der CIA, entsann einen Plan unter dem Decknamen *Splinter Factor*, mit dem er einen Keil zwischen Moskau und seine Satelliten, aber auch die «Liberalen» und die «Orthodoxen» in den osteuropäischen KP-

Führungen treiben und damit den monolithischen Sowjetblock sprengen wollte. Als Werkzeug hierfür diente ihm der Doppelagent Józef Swiatlo, ein Leiter der polnischen Sicherheitsorgane. Swiatlo sollte Stalin und Berija einflüstern, Noel Field sei ein Meisterspion des amerikanischen Nachrichtendienstes mit der Aufgabe, seine Vertrauensleute, u.a. Rajk, Slánský und Gomulka, in Spitzenfunktionen der osteuropäischen Parteien einzuschleusen.

Laut Steven war es diese hinterhältige *disinformation*, die Stalin den unmittelbaren Anstoß für die Serie der Schauprozesse im Satellitenreich gab. Ihm zufolge war Swiatlo der von Dulles gesteuerte Denunziant und Field der zum Untergang preisgegebene Superagent. Mit Splinter Factor wollte sich Dulles an Field rächen und den Betrüger zusammen mit dem Sowjetimperium zugrunde richten.

Dass Field ein, wenn auch unbewusstes Werkzeug der CIA gewesen sei, gehört ebenso ins Reich der Stevenschen Phantasie, wie die angeblich ausschlaggebende Rolle von Dulles bei der Entfesselung der osteuropäischen Schauprozesse. Zweifellos gab es Kampagnen zur Verwirrung des Gegners durch Falschinformationen, es mag vielleicht auch eine unter dem Decknamen Splinter Factor gegeben haben. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Rede des amerikanischen Staatssekretärs John Foster Dulles, des Bruders von Allen, im Frühjahr 1949 verwiesen, wo dieser eine Geheimaktion zur Unterwanderung der führenden Kreise in den Volksdemokratien erwähnte. Der Bericht darüber in der Schweizer Zeitung *Die Tat* wurde triumphierend in der ungarischen Anklageschrift gegen Rajk als «Beweis» angeführt. Im Dunkel der Spionagewelt ist es auch nicht völlig ausgeschlossen, dass Swiatlo ein Doppelagent war: Er flüchtete Ende 1953 in den Westen und enthüllte in seinen Vorträgen im Sender Freies Europa schauerhafte Einzelheiten der stalinistischen Säuberungen in Polen.

Die Behauptung jedoch, dass es der CIA gelungen wäre, durch solche Manöver Stalin zu täuschen, seinen Verdacht und Zorn gegen die denunzierten «Verräter» zu erregen und damit das osteuropäische Blutbad zu entfesseln, verfälscht nicht nur die Rolle Fields. Swiatlos angebliche Einflüsterungen über eine «Field-Verschwörung» lassen möglicherweise eine ganz andere Interpretation der Entstehungsgeschichte zwar nicht der Säu-

berungsprozesse, aber doch des Steven-Buches zu. Vielleicht war es ein aktives oder ehemaliges Mitglied eines östlichen Sicherheitsorgans, das diese Theorie dem in der kommunistischen Unterwelt unbewanderten Journalisten einflüsterte, um sich von den eigenen Verbrechen reinzuwaschen, einen Teil der Verantwortung dafür den Amerikanern zuzuschieben und die bisher unveröffentlicht gebliebene volle Wahrheit dieses tragischen Kapitels der Nachkriegsgeschichte Osteuropas noch mehr zu vernebeln.

Kapitel 4

Der Weg zum Rajk-Prozess in Ungarn

Wie begann der Rajk-Prozess? Der Erklärungsversuch von Stewart Steven, dass eine schlaue amerikanische Provokation die Lawine ins Rollen gebracht hätte, ist, wie bereits ausgeführt, völlig unglaubhaft. Aus Kreisen der am Prozess beteiligten ungarischen Offiziere des Staatssicherheitsdienstes AVH vernimmt man eine andere Version.²⁰ Danach soll der damalige ungarische Gesandte in der Schweiz, József Szál, von einem emigrierten Landsmann die Information erhalten und streng vertraulich an Gábor Péter nach Budapest weitergeleitet haben, dass Tibor Szönyi, der während des Krieges Leiter der ungarischen kommunistischen Exilgruppe in der Schweiz war, durch Vermittlung von Noel Field mit Allen Dulles, dem Chef des amerikanischen Geheimdienstes OSS, in Verbindung gestanden hätte. Szönyi war seit 1947 ZK-Mitglied und hielt als Chef der Kaderabteilung eine der wichtigsten Machthebel in der Hand: Er bestimmte, welcher Kommunist welche leitende Position im Partei- und Staatsapparat bekleiden sollte. Generalleutnant Gábor Péter, Chef der AVH, leitete die Information an die sowjetische MWD weiter. Die Russen waren zunächst skeptisch, doch dann schaltete sich auch Mátyás Rákosi, der Generalsekretär der ungarischen KP, ein und drängte bei Berija auf eine Untersuchung. Schliesslich willigte die MWD ein, liess am 11. Mai 1949 Field in Prag verhaften und überstellte ihn nach Budapest. Sieben Tage später, am 18. Mai, wurde auch Szönyi verhaftet. Die Szönyi erpressten «Geständnisse» führten zur Verhaftung Rajks und aller anderen Angeklagten des Schauprozesses.²¹

Diese AVH-Version ist etwas glaubhafter, doch sie enthält nur einen kleinen Teil der Wahrheit. Die Verbindung Szönyis mit Field war schon seit 1945 bekannt, als er und seine Gruppe aus der Schweiz nach Ungarn

zurückkehrten und der Partei ausführliche Berichte über die Tätigkeit ihrer Exilorganisation erstatteten. János Kádár weiss einen anderen kleinen Teil der Geschichte zu erzählen. Im August 1948 stand Kádár mit an der Spitze der Parteihierarchie, war Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros, doch seine tatsächliche Macht kam weit besser in seiner unbedeutenderen Position als Sekretär des Parteausschusses für Gross-Budapest zum Ausdruck. Er gehörte nicht dem inneren Zirkel an, der aus Rákosi, Ernő Gerő, Mihály Farkas, József Révai und anfänglich auch aus László Rajk bestand. Die ersten vier kamen aus Moskau, waren bewährte Funktionäre der Komintern und – vielleicht mit Ausnahme von Révai – zuverlässige Agenten der sowjetischen Geheimpolizei. Rajk, den Spanienkämpfer und Leiter der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Ungarn, akzeptierten sie von Anfang an nur misstrauisch als notwendiges Übel, weil sie auch einen «Einheimischen» in der Machtspitze präsentieren mussten.

In seiner Kádár-Biographie beschreibt László Gyurkó einen Sonntag im August 1948.

«Rákosi lud Kádár in seine Wohnung ein, wo sich bereits Gerő, Farkas und Révai aufhielten. Kádár fiel sofort auf, dass Rajk nicht zugegen war, obschon auch er offiziell der obersten Parteiführung angehörte.

‘Ich bin erst später draufgekommen’, sagt Kádár, ‘dass diese vier Männer regelmässig alle wichtigen Fragen besprachen, noch bevor sie dem Politbüro vorgelegt wurden. Bald wurde mir klar, weshalb Rajk fehlte. Mihály Farkas referierte darüber, dass Berichten der Staatssicherheit zufolge Rajk vermutlich ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes war. Zuerst blieb mir das Wort in der Kehle stecken, so bestürzt war ich. Ich konnte nur sagen, das sei völlig unmöglich/

Farkas argumentierte damit, dass die Informationen von zuverlässigen Agenten in der Schweiz stammten. Kádár protestierte. Gerő und Révai schwiegen. Der etwas schweigsame Rákosi schloss die Diskussion mit der Bemerkung, im Falle eines solchen Verdachtes, auch wenn er noch nicht einwandfrei bewiesen worden sei, könne Rajk nicht Innenminister bleiben. Er solle die Leitung des Aussenministeriums übernehmen und Kádár die des Innenministeriums.

‘Ich habe sofort verstanden’, sagt Kádár, ‘dass Rákosi und seine Gruppe die Frage schon ohne mich entschieden hatten. Auch wurde mir klar, weshalb Rákosi mich zu einem späteren Zeitpunkt bestellt hatte als die anderen. Révai war sehr blass. Ich glaube, auch ich/» (Gyurkó 1982, S. 180f.)

Vermutlich handelt es sich bei dem hier erwähnten Bericht aus der Schweiz um denselben, auf den sich auch die vorher wiedergegebene AVH-Version stützt. Dass das eine Mal nur von Szönyi, das andere Mal nur von Rajk die Rede war, lässt sich wahrscheinlich mit der wohllosierten «Informationspolitik» von Farkas gegenüber verschiedenen Gesprächspartnern erklären. Es kann aber kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass der betreffende Bericht (oder die Berichte) in Wirklichkeit in Moskau verfasst worden ist (sind). Derartige «Beweise» sind in der Praxis der Geheimdienste nichts Neues. Vielleicht das bekannteste Beispiel stellt die Belastung des stellvertretenden Verteidigungskommissars Marschall Tuchatschewsky im Jahr 1937 dar, als auf Befehl Stalins der im Pariser Exil lebende Doppelagent General Skoblin eine NKWD-Fälschung über die angebliche Verschwörung Tuchatschewskis mit Hitlers Generalstab in die Hände des deutschen Sicherheitsdienstes spielte. SD-Chef Heydrich erweiterte das Material zu einem dicken Dossier und liess es im Mai 1937 mit Hilfe von zwei verhafteten NKWD-Agenten und durch Vermittlung des tschechoslowakischen Präsidenten Beneš wieder im Schoss Stalins landen. Wenige Wochen später wurde Tuchatschewski verhaftet und erschossen (s. Conquest 1971, S. 300ff.; Medvedev 1973, S. 332ff.). Eine andere bekannte Fälschung ist der von der MWD verfasste und an Slánský adressierte Brief, worin dem Generalsekretär der tschechoslowakischen KP Fluchthilfe angeboten wurde. Dieser Brief fiel den Sicherheitsorganen noch so «rechtzeitig» in die Hände, dass sie Slánský aufgrund dieses «Beweises» verhaften konnten (s. Kap. 7, S. 133 f.).

Auf der Kominform-Tagung vom 28. Juli 1948, auf der die «Umwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie der imperialistischen Mächte» als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde, eröffnete das sowjetische Politbüro-Mitglied Andrej Schdanow den verblüfften Delegierten, die sowjetischen Sicherheitsorgane verfügten über Beweise, dass Tito ein imperialistischer Agent sei. Die genaue Chronologie der Vorbereitung der Schauprozesse ist tief in den Archiven der KPdSU und der MWD begraben. Es kann aber kaum daran gezweifelt werden, dass Schdanows Behauptung keine leere Phrase war, sondern dass Berija schon spätestens im Mai 1948 auf Befehl

Stalins damit begonnen hatte, in allen Satellitenstaaten die «Entlarvung» Titos und die Liquidierung der potentiellen «Titoisten» zu organisieren.

Die allgemeinen Regieanweisungen kamen aus Moskau: eine «titoistische» Verschwörung in den Spitzen der Parteihierarchie ausfindig machen, die auf Geheiss der imperialistischen Nachrichtendienste die sozialistische Ordnung zu stürzen plant. Auch die Kategorien der «Verdächtigen» wurden von Stalin festgelegt: die aus dem westlichen Exil Heimgekehrten, die «Internationalisten» (Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg), die Führer der nationalen Untergrundbewegungen, die «Kosmopoliten» (jüdische Intellektuelle) – kurz, alle leitenden Funktionäre, die nicht aus Moskau zurückgekehrt und von den sowjetischen Sicherheitsorganen angeworben oder zumindest überprüft worden waren.

Die Schwierigkeiten für Berija begannen bei der Konkretisierung der vorzubereitenden Prozesse. Sie mussten notgedrungen in Zusammenarbeit nicht nur mit den lokalen Sicherheitsdiensten und MWD-Residenten, sondern auch mit den einzelnen Parteiführern ausgeklüngelt werden. Hier stiess Berija auf Widerstände, auf die man in Moskau nicht gefasst war. Es war eine Sache, im Prinzip mit den Säuberungen einverstanden zu sein, eine ganz andere jedoch, die eigenen Genossen, Kampfgefährten und Freunde als Verräter abzustempeln und sie dem Henker auszuliefern; es war viel leichter, den stalinistischen Terror in der Sowjetunion zu rechtfertigen, als den Terror im eigenen Hause entfesseln zu helfen.

In Polen und in Rumänien versuchten Bierut und Gheorgiu-Dej mit einigem Erfolg, die Befehle aus Moskau zu umgehen, um sich selber und ihre Clique zu retten. In der Tschechoslowakei widersetzte sich Präsident Gottwald den ersten Forderungen zur Organisation eines Schauprozesses; erst der vereinte Druck aus Moskau, Budapest und Warschau zwang ihn nachzugeben, und noch zwei Jahre später zögerte er, die Verhaftung Slánskýs zu gestatten. In Bulgarien stand das immense Prestige Dimitrows einer sklavischen Befolgung der MWD-Direktiven im Wege, nur nach seiner Beseitigung konnte die Säuberung ihren Anfang nehmen.

In Ungarn jedoch fand Berija äusserst willige Mitarbeiter. Die Servilität von Mátyás Rákosi war bekannt und erprobt; Ernő Gerő und Mihály Farkas, die beiden anderen Mitglieder des innersten Triumvirat, waren

MWD-Agenten.²² Es gab weder Fraktionskämpfe oder ideologische Differenzen noch Rivalitäten um Positionen.

Rákosi wollte der Stalin Ungarns sein, er war intelligent, machthungrig, schlau und völlig skrupellos. Gerö war viel begabter, ein guter Ökonom und ein scharfer «Polizist», sowohl im Spanischen Bürgerkrieg in der Rolle eines Politikommissars der Komintern als auch in Budapest im Dienste Berijas. Farkas, dem im Zentralkomitee Armee, Polizei und Staatssicherheitsdienst unterstanden, war der farbloseste der Troika, ein eingebildeter Bürokrat, dessen Grausamkeit, Rachsucht und Machthunger ihn zum willigen Werkzeug des MWD stempelten.

Es war auch Rákosi, der im Mai, spätestens Anfang Juni 1948 nach Moskau beordert wurde, um mit Berija den Schauprozess in Budapest vorzubereiten. Sie einigten sich auf Rajk als Haupt der Verschwörung, Tibor Szönyi als Kontaktmann zu Field und dem amerikanischen Spionagedienst sowie Lazar Brankov als Bindeglied zu Tito.

Der im Jahre 1908 geborene László Rajk trat 1930, während seiner Studentenjahre an der Budapester Universität, der illegalen Kommunistischen Partei bei. Nach seiner Relegation von der Universität war er als Bauarbeiter tätig und wurde Leiter der kommunistischen Fraktion der Bauarbeitergewerkschaft. Beim Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs ging er nach Madrid und wurde Parteisekretär des Rákosi-Bataillons der Internationalen Brigade. Nach dem Zusammenbruch der Republik war er in St. Cyprien, Gurs und Vernet interniert. Er entkam aus den französischen Lagern, kehrte 1941 nach Ungarn zurück, wurde einer der Führer der kommunistischen Untergrundbewegung, Sekretär des Zentralkomitees der illegalen KP und organisierte den antifaschistischen Widerstand gegen die Deutschen und ihre ungarischen Quislinge. Im Dezember 1944 verhafteten ihn die Pfeilkreuzler, die ungarischen «Nazis», und übergaben ihn der Gestapo. Nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis in der Nähe von München kehrte er im Mai 1945 nach Ungarn zurück, wurde ins Zentralkomitee und ins Politbüro gewählt. 1946 gelangte er in die Schlüsselposition des Innenministers.

Rajk war eine ideale Zielscheibe Stalins, er gehörte sogar als Spanienkämpfer und Heim-Kommunist gleich zwei Gruppen der «Verdächtigen»

an. Auch für Rákosi war er die ideale Wahl. Nicht, dass es politische Differenzen gegeben hatte: Rajk war ein hundertprozentiger Stalinist, der Sowjetunion treu ergeben. Als Innenminister zerschlug er eine bürgerliche Oppositionspartei nach der anderen, liess ihre Führer verhaften oder ins westliche Exil abschieben. Er und sein Sicherheitsdienst waren es auch, die den Prozess gegen Kardinal Mindszenty organisierten und damit die Macht der katholischen Kirche brachen.

Für Rákosi konnte er aber nie als ein zuverlässiger Partner gelten. Rajk war ein idealistischer, ja fanatischer Kommunist, kein kalt kalkulierender Intrigant, eine geborene Führerpersönlichkeit, schlank, hochgewachsen, gut aussehend, zweifellos der respektierteste, populärste Mann im Parteivolk, vor allem in der Jugend, ja auch in Kreisen der demokratischen Linken und der Intellektuellen. Seine Anziehungskraft hing zum Teil und uneingestanden auch damit zusammen, dass er an der Seite von Rákosi, Farkas, Gerö und Révai der einzige Nicht-Jude in der Spitzengarnitur war. Rákosi sah in einem volkstümlichen Rajk den gefährlichsten Konkurrenten in seinem Drang nach uneingeschränkter Macht über den Unterdrückungsapparat.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau begann Rákosi zusammen mit Farkas die Kampagne gegen Rajk.²³ Auf einer Sitzung des Politbüros wurde Rajk scharf kritisiert, weil er die Parteiorganisation im Innenministerium hatte auflösen lassen; Rajk musste Selbstkritik üben und die Parteiorganisation wieder etablieren. Anfang Juli wurde eine neue Sitzung des Politbüros einberufen, wo Ernö Gerö dem Innenminister vorwarf, eine ihm unmittelbar unterstehende, mit modernsten Waffen ausgerüstete Sondergruppe der Polizei in der Budapester Radetzky-Kaserne organisiert zu haben. Wozu sei eine Sondergruppe nötig, fragte Gerö, vielleicht, um einen bewaffneten Putsch zu planen? Rajk wehrte sich empört und wies daraufhin, dass er die Spezialeinheit im Einverständnis mit der sowjetischen Militärkommandantur aufgestellt habe. Dann tauchten die gefälschten «Schweizer Briefe» auf. Zwei Monate später erfolgte die Abschiebung Rajks vom Innen- ins Aussenministerium. Die politische Polizei wurde reorganisiert und dem Sicherheitsausschuss innerhalb des Zentralkomitees unterstellt, dem ausser der Troika auch AVH-Chef Gábor Péter angehörte.

Um Rajk in Sicherheit zu wiegen, blieb er nicht nur Mitglied des ZK und des Politbüros, er wurde auch zu Beginn des Jahres 1949 zum Generalsekretär der Nationalen Volksfront ernannt. Noch im April stand sein Name auf Platz Nr. 4 der Kandidaten für die Parlaments-«Wahlen», und am 16. Mai sass er neben den «Moskowitern» auf der Ehrentribüne zur Feier des Wahlsieges. Am 29. Mai war er zum Mittagessen bei Rákosi eingeladen. Am nächsten Abend wurde er verhaftet.²⁴

Die von Rákosi und Genossen sorgfältig vorbereitete «Verschwörerliste» führte Freunde und Kollegen Rajks im Innenministerium und bei der Polizei auf, ferner seine Mitkämpfer in der Internationalen Brigade und der ungarischen Untergrundbewegung, teilweise sogar Freunde seiner Freunde.

Die Gunst der Stunde nutzend, wurden den «Rajkisten» gleich die ehemaligen linken Sozialdemokraten zugeschlagen. Diese hatten zwar mit den Kommunisten zusammengearbeitet, waren jedoch kritisch gegenüber der Sowjetunion eingestellt, galten daher als «Trotzkisten» und sollten liquidiert werden. Der prominenteste und engste Weggefährte der Kommunisten war Pál Justus. Seit Ende der 20er Jahre gehörte er dem äussersten linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei an, wurde 1932 von der Horthy-Polizei verhaftet und musste nach Frankreich emigrieren. Er kehrte 1936 nach Ungarn zurück und war während des Krieges einer der Initiatoren der Einheitsfront mit der illegalen KP. Nach der Befreiung Ungarns galt er als führender Theoretiker der Sozialdemokraten. Er befürwortete die Fusion der beiden Arbeiterparteien. In Anerkennung seiner Verdienste belohnten ihn die Kommunisten mit einem Sitz im Zentralkomitee der fusionierten Partei der Ungarischen Werktätigen. Justus passte ausgezeichnet in Stalins Schema – nicht nur als linker Sozialdemokrat, sondern auch als in den Westen Exilierter, dazu noch als Intellektueller und Jude.

Eine besondere Kategorie bildeten die ehemaligen anti-deutschen hohen Offiziere der Horthy-Armee, die sich in der letzten Phase des Krieges der von den Kommunisten geführten Widerstandsbewegung angeschlossen hatten oder in sowjetischer Kriegsgefangenschaft in antifaschistischen Kursen zu Kommunisten umgeschult worden waren. Sie wurden nach der Befreiung Ungarns in die neue «demokratische Armee» einge-

gliedert und in hohe Posten gehoben. General György Pálffy war der bedeutendste unter ihnen. Er schloss sich Anfang der 40er Jahre der illegalen Kommunistischen Partei an, organisierte den militärischen Widerstand gegen die Deutschen und wurde 1945 zum Leiter der Militärpolitischen Abteilung des Verteidigungsministeriums ernannt. Schon bald entstand ein Kompetenzgerangel zwischen der militärischen Abwehr Pálffys und dem Sicherheitsdienst. Jetzt bot sich dem AVH-Chef Gábor Péter die günstige Gelegenheit, seinen Konkurrenten loszuwerden.

Tibor Szönyi war ein ebenso idealer Opferkandidat wie Rajk. Als Chef der Kaderabteilung in der Parteizentrale musste jede Ernennung in einen verantwortungsvollen Posten des gesamten Partei- und Staatsapparats von ihm vorgeschlagen oder gutgeheissen werden. Die sowjetische MWD wurde auf Szönyi wegen seiner Verbindung mit Noel Field aufmerksam. Er füllte die Rolle des ungarischen Residenten der amerikanischen Nachrichtendienste vorzüglich aus.

Tibor Szönyi wurde 1903 in Budapest geboren. Er schloss sich schon als Mittelschüler der sozialistischen Jugendbewegung an. Nach dem Sturz der Räterepublik von 1919 emigrierte er nach Wien, wo er an der medizinischen Fakultät der Universität Psychiatrie studierte. Im Jahr 1930 nach Budapest zurückgekehrt, trat er der illegalen KP bei, doch bald musste er vor der drohenden Verhaftung wieder nach Wien fliehen und wurde dort auf Anweisung der Komintern zum Verbindungsmann zwischen der illegalen ungarischen Partei und den kommunistischen Exilgruppen im Westen ernannt. Nach dem Einmarsch Hitlers floh er über Prag nach Zürich, wo er, ebenso wie zuvor in Wien, an der psychiatrischen Klinik der Universität arbeitete. Im März 1945 kehrte er nach Ungarn zurück. Er war ein fleissiger, humorloser, hingebungsvoller Apparatschik. Im September 1947 wurde er ins ZK der Partei gewählt und mit der Leitung der Kaderabteilung betraut. Für Rákosi und die AVH versprach Szönyi eine Goldgrube zu werden. Er war der Hauptrepräsentant der aus dem Westen heimgekehrten Kommunisten. Mit ihm sollte zugleich seine 14-köpfige Exilgruppe aus der Schweiz in das gespannte Netz gehen.

Ebenso wie Szönyi als Agent der Amerikaner, bot sich Lazar Brankov als Agent Titos geradezu an. Brankov, seit seiner Jugend Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, war während des Befreiungskrie-

ges hoher Offizier der Partisanenarmee. 1945 wurde er von Tito zum Leiter der jugoslawischen Militärmission in Ungarn, später zum Botschaftsrat in Budapest ernannt. Auf Druck der sowjetischen und ungarischen Sicherheitsorgane erklärte er sich im September 1948 zum Anhänger der Kominform-Resolution und wurde damit ein gewichtiger Trumpf in der internationalen Propagandakampagne gegen Tito. Er hatte Stalin unter ständigen Drohungen monatelang einen wertvollen Dienst geleistet – nun war es offenkundig an der Zeit, sich seiner in der Rolle des Tito-Agenten zu bedienen. Er sollte die jugoslawische Verbindung nicht nur zu den ungarischen, sondern auch zu den rumänischen, polnischen und bulgarischen «Verschwörern» entlarven.

Rákosi legte Berija und Stalin die erweiterte Opferliste vor, beide gaben ihre Zustimmung. Als nächster Schritt wurde eine geheime Sonderkommission gebildet mit AVH-Chef Gábor Péter und seinen vertrautesten Mitarbeitern, den Obersten Ernő Szücs und Gyula Décsi. Sie hatte die Aufgabe, die allgemeinen Direktiven Moskaus den ungarischen Verhältnissen anzupassen und in groben Umrissen die imaginären Querverbindungen zwischen so disparaten und sich in ihren Arbeitskreisen kaum berührenden Personen wie Rajk, Szönyi, Pálffy, Justus und Brankov zu konstruieren. Die Kommission war einerseits Rákosi verantwortlich, andererseits dem General Fjodor Bjelkin, Chef der in Baden bei Wien residierenden südosteuropäischen Sektion des sowjetischen Sicherheitsdienstes.

Bjelkin und seine zwei Generäle Lichatschew und Makarow kamen Anfang Mai 1949 nach Budapest und «berieten» ihre ungarischen Kollegen in der Organisierung des Schauprozesses. Sie blieben während der ganzen Dauer des Rajk-Prozesses in Ungarn und nahmen, zusammen mit einem Team von vierzig hohen sowjetischen Sicherheitsoffizieren, einen entscheidenden, aktiven Anteil an den Verhören, an den Formulierungen der durch Folter erpressten «Geständnisse» – ja, sie folterten die Opfer oft eigenhändig und gaben bis in die Details gehende Instruktionen für die Gestaltung des Schauprozesses.

Auf Verordnung Bjelkins wurde mit den Verhaftungen so lange gewartet, bis die abschliessende Regieanweisung Stalins befolgt werden konnte. Im März 1949 bekam Jindrich Veselý, Chef des tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes, von Bjelkin die Weisung, einen Brief nach Genf zu

schicken, worin er Noel Field in die Tschechoslowakei einladen sollte, um die mit seiner Umsiedlung nach Prag und seinem neuen Arbeitsfeld zusammenhängenden Fragen zu besprechen. Field kam am 5. Mai in Prag an, gleichzeitig begab sich der AVH-Oberst Ernő Szücs in die tschechoslowakische Hauptstadt und bat seinen Kollegen Veselý, den Amerikaner zu verhaften und dem ungarischen Sicherheitsdienst zu übergeben. Veselý zögerte jedoch, den ungarischen Forderungen nachzugeben, aber nach einer persönlichen Intervention des Generals Bjelkin und nach einem Gespräch mit Staatspräsident Gottwald gab er am 11. Mai den Befehl zur Verhaftung Fields (s. dazu ausführlich Pelikán 1971, S. 70ff.). «Wenn auch General Bjelkin den Verdacht bestätigt und die Verhaftung unterstützt, dann mach' es so, wie sie es wollen», soll Gottwald zu Veselý gesagt haben. Am nächsten Tag schon wurde Noel Field in den Keller einer von der sowjetischen MWD am Rosenhügel in Budapest beschlagnahmten geheimen Villa geworfen.

Am 17. Mai riefen Gábor Péter, Szücs und Décsi eine Sitzung der AVH-Spitzen zusammen. Die sowjetischen und die ungarischen Parteiführer hätten eine monströse Verschwörung der Imperialisten und ihres Söldlings Tito entdeckt, die zum Sturz des Sozialismus führen sollte, erklärte Péter diesem kleinen Kreis der zuverlässigsten AVH-Offiziere. Die Identität der Verschwörer und Spione sei bereits bekannt, die Verhaftungen sollten am nächsten Tag beginnen. Die Aufgabe der AVH sei es, mit Hilfe der sowjetischen Berater und Lehrmeister die Einzelheiten des Komplotts aufzudecken und den Schuldigen schonungslos das Eingeständnis ihrer Schandtaten zu entlocken.

In der Nacht zum 18. Mai wurden Tibor Szönyi und die ersten Mitglieder seiner aus der Schweiz heimgekehrten Exilgruppe verhaftet. Die Verhöre für den Schauprozess Rajk nahmen ihren Anfang.

Persönliches I

Mai 1949

Es war eine Freude, Kommunist zu sein, sich als eine noch so kleine Schraube der riesigen Maschinerie zu wissen, die Ungarn und die ganze Welt einer schönen, gerechten Zukunft entgegenführen würde. Ich war restlos glücklich in meiner Ehe mit Marta, unsere zweijährige Tochter schien mir das entzückendste Mädchen weit und breit zu sein, meine Arbeit in den Redaktionen der Wirtschaftsfachblätter und in der wirtschaftspolitischen Abteilung des Aussenministeriums hatte zwar mehr mit Routine als mit Revolution zu tun, doch im Mai 1949 war ja die Revolution schon hinter uns, die Macht fest in der Hand der Partei. Eine besondere Genugtuung verschaffte es mir, dass es mir gelungen war, Budapester Wirtschaftskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung zu werden. Das war mein ureigenster Beitrag zur Verbreitung der Wahrheit in der bürgerlichen Presse des Westens. Ich war ein gewissenhafter, korrekter Berichterstatter, stolz darauf, den triumphalen Parteiargon der damals noch relativ freifliessenden Wirtschaftsnachrichten in die Sprache nüchterner Zahlen und Fakten zu übersetzen. Das Ergebnis war ja dasselbe: hier wie dort das Bild eines erfolgreichen Aufstiegs aus dem Chaos der Kriegszerstörungen als Beweis für das Funktionieren der sozialistischen Planwirtschaft.

Meine Sprachkenntnisse halfen mir viel in meiner journalistischen Tätigkeit. Ich übernahm bald auch die Berichterstattung der Wiener Zeitung Neues Österreich, und da ich ziemlich fliessend Englisch und Französisch sprach, betraute mich die Partei damit, den Budapester Berichterstattern der Londoner Times und der Agence France Presse beizustehen und sie im Sinne des neuen Ungarn zu beeinflussen. Ich wusste, die Partei stand hinter mir, da sie mir einen so vertraulichen Auftrag gab.

Es war eine Freude, am 1. Mai 1949 zusammen mit einer halben Million Menschen durch die Strassen von Budapest zu ziehen. Die roten Fahnen im endlosen Umzug und aus allen Fenstern flatterten fröhlich im war-

men Frühlingswind; Rákosi, Rajk und die anderen Parteiführer auf der festlich geschmückten Tribüne des Heldenplatzes schienen auf mich herabzulächeln, und ich erinnere mich noch deutlich, wie ich meine Faust zum Gruss erhob, als wir vor der Andrassy Strasse 60, dem Hauptquartier des Staatssicherheitsdienstes, vorbeizogen, über dessen Eingangstor ein Transparent stolz verkündete: «Es lebe die AVH, die harte Faust der Diktatur des Proletariats!»

Es war eine Freude, am 16. Mai die Grosskundgebung mitzuerleben und den Sieg bei den Parlamentswahlen zu feiern. Die Oppositionsparteien waren zwar schon alle zerschlagen, die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zur Partei der Ungarischen Werktätigen verschmolzen, und bei den Wahlen gab es nur die Einheitsliste der Volksfront, deren Kandidaten einstimmig gewählt worden waren. In meinem Unterbewusstsein dämmerte mir wohl, dass das Ergebnis manipuliert worden war, aber ich liess den Gedanken einer groben Fälschung des Volkswillens gar nicht an die Oberfläche kommen: Wenn die Partei sagt, es waren 95,6 Prozent, dann muss es so gewesen sein. Der Hauptredner zur Feier des Wahlsieges verdammte den Verrat Titos, pries die weise Führung des grossen Stalin und seines besten Schülers, des Genossen Rákosi, und liess zum Schluss das freie, unabhängige, demokratische Ungarn hochleben. Der Redner war László Rajk, erst vor Kurzem zum Generalsekretär der Nationalen Volksfront ernannt.

Die Exkommunizierung Titos war sogar für mich ein schwer verdaulicher Brocken. Tito hatte sich gegen Stalin gewandt, und ich war gerne bereit zuzugeben, dass jeder, der die Sowjetunion kritisiert, der Sache des Sozialismus schadet. Die plötzliche Verwandlung Titos vom Idol aller osteuropäischen Kommunisten in einen «Kettenhund des Imperialismus» verwirrte mich jedoch zunächst. Ich tat sie als eine propagandistische Übertreibung ab, deren verborgener Zweck mir völlig schleierhaft blieb. Eines stand für mich fest: Stalin weiss, was er tut, und warum er es tut. Im Sommer 1948, nach der Kominform-Resolution, war meine Welt etwas durcheinandergeraten; im Mai 1949 war sie wieder in Ordnung.

Ich stand freilich nicht allein mit meiner gläubigen Seligkeit, ich teilte sie mit all meinen Freunden; diejenigen Kollegen, die vielleicht eine kritische, abweichende Meinung hatten, hüteten sich sorgfältig sie vor mir zu äussern. Wir lebten in einem Getto der Auserwählten, der Hüter der Wahrheit, in totaler Selbstisolierung von der Wirklichkeit. Die einzige Ausnahme bildete meine Frau. Marta war schon immer eine Realistin, klug und nüchtern. «Etwas stimmt nicht», sagte sie mir immer wieder. Ihre Chemi-

kerkollegen im Nationalen Gesundheitsinstitut fühlten sich bedroht, verängstigt; sie meinten, die Kommunisten richteten das Land zugrunde, freie Forschung und Meinungsäusserung seien unterdrückt, in führenden Stellen sässen Leute, deren einzige Qualifikation ihr rotes Parteibüchlein sei, die aber von ihrer Arbeit nichts verstünden. «Das ist reaktionäres Geschwätz», erwiderte ich. Sie bekomme ihre Informationen vom Friseur und von ehemaligen Faschisten; es gebe freilich noch Schwierigkeiten, doch das seien bloss Kinderkrankheiten der Übergangsperiode, die Planwirtschaft werde alle Probleme lösen. Es war eine Freude, Kommunist zu sein und jeden Zweifel mit der richtigen Antwort auszuräumen.

Im Mai 1949 brachte die Neue Zürcher Zeitung in Fortsetzungen den Roman Sonnenfinsternis von Arthur Koestler. Als ihr Korrespondent gehörte ich dem Kreis der wenigen Auserwählten an, dem noch westliche Zeitungen zugeschickt werden durften. Ich glaubte kein Wort des Romans, hielt ihn für eine schmutzige Verleumdung und hörte bald auf, die Fortsetzungen zu lesen.

Am Abend des 19. Mai rief mich Kati Földi, die Frau eines meiner Freunde, an: In der Nacht waren Männer in ihre Wohnung eingedrungen, sie hatten Ivan Handschellen angelegt und ihn abgeführt. Sie klang hysterisch, wusste nicht, wer diese Männer waren, was sie wollten, wohin sie Ivan verschleppten. «Morgen wird er zurückkommen, es muss sich um einen Irrtum handeln», tröstete ich sie. Ich wusste es noch nicht, doch das war der Abend, an dem meine schöne, vernünftige Welt in Scherben zu brechen begann, das erste Signal der Katastrophe. Der Rajk-Prozess brach in mein Leben ein.

Vorbereitung des Musterprozesses

Berija und Rákosi läuteten mit der Verhaftung Tibor Szönyis die Vorbereitungen des Rajk-Prozesses ein. Szönyi wurde in der Nacht vom 18. Mai 1949 aus seinem Bett gezerzt, an den Händen gefesselt in ein Auto gestossen, mit verbundenen Augen in die von den Sowjetberatern übernommene MWD-Geheimvilla am Rosenhügel gefahren und vor Gábor Péter geführt. Neben dem AVH-Chef sassen sein Stellvertreter, Oberst Ernő Szücs, und Generalleutnant Fjodor Bjelkin mit seinem Dolmetscher.

Es war nur scheinbar ein gemischtes ungarisch-russisches Team, denn Péter war schon in der ungarischen Untergrundbewegung von der sowjetischen Geheimpolizei angeworben worden, und Szücs hatte die Emigration in Moskau verbracht, wo er in der NKWD-Schule für den Sicherheitsdienst ausgebildet wurde.

Die MWD legte nicht nur die Grundrisse des Säuberungskonzeptes in Ungarn fest, sie kontrollierte den gesamten Ablauf des Prozesses: Die «Berater» befahlen den AVH-Offizieren, wen sie zu foltern, welche Geständnisse sie zu erpressen hatten; sie verhörten mit Hilfe von Dolmetschern die prominenten Häftlinge, verordneten den Tenor, die Änderungen, Zusätze und Streichungen in den für sie laufend übersetzten Vernehmungsprotokollen; sie verfassten die Anklageschrift, probten mit den Hauptangeklagten und den «Zeugen» deren Rolle im Schauprozess, dirigierten und überwachten die Inszenierung der öffentlichen Verhandlung; sie bestimmten, wer zum Tode und wer zu wie langen Kerkerstrafen verurteilt werden sollte. Von Anfang bis zu Ende war die MWD der Meister – und waren die AVH, Rákosi und Genossen nur Lehrlinge und Gehilfen.

Szönyi war eine gute Wahl, ein dankbarer Anfang für die AVH. Seine Verbindung in den Kriegsjahren mit Noel Field machte ihn nicht nur in

den Augen seiner Verhörer verdächtig. Er selber begann sich verdächtig vorzukommen, als man aus dem Nebenzimmer den eine Woche zuvor in Prag verhafteten und nach Budapest verschleppten Field herbeiführen liess und der Amerikaner seinen Kontakt mit Allen Dulles, dem Direktor des Geheimdienstes OSS in der Schweiz, eingestand. Wenn Field für den amerikanischen Spionagechef gearbeitet hatte, dann könnte daraus die Folgerung gezogen werden, dass vielleicht auch er – Szönyi – selber irgendwie benutzt worden war. . . Szönyi war bereits ein gebrochener Mann, bevor man begann, seine Fusssohlen mit Gummiknüppeln zu schlagen, um aus ihm die Verbindung mit Dulles, dem er nie begegnet war, zu erpressen.²⁵ Die «Bastonnade» wurde gar nicht so sehr des Geständnisses wegen verordnet – dazu gab es noch reichlich Zeit –, sondern um ihm zu demonstrieren, dass er kein ZK-Mitglied und Kaderchef mehr war, vielmehr ein gemeiner Verbrecher, Verräter und Spion, auf Gnade und Ungnade den ungarischen und sowjetischen Sicherheitsdiensten ausgeliefert.

Szönyi war auch deshalb ein idealer Anfang, weil er sich als erste Masche des noch zu knüpfenden riesigen Fangnetzes eignete. Man liess ihn eine lange Liste schreiben mit Namen und Charakteristika der Mitglieder seiner 14-köpfigen Exilgruppe in der Schweiz, auch mit den Namen aller Genossen, die nach dem Krieg aus dem Westen heimgekehrt und durch die Kaderabteilung im Partei- oder im Staatsapparat untergebracht worden waren. Eine ähnliche Liste lag schon bereit: Noel Field hatte die Namen der ungarischen Kommunisten zusammengestellt, die er und seine Hilfsorganisation während des Krieges unterstützt hatten. Die Listen wurden zu Haftbefehlen, von Mihály Farkas unterzeichnet, und die Keller des AVH-Hauptquartiers in der Andrassy Strasse füllten sich in den nächsten Wochen mit «Westlern», die in nächtlichen Verhören nicht enden wollende Lebensläufe schrieben und sich als Mitglieder der «Szönyi-Bande» bekennen mussten. Ihre Verbindungen aus der Zeit des westlichen Exils wurden in «Spionagekontakte» mit dem amerikanischen Nachrichtendienst, dem französischen Deuxième Bureau oder der britischen Intelligence Service umgemünzt, je nach Exil-Land. Ihr Arbeitsbereich lieferte das «Spionagematerial». Die von ihnen in den ersten Verhören erwähnten Freunde, Mitarbeiter und Vorgesetzten wurden vom Sicherheitsausschuss

genau unter die Lupe genommen und, sollten sie in die eine oder andere «Verdächtigen-Kategorie» passen, verhaftet. Dann begann die Prozedur von Neuem. So bekam die zunächst noch vage «Verschwörung zum Sturze der Volksdemokratie» immer klarere Konturen.

Mit den um Szönyi und Field gezogenen, sich ständig erweiternden konzentrischen Kreisen verfolgte die AVH jedoch nur einen Nebenzweck. In der Hauptsache ging es ihr darum, Rajk zu belasten. Nach einer Woche täglicher Bastonnaden akzeptierte Szönyi bereits die «Logik», dass die von Field vermittelte Verbindung zu Dulles politisch betrachtet eigentlich mit einer unmittelbaren Kontaktaufnahme gleichzusetzen sei. Als er am 26. Mai mit dem aus Argentinien heimgekehrten Béla Szász konfrontiert wurde, war Szönyi schon ein seelisch gebrochener Mensch, wengleich physisch noch einigermaßen intakt (s. Szász 1986, S. 22ff.). Eine Woche später war er bereits ein menschliches Wrack – mit einem eingefallenen Greisenschädel, mit angstvoll flatternden Augen, mit Füßen, die seinen zusammengekrümmten Körper kaum mehr schleppen konnten. Die ernsthaften Foltern begannen, um ihn zu zwingen, Rajk als amerikanischen Spion und Haupt einer titoistischen Verschwörung zu «entlarven».

Es war zwar verhältnismässig einfach, Szönyi zu veranlassen, seinen Kontakt zu Field in eine Spionageverbindung «umzupolitisieren». Mit Rajk jedoch hatte er kaum zu tun, persönlich kannten sich die beiden nur ganz flüchtig. Die AVH hatte am einzigen Berührungspunkt ein: Szönyi war der Personalchef der Parteizentrale, die Rajks Freunden und Mitkämpfern leitende Posten zugeteilt hatte. Doch trotz aller physischen Foltern, trotz der Verhaftung seiner hochschwangeren Frau Annuschka weigerte sich Szönyi bis zum Schluss, ein «Geständnis» abzulegen, wonach er auf Weisung Fields Rajk für den amerikanischen Nachrichtendienst abgeworben hätte.

Diese Versuche erwiesen sich nicht nur als unergiebig, sondern schon bald als überflüssig, denn zwölf Tage nach Szönyi wurde Rajk selbst verhaftet. Hier half der AVH kein noch so pervers suggeriertes Schuldbewusstsein, es war die nackte physische und psychische Folter, die Rajk zu der Selbstbeichtigung zwang, ein faschistischer Polizeispitzel, ein Spion des Deuxième Bureau und der Amerikaner, schliesslich auch ein Vertrauensmann Titos zu sein, der mit einem Militärputsch die Macht an sich reis-

sen, die kommunistischen Führer Rákosi, Gerö und Farkas ermorden sowie den Kapitalismus in Ungarn wieder einführen wollte.

Gleichzeitig mit den von den Russen Bjelkin, Lichatschew und Makarow, dem AVH-Chef Péter und seinem Stellvertreter Szücs geführten Verhören Rajks begannen die Folterungen des Generals György Pálffy und des jugoslawischen Botschaftsrats Lazar Brankov. Die Ziele waren bereits vor den Verhaftungen festgelegt – und zwar in Moskau und Budapest. Pálffy war die Rolle zugeteilt, vom jugoslawischen Nachrichtendienst als Spion angeworben worden zu sein und Rajk als Werkzeug in der Vorbereitung des Militärputsches zu dienen; Brankov, der vor seiner Festnahme noch der von der AVH kontrollierte Propagandist der Tito-feindlichen Kampagne war, sollte Protokolle unterschreiben, dass er der ungarische Arm des jugoslawischen Innenministers Rankovic, der unmittelbare Auftraggeber Rajks und dessen Aufseher in der Verschwörung war. Ebenfalls den vorgegebenen Grundrissen entsprechend durften Rajk, Pálffy und Brankov keine isolierten Verbrecher sein, sondern Häupter einer weitverzweigten Verschwörerbande.

Es mussten schnellstens neue unterirdische Einzelzellen in der AVH-Zentrale gebaut werden, um den Neuankömmlingen Platz zu machen: Spanien- und Untergrundkämpfern, hohen Funktionären im Innenministerium und in der Polizei, Offizieren der Armee, der Abwehr, leitenden Beamten des Verteidigungsministeriums, Führern der jugoslawischen Minderheitsorganisationen, Staats- und Parteifunktionären, die vor dem Kominform-Konflikt mit jugoslawischen Angelegenheiten zu tun hatten. Hier nur zwei Einzelschicksale:

István Stolte wurde von der MWD aus Westdeutschland in die sowjetische Besatzungszone gelockt, verhaftet und nach Ungarn verschleppt. Er war an der Universität von Budapest Freund und Genosse Rajks gewesen, später aus der Partei wegen «Abweichungen» ausgeschlossen worden und sollte jetzt den «Trotzkismus» Rajks beweisen. Auch der Alt-Kommunist József Kálcsics kam aus dem Westen nach Hause. Er hatte am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen, flüchtete anschliessend nach Belgien und war dort während der deutschen Besetzung ein legendärer Held der Widerstandsbewegung. Rákosi intervenierte persönlich bei der belgischen Partei für seine Rückkehr, man brauche solche treuen Genossen.

Kálcsics bekam, im Range eines Obersten, einen hohen Posten im Innenministerium. Wenige Monate später landete auch er im Keller der AVH.

Die Verhaftungen dieser «Rajkisten» entwickelten ihre Eigendynamik, denn die unter Folter erpressten «Geständnisse» belasteten nicht nur Mitgefangene oder jene sich noch in Freiheit befindlichen Kommunisten, die von der AVH für die Verhaftung vorgesehen waren. Programmwidrig tauchten in den Protokollen auch ganz unverhoffte Namen auf, die dann ebenfalls in die Liquidierungslisten übernommen wurden. Im Gegensatz zu den im Voraus bestimmten Rollen Szönyis, Rajks, Pálffys und Brankovs war die Funktion dieser schier unübersichtlichen Masse von Häftlingen, deren Zahl Mitte Juli schon über 300 angewachsen war, zunächst noch unbestimmt.

Ebensowenig wusste die AVH, welchen Platz im Verschwörungskonzept sie der «Trotzkisten-Gruppe» um den Linkssozialisten Pál Justus oder dem für die Verbindung mit der jugoslawischen Partei zuständigen ZK-Mitglied András Szalai zuweisen sollte. Die Verhöre mussten sich daher anfänglich auf die Lebensläufe der Häftlinge konzentrieren. Dann erst begann die «Umpolitisierung»: Gummiknüppel und Gewehrkolben, Schlaflosigkeit, Hunger und Kälte, die raffiniertesten körperlichen und seelischen Foltermethoden verwandelten die in der Illegalität erlittenen Verhaftungen in Spitzeldienste für die Horthy-Polizei; die beruflichen oder persönlichen Verbindungen mit Rajk, Szönyi, Pálffy oder Brankov sowie die offiziellen Kontakte mit dem damals befreundeten Jugoslawien verwandelten sich in Teilnahme an der Verschwörung, in Spionage für Tito oder die Imperialisten; jede politische Tat ihrer Vergangenheit wurde zu einem Verbrechen verfälscht.

Der blutige, brutale Verwandlungsprozess von parteitreuen Kommunisten in Verräter mit einem abscheulichen Sündenkatolog dauerte unterschiedlich lang, je nach Charakter und Durchhaltekraft der Opfer. Doch fast alle «gestanden» am Ende. Die wenigen Ausnahmen machten den Regisseuren keinen besonderen Kummer; sie wurden nicht vor Gericht gestellt, sondern kurzerhand in totaler Isolierung in eines der vielen von der AVH kontrollierten Internierungslager abgeschoben. Die Schläger und Elektrotechniker des Folterungsteams bekamen den strikten Befehl, darauf zu achten, dass der Gefolterte am Leben bleibt. Es gab trotzdem Pan-

nen. Manche Häftlinge wurden zu Tode geprügelt oder erlagen einem Herzanfall, bevor sie in der öffentlichen oder den zahlreichen geheimen Verhandlungen verurteilt werden konnten. So z.B. der Widerstandskämpfer András Havas, Poet und Schriftsteller. Er wurde von seinem Posten als Kulturattaché der ungarischen Gesandtschaft in Paris zur Berichterstattung nach Hause gerufen und verhaftet. Unter der Folter flüchtete er sich in den Wahnsinn, so dass man ihn in einer Gefängniszelle isolierte. Mit seinem verstörten Geist trug er zur Belustigung seiner Wärter bei. Besonders spassig fanden sie es, ihn mit Fusstritten zu traktieren, sooft sie ihn im eigenen Schmutz liegend in der Zelle ertappten. Einmal gaben sie ihm einen Tritt zu viel: Havas wurde zu Tode getreten.

Die zweite und letzte Phase der Verhöre begann etwa Mitte August 1949. Zu dieser Zeit verfügte die AVH schon von allen Häftlingen, die für den grossen Schauprozess vorgesehen waren, zumindest über «Teilgeständnisse». Weshalb sie gestanden haben, ist aus den Memoiren der Überlebenden hinlänglich bekannt. So erübrigt es sich, hier die Technik der Geständniserzwingung im Detail zu analysieren. Die Folterungen durch die eigenen Genossen zerschlugen nicht ihren Körper, sondern ihr Leben. Sie fühlten sich schuldig, weil die Partei es sagte, und die Partei hat doch immer recht. Sie mussten zumindest vor dem Gebot der kommunistischen Wachsamkeit versagt haben, als sie all die von der Partei erwähnten Veräter und Spione nicht erkannten. War erst ein noch so nichtssagendes Schuldbekennnis unterschrieben, gab es keinen Halt mehr: Die perverse «Logik» der Verhörer, die sadistischen Folterungen führten zu immer schärferen, immer «umpolitizierteren» Formulierungen in den Vernehmungsprotokollen, bis die Opfer – von ihrer Partei verlassen, vor der Aussenwelt völlig isoliert, zu willenlosen Marionetten programmiert – mit einem höllischen Zauber in ihre eigenen Ankläger und die ihrer Genossen verwandelt wurden.

Mitte August gab es eine Pause in den Kellern der AVH-Zentrale. Alle Protokolle wurden ins Russische übersetzt, von einem gemischten Team der Sowjetberater und der AVH überprüft und neue Richtlinien der Verhöre ausgearbeitet, um die bisherigen Geständnisse mit dem Generalplan des Schauprozesses in Einklang zu bringen. Die Protokolle dienten auch

als Entscheidungsgrundlage, wer im Hauptprozess auftreten und wer in einen der zahllosen geheimen Nebenprozesse abgeschoben werden sollte. Die Aufgabe der AVH bestand von jetzt an darin, aus den disparaten, nur lose zusammenhängenden, ja oft sich widersprechenden Mosaiksteinen der Vernehmungprotokolle ein Gesamtbild zu konstruieren, worin jedem Angeklagten seine sich selber und seine Mitangeklagten belastende Funktion zukam, die ihrerseits dem Ganzen diene.

Die neue Phase verlangte neue Methoden. Die Folterungen hatten ihre Schuldigkeit getan. Nun sollte das Verhältnis der Verhörer zu ihren Opfern nicht mehr auf Terror und Gewalt beruhen, sondern auf einer geheuchelten, verlogenen Interessengemeinschaft: Wir wissen ja, ihr seid gute Kommunisten gewesen; die Partei braucht jetzt eure Hilfe, um ihre Feinde zu entlarven; es geht nicht um euch, sondern um die internationale kommunistische Bewegung. Den Drohungen mit dem Henkerstrang folgten jetzt Versprechungen: Wenn ihr das Protokoll in der von uns erforderten Weise umformuliert, wird die Partei eure Mitarbeit zu schätzen wissen, Gnade walten lassen und – wie immer das formale Urteil ausfallen mag – euch schon nach wenigen Jahren eine neue Existenz sichern.

Das wichtigste Ziel dieser Phase war es, Lászlo Rajk zu überzeugen, mit den Regisseuren des Schauprozesses «kollegial» zusammenzuarbeiten. Rákosi betraute mit dieser Aufgabe den neuen Innenminister János Kádár, einen alten Freund Rajks, der noch sechs Monate zuvor in dessen Wohnung als Pate des kleinen Laci mit den glücklichen Eltern gefeiert hatte. Kádár sprach mit Rajk unter vier Augen in einem Saal der AVH-Zentrale. Er bat seinen ehemaligen Genossen, den Widerstand aufzugeben und der Partei einen Dienst zu leisten mit einer Aussage, die aller Welt zweifelsfrei zu beweisen hätte, dass Tito ein Agent der Imperialisten sei und die sozialistische Ordnung in Ungarn stürzen wolle. Genosse Rákosi und das Politbüro wüssten genau, so versicherte Kádár, dass Rajk unschuldig sei, und verlangten von ihm, dieses letzte Opfer für die Partei zu erbringen. Es handle sich ja nur um ein politisches, moralisches Opfer, das Leben würde ihm erhalten bleiben. Er müsse zwar zum Tode verurteilt werden, um seiner Aussage Nachdruck zu verleihen, doch das Urteil werde nicht ausgeführt werden. Er werde bloss verschwinden, zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn in einer Villa in der Sowjetunion unter-

tauchen und später, unter einem anderen Namen, wieder ein geschätztes Mitglied der Partei sein.

Vielleicht glaubte Kádár dieses ihm von Rákosi aufgetragene Ammenmärchen; ob jedoch Rajk wirklich hoffte, sein Leben retten zu können, ist fraglich. Jedenfalls sagte er Kádár zu, die Rolle eines faschistischen Polizispitzels und eines titoistischen Mörders und Verschwörers als letzten Beweis seiner fanatischen Parteitreu auf sich zu nehmen. (Das Rajk-Kádár-Gespräch wurde auf Tonband aufgenommen. Rákosi liess es 1956, kurz vor dem ungarischen Aufstand, auf einer Sitzung des ZK abspielen, um vor der Parteiführung seinen Widersacher mit der Schuld am Rajk-Prozess zu belasten.)²⁶

Eine ähnliche Taktik wurde auch bei den anderen Häftlingen angewendet, hier aber von Bjelkin und seinen sowjetischen Kollegen, von Gábor Péter und seinem AVH-Team. Die Folterungen hörten plötzlich auf, die Kost wurde reichlicher, die Verhörer versicherten ihren Opfern augenzwinkernd und komplizenhaft, die Partei kenne die Wahrheit und appelliere an sie, bei der Demaskierung Titos behilflich zu sein. Jedem wurde das gleiche Versprechen gegeben: ein politischer Prozess ohne Hinrichtungen, sondern mit Scheinurteilen und der späteren Möglichkeit einer neuen, freien Existenz. Als Paradefall diente Karl Radek, der im Moskauer Prozess von 1937 für seine willige Mitarbeit eine milde Strafe von nur 10 Jahren erhalten und diese angeblich in einer Villa im Ural verbracht hatte. Die Opfer in Budapest wären vielleicht skeptischer gewesen, hätten sie gewusst, dass die «Villa» in Wirklichkeit ein Straflager in Sibirien war, wo Radek schon zwei Jahre nach dem Urteil zu Tode geprügelt worden war. Polizeioberst Béla Korondy z.B., ehemals Befehlshaber einer Partisanengruppe gegen die Deutschen, erhielt im Prozess die Rolle, auf Anordnung Rajks und Pálffys ein Sonderkommando der Polizei zur Unterstützung des geplanten Militärputsches organisiert zu haben. Wenige Wochen vor seiner Erschiessung erzählte er einem Zellengenossen, Gábor Péter habe ihm eine fünf- bis sechsjährige Strafe in Aussicht gestellt, die er in einem bequemen, modernen Arbeitslager verbringen werde.

Die Opfer glaubten den Versprechungen. Vor wenigen Tagen noch unter der Folter gequält, waren sie dankbar für die immer schon erhoffte, jetzt plötzlich sich anbietende Möglichkeit, der Partei ihre Treue zu beweisen. Sie griffen gierig nach dem ihnen gebotenen moralischen und

physischen Ausweg aus der Hölle: Wenn die Partei gute Kommunisten in abscheuliche Verbrecher verwandeln kann, so kann sie ihnen auch ihr Leben und dessen Sinn zurückgeben. Die bisherigen Protokolle stempelten sie bereits zum Abschaum der Gesellschaft. Ihr Schicksal war besiegelt, ihr Leben in den Händen der Partei – so oder so.

Es wurde viel darüber diskutiert, wie weit die Verhörer der AVH von der Schuld ihrer Opfer, von der Stichhaltigkeit der von ihnen erpressten «Geständnisse» überzeugt waren. Für die sowjetischen Regisseure und die ungarischen Regieassistenten spielte natürlich die Frage der juristischen Schuld oder Unschuld der Geopferten gar keine Rolle. Es war allein deren Nützlichkeit als politische Propagandawaffe gegen Tito und den Westen, die zählte; Kádárs Gespräch mit Rajk ist der schlagendste Beweis dafür.

Anders stand es um die zweite AVH-Garnitur, die die grosse Masse der Verhafteten verhörte. Sie glaubten anfänglich voll und ganz der Erklärung Peters, es sei tatsächlich eine teuflische Verschwörung in Vorbereitung gewesen, deren konkrete Einzelheiten sie nun mit allen Mitteln aus den verstockten, schlauen, hinter einer falschen kommunistischen Maske getarnten Feinden herausfinden müssten. Je länger sie sich aber mit «ihren» Opfern beschäftigten, je besser sie sie kennen lernten, je mehr widersprüchliche, unverständliche Direktiven sie von ihren sowjetischen «Beratern» und ungarischen Vorgesetzten bekamen mit der Anweisung, bereits erfolgte Verbrechen fallen zu lassen, entlarvte Mitschuldige plötzlich zu vergessen, erpressten Protokollen plötzlich eine gänzlich neue Richtung zu geben, umso grössere Zweifel mussten sie empfinden an der Schuld der ihnen anvertrauten Verhafteten. Einige AVH-Offiziere baten schon nach den ersten Wochen, ihnen eine andere Aufgabe zuzuteilen; einigen gelang es sogar, sich von der AVH versetzen zu lassen. Und Oberst László Angyal, ein Vernehmer Rajks, verübte sogar Selbstmord, da er die verlogenen Verhöre nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte (s. Kopácsi 1979, S. 39). Spätestens zu Beginn der zweiten Vernehmungsphase konnte auch der bornierteste Verhörer an das von ihm selber fabrizierte Lügengewebe nicht mehr glauben. Sie verwandelten sich von pflichtbewussten, brutalen, sadistischen Fahndungsbeamten, von fanatischen Elitekommunisten und grössenwahnsinnigen «Fäusten der

Diktatur des Proletariats» in zynische Requisiteure eines verlogenen, aber für ihre Beförderung nützlichen Schauspieles. Die erhabene, stolze Aufgabe der Entlarvung von Verbrechern wich der schamlosen Rolle, die unschuldig gewussten Opfer in möglichst guter seelischer Verfassung auf den Weg zur öffentlichen Vorstellung und unter den Galgen zu locken.

Die Kellerzellen verwandelten sich in ein Sanatorium, wo die als Pfleger funktionierenden Wärter dreimal am Tage Leckerbissen der vorzüglichen AVH-Küche servierten. Zigaretten und Bücher wurden verteilt, die Insassen durften Briefe an ihre Familien schreiben – die ersten Lebenszeichen überhaupt –, und abends zogen die Wachsoldaten Filzpantoffeln an, um den Schlaf der Zellenbewohner ja nicht zu stören. Ärzte erkundigten sich täglich nach ihrem Gesundheitszustand, verteilten Medikamente, Vitamine, heilten die Wunden und liessen die zu Haut und Knochen abgemagerten Patienten auf die Waage stellen, um zu kontrollieren, ob sie schon wieder bei guten Kräften waren. In den hellen Büroräumen der oberen Stockwerke arbeiteten tagsüber Opfer und freundliche Ex-Folterer bei Kaffee und belegten Brötchen in schönstem Einvernehmen daran, die sorgfältig aufeinander abgestimmten Abschlussprotokolle aufzusetzen.

In den letzten Augusttagen wurden jedem Angeklagten des grossen Schauprozesses sein Geständnis, die Fragen des Vorsitzenden des Volksgerichts und die Antworten darauf ausgehändigt mit der Anweisung, das Manuskript auswendig zu lernen. Dann kamen die Proben, mit den Sowjetberatern als Spielleiter, wo – von Bjelkin, Lichatschew, Makarow und ihren Gehilfen überwacht – der Verhörer die Rolle des Gerichtsvorsitzenden spielte und dem Angeklagten genaue Regieanweisungen gab, wann er die Stimme heben und wann er sie senken, welches Wort er besonders betonen sollte. Körperhaltung und Gesichtsausdruck wurden genau vorgeschrieben, die geplanten Gegenüberstellungen geprobt, bis alles wie am Schnürchen klappte.

Abermals wurden Geheimpolizisten in die Wohnungen der Angeklagten geschickt – diesmal, um im Kleiderschrank einen guten Anzug, ein Paar Schuhe, ein frisches Hemd und eine passende Krawatte zu finden, damit das Opfer in einem dem feierlichen Anlass entsprechenden Aufzug

vorgezeigt werden konnte. War die Wohnung schon an Parteifreunde vergeben (wie bei Rajk und Szönyi, deren Frauen verhaftet und deren Kinder unter falschem Namen in staatlichen Pflegeheimen untergebracht worden waren), musste aus der AVH-Garderobe etwas gut Sitzendes hervorgeholt werden.

Schliesslich wiesen Rákosi, Farkas und Gerö dem Justizapparat seine Rollen zu. Die Staatsanwaltschaft und ihr Präsident Dr. Gyula Alapi, der Budapester Volksgerichtshof und sein Vorsitzender Dr. Péter Janko waren zu blossen Marionetten degradiert.²⁷ Die Anklageschrift wurde zwar von Alapi unterschrieben, doch von Rákosi und den MWD-AVH-Untersuchungsorganen verfasst, von Stalin und Berija gutgeheissen; der Staatsanwalt bekam sie nur kurz vor dem Prozess zu lesen. Wenige Tage vor dem Verhandlungsbeginn wurden Alapi, Janko und die vier Volksrichter in die Parteizentrale zitiert, wo ihnen die Prozessdrehbücher ausgehändigt wurden mit ihren Fragen und den Antworten der Angeklagten. Sie bekamen den Auftrag, den Text sorgfältig zu studieren und während der Verhandlung keinesfalls davon abzuweichen. Sobald einer der Angeklagten den Wortlaut abändern oder gar sein Geständnis widerrufen würde, hatte der Vorsitzende die Verhandlung sofort zu unterbrechen und zu vertagen.

Rákosi wies das Justizministerium an, eine Liste von zuverlässigen Rechtsanwälten zusammenzustellen, die mit der Verteidigung der Angeklagten beauftragt werden sollten. Die Liste wurde von der AVH genau überprüft. Sie wählte daraus die acht Zuverlässigsten, Servilsten aus. Alapi bestellte die Auserkorenen am Vortag des Prozesses in die Staatsanwaltschaft ein und übergab ihnen den Text ihrer Plädoyers. In die Anklageschrift durften sie nur einen flüchtigen Blick werfen und ihren «Klienten» wurden sie erst einige Minuten vor der Verhandlung vorgestellt, in Anwesenheit von AVH-Aufpassern. Die «Babysitter», die in den letzten Wochen die Angeklagten auf die Verhandlung vorbereitet hatten, wiesen ihre Schützlinge an, auf die Frage ihres «Verteidigers» nach mildernden Umständen ihr volles, aufrichtiges Geständnis anzuführen.

Eine nicht minder zynisch-grobe Travestie der Justiz wurde mit den Zeugen aufgeführt. Es gab keine Entlastungszeugen. Die Zeugen der Anklage waren ausnahmslos Häftlinge, die wie die Angeklagten selber sorgsam auf die Verhandlung vorbereitet wurden und ihre vorgefertigten Aus-

sagen in den Kellern der Andrassy Strasse auswendig lernen mussten. Von den insgesamt zwanzig Zeugen waren fünf ehemalige Polizeioffiziere und Justizbeamte des Horthy-Regimes, die bestätigen mussten, dass László Rajk und András Szalai langjährige Polizeispitzel waren. Die AVH holte sie teils aus dem Ruhestand, teils aus den Gefängnissen und Internierungslagern. Die Verhörer hatten mit ihnen weit weniger Scherereien als mit den zu Belastenden: Es brauchte nur wenige Ohrfeigen; der seelische Zermürbungseffekt der Isolierzelle und das Versprechen der unmittelbar nach der Verhandlung erfolgenden Freilassung sorgten dafür, ihr Gedächtnis in der von den Verhörern diktierten Richtung aufzufrischen. Im öffentlichen Prozess sagten sie brav und artig die sorgfältig einstudierten Lügen auf, dann warteten sie geduldig darauf, vom Gerichtssaal nach Hause, in die wohlverdiente Freiheit entlassen zu werden. Die meisten wurden jedoch in Geheimverfahren zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt wegen Verfolgung und Folterung von Kommunisten.²⁸

Die übrigen fünfzehn Zeugen wurden von der AVH aus den Reihen der Mitverhafteten ausgewählt – die gefügigsten und verlässlichsten Kommunisten, denen man zutrauen konnte, dass sie nach monatelanger Folter, nach Unterzeichnung ihrer eigenen scheusslichen Protokolle auch den zusätzlichen Auftrag gewissenhaft erfüllen würden, ihren Genossen den Strick um den Hals zu legen. Die Verhörer versicherten ihnen, die Partei werde ihre Dienste besonders zu schätzen wissen. Der Lohn blieb auch nicht aus. Im Rahmen der Geheimprozessserie, die dem öffentlichen Hauptprozess folgte, wurden fast alle kommunistischen Zeugen zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. Einer von ihnen, Dr. András Kálmán, nahm sich alsbald das Leben. Drei weitere Zeugen, die Staatssekretäre Dr. Endre Szebenyi und András Villányi sowie Dezső Nemeth, Generalstabschef der Grenzwache und Militärrattaché in Moskau, erhielten die Todesstrafe und wurden hingerichtet.

Am Vormittag des 16. September 1949, einem Freitag, war es dann soweit: Im Festsaal des Gewerkschaftsgebäudes der Eisen- und Metallarbeiter in der Magdolna Strasse begann der Schauprozess, die «Verhandlung der Strafsache László Rajk und Konsorten».

Ich hatte sie mehr oder weniger erwartet, als sie am 6. Juli 1949 um 1 Uhr nachts kamen, um mich abzuholen. Schon seit Wochen verschwanden meine Freunde, einer nach dem anderen, in Abständen von zwei bis drei Tagen. Die ganze «Schweizer Gruppe» schien betroffen zu sein. Ich war eigentlich erleichtert: Die Spannung liess nach, endlich würde ich erfahren, was da vor sich ging.

Am 16. Juni erschien im Szabad Nép, dem Zentralorgan der KP, eine kurze Mitteilung unter dem Titel «Beschluss des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Partei der Ungarischen Werktätigen» über die Entlarvung einer trotzkistischen Spionagegruppe: «Das Zentralkomitee hat László Rajk und Tibor Szönyi als Spione imperialistischer Mächte und trotzkistische Agenten aus den Reihen der Partei ausgeschlossen.» Drei Tage später las ich im Szabad Nép die «Mitteilung der Presseabteilung des Innenministeriums:» «Der Staatssicherheitsdienst hat wegen Spionage zugunsten fremder Mächte László Rajk, Dr. Tibor Szönyi, Pál Justus und ihre 17 Helfershelfer in Gewahrsam genommen. Unter den Verhafteten befinden sich keine Industriearbeiter oder werktätigen Bauern.»

Ich verstand noch weniger. Rajk kannte ich nicht persönlich, doch Szönyi, der Kader-Chef, mit dem mich seit unseren Schweizer Emigrationsjahren eine Freundschaft verband, oder Földi, Kálmán, Vági, Demeter und seine Frau, alles gute Genossen, für deren Parteitreue ich die Hand ins Feuer halten würde – sie konnten unmöglich Verräter sein.

Und jetzt komme ich an die Reihe. Man holt mich sicher, um Auskünfte zu erhalten, sie brauchen meine Hilfe, um das Missverständnis, um das es sich ja handeln muss, aufzuklären. Angst hatte ich überhaupt keine – gute Kommunisten haben nichts von der AVH zuzufürchten, unsere Staatsschutzbehörde ist die eiserne Faust der Volksdemokratie, aber sie schlägt nur gegen die Feinde zu.

Sie kamen zu viert, zeigten mir ihre Ausweise und befahlen, mich anzuziehen. Ich war sehr ruhig und selbstsicher. Im Wohnzimmer stand eine Schüssel voll Kirschen – «Genossen, bedient euch, bis ich fertig werde», sagte ich ihnen, doch sie sahen mich nur stumm, erstaunt an. Ich sollte doch meinen Pullover mitnehmen, meinte Marta, leichenblass und am ganzen Körper zitternd. Wozu, antwortete ich, es sei ja warm und ich bin morgen schon wieder zu Hause. Ich nahm aus meinem Portemonnai 70 Heller heraus, genügend, um mit der Strassenbahn wieder heimzufahren, küsste meine Frau und verliess die Wohnung, gefolgt von zwei AVH-Männern. Es war eine wunderschöne, warme Sommernacht, der Himmel voller Sterne. Ihr Wagen, eine schwarze amerikanische Limousine, stand an der nächsten Strassenecke.

Zwei AVH-Zivilisten blieben in unserer Wohnung zurück. Dort ging es weniger gemütlich zu. Sie liessen die Rolläden herunter, drehten alle Lichter an und begannen mit der Hausdurchsuchung. Briefe, Papiere verschwanden im mitgebrachten Koffer, die Matratzen wurden umgedreht, meine zweijährige Tochter aus ihrem Schlafzimmer gezerrt. Sogar mein Montblanc-Füllfederhalter wäre verschwunden, hätte meine Frau ihn nicht einem AVH-Mann wieder entrissen. Sie hatte schon immer ihre Zweifel an der Erhabenheit des Kommunismus und der Gerechtigkeit seiner eisernen Faust. Sie sei eine Kleinbürgerin, hatten mich bereits in der Schweiz meine Genossen gewarnt.

Die «Schweizer Gruppe» – das waren ungarische Studenten, die der Kriegsausbruch an den Universitäten von Zürich und Genf überrascht hatte, ein Dutzend blutjunger Idealisten aus gutbürgerlichem Haus. Unsere schwarzweisse Welt war klar und durchsichtig dank der allumfassenden Theorie des Marxismus-Leninismus. Wir zweifelten keine Sekunde daran, dass sich nach dem Sturz Hitlers aus den Ruinen Horthy-Ungarns der paradiesische Zustand des Sozialismus erheben werde. Stalin war für uns das gütige Väterchen aller Menschen, der die Kinder küsst und den Verdammten dieser Erde den Kopf streichelt.

Die Neutralität der Schweiz und ihre isolierte Stellung inmitten des blutenden, von Hitler unterdrückten Europa war mit ein Grund dafür, dass wir unsere politische Unschuld bewahren konnten. Die Kommunistische Partei der Schweiz wurde zwar Ende 1940 verboten und die Fremdenpolizei untersagte den Flüchtlingen jede politische Tätigkeit. Aber wir wussten, dass man uns nicht in unser Heimatland abschieben würde und dass

auf uns, sollten wir auffrischer Tat ertappt werden, weder Konzentrationslager noch Hinrichtungskommandos der Gestapo warteten, sondern schlimmstenfalls die Internierung in einem Schweizer Arbeitslager.

Was ist Sozialismus; das war für uns nicht das Studium der Praxis in der Sowjetunion, sondern der Titel eines Büchleins des österreichischen Kommunisten Ernst Fischer. Parteiarbeit: das bedeutete nicht die lebensgefährliche Untergrundbewegung wo ein falscher Schritt, ein unüberlegtes Wort, ein leichtfertig gewählter Kontakt Folter und Tod mit sich brachten, sondern die schöne Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die wir in aller Ruhe studieren konnten. Unsere Konspirationen hatten den Beigeschmack kindischer, nervenkitzelnder Indianerspiele. Das Abreißen der Verbindungen mit der Umwelt hüllte die antifaschistischen Exilbewegungen in der Schweiz in eine Atmosphäre des Abstrakten, Doktrinären, Irrealen, zugleich aber verlieh es ihren Mitgliedern ein Gefühl der Überheblichkeit, des messianischen Sendungsbewusstseins, die das Blutbad heil überstehende Reservearmee der Weltrevolution zu sein.

Zur Zeit des Kriegsausbruches gab es noch keine organisierte ungarische Gruppe in der Schweiz, doch die linken Emigranten und Studenten fanden einander sehr rasch. Endlose Nächte wurden durchdiskutiert, Bücher und Broschüren hungrig verschlungen, mit jeder Siegesmeldung der Wehrmacht, jeder Ausbreitung des Nazi-Terrors schloss sich der Kreis der nach Ausweg nach Antwort Suchenden enger und enger. Immer dringender wurde auch unsere Ungeduld nach Taten, nach einer aktiven Beteiligung am Kampf gegen Hitler. Wie können wir helfen, an wen sollen wir uns wenden?

Die uns brauchten, fanden uns schon sehr bald. Ferenc Vági stand bereits als Mittelschüler in Budapest den Kommunisten nahe. Da er nicht an die Hochschule aufgenommen wurde, emigrierte er in die Schweiz und begann sein Chemiestudium an der Universität Zürich. Er schloss sich einer linken Studentengruppe an und wurde 1937 in die KP der Schweiz aufgenommen. Nach dem Verbot der Partei nahm er an der Herausgabe der illegal erscheinenden Zeitung Der Kämpfer teil. Nur vier Ausgaben konnten erscheinen, dann flog die gesamte Redaktion auf. Vági wurde aus der Universität ausgeschlossen, verbrachte mehr als ein Jahr in der Strafanstalt von Witzwil und war in unseren Augen ein Märtyrer der Sache des Sozialismus.

Mit noch grösserer Bewunderung schauten wir zu András Kálmán auf. Er wurde während seiner Studienjahre an der medizinischen Fakultät in Budapest zum Kommunisten. 1936 eilte der junge Arzt nach Spanien, um

in der Internationalen Brigade gegen Franco zu kämpfen. Nach dem Zusammenbruch der Republik schlug er sich nach Frankreich durch, wurde mit anderen Spanienkämpfern in ein Lager interniert, entkam und flüchtete in die Schweiz. Seine warme, heitere Persönlichkeit, sein gewinnendes, jugendliches Lächeln ergänzte vorzüglich den kalten, asketischen Intellekt Vágis.

Tibor Szönyi war für uns ein Halbgott, eine Legende aus den heroischen Zeiten der ungarischen Räterepublik von 1919. Seine Karriere ist im vorangehenden Kapitel skizziert. In der Schweizer Emigration war er zunächst Führungsmitglied der österreichischen Exilgruppe, 1942 wurde er von der Schweizer Partei mit der Aufgabe betraut, eine ungarische Exilgruppe zu organisieren. Wir fanden endlich unseren Führer. Szönyi schweisste uns zu einer nach den Regeln der Konspiration disziplinierten, aktiven politischen Organisation zusammen, formte uns Sympathisanten und Mitläufer zu hingebungsvollen Kommunisten.

Wir begannen, die ungarischen Emigranten für die demokratische Umgestaltung Ungarns zu gewinnen, gaben eine Untergrundzeitschrift heraus, worin wir über die Zustände in unserer unterdrückten Heimat informierten, und bildeten den Kern der von uns gegründeten Nationalen Unabhängigkeitsfront als Sammelbecken aller Ungarn, die gegen den Krieg gegen Hitler waren.

Rückblickend ist unschwer festzustellen, dass unsere Tätigkeit, die damals so lebenswichtig und heroisch schien, ohne jeglichen Einfluss auf die Geschichte blieb. Unser wichtigster Beitrag kam der Nachkriegsperiode zugute: Wir lieferten der Ungarischen Kommunistischen Partei und der jungen Volksdemokratie eine Handvoll politisch gut gebildeter, idealistischer, ergebener Kader. Vier Jahre nach unserer Heimkehr verhaftete die dankbare Partei uns alle und erhängte unsere beiden Führer Szönyi und Vági. Der dritte, Kálmán, erhängte sich im Gefängnis, als man auch ihn in die vorzubereitende ungarische Kopie des geplanten Moskauer Ärzteprozesses hineinziehen wollte.

Ich stiess Mitte 1941 zu den linken ungarischen Studenten in Zürich. Noch heute fragen mich viele, vor allem diejenigen, die den Aufstieg des Hitlerismus in Europa nicht miterlebt haben, wie ich als Sprössling einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie Kommunist werden konnte. Zweifelloso hatte damit der traditionelle ungarische Antisemitismus viel zu tun, der in meiner Jugend unter dem Einfluss Hitlers immer drohendere Formen angenommen hatte. Die Demütigungen, Ohrfeigen und Fusstritte der

Rechtsradikalen in der Schule und am Spielplatz beschleunigten meine Wendung zum Linksradikalismus. Wahrscheinlich wäre ich aber auch ohne die seelischen und physischen Wunden des Antisemitismus zum Sozialismus gekommen. Der Hang zur politischen Aktivität, der romantische Drang das Elend der ganzen Menschheit erlösen zu wollen, scheinen in meinem Charakter verwurzelt zu sein, und auch meine Familiengeschichte half mit: Mein Vater, ein empfindsamer, hochgebildeter Mensch, gehörte in seiner Jugend dem linksradikalen Galilei-Kreis an; mütterlicherseits hatte die Brody-Familie zwei berühmte liberale Schriftsteller hervorgebracht, ein Onkel war in den Revolutionsjahren von 1918/19 Journalist bei einer sozialistischen Zeitung und musste vor dem weissen Terror nach Wien emigrieren. Schon mit 14 Jahren demonstrierte ich mit der sogenannten März-Front der linken Bauern-Schriftsteller und forderte Bodenreform und ein menschenwürdiges Leben für die «drei Millionen Bettler» der landlosen Agrarproletarier; mit 15 träumte ich davon, in Spanien in der Internationalen Brigade zu kämpfen. Ein Jahr später trat ich der Jugendgruppe der Sozialdemokratischen Partei bei, verteilte Flugblätter, verschlang die Parteiliteratur und war sehr stolz darauf, am 1. Mai mit dem Abzeichen der Sozialdemokraten im Knopfloch, dem Arbeiter mit dem hochgehaltenen roten Hammer in der Hand, der Reaktion die Stirn zu bieten.

Nach der Matura war die Aufnahme an eine ungarische Hochschule wegen der antisemitischen Gesetze völlig aussichtslos. Ich beschloss daher im Juli 1939 – mit den tief im Koffer versteckten Grundlagen des Marxismus von Karl Kautsky –, in die Schweiz zu fahren und mein Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich aufzunehmen. Aus der Schweiz schrieb ich Berichte an das Zentralorgan der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, Népszava. Sie erschienen auch einige Monate lang, bis der Ton für die Redaktion zu radikal wurde und man mich aufforderte, vorsichtiger und mit mehr Verständnis für die bedrängte Lage der ungarischen Partei zu formulieren. Doch damals konnte und wollte ich keinen gemässigten Ton mehr anschlagen. Ich trat der Schweizer Sozialistischen Jugend bei, die weit linker stand als ihre ungarische Bruderorganisation. Dort traf ich Mira Munkh, eine aus der deutschen Kommunistischen Partei wegen «trotzkistischer Abweichung» ausgeschlossene Individualpsychologin, in deren Seminaren ein dritter Weg zwischen der reformistischen Politik der Sozialisten und dem Sektierertum der Kommunisten gesucht wurde.

Dann lernte ich in der Mensa der Universität Ferenc Vági kennen und freundete mich mit ihm an. Wir diskutierten nächtelang über den Trotzki-

mus und die «korrekte» Interpretation des Marxismus. Er war ein brillanter Debattierer, und es dauerte nicht lang, bis er mich zum Kommunismus bekehrte. Besonders gut erinnere ich mich an eine Diskussion über die trotzkistischen Prozesse in der Sowjetunion. Es gehe nicht um Einzelheiten, belehrte er mich und gab mir sogleich ein Beispiel dafür. Der Alt-Bolschewik Pjatakow habe in seinem Prozess gestanden, er sei am 12. Dezember 1935 aus Berlin nach Oslo geflogen, um sich in einem Hotel der norwegischen Hauptstadt mit Trotzki zu treffen. Dort sollen sie den gemeinsamen Plan geschmiedet haben, mit Hilfe der Nazis das Sowjetsystem zu stürzen. Es wurde aber bewiesen, dass an diesem Tag gar kein ziviles Flugzeug aus Berlin in Oslo gelandet war und dass weder Trotzki noch Pjatakow je in jenem Hotel abgestiegen waren. Das spiele jedoch keine Rolle, so machte mir Vági klar, denn es gehe einzig und allein um die historische Wahrheit, um die Rolle der Trotzkisten, die mit dem Sturz Stalins objektiv den Zusammenbruch der Sowjetmacht herbeiführen und damit dem Faschismus einen Dienst leisten wollten. Manche Details mögen nicht stimmen, die Prozesse jedoch seien völlig gerechtfertigt gewesen. Wie hat wohl Vági darüber gedacht, als er neun Jahre später unter dem Galgen stand . . .

Das Auto blieb vor einem Nebeneingang der Staatssicherheitszentrale in der Andrassy Strasse stehen, die Zivilen übergaben mich einem bewaffneten uniformierten AVH-Soldaten, der mich durch verschlungene Korridore in ein grosses Zimmer führte. «Setzen Sie sich, mit dem Gesicht zur Wand, drehen Sie sich nicht um und machen Sie den Mund nicht auf», befahl er mir. Ich schwieg doch war empört: Kann denn die AVH nicht zwischen einem Genossen und faschistischen Verbrechern unterscheiden? Aber dann beruhigte ich mich wieder. Schliesslich kann man von einem Wachmeister nicht erwarten, dass er weiss, um was es geht.

Stundenlang sass ich bewegungslos, bald dämmerte es, dann fiel die Sonne durch das vergitterte Fenster ein, und es war schon 10 Uhr, als endlich zwei Uniformierte mir befahlen, ihnen zu folgen. Ich wurde vor einen jungen Oberleutnant in Zivil geführt. Jetzt wird alles in Ordnung kommen, dachte ich erleichtert. «Sie wissen ja, weshalb wir Sie hergebracht haben», waren seine ersten Worte. «Ich nehme an, Sie wollen von mir irgendwelche Auskünfte haben», antwortete ich. «Wir wollen von Ihnen keine Auskunft, sondern ein Geständnis», sagte er. «Hören Sie gut zu, Ho dos. Ihre Freunde haben Sie schon schwer belastet, wir wissen alles über Sie und Ihre Verbrechen. Sie können Ihren Kopf nur retten, wenn

auch Sie alles gestehen. Ich gebe Ihnen Papier und Bleistift, schreiben Sie einen schonungslosen Lebenslauf von der Geburt bis zu Ihrer Verhaftung. Versuchen Sie nicht, irgendetwas zu verheimlichen. Die Partei wird Milde walten lassen und Ihnen vielleicht verzeihen, wenn Sie mithelfen, Ihre Rolle und die Ihrer Komplizen blosszustellen.» Der Oberleutnant rief einen Bewaffneten herein und verliess das Zimmer.

Ich starrte fassungslos auf das Papier. Wer belastete mich mit was? Welches Verbrechen sollte ich begangen, welche Rolle gespielt haben? Ich begann mit meinem Lebenslauf und gestand schonungslos ein, einer bürgerlichen Familie zu entstammen, doch ich konnte mich keines anderen Verbrechens entsinnen. Als ich fertig war, rief der Bewaffnete den Oberleutnant herbei, er las meine drei Seiten und schüttelte den Kopf. «Solche Ammenmärchen werden Sie sehr rasch unter den Galgen bringen», sagte er. «Was haben Sie in der Schweiz gemacht? Wann hat Sie Szönyi für seinen Spionagering angeworben? Welche Instruktionen bekamen Sie von ihm und seinen Komplizen nach Ihrer Heimkehr? Darüber sollen Sie schreiben, ohne Ausflüchte und Beschönigungen.»

Es waren nicht enden wollende 48 Stunden. Als ich mit meinem neuen Lebenslauf fertig war, wurden mir Fragen über Fragen vorgelegt, die ich schriftlich beantworten musste, dann bekam ich den Lebenslauf zurück mit Anmerkungen, welche Teile ich ausarbeiten sollte. Dann abermals spezifische Fragen, neue Details im Lebenslauf. Wieder wurde es Nacht, doch ich schrieb und schrieb. Am Morgen erschien mein Oberleutnant, frisch rasiert und ausgeschlafen, und sagte, ich sei doch ein verstockter Verbrecher und solle endlich verstehen, dass die Partei keine Märchen, sondern ein schonungsloses Schuldbekennnis von mir erwarte. Und das Ganze begann von vorn.

Zuerst hatte ich Hunger, doch dann wollte ich nur noch schlafen, aber sobald ich über den Papierhaufen einnickte, kam der uniformierte Wächter und rüttelte mich wach. So ging es zwei Nächte und zwei Tage: Fragen, Lebensläufe; immer das gleiche. Ich wollte helfen, klären, Missverständnisse aus der Welt schaffen, mich und meine Freunde schonungslos entlarven, da die Partei es von mir verlangte – aber was war denn da zu entlarven?

Zu Beginn der dritten Nacht kam ein Bewaffneter, nahm mir die Papiere weg und führte mich hinunter ins Parterre: Fotografie, Fingerabdrücke, leeren Sie die Taschen, nehmen Sie die Uhr und den Ehering ab, heraus mit den Schuhbändern, unterschreiben Sie hier die Liste. Dann ging es wieder durch ein Labyrinth von Korridoren und Eisentüren hinab in den Keller. Eine Zellentür stand offen, und da wurde ich hineingestossen.

Ich sah mich um: Die Hälfte des winzigen Raumes wurde von einer am Betonboden befestigten Holzpritsche eingenommen – keine Decke, kein Polster, nichts. Über der Eisentür brannte hinter einem Drahtnetz eine schwache Glühbirne, in der Wand gegenüber befand sich hoch oben eine Lüftungsöffnung. Ich hatte mich noch nicht hingesetzt, als die Zellentür wieder aufging. Vor der Schwelle stand ein Blechnapf voll mit lauwarmen Bohnen. Erst dann besann ich mich, dass ich seit drei Tagen nichts gegessen hatte. Ich war trotzdem nicht hungrig, ausserdem gab es keinen Löffel, doch irgendwie konnte ich die klebrige Masse herunterwürgen, denn ich wollte bei Kräften bleiben. Wenige Minuten später holte ein Wärter den Napf wieder ab und fragte mich, ob ich auf die Toilette gehen wolle. Sie war am Ende des langen, dunklen Ganges, und der AVH-Soldat schaute zu, wie ich auf dem Klosett sass. Ich bat ihn um Toilettenpapier, aber das schien ihm ein sehr guter Witz zu sein, denn er lachte aus voller Kehle. Er werde mir schon welches zeichnen, sagte er, als er wieder zu Atem kam. Dann führte er mich in die Zelle zurück, ich könne mich jetzt niederlegen. Ich legte meine Schuhe unter den Kopf und schlief sofort ein, keine Sekunde länger wollte ich die Augen offenlassen. Vielleicht wache ich morgen in meinem Bett auf und es wird sich herausstellen, das Ganze war nur ein böser Traum. Ich schlief wie ein Stein, wusste nicht, dass das Licht die ganze Nacht brannte, spürte die feuchte Kälte nicht, hörte nicht, wie jede halbe Stunde das Guckloch geöffnet und wieder zugeschmettert wurde.

Am Morgen flog die Zellentür auf, der Gang zur Toilette, der Blechnapf mit den klebrigen Bohnen vor der Schwelle, leg dich nicht hin, du Schwein, vier Schritte lang, zwei kleine Schritte quer, wann wird die Tür endlich aufgehen, um mich nach Hause zu lassen. Doch sie wurde erst am Abend geöffnet, Blechnapf mit Bohnen, Toilette. Der Tag war zu Ende. Ich schlief sehr schlecht in dieser zweiten Kellernacht, hörte das Aufsperrn und Zuschlagen der Zellentür, das Zischen der Wörter, mit dem sie dafür sorgten, dass sich die von ihnen zur Toilette geleiteten Häftlinge im Gang nicht begegneten, die schlurfenden Schritte der zum Verhör Geführten – waren es meine Freunde? –, hörte ferne Schreie und Wimmern und Weinen – war es Traum oder Wirklichkeit? Ich war froh, als am Morgen sich wieder der Schlüssel in der Zellentür drehte, heute wird es sicher der letzte Tag sein, man wird sich vielleicht sogar entschuldigen, ich werde jedenfalls den Genossen der AVH verzeihen, ein Irrtum kann ja immer vorkommen.

Drei Tage und Nächte vergingen. Hat man mich vergessen? Oder kann es wahr sein, womit mir der Oberleutnant gedroht hat, dass man mich hier

lebendig begraben will? Kann es sein, dass ich tatsächlich in irgendein Verbrechen hineingezogen wurde, ohne davon zu wissen? Der Oberleutnant hat ja recht, man verhaftet den Kaderchef der Parteizentrale nicht grundlos, die Partei muss seiner Verhaftung zustimmen – und die Partei hat immer recht. Ich ging immer wieder mein ganzes Leben durch, doch fand nichts, wo mich Szönyi zu einer parteifeindlichen Tätigkeit verleitet hätte. Die ganze böse Nacht dachte ich nach und bat am Morgen den Wärter, mit dem Oberleutnant sprechen zu dürfen. Doch drei weitere Tage vergingen, ohne dass ich gerufen wurde. Dann war ich mit meinen Nerven zu Ende, ich hämmerte so lange an der Zellen tür, bis der Wärter das Guckloch öffnete. «Ich will ein Geständnis ablegen», sagte ich ihm.

In dieser Nacht holte man mich. «Ich habe mir die Sache überlegt», erklärte ich meinem Oberleutnant, «ich muss irgendwo einen Fehler begangen haben. Bitte helfen Sie mir, die Partei mussja wissen, wo ich ihr geschadet habe, sonst wäre ich nicht hier. Helfen Sie mir herauszufinden, wo mich Szönyi zu seinen Zwecken ausgenutzt hat.»

Der Verhörer war eher freundlich. «So geht es nicht, Hódos. Sie liessen mich wissen, dass Sie ein Geständnis ablegen wollen, stattdessen spielen Sie noch immer den Unschuldigen. Wir wissen, dass Sie ein Verräter, ein Trotzlist, ein Spion sind, wir könnten Sie morgen aufhängen lassen, machen Sie sich nichts vor. Seien Sie nicht so verstockt. Sobald Sie ein volles Geständnis ablegen, werden Sie eine Decke, auch Bücher und Zigaretten bekommen, und Sie werden Ihrer Frau schreiben können. Denken Sie darüber nach. Jetzt lasse ich Sie in Ihre Zelle zurückführen. Sie werden so lange dort bleiben, bis Sie Ihre Verbrechen eingestehen. Wenn Sie es nicht von selber tun, haben wir Methoden, Sie zum Reden zu bringen. Es mag einen Monat dauern, ein Jahr, zehn Jahre, doch am Ende werden Sie soviel reden, dass man Sie nicht mehr bremsen kann.»

Es dauerte keine zehn Jahre. Schon nach einer Woche wurde ich zum nächtlichen Verhör geführt. Ob ich jetzt endlich gestehen wolle, fragte mein Oberleutnant. Aber er wartete die Antwort nicht ab. Er habe nun genug von mir, erklärte er, alle meine Mitverschwörer hätten schon ihre Verbrechen zugegeben, hier in dieser Akte befänden sich ihre Aussagen, die mich so schwer belasteten, dass mich das Gericht auch ohne ein Geständnis zum Tode verurteilen könne. Er habe viel zu viel Geduld mit mir gehabt und übergebe jetzt meinen Fall einem Kollegen.

Der Kollege war ein grosser Dicker und verschwendete nicht viel Worte. Was, ich sei noch immer nicht geständig? Ich sei kein Mensch, son-

dem ein trotzkistisches Schwein, ich stinke ja, und dass ich noch auf zwei Beinen ginge, sei ein Zufall, den er jetzt rasch korrigieren werde. Er nahm den Gummiknüppel, befahl mir, mich auf den Bauch zu legen und die Füße zu heben. Ich zählte: Es waren zwanzig Schläge auf meine Fusssohlen. Das sei nur der Anfang, versicherte der Dicke. «Heute Nacht werden Sie vor Schmerz nicht schlafen, aber es geht vorbei. Das nächste Mal werden Sie wochenlang nur mehr kriechen und wimmern können.»

(Ich habe später oft darüber nachgedacht, weshalb man mich sechzehn Tage ohne Folter liess. Wahrscheinlich hatte damals mein erster Verhörer mit wichtigeren Fällen zu tun. Er sah, dass ich nur ein kleiner Fisch an der AVH-Angel war – mitgehangen, mitgefangen –, und hatte Zeit, mich noch «zur Vernunft zu bringen».)

Der Schmerz ging rasch vorbei, doch ich wusste noch immer nicht, was sie von mir wollten, welche Verbrechen ich begangen haben sollte, wer mich belastet hatte und womit. Ich habe nichts zu gestehen. Sie werden mich am Ende entweder freilassen oder zu Tode prügeln müssen.

Acht Angeklagte standen vor dem Volksgericht: László Rajk, György Pálffy, Tibor Szönyi, András Szalai, Béla Korondy, Pál Justus, Lazar Brankov und Milan Ognjenovic. Es handelte sich um einen stalinistischen Schauprozess, dessen eigene Gesetze die der Justiz auf den Kopf stellten: Zuerst kam der politische Zweck, dem der Prozess dienen sollte, dann die Auswahl der Angeklagten, die als geeignetste Kandidaten diesem Zweck zu opfern waren, und erst zum Schluss die Konstruktion erfundener Verbrechen, die sich dem vorgegebenen Zweck und der Laufbahn der Opfer einfügen mussten.

Die von der Troika Rákosi-Farkas-Gerö verfasste, ins Russische übersetzte und dann wieder ins Ungarische rückübersetzte Anklage verdeutlichte den Charakter des Schauprozesses:

«Die Bedeutung dieses Prozesses ist international. Muss ja doch nicht allein über Angeklagte ein Urteil gefällt werden, die ihre Hand gegen die staatliche Ordnung unserer Volksrepublik, gegen die grossen Errungenschaften unserer Demokratie erhoben haben, sondern gleichzeitig auch über solche, die in ihrer verschwörerischen Tätigkeit Mittel, an Drähten gezogene Marionetten der ausländischen imperialistischen Feinde des ungarischen werktätigen Volkes waren, das den Sozialismus aufbaut. Es sind nicht allein Rajk und Konsorten, die hier auf der Anklagebank sitzen, sondern auch ihre ausländischen Herren, ihre imperialistischen Anstifter in Belgrad und Washington ... Die Eigenart dieses Strafprozesses besteht darin, dass als Vermittler, als Hauptagenten der Befehle der ausländischen Imperialisten, als Sturmtruppe des Imperialismus jene leitende jugoslawische Clique – Tito und seine Bande – auftritt, die heute die heldenmütigen Völker Jugoslawiens unterjocht und die Macht in Jugoslawien usurpiert . . .

Es ist die reine Wahrheit, dass, indem der ungarische Volksgerichtshof über László Rajk und seine Verschwörerbande urteilt, er im politischen und morali-

schen Sinne auch über die Verräter Jugoslawiens, über die Verbrecherbande von Tito, Rankovic, Kardelj, Djilas urteilt... Wir enthüllen ihre Doppelzüngigkeit, ihre Arglist, ihre Ränke gegen die Demokratie und den Sozialismus, ihre meuchelmörderischen Pläne und Taten. Dieser Prozess hat die Tito-Leute, das Gros der heute in Jugoslawien Regierenden als Verbündete der amerikanischen Imperialisten, als ganz gewöhnliche Agenten imperialistischer Spionageorganisationen entlarvt . . .

Aus dem Material der Verhandlung geht deutlich hervor, dass die amerikanischen Spionageorganisationen sich bereits zur Zeit des Krieges gegen Hitler auf den Kampf gegen die Kräfte des Sozialismus und der Demokratie vorbereiteten, auch mit den heimtückischen Mitteln der inneren Zersetzung der revolutionären Arbeiterparteien. Hinter Rankovic stehen die Schatten von Field und Dulles . . . Das Wesen ihres Geheimplanes wurde von der Schweizer Zeitung ‚Die Tat‘ in ihrer Nummer vom 26. April 1949 nach John Foster Dulles wie folgt zusammengefasst: ‚Der Westen versucht vor allem, sich an die Kader und an die Elite der herrschenden Klasse der Volksdemokratien heranzumachen, und hat in dieser Richtung angeblich alle Erwartungen überrtreffende Ergebnisse erzielt‘ . . .

Die amerikanischen und englischen Spionageorganisationen erkaufte sich die Tito-Leute noch zur Zeit des Krieges gegen Hitler, um die nationale und soziale Befreiung der Völker Südosteuropas zu verhindern, die Sowjetunion zu isolieren, den dritten Weltkrieg vorzubereiten. . . Auch der von den Tito-Leuten entworfene und der Spionenbande Rajks durchzuführende Staatsstreich in Ungarn kann nicht ohne seinen Zusammenhang mit den internationalen Plänen der amerikanischen Imperialisten verstanden werden . . .»
(*László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht 1949, S. 313ff.*)

«Geständnisse» und «Zeugenaussagen» hatten einzig und allein die Funktion, diesem Gespenst der «titoistisch-imperialistischen Verschwörung» Fleisch und Blut zu verleihen. Dazu musste zunächst die politische Vergangenheit der Prozessopfer in den Schmutz getreten, ihr Parteinimbus zerstört, ihr langjähriger Kampf für die sozialistische Revolution in einen Dienst an der faschistischen Konterrevolution «umpolitisiert» werden.

László Rajk, vor Kurzem noch der legendäre Held der Untergrundbewegung und des Spanischen Bürgerkrieges, war nun seit frühester Jugend ein Verräter. Er «gestand», seit 1931 Polizeispitzel gewesen zu sein, als Student seine kommunistischen Kommilitonen denunziert, als Gewerkschaftsfunktionär streichende Bauarbeiter der Polizei ausgeliefert zu haben. Auch nach Spanien sei er in Polizeiauftrag gereist, um die Mitglieder

des ungarischen Bataillons zu bespitzeln. Nach dem Zusammenbruch des Bürgerkrieges habe er in den französischen Internierungslagern dem Deuxième Bureau Berichte über Kommunisten geliefert. Noel Field habe versucht, ihn als einen sogar in Washington bekannten Polizeispitzel für den amerikanischen Spionagedienst anzuwerben. Mit Hilfe eines Gestapomajors sei er dann über Deutschland nach Ungarn heimgekehrt, wo er sich unverzüglich beim Chef der Politischen Polizei Horthys gemeldet und den Auftrag erhalten habe, die illegale Widerstandsbewegung zu zersetzen. Im Oktober 1944 sei er vom ungarischen militärischen Abwehrdienst in Haft genommen worden, doch als er offenbart habe, für die Polizei zu arbeiten, sei er ohne Urteil nach Deutschland überstellt worden, von wo aus er bei Kriegsende in das befreite Ungarn habe zurückkehren können. Rajk gestand ferner, im August oder September 1945 von einem Mitglied der amerikanischen Militärmission angesprochen und aufgefordert worden zu sein,

«in den Dienst der amerikanischen Spionageorgane zu treten. Sollte ich dies verweigern, so wollte man mich vor der Leitung der Kommunistischen Partei entlarven. Natürlich erklärte ich mich dazu bereit... Ganz unabhängig von dem amerikanischen Spionageorganen besass ich bereits im Jahre 1945 eine Verbindung zu den jugoslawischen Spionageorganen, und zwar zu Brankov (dem damaligen Leiter der jugoslawischen Militärmission; G.H.) . . . Vom Frühjahr 1946 an . . . ersuchte (er) mich, ihm in meiner Eigenschaft als Innenminister . . . Informationen über die ungarische politische Lage, besonders über Dinge, die Staatsgeheimnis bildeten, usw. zu machen . . .

Als ich mich im Sommer 1947 zur Erholung nach Jugoslawien begab ..., traf auch (Innenminister; G.H.) Rankovic einige Tage später in Abbazia ein . . . Rankovic sagte mir ..., dass er auf Titos direkte Weisung deswegen nach Abbazia gekommen sei, um mir Folgendes mitzuteilen: Sollte ich in Zukunft nicht ein politisches Verhalten an den Tag legen, das die Politik Titos in Ungarn in jeder Beziehung unterstütze, so werde man mich entlarven ... In der Zukunft werde ich von Tito bzw. durch den von Tito bezeichneten Vermittler die weiteren Aufträge und Weisungen erhalten.» (Ebd., S. 56-66)

Der Kreis war geschlossen, der Weg vom Polizeispitzel über den französischen und amerikanischen Spionagedienst zur titoistischen Verschwörung «bewiesen».

Ähnlich musste das Leben des in der Partei hoch angesehenen Kommunisten András Szalai, der im Untergrund gekämpft hatte, in sein Gegenteil gekehrt werden. Er sei, so gestand er, schon mit 15 Jahren zum Polizeispitzel geworden und habe Dutzende von Genossen denunziert. Als er nämlich Ende 1943 verhaftet worden sei, habe ihn der Gefängnisdirektor von Sátoraljajhely als Denunzianten angeworben:

«Im Januar 1944 teilte ich ihm mit, dass die (politischen; G.H.) Häftlinge einen Ausbruch planen ... Er traf Gegenmassnahmen, und die Folge der Gegenmassnahmen war, dass der Versuch der Häftlinge, auszubrechen, niedergeschlagen wurde. Keiner konnte ausbrechen und entkommen, der Ausbruch der Häftlinge wurde in Blut erstickt; 54 Mann wurden während des Ausbruchs niedergeschossen, weitere 10 liess das Standgericht nach dem Ausbruch hinrichten. Das war meine Tätigkeit bei der Horthy-Polizei ...

Die jugoslawischen Spionageorgane gliederten mich im Frühjahr 1946 ein, die Eingliederung nahm Major Smiljanic vor, der sich als Mitglied der jugoslawischen Militärmission im Lande aufhielt . . . Smiljanic und seine Leute (erhielten) von meinem verräterischen Verhalten im Sátoraljajhely-Gefängnis Kenntnis... (und drohten mir), dies sowohl den jugoslawischen wie den ungarischen Behörden mitzuteilen, wenn ich nicht allen Wünschen nachkomme, die sie an mich stellen.» (Ebd., S. 207ff.)

Auch alle übrigen Angeklagten wurden in Ungeheuer verwandelt. György Pálffy, Organisator der kommunistischen Partisanengruppen, «gestand», seit früher Jugend ein Bewunderer des Faschismus gewesen zu sein. Diese Überzeugung habe dann seinen Weg zur Militärspionage für Jugoslawien und zur Mitarbeit an der titoistischen Verschwörung geebnet. Tibor Szönyi gab zu, sich und seine Genossen in der Schweiz für einige Hundert Franken an Noel Field und Allen Dulles verkauft zu haben, um seine Spionagegruppe zuerst den Amerikanern, dann den Jugoslawen und Rajk zur Verfügung zu stellen. Pál Justus sagte aus, dass er im Jahr 1932 angeworben worden sei, linkssozialistische und kommunistische Genossen denunziert habe und nach der Befreiung in den Dienst der französischen, später der jugoslawischen Geheimpolizei getreten sei – mit dem Ziel, eine trotzkistische Gruppe zu organisieren und den Sturz der Regierung herbeizuführen. In der Anklageschrift hiess es:

«László Rajk und seine Spiessgesellen . . . (haben) die Heimtücke und die Tarnung zum System erhoben, nicht als offene Feinde, sondern im Dunkel lauernd, sich in die führende Partei unserer Volksdemokratie und in unseren republikanischen Staatsapparat einschleichend, (gingen sie) zum Angriff vor . . . Wir stehen kriecherischen, hinterlistigen Schlangen gegenüber, einem Feind, der gefährlicher und hassenswerter ist als irgendein anderer vor dem.» (Ebd., S. 313f.)

Die gleiche Taktik, Ungeheuer zu fabrizieren, wurde auch auf die jugoslawischen Führer angewandt. Freilich konnten Tito und seine Genossen nicht selber auf die Anklagebank gesetzt werden und Folter-«Geständnisse» abgeben; also mussten Rajk und seine «Verschwörerbande» diese Aufgabe übernehmen. Die jugoslawischen Spanienkämpfer Koszta-Nagy, Milic und Vukomanovic seien bereits im Jahr 1939 in den Internierungslagern Vernet und Gurs Trotzkiten, Agenten des Deuxième Bureau und der Gestapo gewesen, sagte Rajk aus, und im Herbst 1946 habe er von amerikanischen Diplomaten in Budapest erfahren, dass das amerikanische Spionagenetz in Südost- und Mitteleuropa den Jugoslawen übertragen worden sei. Und im Sommer 1947, in Abbazia «wurde es mir zum erstenmal klar, dass nicht nur Rankovic, Vukomanovic, Milic und andere, die in Spanien waren, . . . mit den Organen des amerikanischen Spionagedienstes in Verbindung stehen, sondern auch Tito selbst» (ebd., S. 64).

«Das feindliche Verhalten von Tito, Kardelj, Djilas und Rankovic gegenüber der Sowjetunion begann nicht erst nach der Kominform-Resolution, sondern schon vorher. Bereits während des Krieges gelang es den Imperialisten, sie unter ihren Einfluss zu bekommen und in ihren Dienst zu stellen ... Es wurde offenbar, dass die jugoslawischen Umsturzpläne für den Balkan und Mitteleuropa nicht von Tito, Kardelj, Rankovic und Djilas ausgeheckt wurden, sie waren nur Vollstrecker des Planes. Die Inspiratoren waren die Engländer und Amerikaner, die imperialistischen Nachrichtendienste ... Das von Tito geleitete jugoslawische Regime ist bloss das Werkzeug der anglo-amerikanischen Ziele.» (Ebd., S. 144)

Tibor Szönyi rundete das Bild ab mit seinem «Geständnis», dass OSS-Chef Allen Dulles bereits im Jahr 1944 ihn in der Schweiz mit jugoslawischen Spionen in Solde der amerikanischen Nachrichtendienste in Verbindung gebracht habe.

«Die gemeinsamen Pläne der amerikanischen Imperialisten und Titos gegen die Freiheit der Völker und den Frieden sind nicht neueren Datums. Diese Pläne sind Folge des Paktes, den Tito bereits im Jahr 1944 mit den Imperialisten geschlossen hat. . . Die Ausarbeiter des Planes, die Organisatoren und die Lenker . . . (sind) die Kriegshetzer des imperialistischen Amerikas und Tito, Rankovic, Kardelj, Djilas, die mit den ersteren völlig übereinstimmen und unter einer Decke stecken.» (Ebd., S. 366)

Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten der «gegen László Rajk und Konsorten wegen des auf den Sturz der demokratischen Staatsordnung gerichteten Verbrechens und anderer Strafhandlungen anhängigen Strafsache» einzugehen. Die Funktion des Prozesses bestand in der «Entlarvung» Titos, der, wie Rajk in seinem kurzen Schlusswort sagte, «den Spuren Hitlers folgt» (ebd., S. 360). Damit war der Zweck voll erfüllt, das phantastische Lügengewebe der einzelnen «Verbrechen» war bloss ein für das Pseudo-Justizverfahren notwendiges Anhängsel, mit beliebig veränderbarem Inhalt und auswechselbaren Angeklagten. Tito und seine Clique haben Hand in Hand mit den Amerikanern ihren als Kommunisten getarnten Agenten den Auftrag gegeben, im Rahmen einer Verschwörung die Regierung durch einen Militärputsch zu stürzen, die geliebten Führer Rákosi, Gerö und Farkas zu ermorden und den Kapitalismus wieder zu errichten. Jeder der acht Angeklagten gestand die haarsträubenden Einzelheiten seiner Rolle bei der Verschwörung, in den Umsturz- und Mordplänen.

Die einzige Panne ereignete sich, als Szönyi auf der ihm vorgezeigten Photographie seinen «Spionagechef» Allen Dulles nicht erkannte (s. dazu Anm. 25). Und die einzige Spur eines Zweifels an der Glaubwürdigkeit des Schauermärchens kann aus einem Satz des Schlusswortes von Rajk herausgehört werden: «Mit den meisten Feststellungen des Herrn Volksanwalts bin ich völlig einverstanden, und hier meine ich darunter nicht die Detailfragen, die man fast ausser Acht lassen kann und die ohnedies nicht wichtig sind, sondern das Wesentliche.» (Ebd., S. 360) Diese in sein Schuldbekennnis eingeschmuggelte Unschuldserklärung Rajks entging anscheinend der Wachsamkeit der sowjetisch-ungarischen Regisseure des Schauprozesses.

Die Details des Rajk-Prozesses waren deshalb so beliebig, seine Angeklagten deshalb so auswechselbar, weil er als Muster zu dienen hatte, das

im Satellitenreich Stalins in Variationen kopiert werden sollte. Diese Funktion des Prozesses kam in den «Geständnissen» klar und deutlich zur Sprache. So sagte Pálffy aus, seine jugoslawischen Auftraggeber hätten oft erwähnt, dass Tito nach einem koordinierten Plan eine ähnliche Spionage- und Verschwörungstätigkeit in allen Volksdemokratien entfalte. «Ich weiss es, weil... (man) mir die Staaten der geplanten Balkan-Föderation: Ungarn, Bulgarien, Albanien und als führende Macht Jugoslawien aufzählte. Ich hörte . . . auch Polen erwähnen, das, dem amerikanischen Plan gemäss, nach Ungarn der nächste Staat sei, wo die Wendung eintreten werde . . . Natürlich kann zwischen Ungarn und Polen auch die Tschechoslowakei nicht ausgelassen werden . . .» (Ebd., S. 128) Und Brankov gestand:

«Man wollte den Plan nicht nur in Ungarn, sondern auch in anderen Nachbarstaaten verwirklichen ... Rankovic erwähnte, dass auch in Rumänien ein solcher Plan bestand, dass aber dieser Plan dort nicht vollständig erfüllt wurde. Er erwähnte den damaligen Justizminister Patrascanu, der ebenfalls auf der Tito-Linie stand und die Pläne Titos in Rumänien verwirklichen wollte, doch entfernte die Zentralleitung der rumänischen KP Patrascanu noch beizeiten ... Er sagte, dass die Arbeit auch dort fortgesetzt werden müsse . . . Ich erinnere mich, dass damals, als sich in Polen der Fall Gomulka ereignete, grosse Hoffnungen gehegt wurden, dass Gomulka die Gedankengänge Titos in Polen verwirklichen werde . . . Man war der Meinung, dass diese Aktion Gomulka in der polnischen Kommunistischen Partei gelingen würde. Aber wie bekannt, führte Gomulka sein Vorhaben nicht durch,. . . und Rankovic beklagte sich einmal auch darüber, dass in Polen alles von vorne begonnen werden müsse ... Auch in Bulgarien gab es einen solchen Plan ... In Albanien gab es einen grossen, ersten Versuch, die albanische Regierung zu stürzen, doch misslang er . . . (Ebd., S. 155f.)

Tibor Szönyi antwortete auf die Frage des Volksrichters, ob die Amerikaner während des Krieges auch aus anderen Staatsangehörigen Gruppen in der Schweiz organisiert, über die Grenze geschickt und mit Spionageaufgaben betraut hatten:

«Ich habe in Verbindung mit der Tschechoslowakei konkrete Kenntnis davon, dass dort eine solche Geheimorganisation von der amerikanischen Kundschafterzentrale ausgebaut wurde, besonders weiss ich das von der Person Pavliks ... In Bezug auf andere Länder habe ich in Verbindung mit Deutschland von einer solchen Gruppe Kenntnis . . . Dem Namen nach weiss ich von einer

Person, Politzer... Dann weiss ich, dass es auch in Polen eine solche Verbindung gab, doch kenne ich sie dem Namen nach nicht... Ausserdem waren in allen jenen Ländern, wo durch Vermittlung Noel Fields ein solches Hilfsorgan der unitarischen Hilfsorganisation ausgebaut wurde, diese Organe eigentlich überall Deckorgane des amerikanischen Geheimdienstes.» (Ebd., S. 202)

Noel Field wurde weder im öffentlichen Hauptprozess, noch in den geheimen Folgeprozessen auf die Anklagebank gesetzt, auch nicht als Zeuge aufgeführt. Er blieb in der Isolierzelle des AVH-Zuchthauses in Budapest, ein am Leben gehaltenes Gespenst, Ausgangspunkt der fiktiven amerikanisch-titoistischen Verschwörung, die in der Folge des Rajk-Prozesses auch in Prag, Warschau und Ost-Berlin aufgedeckt werden musste.

Die Verhandlungen dauerten eine Woche, das Urteil wurde am 24. September verkündet. Es stand natürlich schon vor Prozessbeginn fest und war von Stalin abgesegnet worden; der Gerichtspräsident bekam es erst kurz vor Sitzungsbeginn in die Hand gedrückt. László Rajk, Tibor Szönyi, András Szalai wurden zum Tode durch den Strang, Lazar Brankov und Pál Justus zu lebenslänglichem, Milan Ognjenovic zu neunjährigem Zuchthaus verurteilt; György Pálffy und Béla Korondy wurden dem Militärgericht übergeben, das über beide die Todesstrafe verhängte.

Rajk, Szönyi und Szalai wurden am 15. Oktober 1949 erhängt. Rajk ging erhobenen Hauptes unter den Galgen und liess die Partei, Stalin und Rákosi hochleben, Szalai beteuerte schreiend seine Unschuld, Szönyi rief mit zitternder Stimme den die Hinrichtung überwachenden Mihály Farkas und Gábor Péter zu, er sei betrogen worden. Am 24. Oktober folgte die Erschiessung von Pálffy, Korondy und der beiden mit ihnen im Geheimprozess zu Tode verurteilten Offiziere Dezső Németh und Otto Horvath.

Die sieben Leichen wurden in Säcken verschnürt und in einem Wald in der Nähe von Budapest verscharrt. Sechs Jahre später, vor der feierlichen Beisetzung der rehabilitierten Opfer, hatten die Staatsschutzbehörden grosse Mühe, die Stelle wiederzufinden, wo sie sich ihrer Opfer entledigt hatten.

Mit dem Abschluss der öffentlichen Verhandlung war nur der erste Abschnitt der Schauprozesse beendet. General Bjelkin kehrte in sein Haupt-

quartier in Baden bei Wien zurück, doch die MWD-«Berater» blieben und bereiteten, zusammen mit ihren ungarischen Helfershelfern, die Geheimprozesse Hunderter von «Rajkisten» vor. Die Opfer, in Gruppen von etwa je einem Dutzend Angeklagter eingeteilt, wurden in gleicher Weise wie die der öffentlichen Verhandlung für ihren Prozess präpariert. Vom März bis zum Ende des Jahres 1950 stand eine Gruppe nach der anderen vor dem Volksgericht: die «Schweizer», die «französische», die «englische», die «jugoslawische», die «innenministerielle», die der «Trotzkisten», der «Soldaten», der «Polizisten», der «Illegalen», der «Spanier». In den meisten Gruppen wurden eine oder zwei Personen ausgewählt und zum Tode verurteilt. Passten bestimmte Opfer in keine Gruppe, so wurden sie einzeln vor Gericht gestellt oder mit ähnlichen Ausnahmefällen zusammengewürfelt. Weitere Hunderte von «Rajkisten», die für zu unwichtig befanden worden waren oder von denen befürchtet werden musste, dass sie aus verschiedensten Gründen das auswendig gelernte Drehbuch nicht aufsagen würden, wurden ohne Gerichtsurteil in die geheimen Internierungslager von Kistarcsa und Reck geschickt – in völlige Isolierung von der Aussenwelt.

Weshalb gingen die Regisseure der Geheimprozesse die Mühe ein, ihre Opfer hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu selbstbelastenden Aussagen zu zwingen, wenn doch niemand von ihren «Geständnissen» je etwas erfahren würde? Die Geheimprozesse im Nachkriegsosteuropa dienten der Untermauerung der öffentlichen Verhandlungen. Während der Rajk-Prozess die «Verbrechen» der Hauptangeklagten und durch sie die von Tito «beweisen» musste, hatten die Hunderte von Opfern der Geheimprozesse ihrerseits die Aufgabe, für die Geschichte der kommunistischen Bewegung falsche «historische Tatsachen» über die «titoistisch-imperialistische Wühlarbeit» zu schaffen. Die Geheimprozesse untermauerten den Hauptprozess und lieferten den Parteiarchiven die dokumentarischen Belege über die Tiefe und Breite der erfundenen Verschwörung. Es gab keine propagandistisch-politische Notwendigkeit mehr für öffentliche Prozesse, die lange Kette der Verschwundenen genügte vollauf, um den Terror weiterzuführen.

Nach dem Abschluss der Geheimprozessserie war die «Rajk-Affäre» im Wesentlichen beendet. Die MWD-Generäle Lichatschew und Makarow

führen nach Prag weiter, um den langsamen Anlauf der Slánský-«Verschwörung» zu beschleunigen (s. Kaplan 1986, S. 130). Ein grosser Teil des sowjetischen Teams blieb jedoch in Ungarn und leitete unverzüglich die zweite Phase der stalinistischen Säuberung ein.

Den Beginn machten die vor Kurzem noch umworbenen und in die Einheitspartei gelockten oder gezwungenen Sozialdemokraten. Im Sommer 1950 legte die Eigengesetzlichkeit der Schauprozesse sowohl den rechts-oppositionellen als auch den linkskollaborationistischen Flügel in die Gefängnisse der AVH. Etwa 4.000 sozialdemokratische Opfer landeten im Gefängnis – an ihrer Spitze Árpád Szakasits, Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Vereinigten Ungarischen Partei der Werktätigen. Am Abend seiner Verhaftung war er bei Rákosi zum Nachtessen eingeladen. Das üppige Abendessen war eben vorbei und Szakasits wollte sich gerade verabschieden, als Rákosi zu ihm sagte: «Geh nicht, Árpád, das dicke Ende kommt noch.» Er drückte ihm einige maschinengeschriebene Blätter in die Hand – zu Szakasits' Verblüffung sein eigenes Geständnis, er sei ein Agent der Horthy-Polizei, der Gestapo, des British Secret Service und der Labour Partei gewesen. «Wenn du unterschreibst, wird dein Schicksal das von Zoltán Tildy sein (des Präsidenten der oppositionellen Kleinlandwirtpartei, der zu jener Zeit schon unter Hausarrest war; G.H.), wenn nicht, so das von Rajk.» Als Szakasits zu protestieren begann, rief Rákosi AVH-Chef Gábor Péter und zwei seiner Offiziere herein und zeigte auf Szakasits: «Genosse General, nehmen Sie diesen Dreckskerl mit sich.» (Zit. n. Molnár 1971, S. 23f.; Pálóczy-Horváth 1959, S. 248)

Verhaftet wurden u.a. auch Anna Kéthly, die Vorkriegsführerin der Partei; István Riesz, Justizminister und ZK-Mitglied; und György Marosán, Politbüro-Mitglied und eifrigster Mitläufer der Stalinisten. Im Gegensatz zu den Schauprozessen gegen Kommunisten gab es jedoch in den Geheimprozessen keine Todesurteile, und es war bloss ein «Betriebsunfall», dass István Riesz in der Untersuchungshaft zu Tode gefoltert wurde.

Die Regisseure hatten hier nicht die Mühe wie beim Rajk-Prozess, eine Auswahl der geeigneten Opfer treffen zu müssen. Sie verhafteten einfach alle sozialdemokratischen Funktionäre der Vorkriegs- wie auch der Nachkriegszeit. Sie strengten sich auch nicht an, «Spionageverbindungen»

nachzuprüfen, sondern diktierten in die Protokolle umstandslos die Namen, die ihre gemarterten sozialdemokratischen Opfer als imperialistische Kontakte ausgaben: General Gay Lussac vom Deuxième Bureau, Oberst Boyle Mariotte vom britischen Secret Service, Oberst Walt Whitman von der CIA . . .

Die «milden» Urteile wurden reichlich aufgewogen durch den Massenmord an den Generälen, wodurch die erfahrenen Vorkriegsoffiziere der Armee liquidiert wurden, die während der deutschen Besetzung sich der kommunistischen Widerstandsbewegung angeschlossen und nach der Befreiung des Landes treu dem neuen Regime gedient hatten. Vom 20. Mai bis zum 24. Juli 1950 wurden 18 Generäle verhaftet, 7 davon hingerichtet, darunter der Generalstabschef László Sólyom, der Generalinspektor der Armee László Kuthy und die Generäle Uly, Beleznay und Pórfy. Einer der Ermordeten, General Kálmán Révay, Direktor der Militärakademie, hatte acht Monate vor seiner Hinrichtung das Exekutionskommando befehligt, das im Hof des Militärgefängnisses in der Conti Strasse seinen alten Freund und Genossen György Pálffy erschoss.²⁹

Im April 1951 kamen die «Heim-Kommunisten» an die Reihe, die führenden Genossen der illegalen Bewegung und des antifaschistischen Widerstandes, die nicht im fernen Moskau Zukunftspläne geschmiedet, sondern im eigenen Land ihr Leben für die Sache der Partei aufs Spiel gesetzt hatten. János Kádár, anderthalb Jahre vorher noch als Innenminister und Politbüro-Mitglied von Rákosi mit der Aufgabe betraut, seinen Freund Rajk mit falschen Versprechungen zum «Geständnis» zu überreden, wurde jetzt Mitangeklagter der «Verbrechergruppe», zu der auch der stellvertretende Landwirtschaftsminister Ferenc Donáth, Aussenminister Gyula Kállai, ferner die Altkommunisten Géza Losonczy, Sándor Haraszi und Szilárd Ujhelyi gehörten. In den Kellern der AVH wurden sie zunächst der «partei feindlichen Tätigkeit» während des Krieges beschuldigt. 1943, nach der Auflösung der Komintern, hatte die illegale KP Ungarns ihre Auflösung und zugleich ihre Neugründung unter dem einer erstrebten antifaschistischen Volksfront gerechteren Namen Friedenspartei beschlossen. Acht Jahre später wurde den Verhafteten vorgeworfen, sie hätten mit der Parteiauflösung der kommunistischen Bewegung schweren Schaden zugefügt, die Führungsrolle der KP untergraben und den Wider-

stand gegen die deutschen Okkupanten geschwächt. Die Folterungen gaben den Verhören schon bald eine neue Richtung. Die anfänglichen Beschuldigungen wurden «umpolitisiert» in eine sowjetfeindliche, trotzkistisch-nationalistische Verschwörung: zuerst, während des Krieges, gegen die Moskauer Führungsgruppe, später zum Sturze der «Moskowiter» mit Rákosi an der Parteispitze und zur Errichtung eines titoistischen Regimes in Ungarn. Kádár wurde die besondere Ehre zuteil, von Oberst Vladimir Farkas, dem Sohn des Troika-Mitglieds Mihály Farkas, gefoltert zu werden: Farkas riss ihm die Fingernägel aus und pisste ihm, um den Spass zu vervollständigen, in den Mund.³⁰

Im Geheimprozess wurde gegen Ujhelyi die Todesstrafe verhängt, doch das Urteil später in lebenslänglich Zuchthaus abgeändert; Kádár wurde zu lebenslänglicher, Kállai und Losonczy wurden zu je 15jähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Sándor Zöld, Kádárs Nachfolger an der Spitze des Innenministeriums, einer der mutigsten Kämpfer der illegalen KP, wartete seine Verhaftung gar nicht erst ab. Nachdem ihm auf einer ZK-Sitzung Rákosi vorgeworfen hatte, während des Krieges mit den «trotzkistischen Nationalisten» eng zusammengearbeitet zu haben und auch jetzt noch ihrem Freundeskreis anzugehören, erschoss Zöld seine Frau, seine zwei kleinen Kinder, seine Schwiegermutter und sich selber.

1952 drang der Terror in alle Regierungsämter, alle Parteiorganisationen ein. Das war selbst für Oberst Ernő Szücs, den Stellvertreter des Staatssicherheitschefs Gábor Péter, zu viel. Er beschloss, nach Moskau zu fahren und sich unmittelbar an Stalin zu wenden mit der Bitte, der Verhaftungswelle Einhalt zu gebieten, denn in ihren unkontrollierbar gewordenen Ausmassen bedrohe sie jetzt die gesamte Partei mit Zerstörung. Seine MWD-Kollegen versprachen ihm, den vertraulichen Bericht an Stalin weiterzuleiten. Nach Budapest zurückgekehrt wurde Szücs sofort verhaftet, von einem gemischten sowjetisch-ungarischen Team verhört und als Spion gehängt. Sein Bruder, Mikios Szücs, war vor dem Krieg nach England emigriert. Nach der Befreiung wurde er zum Gesandtschaftsrat in London ernannt, aber in der Zeit der «Rajkisten»-Verhaftungen nach Budapest zurückgerufen und verhaftet, weil er als Mitangeklagter im Geheimprozess gegen die «englische Gruppe» vorgesehen war. Auf Intervention seines Bruders kam er jedoch ohne Prozess auf freien Fuss – der einzige bekannte Fall eines aus der AVH-Untersuchung mit heiler Haut

wieder aufgetauchten Opfers. Nach der «verräterischen» Moskaureise des AVH-Obersten wurde Miklós Szücs erneut verhaftet. Jetzt forderte man von ihm, seinen Bruder als Agenten der britischen Intelligence Service zu «entlarven». Er kam wieder nicht vor Gericht, sondern wurde in der Zentrale des Staatssicherheitsdienstes von den Kollegen seines Bruders zu Tode gefoltert (Szász 1986, S. 276ff; Ignotus 1959, S. 85).³¹

Ende 1952 kam eine neue Säuberungswelle in Gang, diesmal – in Anschluss an den tschechoslowakischen Slahsky-Prozess – zur «Entlarvung» zionistischer Agenten. Dutzende von führenden Kommunisten jüdischer Abstammung wurden verhaftet. Der prominenteste unter ihnen war das ZK-Mitglied István Szirmai, Direktor des Rundfunks. Der als Hauptangeklagter für den geplanten grossen antisemitischen Prozess vorgesehene Politbüro-Mitglied Zoltán Vas blieb jedoch auf freiem Fuss, wurde allerdings Tag und Nacht beschattet. Vas war nach dem Sturz der Räterepublik einer der Organisatoren der kommunistischen Jugendbewegung, wurde 1924 verhaftet, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und gelangte 1940 auf Intervention der Sowjetregierung zusammen mit Rákosi in die UdSSR. Nach dem Krieg war er in führenden Positionen der Wirtschaft tätig.

Die Schatten der drohenden Verhaftung Vas' verdichteten sich, als etwa dreissig führende Ärzte festgenommen wurden – in sklavischer Nachahmung der sowjetischen Verhaftungen «jüdischer Ärzteverschwörer». Unter den Festgenommenen befanden sich die Chefärzte der exklusiven Partei- und AVH-Spitäler Dr. Benedek und Dr. Bálint, der Augenspezialist István Löwy, der Chirurg Dr. Klimkó, der Forschungsleiter im Nationalen Gesundheitsinstitut Dr. Székács und viele andere. Die Fiktion des zionistischen Komplotts wurde mit der Verhaftung von Lajos Stockler abgerundet, dem Leiter des von den Kommunisten kontrollierten Vereins Ungarischer Juden und Beauftragten des amerikanischen jüdischen Hilfswerks Joint Distribution Committee.

Stalins Tod und die Freilassung der jüdischen Ärzte in der UdSSR machte die ungarischen Pläne eines antisemitischen Prozesses obsolet. Die Überwachung von Zoltán Vas wurde aufgehoben, das Verfahren gegen die Ärzte eingestellt. Für Szirmai kam die Wende zu spät, er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und erst zwei Jahre später rehabilitiert. Die jüdische Troika Rákosi-Gerö-Farkas an der Parteispitze blieb von der

antisemitischen Säuberung verschont, doch ihr Werkzeug, der AVH-Chef Gábor Péter, ebenfalls jüdischer Abstammung, geriet in sein eigenes Terrornetz.

Ende Dezember 1952 rief Stalin persönlich Rákosi an und teilte ihm mit, dass der sowjetische Minister für Staatssicherheit Abakumow und seine «zionistische Agentenbande» verhaftet worden waren. Einer der Verhafteten war Fjodor Bjelkin, der MWD-General, der in Ungarn den Rajk-Prozess organisiert hatte. Bjelkin habe eingestanden, so erklärte Stalin, dass er Gábor Péter für sein Spionagenetz im Dienste der britisch-zionistischen Auftraggeber angeworben hatte.

Péter wurde am Neujahrstag 1953 verhaftet, zusammen mit anderen Mitgliedern der «Zionistenbande»: hohen AVH-Offizieren wie Péters ehemaligem Stellvertreter Gyula Décsi, der zu jener Zeit zum Justizminister avanciert war, Oberst Márton Károlyi und Oberleutnant Ervin Faludi. Auch Péters Frau, Jolán Simon, kam ins Gefängnis. Ihr zuliebe liess man die mittelalterliche Foltermethode des Räderns wieder aufleben, um sie zur Belastung ihres Mannes zu zwingen (s. Kopácsi 1979, S. 34). Während der Hausdurchsuchung kam eine alte Photographie zum Vorschein, die den Geheimdienstchef zusammen mit Allen Dulles zeigte. Sie stammte von einem Besuch Péters in der Schweiz, wo er Verhandlungen zur Auslieferung ungarischer Kriegsverbrecher geführt hatte. Das Photo diente jetzt als Beweis, um die Anklage auch auf Spionage zugunsten des amerikanischen OSS und seiner Nachfolgeorganisation CIA auszudehnen.

Stalins Tod und Berijas Verhaftung retteten Péter und seinen Mitverhafteten das Leben. Die «Geständnis»-Protokolle Péters wurden plötzlich geändert, die Vorwürfe «zionistisch-amerikanischer Spionage» fallengelassen und durch Agententätigkeit für die britische Intelligence Service ersetzt. Dafür kam nun die zusätzliche Beschuldigung hinzu, schon in der Illegalität ein Spitzel der faschistischen Polizei gewesen zu sein – in treuer Befolgung der Leitlinien des gleichzeitig in Moskau laufenden Geheimprozesses gegen Berija. Doch auch dabei konnte es nicht bleiben. Die von der Entstalinisierungskampagne Chruschtschows und dessen in Aufstieg begriffenem Schützlings Imre Nagy in die Ecke gedrängte Rákosi-Clique erfand immer neue Anklagen, die durch die sich Übersschlagenden Ereig-

nisse jedesmal wieder gewechselt werden mussten. Schliesslich, am 12. März 1954, wurde Gábor Péter von einem Geheimericht wegen «Verletzung der sozialistischen Legalität und Verschwörung gegen die demokratische Staatsordnung» als Berijas Agent zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine Mitangeklagten erhielten lange Gefängnisstrafen.

Die Anklagen entsprachen zwar diesmal der Wahrheit, doch nur einem kleinen Teil der Wahrheit. Sie wurden ebenso «umpolitisiert» wie die gegen Péters Opfer. Die Schuld Stalins und der Rákosi-Clique, seiner Auftraggeber, wurde verschwiegen. Die Namen seiner Gehängten, erschossenen, eingekerkerten Opfer blieben unerwähnt. Es war der letzte stalinistische Schauprozess in Ungarn – der einzige, wenn auch nicht in seiner Form, so doch in der Substanz berechtigte. Er wurde zum Symbol für das Ende einer blutigen Periode und zum Vorläufer einer neuen, die ein halbes Jahr später die Überlebenden aus dem Gefängnis befreien und die Ermordeten von der erlogenen, erfolgerten Schuld entlasten sollte.

Gábor Péter verbrachte nur sechs Jahre im Gefängnis und lebt heute im friedlichen Ruhestand in Budapest, von seinem ehemaligen Opfer Kádár begnadigt, als ein Symbol diesmal für die nachstalinistische Gerechtigkeit im real existierenden Sozialismus. Der Prozess, der ihm gemacht wurde, gehört wie alle stalinistischen Schauprozesse heute zu den Tabuthemen Ungarns: in den Geheimarchiven der Partei vergraben und von der Zensur wohlbehütet.

Persönliches 3

August 1949 – März 1950

Die folgenden Wochen waren so unwirklich, dass ich ohne meine schmerzenden Wunden an einen bösen, verrückten Traum hätte glauben mögen. Nacht für Nacht liess mich mein Oberleutnant in sein Büro holen, um aus mir einen Spion zu fabrizieren. Alle meine Genossen waren, so sagte er, Agenten, Trotzlisten – wie hätte ich in ihrem Kreise allein schuldlos bleiben können? Ich war nur ein kleiner Fisch, ein Auslandskorrespondent westlicher Zeitungen. «Aber wissen Sie denn nicht, dass alle ausländischen Journalisten, mit denen Sie Kontakt hatten, Agenten der imperialistischen Nachrichtendienste sind? Ihre Artikel sind in Wirklichkeit Spionageberichte, von Szönyi inspiriert!»

Weil ich ungläubig und verstockt blieb, übergab er mich den bösen Männern, die mir die Wahrheit mit Gummiknüppeln, Ohrfeigen und Turnübungen beizubringen versuchten. Vom Folterzimmer ging es immer wieder zurück ins Büro meines Oberleutnants, der mich höhnisch fragte, ob ich mich jetzt erinnere, was mir Szönyi aufgetragen habe, wann ich von Jacques Clergier von der Agence France Presse, von Michael Burns von der Londoner Times oder von Peter Smolka vom Neuen Österreich angeworben worden sei. Und wie stehe es mit der Neuen Zürcher Zeitung, deren Wirtschaftsleiter, O. Matter, ja ein bekannter amerikanischer Spion sei? Als ich ihm sagte, dass von meiner Mitarbeit an der NZZ auch Endre Rosta wusste, der Pressechef der Parteizentrale, triumphierte der Oberleutnant geradezu: «Rosta ist kein Pressechef, sondern ein dreckiger Spion und Trotzlist, der jetzt unten im Keller sitzt und schon alles eingestanden hat – auch, dass Sie ein Spion sind.»

Als ich noch immer nicht verstand, fing der Kreislauf von vorne an: Gummiknüppel, Turnübungen, und nachher der Oberleutnant: «Wir brauchen dein Geständnis nicht, du wirst einfach im Keller verfaulen, nie-

mand wird je über dich etwas erfahren. Du bist ein winziges Ungeziefer, das die Partei zertritt.»

Es waren lange Wochen in der kalten, moderigen Kellerzelle. Meine Kleider waren zerfetzt, die Schuhsohlen lösten sich, und stinkender schwarzer Dreck bedeckte meine von Knüppelschlägen geschwollenen Füße. Tagsüber durfte ich mich nicht hinsetzen und nachts nur auf dem Rücken schlafen. Wenn ich mich im Schlaf umdrehte, wurde ich vom Wärter sofort wachgebrüllt. Ich war immer wieder glücklich, wenn man mich nach den Verhören und Foltern in die muffige Kellerzelle zurückführte, aber nach ein, zwei Stunden schien die Grabesstille im ewigen Lampenlicht quälender zu sein als der Gummiknüppel; ich sehnte mich hinauf zu «meinem» Oberleutnant, der vielleicht diesmal endlich einsehen würde, alles sei ein Irrtum gewesen.

Es muss Anfang August gewesen sein – ich habe die Tage und Wochen nicht mehr festhalten können – als ich bei einem nächtlichen Verhör eine Änderung spürte. «Wie geht es Ihnen, Hódos?», fragte mich mein Oberleutnant. «Ist es im Keller nicht zu kalt? Rauchen Sie?» Und als er mir die Zigarette anzündete, wusste ich, dass jetzt ein neues Kapitel begann. «Es ist an der Zeit, dass wir ein Protokoll aufsetzen», sagte er. «Wir haben Ihre Lebensläufe ausgewertet und daraus ein Geständnis zusammengestellt. Wenn Sie aufrichtig Ihre Verbrechen gestehen, werden Sie mit einer kurzen Strafe davonkommen.» Er legte mir sechs maschinengeschriebene Blätter vor. Ich sei schon in der Schweiz ein Trotzlist gewesen, stand darin, und hätte mich der Spionagegruppe Szönyi angeschlossen. Nach Ungarn zurückgekehrt sei ich – auf Anweisung des Spions Endre Rosta, der von Szönyi seine Befehle erhalten habe – mit den imperialistischen Agenten Clergier, Smolka, Burns und Matter in Verbindung getreten, die meine Berichte über die politische und wirtschaftliche Lage in Ungarn an ihre Spionagezentralen weitergeleitet hätten.

Wir rangen lange um jedes Wort. Ich hätte nicht gewusst, dass Szönyi, Rosta oder die ausländischen Journalisten Spione seien, protestierte ich. «Aber jetzt wissen Sie es», sagte der Oberleutnant. Und warum stehe dann nichts im Text darüber, dass ich es damals eben nicht gewusst hätte? «Mildernde Umstände sollen später in einem separaten Protokoll behandelt werden», erwiderte er. «Machen Sie uns keine Schwierigkeiten, Hódos. Sie sind lang genug in der Partei gewesen, um zu wissen, dass Handlungen politisch betrachtet werden müssen. Auch Ihre müssen für die Zwecke des Protokolls unpolitisiert werden. Sie kennen ja die Dialektik: Subjektiv gut gemeinte Taten schlagen objektiv unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil um.

Haben Sie Vertrauen in uns, wir können zwischen Schwerverbrecher und Mitläufer unterscheiden.»

Jetzt endlich glaubte ich zu wissen, was die AVH, die Partei von mir verlangte, und ich begann, der Partei, die die dialektische Wahrheit haben wollte, wieder zu vertrauen. Aber zugleich hatte ich Angst, eine unheimliche Angst: nicht so sehr vor den Schlägen, doch vor dem spurlosen Verschwinden. Ich fühlte mich, wenn auch nicht wie ein Ungeziefer, doch wie ein Staubkörnchen, das die AVH zertreten kann, ohne dass es auch nur jemand bemerkt.

Ich sagte dem Oberleutnant, ich könne das Protokoll so nicht unterschreiben, aber ich verstehe jetzt, was er von mir wolle, und würde ein anderes Protokoll aufsetzen. So schrieb ich also, ich sei nicht wachsam genug gegenüber dem Klassenfeind gewesen, hätte in meiner bürgerlichen Beschränktheit die Trotzkisten in der Schweiz und die als ausländische Journalisten getarnten Spione in Ungarn nicht erkannt, die meine politische Unreife ausnützen wollten und mich in ihren Plänen einbezogen hätten; ihre Machenschaften seien jedoch in meinem Fall misslungen, da die AVH die Verschwörer noch rechtzeitig entlarvt habe. Ich war sehr stolz auf mein schonungsloses Geständnis und fühlte mich schuldig, weil ich ahnungslos ins teuflische Netz der imperialistischen Nachrichtendienste gestolpert war.

Der Oberleutnant las meine Aufzeichnung verschwand damit und kehrte mit den sechs Seiten zurück, um deren Wortlaut wir zuvor gerungen hatten. «Unterschreiben Sie jede Seite rechts unten», befahl er. Dann lehnte er sich im Sessel zurück und schaute mich mitleidig an. Ich sei der verstockteste Trotzkist, dem er je begegnet sei, mein Protokoll sei so wenig wert, dass ich damit mein eigenes Todesurteil unterschrieben hätte. Dann liess er mich in die Zelle zurückführen.

Jeden Moment erwartete ich, dass mich die Schläger wieder in Behandlung nehmen würden, doch zwei Tage lang geschah nichts. In der dritten Nacht führte man mich zum Oberleutnant. Er schob mir ein dreiseitiges maschinengeschriebenes Beneš Protokoll zu, eine leicht «umpolitisierte» Version meines eigenen. Ich unterschrieb. Heute weiss ich (und er wusste es schon damals): Das war der Augenblick, wo sie mich gebrochen hatten.

In der nächsten Nacht holte mich ein Wärter, doch es ging diesmal nicht durch den Hof hinauf ins Verhörzimmer. Man stellte mich vielmehr in einen hell erleuchteten Korridor, die Hände hinter dem Rücken gekreuzt, mit dem Gesicht zur Wand. Dort standen schon zehn bis zwölf andere Häftlinge, ich erkannte einige meiner Freunde. Der baumlange Gyula

Kuti lächelte mich verstohlen an und zwinkerte mit den Augen. Was gibt es da zu lachen, dachte ich, vielleicht führt man uns zur Erschiessung; oder weiss er etwa, dass wir freigelassen werden?

Doch es ging weder zur Hinrichtung noch nach Hause. Man legte uns Handschellen an und trieb uns in einen Gefangenenwagen. Eine Stunde danach schloss sich hinter mir eine neue Zellentür. Ich war, wie ich später erfuhr, im Gefängnis in der Marko Strasse.

Der Aufstieg aus dem modrigen Kellergrab in die helle Gefängniszelle kam mir wie eine Erlösung vor. Vom Fenster aus sah man den Himmel und die Tauben auf dem Dach des gegenüber liegenden Gerichtsgebäudes, ich bekam besseres Essen und Zigaretten, fünf pro Tag, und Bücher. Und, vor allem: Zellengenossen.

Géza Vietoris hatte als Drucker in der kommunistischen Untergrundbewegung teilgenommen und wurde nach der Befreiung Ungarns zum Polizeiobersten ernannt. Er war irgendeinem AVH-Mann ein Dorn im Auge, und als die Massenverhaftungen begannen, erinnerte man sich daran, dass er Rajk in der Illegalität flüchtig begegnet war. Nachts holte man ihn und schlug ihm schon in seiner Wohnung die Zähne aus, weil er sich weigerte, mitzugehen. Eine Woche lang schlug man ihn ununterbrochen mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben, bis er unterschrieb, er sei der Verbindungsmann zwischen Rajk und der faschistischen Polizei gewesen. Am nächsten Tag trommelte er an seine Zellen tür und widerrief sein Geständnis. Man folterte ihn, er unterschrieb, dann widerrief er – und so ging es sechs Wochen lang. Als er zu mir in die Zelle geführt wurde, hatte er gerade wieder einmal widerrufen. Er war ein harter Arbeiter und hatte keine Illusionen mehr, weder über die Partei noch über sein eigenes Schicksal. Der glatzköpfige Rákosi war für ihn nur «dieser Arschkopf», und als ich das erste Mal diese Gotteslästerung hörte, glaubte ich, als Strafe werde uns die Zelendecke auf den Kopf stürzen. Für mich war es wie eine Offenbarung durch ihn zu erfahren, dass ich nicht der Einzige war, der unschuldig verhaftet wurde und zu einem Verbrecher gefoltert werden sollte. Er schlug die erste Bresche in meine «Dialektik»: Sie begann langsam, von Wahrheit in Betrug und Lüge umzuschlagen.

Vietoris blieb fünf Wochen bei mir, dann wurde er aus der Zelle geholt. Erst nach meiner Freilassung habe ich erfahren, dass die AVH die ihm zugewiesene Rolle als Verbindungsmann Rajks jemandem anderen zuteilen musste. Sie wagte es nicht, Vietoris vor Gericht zu stellen, aus Angst, er

werde in der öffentlichen Verhandlung alle seine Geständnisse widerrufen. Er verbrachte fünf Jahre unter unmenschlichen Bedingungen im Isolationslager von Recsk, bis er im Zuge der Revision des Rajk-Prozesses amnestiert wurde.

Bald nach seinem Verschwinden stiess man Janos Reismann in meine Zelle. Er war noch braungebrannt von der Sonne der Côte d'Azur, wo er seine Ferien verbracht hatte, als ihn in den ersten Septembertagen das Aussenministerium zur Berichterstattung nach Hause rief. Schon am Bahnhof wurde er verhaftet. Er war ein hochbegabter Photograph, ein Künstler. In den 30er Jahren hatte er in Berlin gelebt und war nach der Machtübernahme Hitlers nach Moskau emigriert. Er hatte Glück, denn zur Zeit der grossen Säuberungen wurde er nicht liquidiert, sondern 1938 aus der Sowjetunion ausgewiesen. Er liess sich in Paris nieder, nahm an der französischen Widerstandsbewegung teil und wurde nach Kriegsende Kulturrat in der ungarischen Botschaft in Paris.

Sein Werdegang in den Katakomben der AVH war das Gegenteil des Leidensweges von Vietoris. Reismann wusste Bescheid, er hatte im Moskauer Hotel Lux seine Freunde und Genossen spurlos verschwinden sehen, er kannte den Stalinismus aus eigener Erfahrung. Schon nach den ersten Schlägen fragte er seinen Verhörer, welches Geständnis man von ihm wolle. Er sei doch ein Künstler, bekam er die zynische Antwort, und könne sicherlich eine spannendere Spionagegeschichte zusammenstellen als die AVH. Reismann verlangte eine Flasche Cognac – zu seinem grössten Erstaunen erhielt er sie –, trank sich einen Rausch an und erdichtete ein phantastisches Hirngespinnst, wie er in Deutschland von der Gestapo, in Frankreich von Noel Field und vom Deuxième Bureau angeworben und nach dem Krieg in das Verschwörernetz einbezogen wurde. Er habe es absichtlich so haarsträubend verfasst, damit jeder normale Mensch sofort sehe, es könne unmöglich wahr sein, versicherte er mir mit schlaudem Stolz. Dann wieder war ihm klar, dass auch das nichts half. «Wir leben in der Unterwelt, aus der es kein Entrinnen gibt», sagte er. «Der ganze Prozess ist eine grausame Lüge, und wir sind deren Zeugen, man kann uns unmöglich am Leben lassen. Ob wir gestehen oder nicht, was immer in unserem Protokoll steht, wir werden am Galgen enden.» Reismann wurde im Geheimprozess der «französischen Gruppe» zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und 1954 rehabilitiert.

Es war schon Februar 1950, als sie mich wieder in die An drässy Strasse brachten. Diesmal kannte ich meinen neuen Verhörer. Es war Leutnant

Ervin Faludi, wir hatten uns einige Male in der Parteiorganisation des V. Budapester Bezirkes getroffen. Ich war aufs Schlimmste gefasst, doch er begrüßte mich sehr freundlich und versuchte mir zu erklären, sozusagen als Genosse zu Genosse, dass meine bisherigen Aufzeichnungen völlig unbrauchbar seien, man könne mich ja auf Grund einer so lächerlichen Selbstkritik gar nicht verurteilen. «Dann lassen Sie mich doch nach Hause gehen», antwortete ich. «Seien Sie kein Kind», grinste er mich an. «Sie sind doch ein politischer Mensch. Verstehen Sie denn noch immer nicht, dass es gar nicht um Sie geht? Sie haben eben das Pech, Teil eines historischen Konzepts zu sein.» Die Vorbereitung des Prozesses gegen die «Schweizer Gruppe» sei abgeschlossen, fuhr Faludi fort, nur mein Protokoll fehle. Wenn ich nicht unterschriebe, werde man dreizehn Zeugen gegen mich aufmarschieren lassen, und ich würde vielleicht niemals lebendig aus dem Gefängnis kommen. Aber er kenne mich als einen intelligenten Menschen, der einmal ein guter Genosse gewesen sei. Wenn ich der Partei helfe, werde auch die Partei mir helfen. Rajk und Szönyi seien schon gehängt, die «Schweizer Gruppe» sei ein Teil der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung jetzt bleibe mir nur die Wahl, als Freund oder als Feind behandelt zu werden. Er lasse mir das Blaubuch, den offiziellen Bericht über den Rajk-Prozess, in die Zelle bringen, und morgen werde er mich wieder rufen lassen, um gemeinsam mit mir das Abschlussprotokoll aufzusetzen.

Sollte ich noch Illusionen gehabt haben, so waren sie nach dem Durchlesen des Blaubuches spurlos verflogen. Wir «Schweizer» wurden in aller Öffentlichkeit zur Spionagegruppe deklariert. Auch mein Name stand darin, schwarz auf weiss, sowohl in der Anklageschrift als auch in den Geständnissen Szönyis und in den Aussagen der Zeugen, meiner Freunde Földi und Kálmán. Ich musste aufgeben.

Am nächsten Tagsass neben Leutnant Faludi auch eine Stenotypistin im Zimmer. «Haben Sie das Blaubuch gelesen?», fragte er, «wissen Sie jetzt, weshalb wir auch Ihr Geständnis haben müssen? Ich kann Sie beruhigen. Ihr Prozess wird als Geheimverhandlung stattfinden, ausser uns werden keine Zuhörer im Saal sein, und wir sind es, die dem Gericht das Urteil vorschreiben. Ich kann es Ihnen schon jetzt verraten: Sie bekommen drei Jahre Gefängnis. Ein halbes Jahr haben Sie schon verbüsst, und dann sitzen Sie noch ein halbes Jahr ab, aber in einer Villa, wo Ihre Frau Sie besuchen kann, und danach lassen wir Sie frei. Sie werden unter einem anderen Namen als Journalist arbeiten, bis die ganze Affäre vergessen ist und Sie nach Budapest zurückkehren können.»

Er begann der Stenotypistin das Protokoll zu diktieren. Es war acht Seiten lang: Szönyi hat mich, den Trotzlisten, noch in der Schweiz für den amerikanischen Nachrichtendienst angeworben. Nach meiner Heimkehr habe ich auf seine Anweisung und mit Hilfe seines Komplizen Andre Rosta Kontakt mit imperialistischen Spionen aufgenommen, die sich als Journalisten getarnt haben. Ich habe regelmässig schriftlich und mündlich vertrauliche Informationen an O. Matter von der Neuen Zürcher Zeitung und Jacques Clergier von der Agence France Presse übergeben, von denen ich wusste, dass sie Agenten der CIA beziehungsweise des Deuxième Bureau sind; ferner an Peter Smolka und Michael Burns von der britischen Intelligence Service. «Wie wurden Sie bezahlt, Hódos?», unterbrach Faludi das Diktieren. Ich antwortete, dass die NZZ mir ein Monatsfixum von 300 Franken überweisen liess, dass ich von den anderen mein Honorar in Forint bekam – von Smolka jedoch nur eine Schachtel Babypuder, die er mir als Geschenk für meine Tochter aus Wien mitbrachte. «Warum, wollen Sie vielleicht schreiben, ich hätte für Geld spioniert?», fragte ich. «Sie haben es rasch begriffen», lachte Faludi, und diktierte weiter: «Ich wurde für meine Dienste reichlich belohnt, teils in ausländischer Währung, und bekam von meinen imperialistischen Auftraggebern auch wertvolle Geschenke.» Das Protokoll endete mit dem Eingeständnis, dass meine als Auslandsberichterstattunggetarnte Spionagetätigkeit der Wirtschaft und der Politik Ungarns schweren Schaden zufügte, weil ich dadurch, als Teil der Verschwörungspläne Szönyis und seiner Bande, den imperialistischen Nachrichtendiensten geheime Informationen zuspilte.

Ein Staubkörnchen, das die Partei jederzeit zertreten kann, und niemand wird es auch nur bemerken; die Unterwelt, aus der es kein Entrinnen gibt – doch jetzt hat sich alles geklärt, die Partei weiss alles, noch ein halbes Jahr in einer Villa, und dann ist alles vergessen, ein Staubkörnchen, aus dem die Partei wieder einen Menschen machen wird: Ich unterschrieb.

Einige Tage blieb ich noch im Keller, diesmal mit Decke, Zigaretten, Büchern, dann führte man mich ins riesige, elegante Büro des Oberstleutnant Márton Karolyi. Er schob mir ein maschinengeschriebenes Beneš Heft zu: «Hier sind Ihre Anklageschrift, Ihr Geständnis, die Fragen des Volksgerichtspräsidenten und Ihre Antworten. Lernen Sie das auswendig, Wort für Wort, damit während der Verhandlung ja keine Panne vorkommt. In drei Tagen werde ich Sie wieder rufen lassen, und dann veranstalten wir eine Probe.» Ich sagte, er könne sich auf mich verlassen, vorausgesetzt, er und die Partei wüssten, dass kein Wort des Protokolls der Wahrheit entspreche.

Károlyi lachte: Die Partei wisse alles, der Gerichtszirkus sei eine Formsache, und ich würde bald zu meiner Familie zurückkehren können.

Man brachte mich wieder in die Marko Strasse, das Essen war plötzlich ausgezeichnet, auch das Dessert blieb nicht aus, Zigaretten, soviel ich wollte, Bücher, sooft ich welche verlangte, ein Arzt kam und fragte, ob ich keine Beschwerden hätte, und Leutnant Faludi erkundigte sich besorgt nach meinen Wünschen. Nach zwei Wochen Verwöhnungs- und Mastkur nahm man eines Morgens meine Masse, und einige Stunden später wurden mir ein dunkler Anzug ein weisses Hemd, neue Unterwäsche und ein Paar Schuhe in die Zelle gebracht: «Rasch umkleiden, in einer Stunde werden Sie geholt.»

Es war der 16. März 1950. Im Gefängniskorridor sammelte sich die «Schweizer Gruppe», zwölf Männer und zwei Frauen. Wir lächelten uns traurig zu.

Dammbruch in der Tschechoslowakei

Der Rajk-Prozess begann nicht in Ungarn, sondern in der Tschechoslowakei: mit der Verhaftung von Noel Field in Prag und seiner Auslieferung nach Budapest Anfang Mai 1949. Der Slánský-Prozess wiederum begann nicht in der Tschechoslowakei, sondern in Ungarn: mit der Auslieferung von Gejza und Charlotte Pavlik nach Budapest Ende Mai 1949. Einen Monat später wurde das Ehepaar Pavlik nach Prag rücküberführt. Im Gepäck der Begleitmannschaft befand sich ein dickes Protokoll mit den im AVH-Gefängnis erfolgten «Geständnissen».

Dieser bescheidene Anfang wuchs rasch zu einer Lawine an, die mehr und mehr leitende Funktionäre der tschechoslowakischen Partei unter sich begrub. Der Sammelbegriff «Slánský-Prozess» steht für das ärgste Blutbad, das der Stalinismus in den Satellitenstaaten angerichtet hat. Die Mechanik des ungarischen Musterprozesses wurde sklavisch kopiert – zum Teil von den Sowjet-«Beratern» und «Lehrmeistern», zum Teil auch von denselben MWD-Leuten, die bereits den Rajk-Prozess geleitet hatten.

Bei allem Gleichklang der Dramaturgie fielen die Resultate doch unterschiedlich aus. Der Rajk-Prozess dauerte von Mitte Mai 1949 bis Ende November 1950, als die letzten losen Enden verknüpft und in geheimen Nebenprozessen die Urteile gesprochen wurden. Die späteren Schauprozesse gegen Kommunisten waren nicht mehr Teile der erfundenen «Großen Verschwörung», sondern isolierte Femegerichte des stalinistischen Systems. Gegenüber den 18 Monaten der «Rajk-Affäre» mit ihren fünf Todesurteilen des Hauptprozesses und den rund 40 Gehängten, Erschossenen, in den Selbstmord Getriebenen, Todgeprügelten der Nebenprozesse dauerte die «Slánský-Affäre» fünfeinhalb Jahre. Deren letzte Pro-

zesse fanden im November 1954 – mehr als anderthalb Jahre nach Stalins Tod – statt. Im Hauptprozess allein wurden elf Kommunisten hingerichtet; die Zahl der von 1948 bis 1952 vom Staatsgericht ausgesprochenen Todesurteile betrug 233, wovon 178 vollstreckt wurden. Nach der Hauptverhandlung erhielten mehr als 35.000 Personen hohe Gefängnisstrafen, 22.000 wurden ohne Gerichtsurteil in Arbeitslager gesperrt (s. Skilling 1977). Der Unterschied im Umfang des Terrors lässt sich mit der unterschiedlichen Geschichte beider Staaten erklären: Ungarn war vor dem Krieg ein halb-faschistisches Agrarland mit einer zahlenmässig äusserst schwachen, illegalen Kommunistischen Partei, während in der industrialisierten, demokratischen Tschechoslowakei die KP nach Hitlers Macht ergreifung neben der französischen die grösste legale Partei Europas war. Sie stellte das stärkste Kontingent der Spanienkämpfer der Internationalen Brigade, und nach der Besetzung und Zerstückelung durch Hitler rettete sich ein bedeutender Teil der kommunistischen Kader nach Frankreich, später nach London, dem Sitz der Exilregierung. Sie zeichnete sich daher auch im paranoiden Weltbild Stalins durch die grösste Anzahl der «Unzuverlässigen» und «Verdächtigen» aus.

Nicht nur im Umfang unterscheidet sich der Slánský-Prozess von seinem Vorbild. In Ungarn blieb der Rajk-Prozess vom Anfang bis zum Ende das streng gehütete Monopol der Troika Rákosi-Gerö-Farkas. In der Tschechoslowakei machten sowohl die Überreste der demokratischen Tradition als auch Reichweite und Dauer der stalinistischen Säuberungen einen viel breiteren Kreis der Eingeweihten und Verantwortlichen erforderlich. An der Spitze stand der Moskowitz Klement Gottwald, Präsident der Republik. Doch neben ihm waren es sein Schwager Alexej Öpicka, der Generalsekretär der Partei und das spätere Hauptopfer Rudolf Slánský sowie sein Nachfolger Antonin Novotny, ferner Ministerpräsident Antonin Zapotocky und sein Stellvertreter Viliam Siroky, die beiden Minister für Staatssicherheit Ladislav Kopfiva und Karol Bacilek, die an führender Stelle die Schauprozesse vorbereiteten und durchführten. Sie wussten von den Foltermethoden, gaben den Sicherheitsorganen Anweisungen über die politische Richtung der zu erzwingenden «Geständnisse», halfen bei der Abfassung der Anklageschriften mit und schrieben den Gerichten die zu fällenden Urteile vor.

Ein wesentlicher Unterschied besteht auch im Inhalt der Schauprozesse. Die «Rajk-Affäre» in Ungarn stand voll und ganz im Zeichen der Anti-Tito-Propaganda, wenn auch einige schwache Vorläufer des Antisemitismus schon erkennbar waren – so in den Fragen des Gerichtsvorsitzenden an Tibor Szönyi und András Szalai über ihre «zionistischen Verbindungen». In der Tschechoslowakei jedoch verschob sich der Schwerpunkt der Anschuldigungen vom Titoismus und Imperialismus auf den «bürgerlichen Nationalismus» und den «Zionismus». Die Verhöre nahmen einen rabiat antisemitischen Ton an, und bereits die 14 Angeklagten des öffentlichen Hauptprozesses waren entsprechend ausgewählt worden: elf von ihnen waren Juden. In der Anklageschrift wurde nicht versäumt, jedem der elf Namen die Bezeichnung «jüdischer Abstammung» hinzuzufügen. Die antisemitische Wende erfolgte auf Anweisung der Sowjet-«Berater». Sie befahlen im Juni 1951 den beiden tschechoslowakischen Sicherheitsoffizieren Doubek und Kostal, die in Gang befindlichen Ermittlungen gegen Slánský in Zusammenhang mit dem Zionismus zu bringen und in einem Memorandum an Präsident Gottwald und Sicherheitsminister Kopřiva die Aufmerksamkeit auf den «jüdischnationalistischen» Aspekt der angeblichen Verschwörung zu lenken. Der spät-stalinistische Antisemitismus in der Sowjetunion sollte in die Tschechoslowakei exportiert werden.

Stalins Judenverfolgungen hatten sowohl aussen- als auch innenpolitische Ursachen. Anfangs unterhielt die Sowjetunion noch sehr gute Beziehungen zum 1948 gegründeten Staat Israel, doch bald schwenkte sie auf die arabische Seite um. Gleichzeitig damit begann – zunächst in der Sowjetunion, dann auch in den Satellitenstaaten – die antisemitische Hetze, als Kampagne gegen den «Kosmopolitismus» verkleidet. Schritt für Schritt wurde den Juden das Recht entzogen, ihre kulturellen Traditionen zu pflegen. Der Jiddischunterricht wurde verboten, jiddische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher durften nicht mehr gedruckt werden, jiddische Theater wurden geschlossen. In den Jahren 1950 bis 1952 liess Stalin die Mitglieder der während des Krieges gegründeten Jüdischen Antifaschistischen Komitees verhaften und liquidieren, ferner ordnete er die Hinrichtung von 24 prominenten jüdischen Schriftstellern und Künstlern an. Der antisemitische Terror hätte im berühmten Schauprozess der «Ärzte-Verschwörung» und in der Deportation der sowjetischen Juden in das fernöst-

liche Birobidschan kulminieren sollen, doch diese Pläne kamen nach Stalins Tod nicht mehr zur Ausführung. Die Tschechoslowakei, drei Jahre vorher auf Anordnung Moskaus noch der hauptsächliche Waffenlieferant des israelischen Unabhängigkeitskrieges, wurde dazu ausersehen, die Stalinsche «Lösung der Judenfrage» nun auch in den Volksdemokratien durchsetzen zu helfen – und der Slánský-Prozess bot dafür den Ausgangspunkt.

Der antisemitische Faktor ist mit ein Grund dafür, weshalb in der Tschechoslowakei auch Kommunisten, die aus der Moskauer Emigration nach Prag zurückgekehrt waren, verhaftet werden konnten. In Ungarn waren die «Moskowiter» noch sakrosankt, man durfte sie nicht anrühren. Rákosi mit seiner auf Abweichler geeichten Spürnase hatte z.B. schon 1948 Anzeichen einer «nationalistischen Abweichung» bei Imre Nagy, dem damaligen Landwirtschaftsminister, gewittert. Nagy kritisierte die mit Gewalt erzwungene Kollektivierung, die den Kleinbauern den Boden entriß, den ihnen erst vor Kurzem die Landreform gegeben hatte. Als Rákosi jedoch in Moskau auch Imre Nagy als Opferkandidaten im Rajk-Prozess vorschlug, winkte Stalin ab – Politiker der sowjetischen Emigration waren unantastbar.

Zwei Jahre später, in der Tschechoslowakei, fiel auch dieser Schutz der antisemitischen Hexenjagd zum Opfer; die jüdische Abstammung wog weit schwerer als die Moskauer Emigrationszeit. Die Sowjet-«Berater» hatten keine Hemmungen mehr, Bedrich Geminder, einen altbewährten Funktionär im Komintern-Apparat, oder Bedrich Reicin, Leiter der Propagandasendungen von Radio Moskau und Politkommissar der in der Sowjetunion aufgestellten Tschechoslowakischen Brigade unter den Galgen zu schicken. Auch ehemals in die UdSSR emigrierte und nun als «unzuverlässig» geltende Nicht-Juden kamen unter die Räder, wie General Ludvík Svoboda, Befehlshaber des tschechoslowakischen Armeekorps in der Sowjetunion, mit dem Orden «Held der Sowjetunion» an der Brust, oder Marie Švermová, Mitglied der Parteileitung im Moskauer Exil.

Das prominenteste jüdische Moskowiter-Opfer war Rudolf Slánský. Er war im Alter von 20 Jahren einer der KP-Gründungsmitglieder und wurde schon bald neben Gottwald der zweitwichtigste Mann im ZK. Direkt nach dem Münchner Abkommen flüchtete er in die Sowjetunion und spielte in den letzten Kriegsjahren eine führende Rolle in der Organisation des Par-

tisanenkampfes in der Slowakei. Nach der Befreiung wurde er, als Vertrauensmann Stalins, Generalsekretär der Partei. Der humorlose, doktrinäre Stalinist blieb auch in der ersten Phase des Terrors ein williges Werkzeug Berijas, half mit, seine Genossen als «Parteifeinde» zu entlarven und den Sicherheitsorganen auszuliefern. Zu seinem 50. Geburtstag sandte ihm Gottwald ein Telegramm:

«Werter Genosse! Gemeinsam mit unserer ganzen Partei senden wir Dir an Deinem fünfzigsten Geburtstag bolschewistische Grüsse ... In den vordersten Reihen des Klassenkampfes... kämpfst Du stets konsequent für die Durchsetzung der bolschewistischen Linie gegen die opportunistischen Schädlinge und Verräter,... getreu den Ideen Lenins und Stalins... Unsere ganze Partei und unser werktätiges Volk grüssen Dich als ihren treuen Sohn und Kämpfer, der von Liebe zum werktätigen Volk und Treue zur Sowjetunion und zum grossen Stalin durchdrungen ist.» (Zit. n. Slánská 1969, S. 16f.)

Dieses Grusstelegramm datiert vom 31. Juli 1951. Am selben Tag waren im Ruzyn-Gefängnis die sowjetischen «Lehrmeister» und ihre Gehilfen schon fleissig an der Arbeit, aus den Häftlingen belastende Aussagen gegen Slánský zu erfordern.

Zur Zeit der öffentlichen Verhandlung im Rajk-Prozess, mit ihren «Geständnissen» über eine tschechoslowakische Verbindung, war die «Slánský-Affäre» bereits im Gang.³² Sie begann, wie in Ungarn, mit der «Schweizer Gruppe» (s. zur «fieldistischen» Anfangsphase Kaplan 1986, S. 129ff.; Pelikán 1970, S. 80ff.). Am 28. Mai 1949, zehn Tage nach den ersten Verhaftungen in Ungarn, eilte der AVH-Oberst Ernő Szücs aus Budapest nach Prag und verlangte die Festnahme der Eheleute Pavlik: Sie seien, laut Szönyis «Geständnis», Mitglieder einer trotzkistischen Gruppe, Verbindungsleute zum amerikanischen Spion Noel Field.

Gejza Pavlik hatte nach der Oktoberrevolution in den Reihen der Roten Armee gekämpft, an der misslungenen ungarischen Kommune von 1919 teilgenommen und warin der Zwischenkriegszeit in der slowakischen KP tätig gewesen. Nach dem Münchner Abkommen flüchtete er mit seiner Frau Charlotte in die Schweiz, wo er einer von Noel Field finanziell un-

terstützten tschechoslowakischen Exilgruppe angehörte. In die befreite Heimat zurückgekehrt, half er, die Prager Zweigstelle des von Field geleiteten Hilfswerks Unitarian Service Committee zu errichten, und wurde später Direktor des staatlichen Reisebüros ČEDOK.

In den Folterkammern von Budapest erpressten AVH- und Sowjet-Offiziere aus Pavlik, Field und den Verhafteten der ungarischen «Schweizer Gruppe» in vier Wochen pausenloser Verhöre die Namen von 60 prominenten tschechoslowakischen Kommunisten, die in die «titoistisch-imperialistische Spionage und Verschwörung» verwickelt gewesen seien. Als auf Drängen der tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden das Ehepaar Pavlik am 30. Juni in ein Prager Gefängnis überstellt wurde, ordneten Gottwald und Slánský die Bildung einer Parteikommission unter der Leitung von Kader-Chef Kopřiva, Sicherheitschef Veselý und seinem Stellvertreter Karel Sváb an. Die Kommission empfahl die Verhaftung von Rudolf Feigl, einem hohen Beamten im Informationsministerium, und seiner Lebensgefährtin Vlasta Veselá. Mit ihnen wurden auch Alice Kohnová, die in Spanien als Ärztin in der Internationalen Brigade gedient hatte, Karel Markus, Sektionschef im Ministerium für Aussenhandel, Milan Reiman, Abteilungschef im Ministerpräsidium, und sechs weitere kommunistische Funktionäre verhaftet. Der Geheimprozess der «Field-Gruppe» richtete sich aber schliesslich nur gegen elf Angeklagte: Reiman und Frau Veselá entzogen sich den Folterungen dadurch, dass sie im Untersuchungsgefängnis Selbstmord verübten. Gejza Pavik wurde wegen Spionage zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, seine Mitangeklagten erhielten lange Kerkerstrafen.

Die Kommission studierte die übrigen, von der ungarischen AVH übermittelten Namen der «Verdächtigen» – meistens «Londoner», die sich mit Hilfe von Noel Field aus Paris oder der seines Bruders Hermann Field und dessen Hilfswerk Czech Refugee Trust Fund durch Polen nach England retten konnten. Sie liess sie von Funktionären der Staatssicherheit oder der Parteizentrale verhören (s. zu diesen Verhören London 1970, S. 28ff; Loebel 1978, S. 54ff.) und beschloss nachher, dass kein stichhaltiger Grund für ihre Verhaftung bestünde. Die tschechoslowakische Säuberung schien damit abgeschlossen zu sein.

Stalin und Berija passte dieser «unpolitische Legalismus» nicht ins Konzept: Ein Schauprozess musste stattfinden – und ein «tschechoslowakischer Rajk» eben gefunden werden. Für Mátyás Rákosi bedeutete der Stillstand in Prag eine Katastrophe: Liess sich in der Tschechoslowakei keine weitverzweigte Verschwörung abdecken, so waren die «Geständnisse» Rajks, Szönyis, Brankovs und Pálffys falsch; das Schauermärchen über die Wühlarbeit Titos in den Volksdemokratien, der ganze Rajk-Prozess würde sich als pures Hirngespinnst entpuppen. Stalin, dem die Notlage seiner ungarischen Marionette natürlich nicht verborgen blieb, benutzte sie daher, um die Tschechoslowakei zur Reason zu bringen.

Schon Anfang August 1949 eilte AVH-Oberst Ernő Szücs wieder nach Prag und schlug seinem Kollegen Karel Sváb vor, die Leitung und Koordinierung der Untersuchung gegen die Parteifeinde den sowjetischen Genossen anzuvertrauen. Am 3. September richtete Rákosi einen mahnen- den, ja drohenden Brief an Gottwald: Die tschechoslowakische Partei sei von Verrätern durchsetzt, selbst dem Innenminister Nosek und dem Aus- senminister Clementis sei nicht zu trauen, entscheidende Schritte müssten unternommen werden. Er schrieb:

«Binnen zwei Wochen beginnen wir mit der Verhandlung gegen die erste Gruppe von Angeklagten im Rajk-Prozess. Die Anklageschrift wird in einer Woche veröffentlicht. Im Zusammenhang damit ergeben sich Schwierigkeiten: Wenn wir in diese Gruppe Spione einreihen, die aus England nach Ungarn geschickt wurden, dann werden bei der Verhandlung dutzendweise auch tschechoslowakische Namen auftauchen, die auch Dir bekannt sind. Diese Personen sind ausnahmslos auf freiem Fuss. Für die tschechoslowakische Öffentlichkeit würde dieser Teil der Verhandlung völlig unerwartet kommen. Es ist vorauszusehen, dass in diesem Fall der Kreis der genannten Personen scharf gegen die in der Verhandlung zur Sprache kommenden Dinge protestieren und damit in eine Front mit den Titoisten kommen würde . . .» (Zit. n. Pelikán 1970, S. 86)

Gottwald entsandte am 7. September Sváb nach Budapest, wo Rákosi und Sowjetgeneral Bjelkin die Verhaftung der Verdächtigen forderten. Am 12. September fuhr Veselý auf Ersuchen des polnischen Präsidenten Bierut nach Warschau. Dort unterrichteten ihn die Sicherheitsobersten Rozanski und Swiatlo über die Aussagen der polnischen «Field-Gruppe», an-

schliessend drängten Innenminister Radkiewicz, Generalsekretär Zambrowski und Sicherheitschef Berman auf energisches Durchgreifen (ebd., S. 87).³³

Der Druck aus Budapest und Warschau erreichte sein Ziel. Unmittelbar nach dem Rajk-Prozess ersuchte Gottwald Stalin, sowjetische Berater in die Tschechoslowakei zu entsenden, um den Sicherheitsbehörden bei der Entlarvung der Feinde behilflich zu sein. Im Oktober 1949 trafen die Sowjet-Generäle Makarow und Lichatschew, die nach Weisungen Bjelkins bereits die Verhöre in Budapest geleitet hatten, in Prag ein. Bald folgte ihnen ein zweites MWD-Team mit General Vladimir Bojarskij an der Spitze, der später von General Alexander Bestchasnow und dessen Team abgelöst wurde (ebd. S. 90 u. 114).

Mit der Ankunft der Sowjet-«Berater» und «Lehrmeister» war die erste, zögernde Phase der Säuberungen abrupt zuende. Von nun an wurde die Mechanik des ungarischen Musterprozesses strikt befolgt und dem Terror freier Lauf gelassen. Vom September bis zum Dezember 1949 kam es zur Verhaftung einer Reihe von «Londonern», «Trotzkisten» und «Internationalisten» (die in der Dimitrow-Brigade des spanischen Bürgerkrieges gekämpft hatten). Die bekanntesten von ihnen waren der stellvertretende Handelsminister Evzen Loebl und der Chefredakteur der Parteizeitung *Rüde Pravo*, Vilem Novy.

Die Suche nach dem «tschechoslowakischen Rajk» forderte in den nächsten Jahren immer mehr und immer ranghöhere Opfer; die um die Verhafteten gezogenen, sich überschneidenden und ausbreitenden konzentrischen Kreise reichten, nach ungarischem Muster, immer tiefer in die Führungsschicht der Partei und des Staates hinein. Die Gefängnisse von Pankrac, Kolodeje, Leopoldov, die Keller von Ruzyn und, als fürchterlichstes von allen, die «Landhaus» genannte Folterkammer in der Nähe von Prag füllten sich mit Tausenden von Kommunisten. Verhaftet wurden unter vielen anderen die beiden stellvertretenden Aussenminister Vavro Hajdü, ein «Londoner», und Artur London, dem nicht nur seine Teilnahme in der Internationalen Brigade zur Last gelegt wurde, sondern auch die Tatsache, dass er in der französischen Widerstandsbewegung gekämpft hatte und nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager Maut-

hausen seine Tuberkulose auf Kosten Noel Fields in der Schweiz auskurieren liess. Verhaftet wurden auch die Diplomaten Pavel Kavan, Karel Dufek und Eduard Goldstücker, ferner Marie Švermová, die Witwe eines Partisanenhelden und Mitglied des Parteipräsidiums, sowie die «Londoner» Otto Sling, Präsidiumsmitglied und Parteisekretär von Brno, und Josef Smrkovský, Generaldirektor der Staatsgüter.

Die von Stalin für Ungarn festgelegten Kategorien der «Westler», der «Heim-Kommunisten», «Trotzkisten» und «Spanier» wurden für die Tschechoslowakei noch erheblich erweitert. Hier gab es die slowakischen «Bougeois-Nationalisten» – eine Anschuldigung, unter der fast alle Parteiführer der Slowakei verhaftet wurden, u.a. Gustav Husák, Ladislav Novomesky, Josef Valo, Ivan Horvath, mit Aussenminister und ZK-Mitglied Vladimir Clementis an der Spitze; dann die «Militär-Gruppe» mit den Generälen Buiander, Novak, Kopold, Hromadko, Bedfich Reicin (letzterer war zuerst Chef der Abwehr, dann stellvertretender Verteidigungsminister) und Ludvik Svoboda, dem «Helden der Sowjetunion»; ferner die Gruppe der ehemaligen Sozialdemokraten, in deren Massenschauprozess mit mehr als 600 Angeklagten Frau Dr. Milada Horáková und drei «Komplizen» zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Schliesslich kamen die Verfolger der Verfolgten an die Reihe; die Spitzen des Sicherheitsdienstes wie die Spanienkämpfer Osvald Závodsky, die beiden stellvertretenden Innenminister Josef Pavel und Oskar Vales, zusammen mit Dutzenden von Offizieren, und als Krönung ihr oberster Chef, der mächtige Karel Sváb. Sie alle waren vom Standpunkt der Sowjet-«Berater» als unzuverlässige «Internationalisten», «Londoner» oder Juden, verdächtig, die in Gang befindlichen oder geplanten Untersuchungen zu sabotieren. Ebenfalls verhaftet wurde der Chef der Spionageabwehr Stepan Placek, der kurz vorher seinen Kollegen Konecny als imperialistischen Agenten hatte erschossen lassen (s. zur ersten Säuberungsphase von 1950/51 Pelikán 1970, S. 90ff.).

In den Jahren 1950 und 1951 drängte Stalin immer wieder auf einen «Grossen Schauprozess», doch die Pläne dafür mussten ständig verschoben werden, da unter den Tausenden von Verhafteten sich noch keiner für die Rolle des «tschechoslowakischen Rajk» anbot. Bisher war nur die zweite Garnitur betroffen, es fehlte eine zentrale Symbolfigur. Auch die zuletzt vorgeschlagene Besetzungsliste mit Arthur London, Clementis,

Loebl, Sling und Švermová als den Hauptangeklagten wurde von Moskau als unzureichend abgelehnt. Im Frühjahr 1951 bekamen die Sowjet-«Berater» von Berija die Weisung, die titoistisch-trotzkistische Stossrichtung der Anschuldigungen durch die jüdisch-zionistische zu ergänzen und darin die höchste Parteispitze zu verwickeln.³⁴

Zu jener Zeit waren für die Lenkung der Verhöre und für die lawinenartig anschwellenden Verhaftungen schon gänzlich die «Berater» und «Lehrmeister» verantwortlich. Ihre Werkzeuge fanden sie nicht nur in den drei berüchtigsten Leitern der Untersuchungsabteilung im Sicherheitsministerium, Doubek, Kohoutek und Kostal. Auch Staatspräsident Gottwald und Sicherheitsminister Kopriva waren als willige Komplizen widerspruchslos bereit, alle Wünsche Berijas politisch zu untermauern und nachträglich zu rechtfertigen. Auf dessen Befehl wiesen die Sowjet-«Berater» jetzt ihre tschechoslowakischen Kollegen an, die Verhafteten auf den bisher unantastbaren Rudolf Slánský hin zu verhören und über den Generalsekretär der KP belastende «Geständnisse» zu erfordern. Im August segnete Gottwald die falschen Aussagen ab, im September wurde Slánský wegen «fehlerhafter Kaderpolitik» seines Postens enthoben und zum stellvertretenden Ministerpräsidenten degradiert.³⁵ Daraufhin wurden die Folterverhöre intensiviert, und im November bekam Gottwald von den «Beratern» die neueste Version vorgelegt, worin Slánský schon als zionistischer Verbrecher und Haupt der Verschwörung figurierte.

Gottwald zögerte. Slánský war ein alter Freund noch aus der Moskauer Emigrationszeit, seine beste Stütze in der Parteiführung wie auch in der unbarmherzigen Verfolgung der «Parteifeinde». Doch Stalin duldet kein Zaudern. Er entsandte am 11. November seinen Stellvertreter Anastas Mikojan nach Prag mit der persönlichen Botschaft, Slánský unverzüglich verhaften zu lassen. Gottwald zögerte weiterhin. Nun griff Stalin selber ein. In einem Telefonat liess er Gottwald wissen, dass er auf der unverzüglichen Verhaftung Slánskýs bestehe. Zur gleichen Zeit legten die Sowjet-«Berater» einen gefälschten Brief vor, der angeblich bei dem verhafteten CIA-Agenten Kauders gefunden worden war. In diesem an den «Grossen Strassenkehrer» gerichteten Brief wurde dem Adressaten, der laut «unwiderlegbarer Beweise» nur Slánský sein konnte, Fluchthilfe in

den Westen angeboten.³⁶ Gottwald glaubte nun, keine Wahl mehr zu haben. Er teilte Mikojan mit, dem Wunsch Stalins entsprechen zu wollen, und gab am 23. November 1951 dem Chef-«Berater» Vladimir Bojarskij seine Zustimmung zur Verhaftung Slánskýs. Der «tschechoslowakische Rajk» war endlich gefunden.

Bald darauf wurden die noch sich in Freiheit befindenden jüdischen Mitglieder des Partei- und Staatsapparates verhaftet: der ehemalige Kominternagent und Chef der internationalen Abteilung der Parteizentrale Bedrich Geminder, der stellvertretende Aussenhandelsminister Rudolf Margolius, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Präsidentschaftskanzlei Ludvik Frejka, der stellvertretende Finanzminister Otto Fischl und der aussenpolitische Redakteur der Parteizeitung *Rudé Právo*, André Simone. Zusammen mit den schon früher verhafteten General Reicin, Artur London, Evzen Loebel, Vavro Hajdu und Otto Sling waren jetzt alle elf jüdischen Angeklagten des Slánský-Prozesses versammelt. Ihnen zugesellt wurden von den Tausenden zur Wahl stehenden hohen Opfern der stellvertretende KD-Generalsekretär Josef Frank, Aussenminister Clementis und Sicherheitschef Sváb.

Die Sowjet-«Lehrmeister» und ihre Gehilfen jubelten. Als Oberst Kohoutek von Loebel belastende Aussagen gegen Slánský verlangte, tröstete er seinen Verhafteten.

«Er versicherte mir, ... ich brauche . . . vor der Aussage keine Angst zu haben. Man werde Slánský sehr bald verhaften, was für mich von grossem Vorteil sei, da ich dann nicht mehr an der Spitze der Angeklagten stehen würde. Es wimmle förmlich von verhafteten Mitgliedern des Politbüros, Ministern und Mitgliedern des Zentralkomitees. Ein stellvertretender Minister sei da keine Attraktion mehr.» (Loebel/Pokomy 1968, S. 40)

Wenige Tage nach seiner Verhaftung wollte Slánský Selbstmord begehen, doch sein Versuch schlug fehl. Er wurde fürchterlich misshandelt. Als er nicht mehr stehen konnte, kettete man ihn an die Wand. Dreissig Tage lang widerstand er sowohl den sowjetischtschechoslowakischen Verhörern als auch dem «gütlichen» Zureden des neuen Sicherheitsministers Karol Bacilek, der ihn in der Zelle aufsuchte und von ihm «der Partei zuliebe» ein Geständnis verlangte. Doch dann brach sein Widerstand zusammen, und er gab zu Protokoll, was die Verhörer diktierten.

Das Folterteam hatte von nun an ein halbes Jahr Zeit, Hunderte von Protokollen neu zu formulieren, Slánský als «Haupt der Verschwörung» in den Mittelpunkt rücken zu lassen und die so umgestalteten «Geständnisse» der Angeklagten miteinander in Einklang zu bringen. Im August konnte die Schlägerphase beendet werden und die im Rajk-Prozess entwickelte Komplizenphase der augenzwinkernden Mitarbeit ihren Anfang nehmen. Die Folter hörte auf, die Mastkur begann³⁷, besorgte Ärzte bemühten sich um die Geschundenen, freundliche Verhörer versprachen ihren willigen Opfern milde Urteile und verfassten mit ihnen im besten Einvernehmen die Frage- und Antwortprotokolle, die dann, ins Russische übersetzt und von Stalin und Berija gutgeheissen, auswendig gelernt werden mussten. Chef-«Berater» General Bestchasnow legte Gottwald Ende August das Drehbuch vor, auf Grund dessen eine Kommission der Parteizentrale die Anklageschrift verfasste. Die Kommission, bestehend aus Gottwalds Schwager Öpicka, Sicherheitsminister Bacilek, Informationsminister Kopecky, ZK-Sekretär Novotny und Justizminister Rais, betraute im Oktober Josef Urválek mit der Rolle des Staatsanwalts, wählte die Mitglieder des Gerichtes und die «Verteidiger» aus, übergab ihnen die Frage- und Antwortprotokolle und bestimmte, nach Absprache mit Bestchasnow und Gottwald, die Urteile (s. zur devoten Rolle der Justiz Kaplan 1986, S. 203ff.; Pelikán 1970, S. 272ff.).

Das ungarische Vorbild wurde noch übertrumpft. Während in Budapest Kádár nur Rajk im Gefängnis aufgesucht und ihm für sein parteitreues Opfer Schonung seines Lebens versprochen hatte, liess wenige Tage vor Prozessbeginn Sicherheitsminister Bacilek alle Angeklagten in die Direktorenkanzlei des Ruzyners Gefängnisses führen, wo er, an ihre kommunistische Gesinnung appellierend, ein mildes Urteil in Aussicht stellte, wenn sie vor dem Gericht ihr Protokoll wortgetreu aufsagten (s. London 1970, S. 275).³⁸ Auch eine andere Neuerung wurde eingeführt: Die Hauptprobe des Prozesses, mit den Verhörern als Richter, wurde auf Tonband aufgenommen, für den unwahrscheinlichen Fall, dass ein Angeklagter sein «Geständnis» zurückziehen sollte. Die Tonbandaufnahme wurde vor Gottwald und den Mitgliedern des Parteipräsidiums abgespielt sogar im Stalinismus beispiellos zynischer Akt der Schauprozess-«Justiz» (s. dazu Pelikán 1970, S. 121).

Kapitel 8

Der Slánský-Prozess

Der «Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörungszentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze»³⁹ begann am 20. November und endete am 27. November 1952. Die 14 Angeklagten waren führende Kommunisten, die auf den Schlachtfeldern des Spanischen Bürgerkrieges und des Zweiten Weltkrieges, in den faschistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern, in den Partisanenkämpfen in Frankreich und der Slowakei das Leben riskiert hatten, um ihrem Ideal der revolutionären Arbeiterbewegung zu dienen. Ihr ganzes Leben, alle ihre Taten wurden, nach dem Muster des Rajk-Prozesses, in ihr Gegenteil verkehrt. Sie «gestanden» im Grossen Saal des Pankracer Gerichtsgebäudes vor ihren Richtern, vor den sorgfältig selektierten Zuschauern und vor den Millionen Tschechoslowaken, die den Verhandlungen am Radio folgten, von frühester Jugend an imperialistische Spione, trotzkistische Verräter und Agenten einer titoistischen, zionistischen, bürgerlich-nationalistischen Verschwörung zum Sturze der volksdemokratischen Ordnung, zur Ermordung Gottwalds gewesen zu sein.

Die Einzelheiten der «Verbrechen» sind völlig nebensächlich. Wie im ungarischen Prozess wurde systematisch und willkürlich jeder zufällige westliche oder jugoslawische Kontakt in eine Spionageverbindung «umpolitisiert». Die Unterschiede zu Ungarn ergeben sich nur aus dem geschichtlichen Hintergrund, vor allem aus der Tatsache, dass viele kommunistische Funktionäre nach Hitlers Einmarsch in Prag Asyl in London gefunden hatten, wo unter der Leitung des früheren Staatspräsidenten Eduard Beneš und des Ministers Rupert Ripka eine Exilregierung gebildet wurde. So konnten nun Frejka, Clementis, Hajdú, Loeb, Sling und Simone auch als Werkzeuge Beneš', «dieses alten Agenten des Westens»,

abgestempelt werden. «Alle diese verkäuflichen Kreaturen Beneš' und Ripkas, von ausländischen Spionagediensten angeworben ..., stürzten sich nach dem Krieg aus London wie Heuschrecken auf das Gebiet der befreiten Tschechoslowakei, um hier im Interesse der westlichen Imperialisten zu wirken» – so gibt die Anklageschrift eine Aussage von Clementis wieder (*Prozess*. . . 1953, S. 13). Dementsprechend spielt im Slánský-Prozess der englische Spionagedienst eine weit prominentere Rolle als in den Schauprozessen der anderen Volksdemokratien.

Die Rolle des zentralen Bösewichts wurde diesmal dem linken Labour-Abgeordneten Konni Zilliacus zugewiesen. So verkündete die Anklageschrift:

«Da die Imperialisten der Liquidierung des volksdemokratischen Systems in der CSR in ihren Brandstifterplänen eine ungewöhnlich grosse Bedeutung zuschrieben, vertrauten sie diese wichtige Sendung ihrem bewährten Zutreiber, dem Mitglied des englischen Parlamentes und Meister der Täuschung und Provokation, Konni Zilliacus an, einem der erfahrensten Agenten des britischen Spionagedienstes Intelligence Service . . . Nach Anknüpfung einer unmittelbaren Verbindung mit dem Haupt der Verschwörung, Slánský, unterstützte und lenkte er die unterwühlende Tätigkeit der Verschwörer.» (S. 45)

Und Slánský ergänzte: «Konni Zilliacus verfolgte als Vertreter der amerikanisch-englischen herrschenden Kreise und des . . . Intelligence Service' mit dieser Verbindung die Absicht der . . . Imperialisten, die Tschechoslowakei vom Lager der volksdemokratischen Länder und von der Sowjetunion loszureissen.» (S. 46)

Zilliacus sollte, der sowjetischen Regie zufolge, neben Field eine zweite Brücke zu den noch folgenden Schauprozessen in den anderen Satellitenstaaten schlagen. Abermals Slánský im Rahmen der Anklageschrift:

«Solche Ziele verfolgten die herrschenden Kreise der Imperialisten nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in allen volksdemokratischen Ländern ... Deshalb spezialisierte sich Zilliacus als imperialistischer Agent auf eine feindliche Tätigkeit gerade in diesen Ländern, wo er in der Öffentlichkeit in der Maske eines linken Sozialdemokraten auftrat, um seine tatsächlichen feindlichen Absichten zu verhüllen ... Deshalb unterhielt er zum Beispiel eine ständige Verbindung mit dem imperialistischen Agenten Gomulka.» (S. 49)

Noel Field diente weiterhin als Sprungbrett für die stalinistische Terrorwelle in der Tschechoslowakei, doch er wurde hier in den Schatten gestellt von seinem Bruder Hermann Field, der im Rahmen der britischen Hilfsorganisation Trust Fund Hunderten von Verfolgten die Flucht über Polen nach England ermöglichte und sie während ihrer Exilzeit finanziell unterstützt hatte. Dazu heisst es in der Anklageschrift:

«Unter dem Vorwand der Hilfe für tschechoslowakische Flüchtlinge . . . (nahm das) Trust Fund ... als eine wichtige Organisation des amerikanisch-englischen Spionagedienstes seine Tätigkeit auf. Hier wurde aus den Reihen der Flüchtlinge eine Agentur zusammengestellt, die dann mit Hilfe des Trust Fund aus Krakau nach London entsandt wurde. Diese Tätigkeit leitete Hermann Field und später dessen Bruder Noel Field, die engsten Mitarbeiter von Allen Dulles, dem Leiter der amerikanischen Spionageorganisation OSS . . . Sling hat darüber Folgendes ausgesagt: ‚Der Trust Fund war in Wirklichkeit eine Spionageorganisation, in welcher die Interessen der angloamerikanischen Spionagedienste und die der Beneš-Clique zusammentrafen.‘» (S. 9)

Bei der Auswahl der Flüchtlinge liessen sich die Gebrüder Field angeblich von zwei Kriterien leiten: Erstens sollten sie der politischen Linken angehören, zweitens sollten sie Juden sein (s. S. 10).

So wurde die Verbindung konstruiert zwischen dem altbekannten trotzkistisch-titoistisch-imperialistischen Feind und dem neuen Feind, den Juden. Dem Antisemitismus kam im Slánský-Prozess eine zentrale Rolle zu; in allen Abschnitten der Anklageschrift finden sich eingestreute Hinweise. Einige typische Beispiele. Ein Zeuge sagte aus: «Slánský .. . stammt aus einer alten jüdischen Familie. Er ist eine grosse Hoffnung der Juden innerhalb der Kommunistischen Partei.» (S. 11) Die jüdische Abstammung der «Verbrecher» wird immer wieder betont. So heisst es etwa: «der Trotzkiist und jüdische bürgerliche Nationalist Bedfich Geminder»; «André Simone, der eigentlich Otto Katz heisst und internationaler Spion, Zionist und Trotzkiist ist»; «Hanus Lomsky, der eigentlich Gabriel Lieben heisst» (S. 16); «Slánský und Fischl organisierten . . . unter dem Vorwand der Auswanderung von Juden nach Israel die illegale Flucht einer grossen Anzahl kapitalistischer und feindlicher Elemente aus der Tschechoslowakei» (S. 36).

Aber die Anklageschrift beschränkt sich nicht darauf, den Angeklagten ihre jüdische Herkunft vorzurechnen. Sie lässt vielmehr die Konturen eines konspirativen «Weltjudentums» erahnen: «Slánský, Geminder und die übrigen Verschwörer unterstützten und beschützten mit besonderer Aufmerksamkeit die unterwühlende Tätigkeit der Zionisten, dieser verlässlichen Agentur der amerikanischen Imperialisten.» (S. 42) Und Geminder selber ergänzt: «Die zionistischen Organe bildeten im Kampf gegen die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion eine vorgeschobene Basis des amerikanischen Imperialismus.» (S. 42f.) Israel selber wird zum Ziel des Angriffs: «Ben Gurions Regierung verwandelte Israel in einen amerikanischen Besitz . . . und unterstützte vorbehaltlos die verbrecherischen Pläne der amerikanischen Kriegsbrandstifter, die aus Israel ein Kriegsaufmarschgebiet gegen die UdSSR machen.» (S. 43) Israel wird ausserdem direkt mit den «Verschwörern» in Verbindung gebracht. Der Ende Dezember 1951 in Prag verhaftete Israeli Mordechai Oren – ein Links-Sozialist, der in halb-diplomatischer Mission die Satellitenstaaten bereiste, um für Israel Sympathien zu werben – sagte als «Zeuge» in der Hauptverhandlung aus, Verbindungsmann zwischen Slánský und den israelischen Spionagediensten gewesen zu sein. Die Anklageschrift bringt weitere «Beweise». So hätten angeblich die mit israelischen Diplomatenpässen eingedeckten amerikanischen Spione Ehud Avriel-Überall, der frühere Gesandte Israels in der Tschechoslowakei, sowie die Gesandtschaftsangestellten Felix und Ben Schalom eine Spionageverbindung mit Bedrich Geminder und Otto Fischl unterhalten. «Die Amerikaner verwendeten nach der Gründung des Staates Israel auch dessen Diplomaten als ihre Spione und organisierten unter deren Mitwirkung zusammen mit den Verschwörern . . . eine Reihe von Schädlingsaktionen, die der Tschechoslowakei schwere Schäden verursachten.» (S. 43)

Neben den englischen und amerikanischen Imperialisten und ihren israelischen «Lakaien» spielte der Titoismus im Slánský-Prozess nur eine untergeordnete Rolle. In der Anklageschrift ist zwar auch von der «faschistischen Tito-Clique» (S. 50) die Rede, der sich die Angeklagten angeeignet hätten. So sagte Slánský aus, im Mai 1948 mit Titos Spiessgesellen Mosa Pijade in Prag zusammengetroffen zu sein, um die konterrevolutionä-

näre Tätigkeit in der Tschechoslowakei zu verstärken. Jugoslawien ist aber im Slánský-Prozess, im Gegensatz zum ungarischen Vorbild, deutlich in den Hintergrund gerückt. Erst am Schluss und auch nur verhältnismässig kurz, geht die Anklageschrift darauf ein – sozusagen als Pflichtübung, als Nachwort zu einer bereits erledigten Periode.

Am 27. November 1952 wurde das schon im Voraus festgelegte Urteil verkündet: London, Loebel und Hajdu wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus, Slánský, Geminder, Frejka, Frank, Clementis, Reicin, Šváb, Margolius, Fischl, Sling und Simone zum Tode verurteilt. Der Henker vollstreckte das Urteil am 3. Dezember. Die Asche der kremierten Leichen wurde in Säcke gefüllt und mit einem Lastwagen weit vor die Tore Prags verfrachtet, wo der Fahrer sie auf einer eisglatten Landstrasse ausstreute (s. Kaplan 1978, S. 212).

Mit dem Urteil gegen die «Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums» war der Slánský-Prozess noch lange nicht zuende. Der Hauptprozess betraf eben bloss das «Zentrum», jetzt kam die Peripherie an die Reihe. Hunderte von hohen Funktionären der Partei, des Staates, des Sicherheitsdienstes und der Armee, Dutzende von Zeugen der Hauptverhandlung mussten noch in Verbindung mit dem «Verschwörerzentrum» in Folgeprozessen liquidiert, Tausende von verhafteten «kleinen» Kommunisten wegen fiktiver «Spionage» und «Sabotage», «bürgerlich-nationalistischer» und «zionistischer» Verbrechen in geheimen Schnellverfahren verurteilt oder in Konzentrationslagern isoliert werden. Die meisten von ihnen warteten bereits seit zwei bis drei Jahren in den Gefängniskellern auf die Erledigung ihres Falles, mussten immer neue Schuldprotokolle unterzeichnen, die der jeweiligen politischen Linie angepasst waren. Das «Lehrmeister»-Team des Sowjet-Generals Bestchasnow und die nach dem Slánský-Prozess beförderten und ausgezeichneten tschechoslowakischen Sicherheitsoffiziere arbeiteten fleissig an der Vorbereitung der neuen Schauprozesse.

Mitten in diese Phase der Qualen und des Leidens platzte die Nachricht vom Tod Stalins. Der Diktator starb am 5. März 1953. Schon am 4. April wurden in Moskau die Häftlinge der vorbereiteten «Ärzte-Verschwörung» freigelassen und rehabilitiert, ein Artikel der *Pravda* denunzierte den antisemitischen Unterton des geplanten Schauprozesses. Am 26. Juni liess Chruschtschow Berija verhaften, und in den folgenden Monaten wurden

die Terrorapparate des Innenministeriums (MWD) und des Sicherheitsministeriums (MGB) zerschlagen, ihre Führer verhaftet. Die ersten Gruppen derjenigen, die die stalinistischen Säuberungen in den Gefängnissen und Lagern überlebt hatten, wurden entlassen und rehabilitiert – die Vorhut der Hunderttausende, die in der Chruschtschow-Ära noch aus dem GULAG befreit werden sollten. Das Jahr 1953 endete in der Sowjetunion mit der Hinrichtung Berijas und sechs seiner Helfershelfer am 23. Dezember. Kurz darauf wurden der bereits Ende 1952 verhaftete Sicherheitsminister Berijas, W.S. Abakumow, und seine Gehilfen erschossen – darunter auch General Bjelkin, der sich in Budapest und Prag so um die Schauprozesse verdient gemacht hatte. Die Entstalinisierung nahm ihren Anfang.

In der Tschechoslowakei war vom einsetzenden Tauwetter jedoch nichts zu spüren. Gottwald starb am 14. Mai 1953, wenige Wochen nach seines Meisters Tod, doch ihm folgte kein Chruschtschow. Sein Nachfolger, Antonin Zapotocky, und die um ihn sich scharende innere Führungsgruppe, Novotny, Čepička, Kopecky, Bacilek, hielten am Terrorkurs fest. Sie wollten und konnten die Wende in Moskau nicht mitmachen, schon aus dem einfachen Grund, weil sie alle persönlich tief in die Vorbereitung und Durchführung der Schauprozesse verstrickt waren, weil sie die Folterungen mit angeordnet, die «Geständnisse» mitredigiert hatten.

Der erste Nebenprozess fand im Mai 1953 statt. Eine Gruppe von Diplomaten und hohen Beamten des Ausenministeriums wurde wegen «erwiesener» Spionage zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Hauptangeklagten waren Professor Eduard Goldstücker, Botschafter in Israel und in Schweden, Karel Dufek, Gesandter in der Türkei, und Pavel Kavan, Botschaftsrat in London. Der «Diplomaten»-Gruppe folgten vom September 1953 bis Januar 1954 in sechs Geheimprozessen die hohen Beamten des Innenministeriums: der Spanienkämpfer Osvald Zävodsky, Chef der Sicherheitsabteilung wurde zum Tode, Josef Pavel, Kommandant des Dimitrow-Bataillons der Internationalen Brigade und späterer stellvertretende Innenminister, zu 25 Jahren Zuchthaus, acht weitere Angeklagte wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Januar 1954 kam in abermals sechs Geheimprozessen die «Armee-Gruppe» an die Reihe, mit den Generälen Drnec, Drgac sowie den Spanienkämpfern Hromadko und

Antonin Svoboda an der Spitze. Im selben Monat kam es zur Aburteilung derjenigen hohen Parteifunktionäre, für die sich im Hauptprozess keine Rolle hatte finden lassen, die jedoch mit den bereits Verurteilten in Verbindung standen. Der Staatsanwalt verlangte für die Hauptangeklagte, Marie Švermová, die Todesstrafe, doch das Gericht begnügte sich mit lebenslänglichem Zuchthaus – das «gnädige» Urteil war freilich schon zwei Wochen zuvor vom Politischen Sekretariat der Parteizentrale beschlossen worden (zu den Nebenprozessen im Einzelnen s. Pelikán 1970, S. 13 Iff.).⁴⁰ Im Februar 1954 ging es mit der Verhandlung gegen den «Grossen Trotzlisten-Rat» weiter. Betroffen waren kommunistische Funktionäre der zweiten Garnitur, die in den Folterkammern in «Trotzkisten» umgewandelt und nun zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Einer von ihnen, der kranke Oldfich Cerny, starb kurz darauf im Gefängnis, nachdem der Arzt des Sicherheitsdienstes befunden hatte, er benötige keine medizinische Behandlung.

Nun stand noch der grosse Schauprozess gegen die Führer der Slowakischen Kommunistischen Partei aus. Die Vorbereitungen zogen sich schon mehr als ein Jahr hin, doch die Erfolterung der «Geständnisse» ging unerwarteterweise nur sehr langsam voran, der Tod Stalins stärkte die Widerstandskraft der Häftlinge und stumpfte die Brutalität der Verhörer ab. Der Prozess gegen die «slowakischen bürgerlichen Nationalisten» konnte erst im April 1954 inszeniert werden. Mit der bisherigen Praxis liess sich nichts mehr ausrichten. Jetzt war es nicht mehr der Sicherheitsdienst, der die Anklagen fabrizierte und sie nachträglich durch die Partei und die Regierung absegnen liess, jetzt waren vielmehr die verunsicherten Untersuchungsleiter gezwungen, den Sicherheitsminister Bacilek um die Fabrizierung der Anklagen zu ersuchen. Erst dann erfolterten sie die entsprechenden «Geständnisse». Die von Bacilek formulierte Anklage beschuldigte die slowakischen Kommunistenführer, im Auftrag von Slánský und der Imperialisten eine Verschwörung angestiftet zu haben, um die Slowakei von der Tschechei abzutrennen sowie einen Keil zwischen die CSSR und die UdSSR zu treiben. Der Hauptangeklagte Gustav Husák jedoch blieb unbeugsam: Er leugnete auch während der Verhandlung seine Schuld. Trotzdem wurde er zu der schon im Voraus festgelegten Strafe von lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.⁴¹

Im Juli und August 1954 kamen die sogenannten «Ökonomen» vor Gericht; führende Wirtschaftssachverständige der Partei, der «Sabotage des sozialistischen Aufbaus» angeklagt. Der bekannteste unter ihnen war Josef Smrkovský, der stellvertretende Landwirtschaftsminister. Die «Ökonomen» bildeten die letzte Gruppe, der der Prozess gemacht wurde. In den folgenden Monaten standen nur noch «Einzeltäter» vor Gericht, nämlich diejenigen Kommunisten, die in keine Gruppe hineingepasst hatten. Zum Teil sassen sie, wie Vilem Novy, schon seit fünf Jahren in Untersuchungshaft. Sie wurden rasch in Dutzenden von Einzelprozessen als Spione, Saboteure und Staatsfeinde verurteilt. Den Abschluss dieser Serie bildete der Prozess gegen Dr. E. Outra ta, einen Volkswirtschaftler, der eigentlich im «Ökonomen-Prozess» hätte abgeurteilt werden sollen, dessen Fall aber wegen seiner Krankheit erst im November vor Gericht kam.

Nach Stalins Tod und Berijas Hinrichtung wurde ein Teil der Sowjet-«Berater» und «Lehrmeister» nach Moskau zurückberufen. Die in Prag Verbliebenen waren durch die Wende im Kreml paralysiert und überliessen Karol Bacilek die Führung der Schauprozesse. Der Sicherheitsminister sah jedoch seine Aufgabe durch die Entwicklung in den Nachbarländern von Monat zu Monat erschwert.

In der Sowjetunion folgte der Selbstkritik an der antisemitischen Pogromhetze die Überprüfung des Konflikts mit Tito. Im Frühjahr 1954 befand ein Sonderausschuss der Partei, Jugoslawien sei doch keine «militärisch-faschistische Diktatur», sondern ein sozialistischer Staat, und im Oktober feierte die *Pravda* den 10. Jahrestag der Befreiung Belgrads, indem sie die «Blutsbrüderschaft der Völker des sozialistischen Jugoslawiens und der Sowjetunion» hervorhob. In Polen begann im Frühjahr 1954 die Säuberung des stalinistischen Terrorapparats. Der Verhaftung des berüchtigten Sadisten Oberst Rozanski folgte bald die Untersuchung gegen seinen Chef Anatol Fejgin, dann gegen den stellvertretenden Sicherheitsminister Romkowski; schliesslich wurde auch der Minister Radkiewicz seines Postens enthoben. Im September 1954 kam Gomulka in aller Stille aus dem Gefängnis frei und wurden Hermann Field sowie die Häftlinge der «Field-Gruppe» in die Freiheit entlassen.

Der schlimmste Schlag gegen die tschechoslowakischen Schauprozessorganisatoren kam jedoch aus dem südlichen Bruderstaat Ungarn.⁴² Im Juli

1954 wurde die «Verschwörergruppe» János Kádár, Géza Losonczy, Gyula Kállai und Ferenc Donáth voll rehabilitiert, die Revision der Schauprozesse beschleunigt. Im August und September strömten aus den Gefängnissen die Überlebenden des Rajk-Prozesses. Am 3. Oktober erklärte das ZK die Urteile gegen die «falsch beschuldigten Genossen im Rajk-Prozess» öffentlich für ungültig. Im November schliesslich wurden Noel und Herta Field freigelassen und voll rehabilitiert. Das für den Musterprozess von Budapest konstruierte Stalinsche Konzept der «in die Reihen der kommunistischen Parteien eingeschleusten imperialistischen Agenten und titoistischen Verräter» wurde nun zu einer «erlogenen, illegalen Provokation» erklärt.

Die tschechoslowakischen Schauprozesse hatten in Ungarn begonnen, und endeten fünf Jahre später ebendort. Das Urteil gegen Dr. Outrata am 2. November 1954 war der Schlussakt. Der Professor konnte seine Rehabilitierung nicht mehr erleben, er starb 1962 – das letzte Todesopfer des tschechoslowakischen Stalinismus.

Die Geheimverhandlung gegen die «Schweizer Gruppe» ist für mich nur eine flüchtige Erinnerung – vielleicht deshalb, weil ich damals diese «Formalität» so schnell wie möglich hinter mir haben wollte, um endlich in der versprochenen Villa wieder menschenwürdig leben und meine Frau wieder sehen zu können. Der Prozess erschien mir als das Tor zur jetzt nicht mehr allzufernen Freiheit. Ich wollte so schnell wie möglich hindurch.

Wir wurden durch den Gefängnishof ins gegenüber liegende Gerichtsgebäude an der Marko-Strasse geführt. Ich sah mich um. Eine Plenarsitzung der Schweizer Parteigruppe, dachte ich, und der Gedanke brachte mich fast zum Lachen. Doch dann fiel mir der abwesende Szönyi ein, und das Lachen verging mir. Auch zwei andere Genossen fehlten: Der eine steckte, wie ich später erfahren habe, in einem Internierungslager, der andere blieb, in Anerkennung seiner früheren Dienste für die AVH, in Freiheit. Dafür waren zwei Nicht-Schweizer anwesend. Endre Rosta, der Leiter der Presseabteilung in der Parteizentrale, war vielleicht deshalb unserer Gruppe zugeteilt worden, weil er in meinem Protokoll als das Haupt der Verschwörungfigurierte, vielleicht aber auch, weil er mit einer Schweizerin verheiratet war. György Aczél, Parteisekretär des Komitats Baranya, hatte hingegen mit der Schweiz nichts zu tun. Er war ein Jugendfreund von György Demeter und nach dessen Verhaftung in die Parteizentrale geeilt, um für die Unschuld seines Freundes einzustehen; er wurde an die AVH verwiesen, und ein interessiert zuhörender Oberst liess ihn gleich in den Keller der Andrassy Strasse abführen.

Es war eine Erlösung, plötzlich wieder unter Freunden zu sein, alle gut gekleidet, ausgeruht, wie in den schönen alten Zeiten. Der neueste «Freund», mein Leutnant Faludi, rief mich bald zur Seite und sagte mir, er werde mich jetzt meinem Verteidiger vorstellen, der wisse von nichts, habe keine Ahnung, was ein politischer Prozess bedeute, und nicht einmal meine Anklageschrift lesen dürfen. Er werde mir nur die einzige Frage

stellen, welche mildernden Umstände er vor Gericht geltend machen solle, «Erwähnen Sie Ihr reuiges Geständnis», sagte Faludi mir, zynisch lachend, «sonst brauchen Sie ihm nichts zu erklären.» Dann stellte er mich dem Verteidiger vor, dessen Namen ich nicht verstanden habe. Nach der erwarteten Frage erkundigte er sich noch, ob ich eine Familie hätte. Vielleicht wäre es vorteilhaft, meinte er, auch meine dreijährige Tochter zu erwähnen, die nicht allzu lang vaterlos aufwachsen sollte. «Das ist eine ausgezeichnete Idee», erwiderte ich, damit war die Besprechung zuende.

Dann wurden wir in den Gerichtssaal geführt. Auf den Zuschauerbänken sassen vielleicht zwanzig Zivilisten, AVH-Schläger und Verhörer, vermutlich auch ein oder zwei Sowjet-«Berater» darunter; auf dem Podium die vier Volksrichter mit ihrem Präsidenten Dr. Péter Janko an der Spitze. Staatsanwalt Alapi verlas die Anklageschrift: Hochverrat und Teilnahme an einer Organisation zum Sturze der demokratischen Staatsordnung. Er zählte unsere Sündenliste auf, wie wir von Tibor Szönyi in der Schweiz zu einer Spionagegruppe im Dienste der amerikanischen Imperialisten angeworben, von Field und Dulles nach Ungarn heimgeordnet worden waren mit dem Auftrag wichtige Positionen im Partei- und Staatsapparat zu besetzen, geheime politische und wirtschaftliche Informationen an die Schweizer Zentrale des amerikanischen Nachrichtendienstes und an die in Budapest befindlichen imperialistischen Agenten weiterzuleiten, um uns schliesslich den Verschwörungsplänen Rajks zur Verfügung zu stellen.

Ich hörte nur halb zu – es war ja die schon Hunderte von Malen wiederholte Schauergeschichte – und studierte stattdessen die Mienen meiner Freunde. Ich versuchte, ein Augenzwinkern, einen ironischen Blick zu erhaschen, ein Zeichen geheimen Einverständnisses, dass es sich ja bloss um Theater handele, politisch notwendig aber von uns Eingeweihten nicht ernst zu nehmend. Doch alle dreizehn starrten nur apathisch vor sich. Ist der eine oder andere vielleicht doch schuldig? Ist die Verhandlung tatsächlich nur der vorletzte Akt, dem die baldige Freilassung folgen soll, oder eine Falle, die uns alle verschlingen wird? Soll ich besser doch nicht all die einstudierten Scheusslichkeiten gestehen, sondern dem Volksgericht erklären, meine ganze Anklage beruhe auf erfolgten, erschwindelten Protokollen?

Ich war vollständig verwirrt, als die Verlesung der Anklageschrift zuende ging. Der Vorsitzende rief den ersten Angeklagten, Ferenc Vági, vor die Schranken; wir anderen wurden in den Empfangssaal abgeführt. Der

verwandelte sich in Windeseile in eine Konditorei. Kleine Tische wurden herbeigezaubert, Espresso, belegte Brötchen, Zigaretten und Süßigkeiten serviert – nur die weisse Kellnerschürze fehlte an den Uniformen der AVH-Soldaten. «Was wird mit uns geschehen?», fragte ich ängstlich Leutnant Faludi. «Zuerst muss ich Ihnen eine unangenehme Neuigkeit mitteilen», sagte er. «Das Gericht wird Sie nicht auf drei, sondern auf acht Jahre verurteilen. Ich verrate Ihnen das, damit Sie sehen, dass wir es sind, die das Urteil festlegen, und das Gericht nur unsere Weisungen befolgt. Gewisse juristische Formen müssen eben eingehalten werden, und aufgrund Ihres Protokolls können Sie keine leichtere Strafe bekommen. Doch Sie brauchen keine Angst zu haben», grinste er mich an, «der ganze Prozess ist eine reine Formsache. Sie werden Berufung einlegen, und die Strafe wird dann auf die von mir versprochenen drei Jahre herabgesetzt. Sie bleiben auch weiterhin unter dem Schutz der AVH. Sie werden, wie ich Ihnen ja schon gesagt habe, von hier in eine Villa gebracht, Ihre Frau wird Sie besuchen können, und sobald die Wogen sich geglättet haben und der Rajk-Prozess vergessen ist, entlassen wir Sie. Auch die drei Jahre werden Sie nicht absitzen müssen. Sind Sie jetzt beruhigt?»

Ja, ich war beruhigt, und als ich endlich als elfter an der Reihe war, antwortete ich auf die Frage des Vorsitzenden ohne Zögern: «Ich habe die Anklage verstanden und bekenne mich schuldig.» Dann legte ich mein auswendiggelerntes «Geständnis» ab, ohne auch nur ein einziges Mal von den über das vor ihnen liegende Manuskript gebeugten Richtern unterbrochen zu werden. Als alleiniger Zeuge wurde mein «unmittelbarer Spionagechef» Endre Rosta aufgefordert, meine Aussagen zu bestätigen, was er auch laut und deutlich tat. Es lief alles wie am Schnürchen. Auch bei der Fortsetzung würde es nicht anders sein.

Nachdem auch die vierzehnte Angeklagte, die Schweizerin Antonia Dobó-Drittenbass, ihr kurzes «Geständnis» in gebrochenem Ungarisch aufgesagt hatte, kamen die Verteidiger an die Reihe. Sie konnten sich kurz fassen. Zwar stünden unsere ungeheuerlichen Verbrechen ausser Frage, doch seien wir bloss Werkzeuge gewesen – Werkzeuge der Imperialisten, Titos und Szönyis, der seine abscheulichen Taten bereits mit dem Tod hätte büssen müssen – und hätten zudem unsere Schuld reumütig gestanden. Mein Verteidiger vergass auch nicht, meine kleine Tochter anzuführen, um ein gerechtes, aber gnädiges Urteil zu erbitten.

In einer ebenfalls kurzen Erwiderung betonte der Staatsanwalt, solchen Verbrechern wie Ho dos müsse die Gelegenheit genommen werden, die

Seele unschuldiger kleiner Mädchen zu vergiften. Im Übrigen las er den von der AVH vorbereiteten Text ohne zu stocken herunter.

Dann zogen sich die Mitglieder des Volksgerichts zur «Beratung» zurück, und schon nach wenigen Minuten verkündeten sie die Urteile – Ferenc Vági: Tod durch den Strang; András Kálmán, Ivan Földi, György Demeter: lebenslänglich; Gyula Kuti, Janos Dobó: 15 Jahre; Tamás Acs, Péter Balabán, György Somló: 10 Jahre; Endre Rosta, György Aczél, György Hódos: 8 Jahre; Antonia Dobó-Drittenbass: 6 Jahre; Rosa Demeter: 5 Jahre Zuchthaus. Wir alle legten Berufung ein. Mein Urteil wurde später tatsächlich revidiert: Die zweite Instanz erhöhte es von acht auf zehn Jahren.

Auf dem Wege aus dem Gerichtssaal flüsterte ich Vági zu: «Hoffentlich nimmst du es nicht ernst, es ist ja bloss Theater.» Im Gefängnis von Vác sah ich noch vier Wochen lang das Licht Tag und Nacht in seiner Zelle brennen. Dann erlosch es, das Urteil wurde vollstreckt.

Die umpolitisierten Schauprozesse in Rumänien

Die stalinistischen Säuberungen in Ost-Europa waren bis in die kleinsten Einzelheiten von Moskau diktiert, Ort, Zeitpunkt, Inhalt, Opfer genau vorgeschrieben. Dennoch gab es Abweichungen. Der scheinbare Monolith des russischen Imperiums hatte Risse, die auch Berijas Terror-Apparat nicht überbrücken konnte. In Ungarn und in der Tschechoslowakei ging alles vorschriftsgemäss, auch in Bulgarien konnte das Missgeschick mit Kostows Geständniswiderruf den Moskauer Generalplan nicht stören. In Polen und in der DDR hingegen verzerrten verschiedene Faktoren, die ich noch darlegen werde, das verordnete Schema, bis es mit Stalins Tod unvollendet abgebrochen werden musste.

Rumänien blieb ebenfalls ein Sonderfall, wenn auch aus gänzlich anderen Gründen. Fraktionskämpfe innerhalb der Partei ermöglichten es dem schlaun Intriganten Gheorghe Gheorghiu-Dej, seine Meister zu manipulieren und die von Moskau verordneten Liquidierungsaktionen für seinen persönlichen Machtdrang auszunutzen. Die Stalinsche Praxis der «umpolitisierten» Geständnisse wurde von Gheorghiu-Dej weiterentwickelt: Er politisierte die Schauprozesse selber um.

1948 gaben Stalin und Berija allen Satelliten das Startzeichen zur Inszenierung von Schauprozessen gegen «titoistische Verschwörer». Gheorghiu-Dej wartete die Vorbereitungen nicht ab, griff Berija vor, liess Lucretiu Patrascanu verhaften und liquidierte damit einen seiner Konkurrenten um die Macht. 1952 kam die Weisung aus Moskau, die Säuberung auf «zionistische Agenten» auszudehnen. Wieder überliess Gheorghiu-Dej die Ausführung des Befehls nicht den Sowjet-«Beratern», sondern suchte sich selber das Opfer, Vasile Luca, und schaltete damit die letzte

und zugleich für ihn gefährlichste Konkurrentenfraktion aus. Es gelang ihm, Sinn und Zweck des stalinistischen Schauprozesskonzeptes als Instrument zur Sicherung der Alleinherrschaft Moskaus im Sowjet-Imperium in ein Instrument zur Sicherung seiner eigenen Alleinherrschaft in Rumänien umzukehren. Da die beiden Zwecke sich nicht zu widersprechen schienen, gaben ihm Stalin und Berija freie Hand. Rumänien war der einzige Sowjet-Vasall, wo das Konzept aus Moskau stammte, Regie und Rollenverteilung jedoch dem einheimischen stalinistischen Führer überlassen wurden.

Die Vorkriegsgeschichte einer jeden osteuropäischen kommunistischen Partei ist von Fraktionskämpfen gekennzeichnet, doch die schwächste unter ihnen, die rumänische, war zugleich die zersplitterteste. Ihre Mitglieder rekrutierten sich vorwiegend aus den unterdrückten ungarischen, jüdischen, ukrainischen, bulgarischen Minderheiten – ein Umstand, der in der Parteiführung, wo die «Fremden» ein deutliches Übergewicht gegenüber den «Rumänen» hatten, noch krasser zum Ausdruck kam.⁴³ Zu den ethnischen Gegensätzen kamen die ideologischen. Eine Führungsgarnitur nach der anderen wurde in den Beschlüssen der Komintern als Rechts- oder Linksabweichler, Nationalisten, Opportunisten, Trotzlisten oder Revisionisten gebrandmarkt und abgesetzt. Der Parteitheoretiker Alexandru Dobrogeanu-Gherea und der stellvertretende Leiter der rumänischen Komintern-Sektion Marcel Pauker, beide jüdischer Abstammung, kamen 1937 in den trotzlistischen Schauprozessen Stalins ums Leben.

Seit Mitte der 30er Jahre konnten drei Fraktionen unterschieden werden. Die «Gefängnisgruppe» mit Gheorghiu-Dej an der Spitze setzte sich vor allem aus Arbeitern zusammen, die sich in der kurzen Blüteperiode der Bewegung während der grossen Weltwirtschaftskrise als Streikführer hervorgetan hatten. Sie waren meist erst kurz zuvor zur Partei gestossen, wurden schon bald verhaftet und zu langen Kerkerstrafen verurteilt.

Die von der Komintern eingesetzte Parteiführung der Altkommunisten bildete die zweite Gruppe, die sich wiederum in zwei Unterfraktionen spaltete. Die grössere rettete sich vor der Verhaftungswelle in die Sowjetunion und bildete die Auslandsleitung bzw. das «Büro», wie es allgemein

genannt wurde. Sie setzte sich vorwiegend aus «Fremden» zusammen wie der «Jüdin» Ana Pauker, dem «Ungar» Vasile Luca und dem «Ukrainer» Emil Bodnaras; die «Rumänen» waren durch Constantin Parvulescu und Teohari Georgescu repräsentiert. Die kleinere Führungsfraktion blieb in Rumänien. Dieser Inlandsführung gehörten der Generalsekretär der Partei Stefan Foris und die ZK-Mitglieder Remus Koffler und Lucretiu Patrascanu an.

Es war diese dritte Fraktion, die in der Schlussphase des Krieges, als die Rote Armee sich der rumänischen Grenze näherte, aus dem Untergrund den Sturz des Antonescu-Regimes vorbereitete.⁴⁴ Foris und Koffler, zwei «Fremde», organisierten die antifaschistische Linke in den Reihen der ungarischen Minderheit und unter den Kleinbauern; der «Rumäne» Patrascanu, ein angesehener Rechtsanwalt, Sohn eines bekannten Schriftstellers, sammelte eine Gruppe von Universitätsprofessoren, Studenten und Intellektuellen um sich, und es gelang ihm, aus den von der Antonescu-Diktatur aufgelösten bürgerlichen Parteien, den Sozialdemokraten und den Kommunisten die oppositionelle Patriotische Front zu bilden, die den sofortigen Austritt Rumäniens aus dem Krieg forderte.

Das Moskauer «Büro» konnte es sich leisten, die zur Untätigkeit verdamnte «Gefängnisgruppe», mehr oder weniger zu ignorieren, betrachtete aber die Tätigkeit der Fraktion Foris-Koffler-Patrascanu mit grossem Misstrauen. Seine zwei einflussreichsten Mitglieder, Ana Pauker und Vasile Luca, waren der Meinung, die Kapitulation Rumäniens sollte allein durch die Rote Armee erzwungen werden, Bündnisse mit den «reaktionären Kreisen» würde die unvermeidliche sozialistische Umgestaltung bloss verzögern. Die «Gefängnisgruppe» traute weder der Patrascanu- noch der Pauker-Fraktion, sie fand den Demokratismus und Intellektualismus der ersten verdächtig, andererseits war sie nicht bereit, den Führungsanspruch des fernen Moskauer «Büros» blindlings zu akzeptieren.

Im März 1944 wies die NKWD das Moskauer «Büro» an, Emil Bodnaras, Constantin Parvulescu und Iosif Ranghet nach Rumänien zu entsenden mit dem Auftrag, die Kommunistische Partei auf den Einmarsch der Sowjettruppen vorzubereiten. Die drei Emissäre setzten sich zuerst mit Patrascanu in Verbindung und versicherten ihn der Unterstützung Moskaus in seinen Bemühungen, eine breite oppositionelle Front für den Bruch mit Hitler zu bilden. Dann wandten sie sich an die dritte Fraktion und hielten am 4. April im Gefängnis von Targu Jiu eine geheime Par-

teikonferenz mit den dort inhaftierten Genossen ab. Diese Konferenz war der Beginn des Aufstieges von Gheorghiu-Dej zur Alleinherrschaft (s. Lendvai 1968, S. 301 ff).

Gheorghiu-Dej hatte die Macht der Manipulation schon früh am eigenen Leib erfahren. Der junge Schlosser war einer der Organisatoren des Eisenbahnerstreiks von 1933 in Grivita, einem Vorort von Bukarest. Zwei Wochen nach seiner Verhaftung besetzten die Arbeiter die Eisenbahnwerkstätte, die Armee stürmte das Gebäude und erschoss eine Anzahl von Streikenden. Die Führer wurden verhaftet, doch es war Gheorghiu-Dej, der von der kommunistischen Propaganda zum legendären Helden von Grivita erhoben wurde, obschon er in der entscheidenden Phase der Tragödie im Gefängnis sass und keine Rolle mehr spielte. Die Parteileitung schob ihn in den Vordergrund, weil sie seinen schlaue kalkulierenden Charakter fälschlicherweise als Fügsamkeit einschätzte.

In den folgenden Jahren erkämpfte sich Gheorghiu-Dej einen Platz in der Führungsgruppe der eingekerkerten Kommunisten. Auf der Geheimkonferenz der Emissäre des Moskauer «Büros» mit den Häftlingen des Gefängnisses von Targu-Jiu im April 1944 sah er die Zeit gekommen, sich an die Spitze der Partei zu setzen. Er denunzierte Foris bei dem NKWD-Abgesandten Bodnaras als Agent provocateur und Polizeispitzel. Bodnaras hatte seit 1933, dem Beginn seiner Emigration in die Sowjetunion, hinreichend gelernt, alle Denunziationen und Manipulationen für triftig zu halten, und so schenkte er auch dieser Anschuldigung Glauben. Auf seinen Antrag beschloss die Konferenz, Foris seines Postens zu entheben und Gheorghiu-Dej zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei zu ernennen. Nach der Machtübernahme wurde Foris Ende 1944 verhaftet und zwei Jahre später ohne Gerichtsverhandlung ermordet. Der erste Konkurrent war «gesäubert». Seine Eliminierung wurde nicht von Stalin oder Berija verordnet, sie war das Werk von Gheorghiu-Dej.

Nach der Umwandlung Rumäniens in einen Satellitenstaat schwelten in der Parteiführung hinter der Fassade der Einheit die Fraktionskämpfe weiter. Gheorghiu-Dej war Generalsekretär der Partei, seine Gefängnisgenos-

sen sassen im Politbüro und im ZK, doch im Kabinett bekleideten sie nur verhältnismässig zweitrangige wirtschaftliche Positionen. Die eigentliche Macht lag in den Händen des ehemaligen Moskauer «Büros». Bodnaras, Georgescu und Pintilie Bodnarenko besetzten, unter Kontrolle der MWD, die Schlüsselpositionen der Armee, der Sicherheitspolizei und des Innenministeriums. Ana Pauker und Vasile Luca hatten das Aussen- und das Finanzministerium inne und diktierten mit direkter Unterstützung Stalins, über die Köpfe der «Einheimischen» hinweg alle wichtigen Entscheidungen des Politbüros.

Die dritte Fraktion war mit dem Mord an Foris zerschlagen. Sein Freund Remus Koffler blieb zwar noch auf freiem Fuss, wurde aber nicht mehr in das ZK gewählt und verschwand von der politischen Bühne. Und Patrascanu blieb isoliert. Nur sein Ansehen in der rumänischen Öffentlichkeit, seine Popularität unter den Intellektuellen, den Studenten und den demokratischen Koalitionspartnern der Übergangsperiode hinderten Gheorghiu-Dej daran, auch diesen Konkurrenten sofort aus dem Weg zu räumen. Es war schliesslich Patrascanu gewesen, der als Repräsentant der Kommunisten in der Patriotischen Front den Sturz Antonescus erzwungen, der als einziger Vertreter der Kommunistischen Partei im ersten Nachkriegskabinett einen Posten, den des Justizministers, bekleidet, der auch als einziger Kommunist der rumänischen Waffenstillstandsdelegation angehört hatte. In den Massenversammlungen war zu jener Zeit der Ruf «Patrascanu an die Macht!» die populärste Parteiparole.

Gheorghiu-Dej betrachtete Patrascanu von Anfang an mit grossem Misstrauen, und er fand darin in Ana Pauker, Luca und ihrer Moskauer Fraktion willige Verbündete. Patrascanus Kultiviertheit, sein undogmatischer Intellekt erschienen beiden Fraktionen als «bourgeoise Arroganz», seine enge Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteiführern in der Illegalität und im Rahmen der Koalitionsregierungen erweckte bei ihnen den Verdacht, dass er von der Ideologie des Klassenfeindes angesteckt worden sei.

Aufgrund dieses Misstrauens wurde auf der ersten Nationalen Parteikonferenz vom 16. Oktober 1945 Patrascanu zwar noch ins neue ZK, jedoch nicht mehr ins Politbüro gewählt.⁴⁵ Im Juli 1946 fasste Gheorghiu-Dej nach und kritisierte in seinem Bericht an das ZK die «chauvinistische» Position Patrascanus: Dieser habe auf einer Massenversammlung des un-

garischen Minderheitsverbandes die vorangetragenen rot-weiss-grünen Fahnen beanstandet und gesagt, in Rumänien müssten die vordersten Fahnen immer die rumänischen sein, erst hinterher kämen die anderen. Der Chauvinismus-Vorstoss von Gheorghiu-Dej liess schon die Beschuldigung des «sowjetfeindlichen Verhaltens» anklingen.

Das «Problem Patrascanu» schien jedoch mit der Beschneidung seines Parteieinflusses erledigt zu sein. Er behielt seinen Schlüsselposten als Justizminister und erwies sich darin als treuer stalinistischer Funktionär. Der spektakuläre Prozess gegen den Oppositionsführer Maniu und achtzehn andere Angeklagte der Nationalen Bauernpartei war nur die sichtbare Spitze des Terrors. Die Zahl der in den ersten vier Jahren hingerichteten tatsächlichen und vermeintlichen Regimefeinde wird auf 75.000 geschätzt. Der Justizminister war zweifellos einer der Architekten des blutigen Terrors, wenn auch in einer Nebenrolle neben den von der MWD kontrollierten Sicherheitsorganen des Innenministers Georgescu.

Rumänien bot den unmittelbaren Anstoss zum Stalin-Tito-Konflikt, der mit der in Kapitel 2 behandelten Bukarester Pressekonferenz Dimitrows im Januar 1948 einsetzte. Die Sowjetunion reagierte heftig auf die Föderationspläne unter Titos Führung. Am 10. Februar kanzelte Stalin in Moskau den gedemütigten Dimitrow ab, gleichzeitig liess er durch Ana Pauker der rumänischen KP die vertrauliche Aufforderung zukommen, sich von den Jugoslawen zu distanzieren. Zwei Tage später, am 12. Februar, ordneten die rumänischen Behörden die Entfernung aller Tito-Bilder aus den Schaufenstern an. Schon bald wurden die Warnungen aus Moskau schärfer: Die rumänische Partei habe sich von nationalistischen, chauvinistischen Elementen zu säubern.

Gheorghiu-Dej erfasste die Lage überaus rasch. Er wusste genau, wie misstrauisch und herablassend die Moskowiter-Troika Pauker-Luca-Georgescu der «rumänischen Fraktion» gegenüberstand, er wusste auch, dass er unverzüglich Moskau seine Ergebenheit zu demonstrieren hatte, noch bevor der Verdacht des «Titoismus» auf ihn und seine Gruppe fiel.

Patrascanu war ein ideales Opfer, das sich der ansetzenden Jagd nach «sowjetfeindlichen Tendenzen» geradezu anbot. Er war politisch isoliert,

seiner Basis sowohl innerhalb der Partei als auch unter den Intellektuellen beraubt, und hatte nach der Abkehr von der Bündnispolitik mit den demokratischen bürgerlichen Parteien seine Schuldigkeit getan. Er war der «rumänischen» und auch der «Moskauer» Fraktion ein Dorn im Auge. Daher hatte Gheorghiu-Dej keine Schwierigkeiten, zunächst Pauker und durch sie Stalin zu überzeugen, dass Patrascanu zu liquidieren sei.

Der Angriff erfolgte am 22. Februar 1948, auf dem Gründungskongress der durch die Aufsaugung der Sozialdemokraten entstandenen vereinigten Rumänischen Arbeiterpartei. Georgescu beschuldigte Patrascanu, unter den Einfluss der Bourgeoisie geraten und ein Exponent der bürgerlichen Ideologie geworden sein; er habe die Kräfte der Reaktion stets überschätzt und damit vor dem Klassenfeind und seinen westlichen imperialistischen Helfershelfern kapituliert. Während der Anschuldigungen sass der Angeprangerte stumm auf dem Podium. Auf Antrag Georgescus beschloss der Kongress, Patrascanu aus dem ZK auszuschliessen, gleichzeitig wurde er auch seines Postens als Justizminister enthoben.

Je mehr sich der Tito-Stalin-Konflikt verschärfte, umso dringender erschien es Gheorghiu-Dej, den Verdacht seiner Moskauer Meister von sich abzulenken. Als im Mai 1948 Berija der MWD den Auftrag gab, in den Satellitenstaaten «Titoisten» aufzuspüren, hatte Gheorghiu-Dej ein leichtes Spiel. Im Gegensatz zu allen anderen Volksdemokratien sei in Rumänien das Opfer bereits öffentlich gezeichnet, Berija brauche gar keine langen Nachforschungen anzustellen, argumentierte er. Berija und Stalin liessen sich überzeugen und gaben ihre Zustimmung, Patrascanu unverzüglich verhaften zu lassen.

Kurz danach, am 10. Juni, fand eine Plenarsitzung des ZK der Arbeiterpartei statt, um die politische Rechtfertigung des vorzubereitenden Schauprozesses zu liefern. Wieder war es ein «Moskowitz», diesmal Vasile Luca, hinter dem sich Gheorghiu-Dej versteckte. «Die Position Patrascanus ist ein typisches Beispiel für das Verlassen der Politik des Klassenkampfes gegen die Ausbeuter und für die Kollaboration mit den ausbeutenden Klassen», hiess es in der abschliessenden Resolution des ZK. Patrascanu habe zuerst, im Gegensatz zu der Parteilinie, die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gefordert, später sei er für ein Bündnis mit der

gesamten Bauernschaft, einschliesslich der Kulaken, eingetreten. Er habe versucht, die Geschichte des heroischen Kampfes der rumänischen Arbeiterklasse zu verfälschen, und verleumderische Artikel über den mangelnden Einfluss der Partei auf die Arbeiterklasse verfasst. Er schreibe die führende Rolle nicht dem Proletariat, sondern der Bourgeoisie zu, verfolge eine Politik der Versöhnung gegenüber den Reaktionären und den Grossgrundbesitzern, seine Linie des Nationalismus und Chauvinismus stehe im Gegensatz zu der Lehre Lenins und Stalins in der Nationalitätenfrage. «Patrascanu wurde somit zum Wortführer der Ideologie und der Interessen der Bourgeoisie innerhalb unserer Partei. Die Partei wies seine gegenrevolutionären ‚Theorien‘, die vom Klassenfeind inspiriert worden sind, entschieden zurück.» (Zit. n. Ionescu 1976, S. 152)

Zur Zeit der Plenarsitzung war die polizeiliche Untersuchung des Staatssicherheitsdienstes unter Leitung der MWD-«Berater» schon im Gange, um der «verbrecherischen Tätigkeit» des verhafteten Patrascanu nachzuspüren, doch sie blieb vorerst richtungslos, sie konnte die später konkretisierten Grundrisse des osteuropäischen Terrors noch nicht vorwegnehmen. Die voreilige Verhaftung erfolgte zwei Monate vor der Exkommunizierungskonferenz des Kominform (die bezeichnenderweise im «gesäuberten» Bukarest abgehalten wurde), die Vorwürfe spiegelten daher bloss den Zwischenstand des Stalin-Tito-Konflikts wider, wie er in dem damals noch unpublizierten Briefwechsel zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen ZK zum Ausdruck kam. Die Beschuldigung Patrascanus, eine «nationalistisch-chauvinistische Linie» befolgt zu haben, und insbesondere der Angriff auf seine angebliche Bündnispolitik mit der ganzen Bauernschaft einschliesslich der Kulaken, stellten die schon damals unmissverständliche Verbindung zum «Titoismus» her.

Der Zeitvorsprung wurde jedoch von Berija schon sehr bald korrigiert. Die MWD bekam den Auftrag, den «rumänischen Sektor» mit der umfassenden stalinistischen Säuberung in den anderen Satellitenstaaten zu koordinieren und die Untersuchung in die von Moskau vorgeschriebene neue Richtung zu lenken. Das zu erstellende Drehbuch folgte genau dem für Bulgarien und Ungarn entworfenen Schema. Patrascanu durfte kein blosser politischer Abweichler bleiben, er musste zu einem Polizeispitzel

abgestempelt werden, kein Einzelgänger, sondern Haupt einer Verschwörerbande mit jugoslawischen und imperialistischen Verbindungen.

Zum «Beweis» der Verräterrolle Patrascanus wurde Remus Koffler verhaftet, ein Freund und Untergrundgenosse von Stefan Foris, dem einstigen Generalsekretär der Partei, den Gheorghiu-Dej 1944 als Polizeispitzel denunziert hatte und zwei Jahre später ermorden liess. Koffler musste «gestehen», zusammen mit Foris Denunziant der Siguranta, der monarcho-faschistischen Polizei, gewesen zu sein und Patrascanu im Jahr 1941 für deren Dienste angeworben zu haben; Patrascanu habe daraufhin viele Genossen denunziert – u.a. Georgescu und Ion Gheorghe Maurer, den Verteidiger Ana Paukers im Kommunistenprozess von 1936.

Neben Koffler bestand die vom sowjetisch-rumänischen Sicherheitsdienst zusammengestellte «Verschwörerbande Patrascanus» aus Funktionären der jugoslawischen Minderheitsorganisation und aus einer politisch nur ganz peripheren Gruppe von Intellektuellen. Dazu gehörten der Ökonom und Philosoph Belu Silber, der Musiker und Folklorist Harry Brauner, die Malerin Lena Constante und der Architekt Calmanovici. Der ehemalige Pariser Konsul Torosian hatte angeblich für die Verbindung Patrascanus zu den westlichen Spionageagenturen gesorgt, zunächst zum französischen Deuxième Bureau, dann zum britischen Intelligence Service. Die jugoslawischen Funktionäre wurden in «titoistische Agenten» umpolitisiert und für die vermeintlichen Kontakte zwischen Patrascanu und Tito verantwortlich gemacht. Schliesslich wurde der «Verschwörerbande» auch Ion Mocsony-Stircea zugeschlagen, der ehemalige Leiter der Königlichen Palastgarde, der bei der Verhaftung Antonescus eine prominente Rolle gespielt hatte. Er sollte jetzt die Zusammenarbeit Patrascanus mit den Monarcho-Faschisten «beweisen» (s. Ionescu 1976, S. 155).

Der Patrascanu-Schauprozess war für das Frühjahr 1950 vorgesehen, als plötzlich von Berija die Weisung kam, die Verhandlung zu vertagen. Die Gründe dafür sind bis heute nicht bekannt. Gerüchte in Bukarest wollten wissen, dass Patrascanu nicht vor Gericht gestellt werden konnte, weil er unter den Foltern einen psychischen Zusammenbruch erlitten hatte. Wahrscheinlich trifft jedoch die Annahme eher zu, dass unmittelbar nach den Rajk- und Kostow-Prozessen, in deren Rahmen Hunderte von führen-

den Partei- und Regierungsfunktionären verhaftet worden waren, die blasse Kopie in Bukarest den Sowjet-Regisseuren als völlig unzureichend erschien. Sie drängten vermutlich auf eine Ausweitung der Säuberungen, auf die Einbeziehung der Heim-Kommunisten, der «rumänischen» Fraktion um Gheorghiu-Dej in das Fangnetz.

Gleichzeitig begannen nämlich Pauker und Luca eine Kampagne innerhalb der Parteiführung gegen die rund 300 rumänischen Freiwilligen der Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg. Viele von ihnen sassen in verantwortungsvollen Positionen, manche sogar im ZK und im Politbüro, so Petre Borila, Leiter des Politischen Direktorats der Armee, Leonte Rautu, Leiter der Agitprop-Abteilung und Chefideologe der Partei, Valter Roman, Minister für Post- und Telegraphenwesen. Gheorghe Vasilichi, ein Eisenbahnarbeiter, der zusammen mit Gheorghiu-Dej den Streik von Grivita geleitet hatte und nach der Machtübernahme ins ZK gewählt wurde, befand sich in einer besonders kritischen Position. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis war er nach Spanien gegangen, hatte die Kriegsjahre in Frankreich verbracht und wurde nach seiner Rückkehr ein enger Freund Patrascanus. Für Berija und Pauker gehörten die «Spanier» zu den «potentiellen Spionen», die in den Schauprozess einbezogen werden sollten. Weshalb sie nicht unter die Räder kamen, ist bis heute ungeklärt. Viel später, im Jahre 1961, erklärten Borila und Roman, nur der Widerstand von Gheorghiu-Dej habe sie vor der Verhaftung geschützt (s. das Protokoll der ZK-Sitzung vom 28.11.1961, zit. in Ionescu 1976, S. 53). Die Behauptung erscheint glaubwürdig: Gheorghiu-Dej schützte sie, um sich selber und seine Fraktion zu schützen.

Eine Ausweitung der «Patrascanu-Affäre» konnte nur dann verhindert werden, wenn es ihm, dem grossen Manipulator, gelang, die Fraktion des Moskauer «Büros» zu spalten. Nicht nur die angegriffenen Borila und Rautu, auch Verteidigungsminister Bodnaras und Sicherheitschef Bodnarenko schlossen sich Gheorghiu-Dej an und isolierten damit in der Parteit Spitze die Troika Pauker-Luca-Georgescu. Zu einer Zeit, wo Stalin den Parteiführern jüdischer Abstammung mit wachsendem Misstrauen gegenüberstand, hatte sich die damals enge Verbindung der Rabbiner-Tochter Pauker zum Sowjet-Diktator stark gelockert. Noch im Mai 1950 drängte Berija auf eine Vertagung des Patrascanu-Prozesses, um mit Hilfe der ru-

mänischen Troika die Opferliste auszuweiten. Der Zeitpunkt erwies sich jedoch als ungünstig, das Moskauer «Büro» zerfiel, der Einfluss seines Kernes schwand zusehends. Und als im Mai 1951 die Partei den 30. Jahrestag ihrer Gründung feierte, war Gheorghiu-Dej, mit Unterstützung Stalins, nicht mehr nur dem Namen nach, sondern auch tatsächlich im Besitz aller Machtbefugnisse. Ein weiteres Jahr später, im Mai 1952, begann die Liquidierung der Pauker-Luca-Georgescu Fraktion. Nun wäre es durchaus vorstellbar gewesen, dass der verhaftete Luca als Teilnehmer oder gar als Oberhaupt der Patrascanu-Verschwörung in einen grossen Schauprozess einbezogen worden wäre, wie es wenige Monate zuvor in Prag mit Slánský geschah. Doch es kam nicht dazu, die Patrascanu-Gruppe wurde nicht ausgeweitet – aus Gründen, die ich bei der Behandlung des Luca-Prozesses noch darlegen werde.

Mit dem Beschluss, die Patrascanu-Gruppe auf ihre ursprüngliche Zusammensetzung zu beschränken, fiel auch Sinn und Zweck eines öffentlichen Schauprozesses weg. Im Vergleich zu den ungarischen, bulgarischen und tschechoslowakischen Prozessen wäre der rumänische viel zu wenig repräsentativ gewesen. Er hätte dem stalinistischen Terror-Konzept keine neuen Aspekte hinzugefügt, und Gheorghiu-Dej konnte immer wieder darauf hinweisen, dass der «Titoismus» in Rumänien mit der Verhaftung Patrascanus eher als in allen anderen Volksdemokratien liquidiert worden war.

Der Beginn des Prozesses zögerte sich immer weiter hinaus, zunächst wegen der langsamen, vorsichtigen Entmachtung der Troika Pauker-Luca-Georgescu, die sich von Februar bis September 1952 hinzog. Später waren es die zunehmenden Gerüchte aus Moskau über den körperlichen Verfall Stalins und die hinter den Kulissen einsetzenden Machtkämpfe, die Gheorghiu-Dej abwarten liessen. Schliesslich stellten der Tod Stalins, die Hinrichtung Berijas, die bereits im Sommer sich abzeichnende, tastende Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, vor allem aber Chruschtschows Entstalinisierungskampagne und sein Druck auf die Satelliten für eine Revision der Schauprozesse und Rehabilitierung ihrer Opfer die rumänische Parteiführung vor eine gänzlich neue Lage. Die voreilig begonnene «Patrascanu-Affäre» musste verspätet und deshalb so schnell wie möglich zu einem Ende gebracht werden.

Gheorghiu-Dej hatte im Mai 1948, Berija vorgreifend, Patrascanu verhaften lassen, um sich vor dem Verdacht des «Titoismus» zu bewahren. Jetzt, fast sechs Jahre später, bewahrte er sich, Chruschtschow vorgreifend, mit der Ermordung Patrascanus davor, einen Kommunisten rehabilitieren zu müssen, der in der Entstalinisierungsphase seine Macht gefährden könnte.

Im März 1954 wurde die Anklageschrift fertiggestellt. Sie enthielt nun keinerlei «Geständnisse» mehr, in denen sich die Häftlinge ihrer Verbindungen zu «Tito und seiner Clique» bezichtigten. Der Geheimprozess gegen Patrascanu und acht Mitangeklagte fand vom 6. bis 14. April 1954 vor dem Bukarester Militärgericht unter dem Vorsitz des Obersten Ilie Moiescu statt. Nach der neuen enttitoisierten Version war Patrascanu Haupt einer Spionage- und Verschwörergruppe. Durch Vermittlung von Foris und Koffler war er während des Krieges angeblich in den Dienst der faschistischen Siguranta getreten und hatte führende Kommunisten an die Polizei verraten. Seine vor der Partei verschwiegene Spitzeltätigkeit ermöglichte es den imperialistischen Spionageorganisationen, ihn als Agenten anzuwerben, um innerhalb des ZK mit einer nationalistisch-chauvinistischen Politik die Einheit der Partei zu zersetzen und der Bourgeoisie bzw. den feudalen Grossgrundbesitzern wieder an die Macht zu verhelfen. Gheorghe Tatarescu, der einstige Führer der Linksliberalen, wurde aus seiner Gefängniszelle geholt, um als «Zeuge» seinen vorgeschriebenen und sorgfältig einstudierten Text auszusagen: Patrascanu habe während der Pariser Friedenskonferenz im Juli 1946 von westlichen Spionageagenturen die Anweisung erhalten, Rumänien von der Sowjetunion abzuspalten und es ins imperialistische Lager zu überführen. Der Beschuldigte, nach sechs Jahren Haft und Folter völlig gebrochen, schlüpfte bei dieser «Zeugenaussage» plötzlich aus der ihm zugeteilten Rolle des geständigen Verbrechers und unterbrach die Aussage Tatarescus. Ein der Verhandlung beiwohnender Augenzeuge hat in der rumänischen Exilzeitschrift *Vocea Libertati* Patrascanus Ausbruch so wiedergegeben: «Wenn solch ein Abschaum der Geschichte gegen mich, einen Kommunisten, aufgeführt wird, um zu beweisen, dass ich kein Kommunist bin, so beweist das nur, wie tief die rumänische Partei gesunken ist, wenn sie in diesem abscheulichen Prozess mangels auch nur des kleinsten Beweises

zu solch einem niederträchtigen Zeugen greifen muss.» (Zit. n. Ionescu 1976, S. 156)

Der zornig-verzweifelte Ausbruch Patrascanus änderte freilich nichts an dem schon im Voraus von Gheorghiu-Dej und seinem Politbüro vorgeschriebenen Verfahrensausgang. Das Militärgericht sprach alle Angeklagten schuldig und verurteilte Lucretiu Partrascanu und Remus Koffler zum Tode. Die Angeklagten Belu Silber, A. Stefanescu und E. Calmanovici wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus, Ion Mosony-Stircea und H. Torosian zu Kerkerstrafen von 15, Harry Brauner und Lena Constante von 12 Jahren verurteilt.

Die voreilige Verhaftung Patrascanus verschärfte bloss die latente Spannung zwischen der Gheorghiu-Dej- und der Pauker-Fraktion.⁴⁶ Es ging, entgegen allen späteren Rechtfertigungen und offiziellen Darlegungen, keineswegs um die «korrekte» politische Linie, schon gar nicht, wie rückblickend aus einer gänzlich veränderten Situation oft in der westlichen Literatur gefolgert wird, um den ersten Versuch, den sowjetischen Einfluss abzuschütteln. Es gab keine ideologischen Differenzen zwischen den beiden stalinistischen Fraktionen – es konnte sie gar nicht geben in einem Satellitenstaat, wo sämtliche Entscheidungen zumindest von den sowjetischen «Beratern» vor Ort, meist jedoch in Moskau selber getroffen wurden.

Gheorghiu-Dej war, wenn möglich, noch stalinistischer und sowjethörriger als Pauker oder Luca. Auf der Bukarester Kominform-Konferenz im Juli 1948 war er es, der den ehrenvollen Auftrag erhielt, den Verdammungsbeschluss gegen Tito zu verkünden. Im November 1949, auf der letzten Sitzung der Kominform, war er der lautstärkste Redner gegen die jugoslawische Partei, die, wie er sagte, «in die Hände von Mördern und Spionen geraten» war. In den folgenden Jahren liess er fast die gesamte serbische und kroatische Minderheitsbevölkerung als «Agenten Titos» ins Landesinnere deportieren, und er stand an der Spitze der Zwangskollektivierung, in deren Verlauf 80.000 Bauern als «Saboteure» erhängt oder eingekerkert und noch weit mehr ohne Gerichtsurteil in Konzentrationslager gesperrt wurden.

In seinen Intrigen ging es einzig darum, das vierköpfige Sekretariat des Politbüros von seinen drei Widersachern Ana Pauker, Vasile Luca und Teohari Georgescu zu säubern und die Alleinherrschaft über die Partei zu

erringen. Die ungarische Abstammung Lucas und die jüdische Paukers waren zweifellos glückliche Zufälle, die er sich in seinem Machtkampf demagogisch zunutze machen konnte. Der Umstand hingegen, dass alle drei aufgrund ihrer Moskauer Emigration enge persönliche Beziehungen zu Stalin, Molotow und Berija unterhielten, war ein Hindernis, das bis zum Slánský-Prozess unüberwindlich zu sein schien. Erst als in Prag die bisher als unantastbar geltenden «Moskowiter» Slánský, Geminder, Reicin zum Opfer freigegeben wurden, fiel auch in Bukarest diese Barriere. Gheorghiu-Dej konnte nun den «ungarischen Nationalismus» Lucas als rumänisches Gegenstück zum «slowakischen Nationalismus» von Clementis sowie Ana Pauker als die potentielle Agentin des Zionismus in Rumänien denunzieren.

Es gab jedoch einen bezeichnenden Unterschied. In Prag waren es Stalin und Berija, die Gottwald die Verhaftung der «slowakischen Nationalisten» und der «zionistischen Agenten» aufzwangen. In Bukarest hingegen gelang es Gheorghiu-Dej, dem Meister der Manipulation, Stalin und Berija vorzugreifen – ähnlich wie zuvor in der Patrascanu-Affäre. Er nahm die neue Phase der stalinistischen Liquidationen zum Vorwand, um in Moskau den Schauprozess gegen Luca, den Sturz Paukers und Georgescus zu erwirken, die sowjetischen Herrscher als Werkzeuge für die Erringung der uneingeschränkten Macht zu benutzen.

Es ist sehr schwer, den Gang der Ereignisse zu schildern, ohne den Legenden und Fälschungen aufzusitzen, die nach 1953 von Gheorghiu-Dej in immer neuen Varianten zur «Erklärung» der Liquidierung der Moskauer Gruppe herangezogen wurden. Zuerst behauptete er, er habe damit die Entstalinisierung der rumänischen Partei noch vor dem Tode Stalins vollbracht, später dann, er habe die Unabhängigkeit der Partei und des Staates von «fremden», d.h. sowjetischen, unrumänischen, jüdischen Einflüssen wieder hergestellt (s. Ionescu 1976, S. 213ff.; Lendvai 1968, S. 310ff).

Die zweite Phase der Säuberungen hatte in Wirklichkeit weder mit «Entstalinisierung», noch mit «Entsowjetisierung» irgendetwas zu tun. Gheorghiu-Dej begann den Machtkampf sehr vorsichtig. Nachdem es ihm gelang, wie bereits erwähnt, die Moskauer Gruppe zu spalten und damit die Troika Pauker-Luca-Georgescu in der Parteiführung zu isolieren, wagte er im Sommer 1950 den ersten nachdrücklichsten Vorstoss. Am 23.

Juni veröffentlichte er in der Kominform-Zeitschrift *Für einen dauerhaften Frieden* einen Artikel über die Fehler, die zu Beginn der Machtübernahme bei der Rekrutierung neuer Parteimitglieder begangen worden waren: Die für die Massenwerbung verantwortlichen Genossen – Pauker wurde nicht mit Namen genannt, doch jeder wusste, um wen es sich handelte – hätten nahezu 200.000 klassenfremden, moralisch korrupten Elementen, Karrieristen, Faschisten, Bourgeois-Nationalisten und Ausbeutern zum Mitgliedsbuch verholten und damit der Partei einen grossen Schaden zugefügt.

Dem ersten Vorstoss folgten bald, im Schlepptau der von der Sowjetunion lancierten Kampagnen gegen Kosmopolitismus, Nationalismus und Zionismus, die Säuberungen und Verhaftungen in den ungarischen und jüdischen Minderheitsorganisationen. Vasile Luca, ein Transsylvanier mit dem ursprünglichen Namen László Lukacs, hatte als Präsident der Ungarischen Volksunion noch unlängst Patrascanu öffentlich beschuldigt, einen anti-ungarischen Chauvinismus zu vertreten; jetzt wurden ihm selbst ungarische chauvinistische Tendenzen vorgeworfen, und Gheorghiu-Dej stellte seinen Schützling Alexandru Moghioros als «Aufpasser» an Lucas Seite. Die Jagd nach «Zionisten» hatte schon 1949 begonnen und betraf zunächst das Jüdische Demokratische Komitee. Im Jahr darauf wurden Dutzende von jüdischen Führern verhaftet, unter ihnen auch Verwandte von Ana Pauker, die wegen ihrer Verbindung zur mächtigen Politbüro-Sekretärin noch vor Kurzem als unantastbar galten.

Pauker und Luca, die allmählich in die Defensive gedrängt wurden, versuchten ihrerseits, ihre ehemaligen Freunde vom Komintern-Apparat und in der NKWD zu mobilisieren, und denunzierten Gheorghiu-Dej als einen verkappten Titoisten, der hinter der stalinistischen Fassade eine antisowjetische Linie zu verfolgen versuchte. Die Denunzierung hätte noch ein oder zwei Jahre vorher den Generalsekretär auf die Anklagebank gebracht, doch 1950/51 gehörten Pauker und Luca zu den neuen Verdächtigen, ihr Weg zu Stalin war versperrt. Auch Gheorghiu-Dej wandte sich an Moskau und beschuldigte die Troika Pauker-Luca-Georgescu der fraktionellen Tätigkeit und der Sabotage der sozialistischen Umgestaltung der rumänischen Wirtschaft.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, dass Stalin in diesem Wettlauf um seine Gunst Gheorghiu-Dej zum Sieger kürte. Ohne allerhöchste Unterstützung hätte dieser seine vorsichtige Zermürbungstaktik nicht aufgegeben, um zum offenen Angriff überzugehen. Die Beseitigung des isolierten Intellektuellen Patrascanu machte die Notwendigkeit nicht wett, den in die Parteispitze eingeschlichenen Feind zu entlarven, und Gheorghiu-Dej bot Moskau zur rechten Zeit drei prominente Opferkandidaten an. Er hat seinen Plan nicht voll verwirklichen können. Denn es waren wahrscheinlich Molotow, der Ana Pauker, und Berija, der Georgescu zu Hilfe eilte; sie konnten die beiden zwar nicht vor dem Sturz, doch vor der physischen Liquidierung retten. Vasile Luca wurde dem Schauprozess-Ritual preisgegeben.

Der offene Angriff gegen die Troika begann am 29. Februar 1952, drei Monate nach der Verhaftung Slánskýs in Prag.⁴⁷ Auf einer ZK-Tagung warf Gheorghiu-Dej dem Finanzministerium und der Nationalbank, beide unter Lucas Leitung, schwere Verfehlungen bei der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens vor. Luca habe die Mahnungen des Zentralkomitees nicht beherzigt und in den von ihm kontrollierten Institutionen eine Politik verfolgt, die die Diktatur des Proletariats unterminierte. Auch Pauker und Georgescu wurden scharf kritisiert: Beide hätten gegenüber Luca eine versöhnliche Haltung eingenommen, dadurch dem Eindringen des Klassenfeindes in wichtige wirtschaftliche Positionen Vorschub geleistet und die rechtzeitige Ausmerzungen der Schäden verhindert. Luca übte Selbstkritik. Er räumte ein, eine rechtsabweichlerische Politik verfolgt zu haben, der er sich erst jetzt bewusst geworden sei, und versprach, seine Fehler zu korrigieren und sich strikt an die Parteilinie zu halten.

Dem von Gheorghiu-Dej völlig beherrschten ZK genügte das jedoch nicht. In einem Rundschreiben an die Parteiorganisationen wurden die Beschuldigungen wiederholt. Damit kam die Abrechnung mit Luca, Pauker und Georgescu der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis und wurde die Atmosphäre zu einem Schauprozess psychologisch vorbereitet. Das ZK beschloss ferner, einen Sonderausschuss zur Untersuchung der Tätigkeit der Beschuldigten einzusetzen. Als der Ausschuss am 13. März die Troika vorlud, widerrief Luca, mit Unterstützung von Georgescu und Pauker, sei-

ne Selbstkritik. Sie hatten gemerkt, dass ein Kompromiss mit Gheorghiu-Dej nicht mehr möglich war, und versuchten, Widerstand zu leisten.

Es war jedoch schon zu spät. Die für den 26. Mai 1952 einberufene Plenarsitzung des ZK beschloss, Luca seines Postens als Finanzminister und Georgescu des seinen als Innenminister zu entheben. In einer Erklärung warf das ZK Luca vor, mit dem Widerruf der Selbstkritik sein Versprechen, der Parteilinie treu zu bleiben, gebrochen zu haben. Mit seiner verstockten Haltung vor dem Untersuchungsausschuss habe er sich gegen die Parteiführung aufgelehnt und versucht, sie zu spalten, indem er andere ZK-Mitglieder für seine rechtsopportunistische Auffassung gewinnen wollte. Der Untersuchungsausschuss habe festgestellt, dass er die Währungsreform sabotiert, die Kollektivierung der Landwirtschaft untergraben und die Überreste der kapitalistischen Marktwirtschaft geschützt habe. Das ZK beschloss daher einstimmig, Luca aus der Partei auszuschließen und zugleich seinen «Fall» der Zentralen Parteikontrollkommission zu übergeben.

Der ZK-Beschluss enthielt auch eine scharfe Kritik an den beiden anderen Troika-Mitgliedern. Sowohl Pauker als auch Georgescu hätten die korrekte leninistisch-stalinistische Linie der Partei verlassen, ihre Abweichung hinge mit ihrem aristokratischen Lebensstil, ihrer Isolierung von den Massen zusammen. Ana Pauker wurde aus dem Politbüro und dem Sekretariat entfernt. In Anbetracht der Tatsache jedoch, dass sie einige ihrer Fehler eingestanden habe, durfte sie im Organisationsbüro der Parteizentrale und an der Spitze des Aussenministeriums verbleiben. Und Georgescu wurde vorgeworfen, dass seine versöhnlerische Haltung gegenüber Luca der Ausdruck einer rechtsopportunistischen Ideologie sei, dass sein Mangel an proletarischer Wachsamkeit es den Feinden des Sozialismus und den Spekulanten ermöglicht habe, ungestraft ihre Wühlarbeit zu verrichten. Als Strafe wurde Georgescu aus dem Politbüro und dem ZK entfernt.

Wann genau Vasile Luca verhaftet wurde, kann nicht mehr festgestellt werden. Auf jeden Fall erfolgte die Verhaftung vor der nächsten ZK-Sitzung am 29. Juni, als Gheorghiu-Dej das Sündenregister um die Dimension des Kriminellen erweiterte und damit die Leitlinien des geplanten Schauprozesses bekanntgab: Luca habe die Entwicklung der Schwerindu-

strie sabotiert, feindliche Elemente in den Finanz- und Bankapparat eingeschleust, Zehntausende von Kulaken als Mittelbauern eingestuft und ihnen damit Steuerfreiheit verschafft, dem kapitalistischen Handel und der Spekulation die Türen geöffnet. Mit der Verhaftung Lucas hatte Gheorghiu-Dej endlich einen Prominenten geopfert, einen grossen rumänischen Fisch in Stalins osteuropäisches Fangnetz getrieben.

Luca hatte als junger Tischler an der ungarischen Räterepublik von 1919 teilgenommen, flüchtete nach Rumänien und war dort eines der Gründungsmitglieder der Partei. Er wurde immer wieder in das klandestine ZK gewählt, verbrachte insgesamt zehn Jahre in verschiedenen Gefängnissen, bevor er 1940 nach Moskau emigrierte und mit Pauker der Auslandsleitung der Partei angehörte.

Im Gefängnis des Sicherheitsdirektorats nahm die Karriere Lucas eine gänzlich andere Färbung an. Er musste Protokolle unterschreiben, wonach er bereits 1929 in die Dienste der monarchistischen Siguranta getreten sei und als bezahlter Polizeispitzel die Aufgabe erhalten habe, die Verräterclique des Trotzisten Marcel Pauker zu unterstützen. Seitdem habe er den Fraktionskampf gegen die leninistische Linie der Partei nie aufgegeben, sondern vielmehr während des Krieges seine Spalter- und Schädlingstätigkeit in Zusammenarbeit mit dem Verräter und Siguranta-Agenten Stefan Foris weitergeführt. Nach der Befreiung des Landes habe er im Dienste imperialistischer Auftraggeber die Wirtschaft sabotiert und den Kapitalismus in Rumänien wieder herzustellen versucht.

Zusammen mit Luca wurden sein Stellvertreter im Finanzministerium, Alexandru Jacob, sowie die beiden hohen Parteifunktionäre Ivan Solymos und Dumitru Cernicica verhaftet (s. Fricke 1971, S. 45). Sie sollten, in Verbindung mit der schon seit drei Jahren in Untersuchungshaft befindlichen Patrascanu-Gruppe, die Angeklagten eines «rumänischen Slánský-Prozesses» stellen.

Während in den Kellern des Staatssicherheitsdirektorats die Folter-Verhöre Lucas und seiner Mithäftlinge anliefen, ging die Entmachtung Ana Paukers weiter. Gezielt ausgestreute Gerüchte machten glauben, sie habe ihr Geld auf Schweizer Banken verschoben und sei durch ihre Familie in Israel mit westlichen Spionagediensten in Kontakt gewesen. Am 5. Juni 1952 wurde sie als Aussenministerin entlassen, am 12. September verlor sie ihren letzten Posten im Staatsapparat als stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, bald danach wurde sie auch aus dem Organisa-

tionsbüro der Partei entfernt. Das Gefängnis blieb ihr jedoch erspart, Stalins schützende Hand rettete sie vor der letzten Erniedrigung. Sie verschwand aus der Öffentlichkeit, wurde zur Un-Person. Von ihrem Tod im Jahre 1960 nahm niemand Notiz.

Öffentlich wurde der «Fall Pauker» von Gheorghiu-Dej niemals mit der gleichzeitig im Sowjetblock tobenden antisemitischen Hetzjagd in Verbindung gebracht, der Vorwurf des «Zionismus» nicht erhoben. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei, wo zu jener Zeit die blutige «Entjudung» der Partei ihren Höhepunkt erreichte, war der als Nachfolger Paukers ernannte neue Aussenminister Simon Buglici ebenfalls jüdischer Abstammung. Iosif Chisinevski, ein bessarabischer Jude, stieg nach Paukers Sturz ins Sekretariat des Politbüros, also in das innerste Machtorgan der Partei auf, und Leonte Rautu, ein anderer «Bessarabier», blieb Leiter der Agitprop-Abteilung des ZK und Chef-Ideologe der Partei (zum antisemitischen Aspekt s. Ionescu 1976, S. 213; Lendvai 1972, S. 289ff.).

Die Folterverhöre Lucas und seiner «Verschwörer- und Spionagegruppe» waren noch nicht abgeschlossen, als im März 1953 Stalin starb. Mit seinem Tod begrub Gheorghiu-Dej auch den Plan eines grossen öffentlichen Schauprozesses. Die «Patrascanu-Gruppe» wurde wieder von der «Luca-Gruppe» getrennt und im März 1954 vor das Militärgericht gestellt; über ihren Prozess habe ich bereits berichtet. Sechs Monate danach, am 10. Oktober, kam Luca an die Reihe – zu einer Zeit, wo in Ungarn die Überlebenden der stalinistischen Schauprozesse aus den Gefängnissen strömten und bereits die öffentliche Rehabilitierung Rajks und der anderen Ermordeten gefordert wurde. Im Gegensatz zu Ungarns Rákosi hielt sich in Rumänien der Mörder fest an der Macht. Eine Entlassung, gar eine Rehabilitierung Lucas hätte den Sturz von Gheorghiu-Dej bedeutet. Um politisch zu überleben, gab es für ihn keinen Weg zurück. Der Prozess musste stattfinden, allerdings ohne Aufsehen, in aller Stille – nicht, um daraus politisches Kapital zu schlagen, sondern um das Problem Luca verschwinden zu lassen.

In einem Geheimverfahren fällte das Militärgericht gegen Luca das Todesurteil, seinem Gnadengesuch wurde entsprochen und das Urteil in lebenslängliche Haft umgewandelt. Seine Mitangeklagten erhielten Zucht-

hausstrafen bis zu 25 Jahren. Luca starb 1960 im Gefängnis, im Alter von 62 Jahren.

«Sobald Pauker, Luca und Georgescu aus der Partei entfernt wurden, verschwand aus Rumänien das bleierne Gewicht des Stalinismus», sagte Gheorghiu-Dej im Oktober 1961. «Wir haben schon damals unsere Partei entstalinisiert, wir brauchen keine schwerwiegenden Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen oder irgendjemanden post mortem zu rehabilitieren.» (Zit. n. *Scinteia* vom 7.12.1961)

Gheorghiu-Dej starb im März 1965. Ein halbes Jahr nach seinem Tod wurde eine Untersuchungskommission mit der Überprüfung der Schauprozesse betraut. Die Hingerichteten, Foris, Patrascanu, Koffler, der im Gefängnis gestorbene Luca sowie die Überlebenden wurden von der Partei und vom Obersten Gerichtshof voll rehabilitiert. «Alle gegen sie erhobenen Anklagen waren unbegründet und erwiesen sich als grobe, während der Untersuchungshaft erfundene Fälschungen», stellte das ZK 1968 fest.⁴⁸

März 1950 – April 1952

Die von meinem Verhörer in Aussicht gestellte «Villa» erwies sich als das alte Gefängnis von Vác, in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze; aus den versprochenen sechs Wochen wurden viereinhalb Jahre. Mein neues Domizil befand sich in der Isolationsabteilung; eine winzige Zelle mit zwei schmutzigen, staubigen Strohsäcken, einem Klosettkübel, einem Wassereimer, einer Waschschüssel und unzähligen Wanzen, die nachts mein Blut saugten – zum Glück fanden sie das meines alten Freundes und Zellengenossen G. weitaus schmackhafter.

Wir hatten keine Bücher, keine Zigaretten, keinen Kontakt mit anderen Häftlingen. Und keinen Namen. Ich war Nummer 1020, lebendig begraben, vergessen, eine erledigte Akte. Wir bekamen keine Arbeit, keine Erlaubnis zum Spaziergang. Jeden Morgen öffnete sich die Zellentür, der Kübel wurde geleert, eine dünne Brotscheibe und ein Blechnapf voll lauwarmer Ersatzkaffee hineingereicht. Welche heissersehnte Überraschung, wenn hie und da statt der wässrigen Frühstückspempe eine Einbrennsuppe angeboten wurde, dünnzwar auch, doch durch eine Talgschicht heiss gehalten! Aber die Kost war die kleinste meiner Sorgen; ich bin kein grosser Esser und teilte mit meinem stets hungrigen Zellengenossen meine magere Mittags- und Abendration an widerwärtigen Bohnen und Linsen, an Sauerkraut und dehydrierten «Nylonkartoffeln», in der Aussenwelt nur als Tierfutter verwendet.

Einmal wöchentlich wurden wir rasiert (von einem wohlgenährten Kriegsverbrecher namens Bellák, Mitglied eines faschistischen Mordkommandos), ebenfalls einmal wöchentlich wurden wenige Blätter Toilettenpapier verteilt, und ein Häftling, der im Prozess gegen den Kardinal Mindszenty mitverurteilt worden war, schob einen Karren mit Medikamenten von Zelle zu Zelle und beschmierte meine vom Schmutz infizierte Haut mit einer roten Flüssigkeit. Jedesmal, wenn die Zellentüre geöffnet wurde, mussten wir aufspringen und in Habtachtstellung gehorsamst melden: «Die Zahl der Zelleninsassen ist zwei.» Das war unser einziger Kontakt mit den Gefängniswärtern.

Nach einigen Monaten lockerte sich die Isolation. Jeden Morgen wurden wir nun in die «Spinnerei» getrieben, in eine grosse Arbeitszelle, wo etwa 50 Häftlinge zwölf Stunden am Tag damit beschäftigt wurden, kurze Abfallfäden zu verknüpfen und aufzuhaspeln. Ich sah dort einige Freunde aus einer fernen, unwirklichen Vergangenheit wieder, hagere, graue Gesichter mit unsteten, angsterfüllten Blicken. Ich sah sie auch morgens während des viertelstündigen Spazierganges im Gänsemarsch rund um den Gefängnishof, die Hände auf dem Rücken gefaltet, die Köpfe gesenkt.

Für diesen kleinen Schritt aus der totalen Isolation mussten wir einen hohen Preis bezahlen. Die einst tödliche Stille der Einzelzelle wurde jetzt vom ununterbrochenen Gebrüll unserer Wärter abgelöst: «Halt das Maul!», «Schau nicht auf!», «Dreh dich nicht um, du faschistischer Mörder!» Nachts stürmten sie in unsere Zelle: «Aufstehen! Mit dem Gesicht an die Wand!», und durchsuchten die Zelle auf versteckte Schätze wie längere Fäden, Papierfetzen, Bleistiftstummel oder rostige Nägel, die wir vorschriftswidrig zu einem Selbstmordversuch verwenden könnten. Wehe dem, der während der Arbeit bei einem Geflüster ertappt oder bei dem ein verbotener Gegenstand gefunden wurde! Er wurde «krumm geschlossen» und musste bis zu sechs Stunden im Gefängniskorridor sitzen, die Hände an die Füsse gefesselt. Beim Vorbeigehen versetzten ihm die Wärter jedesmal einen Fusstritt, und es war für sie ein besonderer Spass, ihre Zigaretten im Ohr des Zusammengekauerten auszudrücken.

Nach etwa einem halben Jahr wurden wir von der Isolationsabteilung in das Hauptgebäude verlegt. Mein neues Heim war die Zelle Nr. 69, die ich mit neunzehn anderen Häftlingen teilte, alles «Rajkisten». Der Terror verschärfte sich. Von dem Moment an, wo unsere Zellentüre sich öffnete, bis zum Augenblick der abendlichen Sperrstunde schwebte das Grauen wie ein Damoklesschwert über uns. Niemand wusste, wann und weshalb er an die Reihe kam, um die Nacht krummgeschlossen zu verbringen, für Tage in die Dunkelzelle geworfen zu werden, oder bis zur völligen Erschöpfung auf Händen und Knien den Korridor entlangzuhüpfen.

Während der Verhöre hatten Folterungen noch einen Zweck, doch im Gefängnis waren sie völlig sinnlos. Unsere Sadisten wollten nichts mehr von uns, sie folterten um des Folterns willen. Die treibende Kraft war István Lehota, der es vom Wachkommandanten des Kellerverlieses der AVH-Zentrale in der Andrassy Strasse zum Gefängnisdirektor in Vác gebracht hatte. Damals schlug er noch selber, jetzt gab er die Befehle dazu.

Der Tag war die Hölle, doch an den Abenden und Sonntagen bot die Zelle Nr. 69 einen Schlupfwinkel vor dem Grauen. Es war zum grossen Teil unserem Kollektiv zu verdanken, dass ich diese Jahre überstanden habe, ohne den Verstand zu verlieren.

In der Einsamkeit der Kellerzelle des Untersuchungsgefängnisses war mein Denken völlig gelähmt gewesen. In der Marko Strasse hatten Vietoris und Reismann die ersten Breschen in meinen blinden Glauben an die Partei geschlagen, doch ihn nicht erschüttert. Sobald ich wieder meinen Vernehmern gegenüberstand, waren die Zweifel verflogen, ich klammerte mich an meinen Glauben wie ein Ertrinkender an den Rettungsring. Im Gefängnis von Vác gab es keinen Rettungsring mehr. Ich wusste jetzt, dass ich betrogen, benutzt worden war. Im Isolationstrakt, in geflüsterten Gesprächen mit meinem Zellengenossen G. – wir sprachen Schwyzerdütsch, denn auch die Wände mochten Ohren haben – versuchte ich erstmals mit klarem Kopf zu analysieren, was mit uns geschehen war, wollte ich die «abscheuliche Verschwörung entlarven» – nicht diejenige erfundener imperialistischer Spione, sondern die der Kommunistischen Partei, die bewusst und zynisch ihre Söhne auf dem Altar einer Lüge opferte. Wir nannten unseren Isolationstrakt «Attilas Gruft», die Grabstätte des Hunnenkönigs, die unauffindbar blieb, weil sämtliche Totengräber ermordet worden waren, um das Geheimnis zu bewahren. Unser bisher unbegreifliches Schicksal bekam allmählich Konturen, die Dimensionen von Wahrheit und Lüge, von Gut und Böse zeichneten sich langsam wieder ab. Doch immer wieder überfielen uns Zweifel – die Ungeheuerlichkeit war noch zu gross, um sie voll akzeptieren zu können: Es muss einfach etwas dran gewesen sein; zwar sind wir als kleine Fische unschuldig ins Netz geraten, doch Rajk und Szönyi, Politbüro- und ZK-Mitglieder können ja nicht völlig grundlos gehängt worden sein!

Erst im Kollektiv der Zelle Nr. 69 verschwanden auch die letzten Zweifel. Wir waren ein Mikrokosmos der Säuberung: «Westler» aus der Schweizer, französischen, englischen Emigration; «Jugoslawen», die mit Titos Partisanen gekämpft hatten; Interbrigadisten, die nach der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg in die Sowjetunion entkommen waren; Zeugen des öffentlichen Prozesses, die die Schuld der Hauptangeklagten zu beweisen hatten.

Jetztfielen uns die Schlussfolgerungen leicht: Sämtliche Aussagen waren erfolterte Lügen. Nicht die Gehängten und die Eingekehrten waren die Verbrecher, sondern die Organisatoren des Schauprozesses, also Stalin und seine ungarischen Komplizen. Die Säuberung war kein Irrtum, kein

Machtmissbrauch übereifriger Sicherheitsbeamten der AVH, sie war kommunistische Politik. Der Prozess entblösste wie ein chirurgischer Eingriff das Innerste des Systems, seinen von der dünnen Haut einer wunderschönen, verlogenen Ideologie verdeckten Mechanismus. Unser fanatischer Glaube hatte den Foltern widerstanden – jetzt brach er unter dem kollektiven Beweis unserer Unschuld zusammen. In der Hölle des Gefängnisses haben wir die Freiheit des Denkens wieder gewonnen.

Die Zelle Nr. 69 war meine politische Universität. Lebendig begraben in Attilas Gruft wussten wir mehr über den Stalinismus als je irgendjemand zuvor, waren wir doch seine Jünger und Opfer zugleich. Sogar im Gefängnis benutzten wir die marxistische Terminologie, um ihn zu analysieren, denn das war das einzige Denksystem, das uns geläufig war. Wir sangen proletarische Märsche, leise, damit es unsere proletarischen Wärter ja nicht hörten, denn das waren die einzigen Lieder, die wir kannten. Doch in uns allen war der alte Glaube unwiderruflich zerstört.

Nachdem später die stalinistischen Schauprozesse für ungültig erklärt und wir voll rehabilitiert worden waren, drehten sich einige von uns wieder um und nahmen erneuernde Positionen in der Partei und im Staatsapparat ein. Sie vergassen die Einsicht, die der chirurgische Eingriff in das Innere des Systems eröffnet hatte. Der Nach-Stalinismus verwendet das Skalpell nur mehr im äussersten Notfall und verordnet stattdessen lieber schmerzstillende Drogen und Betäubungsmittel. Die Behandlung bloss der Symptome eines chronisch kranken Systems, das sich verlogenerweise Sozialismus nennt, hat diesen damaligen Leidensgenossen zwar nicht den für immer zerschlagenen Glauben zurückgegeben, doch Machtpositionen und Privilegien angeboten, denen sie nicht widerstehen konnten.

Ich bin nicht in Ungarn geblieben und kann somit weder ein Urteil über sie fällen noch völlig den traurigen, hässlichen sozialpsychologischen Mechanismus erklären, der diese erbärmliche Mischung aus Selbstbetrug, Charakterschwäche und Kompromissbereitschaft ermöglicht. Ein Beispiel soll jedoch nicht unerwähnt bleiben:

M. hatte sich vom belgischen Exil nach Spanien zur Internationalen Brigade durchgeschlagen. Die Sowjetunion rettete ihn aus dem französischen Internierungslager, in Russland schloss er sich der Roten Armee an und kehrte mit ihr nach Ungarn zurück, wo er den Posten eines Polizeiobersten in der politischen Abteilung des Innenministeriums erhielt. In der Zelle Nr. 69 waren für mich seine Augenzeugenberichte über den stalinistischen Terror in der Sowjetunion, über die Armut und Zurückgeblieben-

heit im sozialistischen Paradies, über die tiefe Kluft zwischen Schlagwort und Wirklichkeit eine erschütternde Quelle der Umschulung. Nach unserer Freilassung wurde das Opfer zum Täter. M. trat der Staatssicherheitspolizei bei und nahm in leitender Position aktiv an den Verhaftungen und Verhören der kommunistischen Schriftsteller teil, die eine Rolle im antistalinistischen Aufstand von 1956 spielten. (Es gibt freilich andere, weit prominentere Beispiele, wie Kadar in Ungarn, Gomulka in Polen, Husák in der Tschechoslowakei. Ihre Verwandlungsprozesse wären eine eigene Studie wert).

Ein anderer meiner Professoren im Fach der Sowjetologie war Lajos Cséby. Er hatte sich bereits als junger Mann der misslungenen Räterepublik von 1919 angeschlossen. Sein Vater wurde von den Konterrevolutionären ermordet, ihm selbst gelang es, nach Jugoslawien zu entkommen. Dort arbeitete er in der ungarischen Sektion der Kommunistischen Partei und wurde 1932 an die Militäarakademie in Moskau geschickt. 1936 entsandten ihn die Sowjetbehörden als Politkommissar nach Spanien und holten ihn zwei Jahre später nach Moskau zurück. Er kämpfte in den Reihen der Roten Armee, leitete die ungarischen Propagandasendungen von Radio Moskau und war auch verantwortlich für die politische Indoktrinierung der ungarischen Kriegsgefangenen sowie dafür, sie in Partisanengruppen zu organisieren, um den antifaschistischen Widerstand im ungarischen Untergrund zu verstärken. Nach dem Krieg wurde Cséby zunächst Präsident des Partisanenverbandes im Range eines Generalmajors. Seine jugoslawische Vergangenheit brachte ihn später als «Titoisten» ins Gefängnis; zur gleichen Zeit wurde seine Schwester in Jugoslawien als Titofeindliche «Stalinistin» verhaftet. Er war ein prächtiges, seltenes Exemplar des viel propagierten, doch in Wirklichkeit kaum existierenden Ideals eines kommunistischen Revolutionärs – ein harter, hingebungsvoller Kämpfer, aus Liebe nicht zur abstrakten Menschheit, sondern zu den Menschen.

In der Zelle Nr. 69 erzählte mir Cséby über die blutigen Säuberungen in Moskau, die Hinrichtung von Béla Kún und der anderen ungarischen Kommunistenführer, über die Ausrottung der gesamten polnischen Komintern-Sektion – «nur die leeren Bänke blieben übrig», sagte er.

Nach unserer Freilassung bekam er seinen Rang und seine Position zurück. Als ich Ende 1956 beschloss, aus Ungarn zu emigrieren, ging ich zu M. und bat ihn, mir und meiner Familie einen Reisepass zu erteilen, denn ich könne in dieser Atmosphäre der Lüge nicht weiterleben. Er wies mich ab. Ich ging dann zu Cséby, und eine Woche später wurden mir die Pässe ausgehändigt. «Du hast recht», sagte er mir. «Ich würde auch ge-

hen, wenn ich könnte. Doch ich bin alt, mein ganzes Leben lang war ich ein Berufsrevolutionär, ich taue zu nichts anderem. Ich muss bleiben und meinen Mund halten.»

In der Zelle Nr. 69 erfuhr ich über Folterungen, denen gegenüber meine eigene Hölle in der Andrassy Strasse wie ein Kinderspiel anmutete. Zwar versuchten wir in der Intimität unserer Zellengemeinschaft uns vor der Erinnerung an die erlittenen Greuel zu bewahren, doch liess es sich nicht vermeiden, dass ab und an Bemerkungen fielen, aus denen sich langsam ein Schreckensbild ergab. Sogarjetzt, nach so vielen Jahren, bin ich nicht fähig, auch nur die kleine Hölle, die ich durchmachen musste, in Einzelheiten zu beschreiben. Denjenigen, die hierüber mehr wissen möchten, als ich darzustellen vermag, empfehle ich die Lektüre der ausgezeichneten Memoiren Freiwillige für den Galgen meines Mitopfers Béla Szász, der mit einer bewundernswerten Distanziertheit seine Qualen protokolliert: die anfänglichen Schläge und Salzfütterungen, dann die Wochen ohne Essen, Trinken und Schlaf, die qualvollen Schmerzen aufgrund der gebrochenen Rippen und zerschlagenen Nieren, zuletzt die Elektroschocks im Wasserbad, das Kriechen und Winden und Erbrechen, die wahnhaftige Agonie unter den Fusstritten und Knüppelschlägen der Sadisten. Und seine Hölle muss wohl nur eine blasse Kopie der Folter gewesen sein, die Rajk, Szönyi, Szalai und die anderen Hauptangeklagten zu erleiden hatten.

Die abendliche Freundschaft und Solidarität half uns, den tagtäglichen Terror zu ertragen, doch sie konnte meinen Schmerz über die totale Isolierung von der Aussenwelt nicht lindern. Wir durften keine Briefe schreiben, keine Nachrichten von unserer Familie erhalten, geschweige denn Besuch empfangen. Während meiner Verhöre war mir oft gesagt worden, dass auch meine Frau verhaftet worden sei, dass ich bald ihre Schmerzensschreie aus der Folterkammer nebenan hören werde. Kurz vor meiner Verhandlung versicherte mir Leutnant Faludi, das seien bloss leere Drohungen gewesen – «krude, unglückliche Tricks meiner Vorgänger», wie er sich ausdrückte. Marta sei zu Hause und wohlauf, sie warte ungeduldig auf meine baldige Freilassung. Aber ich wusste jetzt, dass Faludi ein Lügner war. Konnte ich also wissen, ob Marta wirklich frei ist? Hat man sie aus ihrer Stelle entlassen? Was denkt sie, was macht sie? Sie weiss nicht einmal, ob ich lebe oder hingerichtet worden bin. Werde ich sie je wiedersehen?

In einer Hinsicht sprach Faludi die Wahrheit: Die Dauer unserer Haftstrafen war eine blosse Formsache. Mit unserem Einblick in die Schauprozesse konnten wir nicht hoffen, die Unterwelt jemals wieder lebendig

zu verlassen. Jede Woche, jeder Monat in Attilas Gruft liessen die Realität der Freiheit mehr und mehr verblässen, sie wurde zu einem verschwommenen Traum. Die Zelle Nr. 69 bot die Illusion eines Schlupfwinkels, doch jeden Morgen kam unentrinnbar und unerbittlich das Erwachen: Die Unmenschlichkeit war die einzige Realität in diesem unterirdischen Tunnel, der ins Nichts führte.

Kapitel 10

Die unterbrochenen Schauprozesse in Ostdeutschland

Am 19. September 1949 sagte Tibor Szönyi im Budapester Rajk-Prozess aus, dass Field und die Jugoslawen in der Schweiz nicht nur zur ungarischen, sondern auch zu anderen Emigrantengruppen verräterische Verbindungen aufgenommen hatten, so «zu einer deutschen trotzkistischen Gruppe, deren Leiter Politzer war». Am Ende seiner Aussage antwortete er auf die Frage des Volksanwalts nach Gruppen, die die Amerikaner von der Schweiz aus über die Grenze geschickt und mit Spionage-Aufgaben betraut hatten: «In Bezug auf andere Länder habe ich in Verbindung mit Deutschland von einer solchen Gruppe Kenntnis.» «Wer waren dort die Personen?» «Dem Namen nach weiss ich von einer Person, Politzer.» «Ist das jenes Fräulein Politzer, das Sie bereits erwähnten?» «Ja. . .» (Zit. n. *László Rajk*. . . 1949, S. 183 u. 202)

Das war der erste öffentliche Hinweis auf den zukünftigen Prozessschauplatz Ost-Berlin. Zugleich wurde aber damit auch deutlich, wie problematisch die Stellung Ostdeutschlands im Stalinschen Säuberungskonzept war, denn eine Leiterin der deutschen Emigrantengruppe namens Politzer gab es gar nicht. Es verbietet sich anzunehmen, dass Szönyi sich etwa versprochen haben könnte: Jedes Wort war genau vorgeschrieben, jeder zu erwähnende Name sorgfältig geplant. Szönyi stand mit den deutschen Emigranten in engster, oft freundschaftlicher Verbindung. Eine lange Namensliste, die Szönyi und Noel Field unter der Folter zusammengestellt hatten, befand sich bereits seit Monaten in den Händen der sowjetischen MWD in Budapest, Moskau und Ost-Berlin. Dass Szönyi während der öffentlichen Verhandlung darauf nicht zurückgreifen durfte, verweist darauf, dass Stalin und Berija im Herbst 1949 noch unsicher waren, wie sie im zweigeteilten Deutschland vorgehen sollten.

Die KPD-Organisation in der Schweiz war während des Krieges die bei Weitem grösste und bedeutendste Exilgruppe. Sie hatte schon in den ersten Jahren nach Hitlers Machtergreifung mehrere Hundert Mitglieder und ihre Zahl wuchs mit der Zerschlagung der Exilzentren Wien, Prag, Paris und Marseille ständig an. Die Ausdehnung des faschistischen Machtbereichs machte schon bald die neutrale Schweiz zum wichtigsten Stützpunkt der deutschen kommunistischen Exilbewegung in Westeuropa.⁴⁹ Von hier aus wurden Kontakte zu den illegalen KP-Organisationen im Dritten Reich geknüpft, Flugblätter, Zeitungen und Propagandamaterial über die Grenze geschmuggelt, die Verbindung mit dem Pariser Auslandssekretariat unter der Führung von Franz Dahlem, Paul Bertz und Paul Merker aufrechterhalten. Nach der Verhaftungswelle in Paris und der deutschen Besetzung von Marseille im November 1942 gelang es Paul Bertz, illegal über die Schweizer Grenze zu kommen, um die Leitung der Exilgruppe zu übernehmen.

Eine der dringendsten Aufgaben der Schweizer Gruppe zwischen 1940 und Ende 1942 war die Herstellung der Verbindung zu der Exilleitung im damals noch unbesetzten Vichy-Frankreich. Sie bediente sich dazu des Ehepaars Noel und Herta Field und ihrer Hilfsorganisation Unitarian Service Committee (USC) in Marseille. Field wurde noch 1940 in Zürich mit Bruno Goldhammer, einem Führungsmitglied der KP-Gruppe, bekannt, ein Jahr später brachte ihn die Schweizer Partei mit Maria Weiterer in Marseille in Verbindung. Diese Bekanntschaft führte dann zu Paul Merker, Paul Bertz, Lex Ende und Willy Kreikemeyer, den Leitern des südfranzösischen Auslandssekretariats. Verbindungsmann zwischen Field und den deutschen KP-Zentren Marseille und Zürich wurde Leo Bauer in Genf, wo das USC ein Büro unterhielt. Die Schweizer KPD-Leitung gab Field die Namen der deutschen Kommunisten bekannt, die in den südfranzösischen Lagern interniert waren, und die USC versorgte sie dann mit Kleidungs- und Lebensmittelpaketen. Hunderte von Internierten verdankten Field ihre Gesundheit, ja ihr Leben. Die Hilfe Fields wurde auch für die Parteiarbeit in Anspruch genommen. Seine Stellung als amerikanischer Leiter einer internationalen Hilfsorganisation in Genf und Marseille erlaubte es ihm bis zur Besetzung Vichy-Frankreichs, unbehellig die Grenze zu überschreiten, und er konnte somit nützliche Kurierdienste leisten zwischen der südfranzösischen und der schweizerischen Emigra-

tionsführung. Field half der Partei auch dadurch, dass er im Rahmen des USC-Flüchtlingsprogramms kommunistische Emigranten finanziell unterstützte.

Der Kontakt zwischen Field und den deutschen Emigranten lief, wie gesagt, über Leo Bauer in Genf. Eine damals unbedeutende Episode erhielt später eine ominöse Bedeutung. Im Herbst 1942 brachte Field Leo Bauer mit Robert Dexter, dem Direktor der USC in Lissabon, in Verbindung. Dexter, der zugleich Mitarbeiter des amerikanischen Nachrichtendienstes Office of Strategie Services (OSS) war, schlug Bauer vor, der OSS politische und wirtschaftliche Informationen über Nazi-Deutschland zu geben. Als Gegenleistung versprach er finanzielle Hilfe für die deutschen Antifaschisten. Eine Zusammenarbeit, so erklärte er Bauer, würde dem gemeinsamen Ziel dienen, den Sturz Hitlers zu beschleunigen. Doch es kam nicht dazu. Kurz nach einer zweiten Unterredung mit Dexter wurde Bauer von der Schweizer Polizei verhaftet, die Verbindung zur OSS nicht mehr aufgenommen.

Nach der Besetzung Südfrankreichs musste auch die Marseiller Zweigstelle der USC geschlossen werden, doch Field unterstützte auch weiterhin seine deutschen Freunde durch sein Genfer Büro und leistete ihnen knapp vor Kriegsende noch einen letzten Dienst. Er nutzte seine Bekanntschaft mit Allen Dulles, dem Direktor des Office of Strategie Services in Bern, um in einer von der OSS zusammengestellten Gruppe auch mehrere deutsche Kommunisten unterzubringen. Diese Gruppe wurde nach Deutschland geschickt, um die auseinanderfallende Nazi-Administration durch Antifaschisten zu ersetzen.

Nach dem Krieg kam Field des Öfteren nach Deutschland und besuchte seine alten Freunde aus der Schweiz und Frankreich, teils um die Möglichkeit zu erörtern, in der sowjetischen Zone eine Zweigstelle der USC-Hilfsorganisation zu errichten, teils aber auch, um sie zu bitten, ihm dort an einer Universität oder in einem Forschungsinstitut eine Stelle zu verschaffen. Die Genossen, denen Field während des Krieges mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln tapfer, grosszügig und aufopferungsvoll beigestanden hatte, wollten oder konnten ihm jedoch nicht helfen. Er ver-

schwand aus Deutschland, und kehrte nur als bedrohlicher Prozessschatten von Budapest nach Ost-Berlin zurück.

Als Tibor Szönyi im Rajk-Prozess über eine von Field für den amerikanischen Nachrichtendienst angeworbene deutsche Gruppe aussagte, sass ein peripheres Mitglied dieser Gruppe bereits seit Monaten im Keller der Budapester AVH-Zentrale ein. Es handelte sich dabei nicht um das mysteriöse Fräulein Politzer, sondern um Ibolya Steinberger, die ungarische Frau von Berndt Steinberger. Dieser junge deutsche Nationalökonomie-Student hatte der Führungsgruppe der KPD-Exilorganisation in der Schweiz angehört und die völlig unpolitische Ibolya durch seine Verbindung mit den ungarischen Genossen kennengelernt. Die beiden kehrten 1945 nach Leipzig zurück, wo Steinberger nach Beendigung seines Studiums als Dozent an der Universität arbeitete. Seine Frau reiste im Frühjahr 1949 mit ihrem vierjährigen Sohn nach Ungarn, um ihre Eltern zu besuchen. Die letzte Nacht vor ihrer Rückreise verbrachte sie zufällig in der Wohnung von András Kálmán – und das war ausgerechnet die Nacht, in der Kálmán vom Staatssicherheitsdienst verhaftet wurde. Wenige Stunden später kehrten die AVH-Polizisten zurück, befahlen ihr, sich anzukleiden, und nahmen sie mit.

Frau Steinberger konnte trotz langer Verhöre mit keinerlei Enthüllungen aufwarten. Ihre politische Rolle war so bedeutungslos, dass die sowjetischen «Berater» die ungarischen Sicherheitsbehörden anwiesen, sie nicht dem Geheimprozess gegen die ungarische «Schweizer Gruppe» zuzuteilen. So wurde sie schliesslich ohne Gerichtsverhandlung auf administrativem Wege in das AVH-Isolierlager von Kistarcsa verlegt und dort interniert. Ihre Akten wurden der Ost-Berliner MWD übergeben, die Berndt Steinberger im Herbst 1949 verhafteten und ins russische Untersuchungsgefängnis von Karlshorst einlieferten. Er war das erste Opfer der stalinistischen Säuberung, die zum ostdeutschen Schauprozess führen sollte (s. *Mitteilungsblätter des Informationsbüros West* vom 9.4. und 3. 12.1956).

Zur Zeit seiner Verhaftung gab es noch keine Deutsche Demokratische Republik, folglich auch keinen Staatssicherheitsdienst. Die Funktion der politischen Polizei wurde von der Abteilung Innere Angelegenheiten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, einer Aussenstelle der MWD ausgeübt, die unter der Leitung von L.A. Serow stand – einem

Generaloberst, der sich schon in den Säuberungen der 30er Jahre hervorgetan hatte. Das Politische Kommissariat der Volkspolizei, das sogenannte K 5, leistete ihren sowjetischen Kollegen bis zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 im Wesentlichen bloss Hilfsdienste. Parallel dazu lag die politische Strafjustiz in den Händen der sowjetischen Militärtribunale, die allerdings nur eine formelle Rolle spielten und strikt die Anweisungen der MWD befolgten. Die Lage änderte sich zwar nach der Staatsgründung und der bald darauf erfolgten Schaffung eines aus dem K 5 hervorgegangenen Staatssicherheitsministeriums, doch «besondere Fälle» blieben auch weiterhin der MWD und den sowjetischen Militärtribunalen vorbehalten, so dass hier der SSD und der DDR-Justizapparat aus der Rolle des Handlungers nicht herauskamen (zum Justizsystem in SBZ und DDR s. Fricke 1979, Kap. 2, bes. S. 100ff.).

Die «Verschwörung titoistischer Agenten» war freilich ein solcher «besonderer Fall». Der von der MWD und ihren ost-deutschen Helfern vernommene Steinberger vervollständigte die von Szönyi und Field begonnene Liste der deutschen «Spionagegruppe» und «gestand» schon nach kurzen Foltern seine sowjetfeindliche Agententätigkeit. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines «deutschen Rajk-Prozesses» nahmen ihren Anfang.

Im Gegensatz zu den Schauprozessen in Sofia und Budapest begann die Planung der deutschen Version nicht schon im Mai 1948 in Moskau. Der Grund dafür ist naheliegend: Zu jener Zeit funktionierte noch der Alliierte Kontrollrat für ganz Deutschland; Währungsreform und Berliner Blockade standen noch bevor, die politische Zukunft Deutschlands – Neutralität oder Teilung – war noch längst nicht entschieden. Das Schicksal der sowjetischen Besatzungszone, damit auch das der kommunistischen Führer der Sozialistischen Einheitspartei (SED), konnte damals in Moskau nur unter weltpolitischen, nicht unter sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten erwogen werden. Anders als die Volksdemokratien war die SBZ kein aus dem fernen Moskau gesteuerter Satellit, der Steuermann sass vielmehr in Berlin-Karlshorst. Die Führer der SED waren direkte Befehlsempfänger der sowjetischen Militärverwaltung, ihre absolute Unterwürfigkeit war sozusagen administrativ verbürgt, Gehorsam und Moskauhö-

rigkeit brauchten nicht durch gerichtliche Konstruktionen erzwungen zu werden.

Die Geschichte der stalinistischen Säuberungen in Osteuropa entwickelte jedoch ihre Eigendynamik. Im Oktober 1949 sah das Deutschlandbild schon ganz anders aus: Die Teilung erwies sich als Faktum, der sowjetisch-amerikanische Gegensatz spitzte sich zum Kalten Krieg zu. Der Rajk-Prozess rückte Noel Field in den Mittelpunkt einer titoistisch-imperialistischen Verschwörung gegen das Sowjetimperium, und die Field-Verbindung drängte Berijas Liquidierungswelle verspätet zwar, doch unaufhaltsam nach Berlin. Andererseits wurden durch die Errichtung zweier deutscher Staaten Berija unüberwindliche Hindernisse in den Weg gestellt: Die Teilung legte ihm in dem Masse Fesseln an, in dem er im Osten Gelegenheit bekam zuzupacken. Dieser Widerspruch führte notgedrungen zu einer Kompromisslösung, bestimmte Charakter, Umfang und Tiefe der ersten Phase der stalinistischen Säuberungen in der DDR.

Nach Steinbergers Verhaftung erliess Generaloberst Serow im September 1949 zwei Direktiven an Ulbricht. In der ersten wurde die Einberufung eines Ausschusses bei der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED angeordnet, der die Verbindungen deutscher Kommunisten mit Field in der Zeit der Schweizer und der südfranzösischen Emigration untersuchen sollte. Die zweite Direktive wies die Zentrale Kaderabteilung der SED an, bestimmte Personengruppen aus wichtigen Partei- und Staatsfunktionen zu entfernen. Dazu gehörten Genossen, die längere Zeit in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft verbracht hatten bzw. ins westliche Ausland emigriert waren und daher möglicherweise von den Imperialisten oder den Titoisten als Agenten angeworben worden waren (s. Stern 1957, S. 113ff.). Serow übergab Ulbricht auch die Liste der spionageverdächtigen deutschen Westemigranten aus den Verhörprotokollen von Field, Szönyi und Steinberger.

Der Sonderausschuss der ZPKK unter Vorsitz von Hertha Geffke, einer Vertrauensperson der MWD, lud Dutzende von mittleren und hohen Parteifunktionären vor. Sie alle mussten lange Berichte über ihre Beziehungen zu Field schreiben – eine in Anbetracht der veröffentlichten «Geständnisse» des Rajk-Prozesses recht heikle Aufgabe.

Der Grossteil versuchte mehr oder minder aufrichtig einen parteigemässen Mittelweg zu finden, übte Selbstkritik, das wahre Wesen Fields nicht durchschaut zu haben, beteuerte aber, mit dem Kontakt nur den Interessen der Partei gedient haben zu wollen.

Es gab jedoch drei Ausnahmen. Maria Weiterer blieb standhaft und schrieb über Noel und Hertha Field: «Ich habe sie als ehrliche und aufrichtige Menschen kennengelernt, und ich glaube nicht, dass ihre Begeisterung für die Sowjetunion geheuchelt war... Ich persönlich hatte immer Gefühle der Dankbarkeit und Hochachtung für diese beiden Menschen.» (Zit. n. Brandt u.a. 1983, S. 187f.) Hans Bergmann, ein alter Gewerkschaftsfunktionär der KPD, schien einen besseren politischen Instinkt zu haben als seine intellektuellen Genossen aus der Schweizer Emigration: Nach der ersten, einem Polizeiverhör ähnlichen Unterredung mit dem Geffke-Ausschuss floh er nach West-Berlin. Paul Bertz schliesslich wählte einen anderen Ausweg. Als ältester und erfahrenster Kommunist, Mitglied des ZK der KPD und der Auslandsleitung in Paris, war er der tatsächliche Leiter der Schweizer Parteigruppe gewesen und wurde daher vom Sonderausschuss in erster Linie für den Kontakt mit Field verantwortlich gemacht. Er wartete den Abschluss der Untersuchung nicht ab und verübte Selbstmord (s. ebd., S. 188).

Parallel zu und in enger Zusammenarbeit mit dem Parteiausschuss ging die geheime Untersuchung der sowjetischen MWD und ihres ostdeutschen Gehilfen, des SSD, weiter. Die Protokolle der Geffke-Kommission wurden der MWD übergeben, die Aussagen «umpolitisiert» und von den etwa drei Dutzend Überprüften diejenigen ausgewählt, die als Opfer in einem Schauprozess vorgeführt werden sollten. Ein Zufall rundete die von der Geheimpolizei fabrizierte «Agentengruppe» ab. Erica Wallach, deren Schicksal bereits in Kapitel 3 behandelt wurde, beschloss im Juni 1950, nach ihren aus Prag spurlos verschwundenen Pflegeeltern zu fahnden. Sie rief von Paris aus ihren alten Freund Leo Bauer an, der zu jener Zeit Chefredakteur des ostdeutschen Deutschlandsenders war (s. sein etwas beschönigendes Selbstportrait in Krüger 1963, S. 73ff.). Das Gespräch wurde abgehört, und die MWD liess Bauer auffordern, Erica einen Brief zu schreiben, worin er sie zu einem Treffen in Ost-Berlin einladen sollte. Bauer, unter Druck des stets feindseliger werdenden Tonfalls seiner Verhöre durch die ZPKK, willigte ein. Er wusste sehr gut, was Erica bevor-

stand, doch fand er den Preis, seine Parteitreu durch zu beweisen, dass er seine ehemalige Genossin und Freundin in eine Falle lockte, nicht zu hoch (s. dazu Brandt u.a. 1983, S. 190ff.). Für die MWD war die bevorstehende Ankunft Erica Wallachs ein unerwartetes, höchst willkommenes Geschenk. Sie sollte – so wie ihr Pflegevater in Budapest – den Angelpunkt der deutschen Version des Agentendrehbuchs bilden (s. ihren erschütternden Erlebnisbericht Wallach 1969).

Gleichzeitig wurde in Moskau die politische Vorbereitung eines ostdeutschen Schauprozesses angeordnet. Auf dem 3. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. Juni 1950 stattfand, sagte Staatspräsident Wilhelm Pieck in seinem Rechenschaftsbericht: «Der Rajk-Prozess erbrachte den einwandfreien Beweis, dass die von Field geworbenen Agenten von Allen Dulles und seinen Mithelfern mit politischen Aufgaben betraut wurden . . . und dass Field eine solche Tätigkeit auch unter den deutschen Emigrantengruppen ausgeübt hat... Die Aufgabe besteht darin, die Wachsamkeit der Partei zu erhöhen und die trotzkistische Agentur aus unseren Reihen auszumerzen.» Und im Beschluss des Parteitages hiess es: «Die Prozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostow in Bulgarien haben den einwandfreien Beweis erbracht, dass die Tito-Clique im Auftrag und im Solde des angloamerikanischen Imperialismus in allen demokratischen und friedliebenden Ländern ein verzweigtes Netz von Agenten unterhält, die das schmutzige Handwerk der Kriegstreiber besorgen sollen.» (*Neues Deutschland* vom 21.7.1950)

Am 24. August 1950 verabschiedete das ZK der SED eine wortreiche Erklärung «zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee, Noel H. Field» (abgedruckt in Fricke 1971, S. 153ff). Sie fasste die von der MWD redigierten und in den Parteijargon übersetzten Ergebnisse des Sonderausschusses der ZPKK zusammen: Jeder Kontakt zu Field und dem USC galt nun als Beweis der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Nachrichtendienst. Den kommunistischen Exilfunktionären wurde Unterstützung des Klassenfeindes zur Last gelegt; ihre mangelnde Wachsamkeit habe es dem amerikanischen Nachrichtendienst erlaubt, in die Reihen der Emigranten einzudringen und wertvolle Parteiinformationen zu erhalten. Elf Verhörte wurden in der ZK-Erklärung mit Namen erwähnt. Vier davon –

Bruno Fuhrmann, Hans Teubner, Walter Beling und Wolfgang Langhoff – wurden aller ihrer Funktionen enthoben, sieben weitere – Bruno Goldhammer, Willy Kreikemeyer, Paul Merker, Lex Ende, Maria Weiterer, «der inzwischen verstorbene» Paul Bertz und «der jetzt als langjähriger amerikanischer Agent entlarvte Leo Bauer» – wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Bauer, Goldhammer und Kreikemeyer konnten die Erklärung nicht mehr lesen. Sie waren am Vortag verhaftet und in das neu errichtete politische Untersuchungsgefängnis des SSD in der Berliner Schumannstrasse eingeliefert worden, wohin nun auch der schon seit fast einem Jahr im russischen Gefängnis verhörte Steinberger gebracht wurde. Ihnen schloss sich am nächsten Tag Fritz Sperling an. Er hatte die Hitler-Zeit zuerst in einem Konzentrationslager, dann in der Pariser, später in der Schweizer Emigration verbracht, kehrte Mitte 1945 nach Bayern zurück und wurde Mitglied des Sekretariats beim Parteivorstand der KPD und damit einer der einflussreichsten Männer in der Partei. Zur Ergänzung der ostdeutschen Field-Gruppe brauchte die MWD einen repräsentativen Vertreter der Westzone. Sie wies also Ulbricht an, Sperling unter dem Vorwand einer Besprechung in die Parteizentrale nach Ost-Berlin zu zitieren. Sperling folgte dieser Aufforderung und wurde am 24. August verhaftet. Zwei Tage später, am 26. August, landete Erica Wallach auf dem West-Berliner Flugplatz Tempelhof. Sie rief Leo Bauer an, und als sie keine Verbindung bekam, fuhr sie zur SED-Zentrale nach Ost-Berlin in der Hoffnung, dort etwas über das Schicksal ihrer Pflegeeltern zu erfahren. Sie wurde noch auf der Strasse verhaftet. Am gleichen Tag verhafteten SSD-Polizisten Gitta Bauer, die Frau von Leo Bauer; da ihre Schwester Hilde Dubro zufällig bei der Verhaftung dabei war, nahmen sie sie gleich mit (s. Wallach 1969, S. 18ff.; Bauer 1956, S. 409; Deutschland Archiv Nr. 3/1971, S. 277ff.).

Nachzutragen ist hier, dass Kurt Müller, Sperlings Vorgesetzter und nach Max Reimann der mächtigste Funktionär in der KPD-Führungsspitze, schon am 22. März 1950 in die DDR gelockt und verhaftet worden war. Ihm wurde die zweifelhafte Ehre zuteil, als erster Insasse in das neue SSD-Untersuchungsgefängnis in der Schumannstrasse eingeliefert zu werden. In der Weimarer Republik war er Leiter der Kommunistischen Jugendorganisation gewesen. 1931 wurde er von der Partei nach Moskau

entsandt, um in der deutschen Sektion der Komintern seine Lehrjahre zu absolvieren. Er hatte Glück: Zu einer Zeit, wo in den stalinistischen Säuberungen Dutzende von deutschen Komintern-Funktionären ums Leben kamen oder spurlos verschwanden, wurde Müller nur nach Gorki verbannt. Im Frühjahr 1934 bekam er die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren, mit dem Auftrag, sich dem kommunistischen Untergrund anzuschliessen. Die Arbeit in der Illegalität dauerte jedoch nur wenige Monate. Im September wurde er von der Gestapo verhaftet und verbrachte elf Jahre in den Konzentrationslagern. 1950 grub der sowjetische Sicherheitsdienst die alten Akten des «Trotzkisten-Zentrums in der Komintern» wieder aus, stiess darin auf den Namen Müllers und erkor ihn zum Opfer eines «deutschen Rajk-Prozesses» (zu Müller s. *Der Spiegel* vom 3.1. 1957, S. 30ff.).

Müller und die «Fieldisten» waren als Kern der «Agentengruppe» auszuweisen. Mit ihren Verhören sollte das Netz ausgeworfen werden, worin Schwarm für Schwarm die ganze «Verschwörerbande» eingefangen werden sollte. Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Sperling und Steinberger waren verhältnismässig unbedeutende kommunistische Funktionäre, doch ihre enge Verbindung zu Field liess sie als vielversprechender Ausgangspunkt für den grossen Fang eines «deutschen Rajk» erscheinen. Erica Wallach bekam die zentrale Rolle der amerikanischen Meisterspionin zugewiesen, die, ähnlich wie ihr Pflegevater Noel Field, aus dem Hintergrund ihre Opfer in die imperialistische Falle gelockt hatte. Paul Merker, der prominenteste Kommunist unter den mit Parteiausschluss Bestraften, wurde vorläufig verschont. Für das Mitglied des ZK-Sekretariats und des Politbüros benötigte die MWD noch überzeugenderes, aus Bauer und Genossen zu erforterndes Belastungsmaterial, bevor auch er verhaftet werden konnte. Die MWD hielt ihn für einen späteren Zeitpunkt in Reserve und liess ihn bloss in ein Provinzstädtchen verbannen, wo er als Kellner seinen Lebensunterhalt verdiente.

Weshalb Maria Weiterer und Lex Ende die Verhaftung erspart blieb, konnte nur nach Einsicht in die Archive der Sicherheitsorgane erklärt werden. Maria Weiterer, die nach ihrer Heimkehr aus der Emigration Frauenreferentin des ZK, später Vorstandsmitglied des Demokratischen Frauenbundes war, bekam nach langen Schwierigkeiten eine kleine Stelle als Buchhalterin. Lex Ende, nach dem Krieg Chefredakteur des zentralen Par-

teiorgans *Neues Deutschland*, wurde in einen Betrieb des sächsischen Uranerzbergbaues verbannt und starb schon wenige Monate später an den grausamen Verhältnissen der Sklavenarbeit. Er war, nach Bertz, das zweite Todesopfer der Säuberung.

Die Verhafteten lernten in den nächsten Monaten das in den Budapester und Sofioter Untersuchungsgefängnissen erprobte Standardrezept der MWD am eigenen Leibe kennen. Sie wurden in fast ununterbrochenen nächtlichen Verhören mit den bekannten physischen und psychischen Foltermethoden Schritt um Schritt ihrem Zusammenbruch entgegengetrieben. Es war keine Rede mehr von mangelnder Wachsamkeit, von irgendwelchen spitzfindigen politisch-ideologischen Abweichungen, sie mussten zu Spionen, Verbrechern gestempelt werden.

Müller musste «gestehen», bereits 1933 mit einem «trotskistischen Verbrecher», einem gewissen Fedotow, Pläne zur Verübung von Terroranschlägen und zur Ermordung Molotows und anderer Sowjetführer geschmiedet zu haben. Zur Verlängerung seines Sündenregisters erfand die MWD ein «Geheimtreffen» mit Lew Sedow, dem Sohn Trotzki's, mit dem Müller 1934 in Paris, vor seiner Rückkehr nach Deutschland, die Koordination der sowjetfeindlichen Aktionen besprochen haben soll. Für die Periode nach der Befreiung aus dem KZ wiesen ihm seine Verhörer eine neue Rolle zu. Sie verwandelten Müller in einen Agenten des britischen Intelligence Service, in dessen Dienst er die Führung des westdeutschen KP-Vorsitzenden Max Reimann zu untergraben hatte und später die Entlarvung und Anprangerung der verbrecherischen Tito-Clique in der westdeutschen kommunistischen Presse verhindern sollte.

Diese letzte Beschuldigung bildete das Bindeglied zwischen Müller und den «fieldistischen» Opfern. Erica Wallach, Leo Bauer und Genossen sollten «gestehen», dass sie in der Emigration von Field als Agenten des amerikanischen Spionagedienstes angeworben worden waren – mit der Aufgabe, nach Kriegsende in Deutschland im Rahmen einer umfassenden titoistisch-imperialistischen Verschwörung ein Agentennetz aufzubauen, die KPD und die SED von innen zu zersetzen, einer gegen die Sowjetunion gerichteten, amerika-freundlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Folterungen wurden von Zeit zu Zeit von gütigem Zureden unterbrochen. Mit geheuchelter Anteilnahme am traurigen Schicksal der Opfer versprachen die Verhörer Vergebung und Nachsicht im Tausch für ein volles Geständnis. Um dem Täuschungsmanöver mehr Gewicht zu verleihen, besuchte Erich Mielke, Staatssekretär im Sicherheitsministerium, seinen alten Genossen Leo Bauer und appellierte an dessen Parteitreue. Erica Wallach – der, wie sie später schrieb, die Rolle einer «Super-Matahari» zugebracht war, weil sie mit ihren Liebeskünsten Kommunisten dazu verführt hätte, in amerikanische Dienste zu treten – wurde nicht nur von Mielke, sondern sogar vom obersten MWD-Chef besucht. Nachdem dieser ein üppiges Nachtessen hatte servieren lassen, versprach er ihr die sofortige Freilassung, sofern sie die Namen des Agentennetzes preisgäbe (s. Wallach 1969, S. 115ff.).

Das Grundkonzept war eine dem neuen Schauplatz angepasste Kopie des Budapester Vorbildes. Es folgte dem Text des Berija-Drehbuches, diesmal nicht ins Ungarische, sondern ins Deutsche übersetzt. Dennoch gab es Unterschiede, die das ursprüngliche Konzept verzerrten, verursacht durch die spezifische Situation Ostdeutschlands.

Zur Zeit der Verhaftungen war die DDR bloss 10 Monate alt und befand sich noch im Übergangsstadium von der sowjetischen Militärverwaltung zum Satellitenstaat. Diese Sonderstellung der DDR im Sowjetimperium wurde im Verlauf der Verhöre immer wieder deutlich. Im Gegensatz zu den Volksdemokratien, in denen die Untersuchung durch einheimische Sicherheitsorgane erfolgte und die MWD-«Berater» meist nur mittelbar und aus dem Hintergrund agierten, blieb die Rolle der SSD auf die einer Hilfspolizei beschränkt. Die MWD verhörte und folterte die Opfer im sowjetischen Untersuchungsgefängnis von Karlshorst, aber auch in den SSD-Haftanstalten führten oft Russen die Vernehmungen und liessen ihre deutschen Untergebenen nicht allein handeln.

Der entscheidende Faktor war jedoch die Existenz der Bundesrepublik, die Teilung Deutschlands. Der doppelte Zweck des stalinistischen Terrors, die Einschüchterung einer potentiellen Opposition gegen die Sowjet-Hegemonie und die Ausschaltung der von westlichen Einflüssen «angesteckten» Kader, wurde zwar mit der Parteisäuberung und mit der Verhaf-

tung eines Teils der «Field-Gruppe» erreicht, doch es herrschte Unsicherheit in Moskau, ob ein öffentlicher Schauprozess unter den Bedingungen des geteilten Deutschlands aussenpolitisch tragbar wäre. Das Zögern Stalins und die dadurch der MWD auferlegten Fesseln erklären die Tatsache, dass, im Gegensatz zu dem in den Volksdemokratien vorexerzierten Schema, den ersten Verhaftungen keine weiteren, sich konzentrisch ausbreitenden Verhaftungswellen folgten, dass nur verhältnismässig unbedeutende Parteifunktionäre festgenommen wurden. Das erklärt auch, weshalb der Name Franz Dahlems in der ZK-Erklärung vom 24. August 1950 unerwähnt blieb.

Dahlem passte eigentlich ausgezeichnet in die Stalinschen Kategorien der Verdächtigen. Vor seinem Eintritt in die KPD war er Mitglied der als «trotzkistisch» abgestempelten Unabhängigen Sozialistischen Partei gewesen, er kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg in den Reihen der Internationalen Brigade, zusammen mit Merker leitete er die operative Auslandorganisation der KPD in Paris, er wurde von den Amerikanern aus dem KZ Mauthausen befreit, war mit dem verhafteten Kreikemeyer und dem verbannten Lex Ende seit der Emigrationszeit eng befreundet, kannte auch Erica Wallach und empfahl nach dem Krieg der tschechoslowakischen Partei, Noel Field die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Dahlem wäre für Berija ein idealer «deutscher Rajk», Hauptangeklagter eines Ost-Berliner Schauprozesses gewesen. Er blieb jedoch unantastbar, sein Name unerwähnt, weil in Moskau Umfang und Tiefe des deutschen Schauprozesses, ja der Prozess selber noch zur Debatte standen.

Die im August verhaftete und nur als erster Schub gedachte Field-Gruppe bekam keinen Zuwachs, im Gegenteil, sie schrumpfte auf einen funfköpfigen Kern zusammen. Willy Kreikemeyer starb im Untersuchungsgefängnis unter bis heute ungeklärten Umständen – als «Opfer des Kalten Krieges», wie später Dahlem pompös-scheinheilig der Witwe schrieb, tatsächlich jedoch als Opfer seiner stalinistischen Folterer. Gitta Bauer wurde anfänglich verhört, aber schon bald in der Versenkung vergessen. Sie war politisch bedeutungslos, hatte keine Verbindung mit Field gehabt. Nach fast dreieinhalb Jahren Haft wurde sie ohne Gerichtsurteil freigelassen.

Die verbliebene kleine Gruppe von fünf «Fieldisten» wurde auf ihre Rollen vorbereitet. Staatssekretär Mielke versicherte Leo Bauer Anfang 1951, dass ein Schauprozess stattfinden würde, auch Erica Wallach wurde

noch im Sommer des gleichen Jahres ein «grosser deutscher Prozess» in Aussicht gestellt. Zu jener Zeit waren alle fünf «geständig». Zwischen Ende Januar und Ende Mai 1951 unterschrieben sie die ersten belastenden Protokolle, in denen sie ihre Agententätigkeit für den amerikanischen Spionagedienst zugaben.

Im Sommer 1951 entschied sich plötzlich Stalin, den Plan eines «deutschen Rajk-Prozesses» fallen zu lassen. Leo Bauer (1956, S. 412f.) gab später als Grund dafür «die grosse Dummheit und das Unvermögen der Vernehmer» an, den Widerstand einiger Häftlinge – er meinte freilich vor allem sich selbst – rechtzeitig zu brechen und die nötigen Geständnisse zu erpressen. Andere Chronisten spekulieren, dass eine heimliche Opposition gegen Ulbricht innerhalb der SED eine klare Entscheidung verhindert habe. Beide Erklärungen sind nicht stichhaltig. Die physischen und psychischen Foltermethoden der Geheimpolizei Stalins haben in Moskau wie in Tirana, Sofia, Budapest und Prag, aber auch in Ost-Berlin, in der entscheidenden Phase immer zum Erfolg geführt: wenn die Zeit drängte, in 8 bis 10 Wochen, wie in Budapest; wenn man sich Zeit lassen konnte, in 6 bis 9 Monaten, wie in Ost-Berlin. Ebenso wenig leuchtet das Argument eines angeblichen innerparteilichen Widerstandes ein. Der Schauprozess war nicht der Plan Ulbrichts, sondern Stalins, und in der SED geschah, weit mehr als in den anderen Satellitenstaaten, nur das, was in Moskau diktiert wurde.

Stalins Entscheidung, auf einen deutschen Schauprozess zu verzichten, lässt sich nur mit der Teilung Deutschlands erklären. Diese Teilung hatte ja nicht zuletzt folgende Konsequenz. Ein grosser Teil der vor dem Hitler-Terror in die Schweiz oder nach Frankreich geflüchteten deutschen Kommunisten kehrte nach dem Krieg in die Westzone zurück und spielte dort im politischen und kulturellen Leben eine wichtige Rolle. Man konnte zwar einen Fritz Sperling herüberlocken, doch unmöglich die Dutzende ehemaliger Emigranten, die mit Field in Verbindung gestanden hatten oder durch seine USC unterstützt worden waren. Es sei in diesem Zusammenhang an den Brief Rákosis erinnert, in dem er vor entsprechenden Schwierigkeiten warnte (s. S. 130).

Diese «Schwierigkeit» stellte sich für Ost-Berlin noch viel gravierender dar als zwei Jahre zuvor für Budapest. Ein Prozess in der DDR mit all seinen Schauermärchen und Tatsachenverdrehungen hätte zur Folge ge-

habt, dass die Freunde und Genossen der Angeklagten in der Bundesrepublik sich verzweifelt gegen die Anschuldigungen gewehrt hätten. Sie hätten – und dieser Umstand wird im Rákosi-Brief zwar an-, aber wohlweislich nicht ausgesprochen – das ganze Lügengewebe angezweifelt, ja zerrissen, unvergleichlich leichter und mit vernichtenderem Propagandaeffekt, als dies in der Tschechoslowakei möglich gewesen wäre. Der Teil-Schauprozess würde sich folglich als Bumerang erweisen. Er konnte und durfte nicht stattfinden.⁵⁰

Nach der Moskauer Verbots Verfügung wurde die peinlich gewordene Angelegenheit rasch und möglichst geräuschlos zu Ende gebracht. Die Atmosphäre änderte sich plötzlich, der Druck liess nach. Im Sommer 1952 wurden die Verhafteten den Sowjet-Organen übergeben. Im September, nach mehr als zweijähriger Haft, wurde ihnen der Haftbefehl vorgelegt und das Verfahren vor einem sowjetischen Militärtribunal vorbereitet. Von einer «Field-Gruppe» oder einem «Agentennetz» war keine Rede mehr. Leo Bauer und Erica Wallach wurden zusammen, Steinberger, Sperling, Müller und Goldhammer je einzeln nach Artikel 58 des sowjetischen Gesetzbuches wegen Spionage, Propaganda und Agitation gegen die Sowjetunion, Organisation konterrevolutionärer Umtriebe und Unterstützung der internationalen Bourgeoisie angeklagt. Die Geheimprozesse fanden im Dezember 1952 statt. Für Leo Bauer und Erika Wallach lautete der Spruch des Militärtribunals auf Tod durch Erschiessen; Steinberger, Sperling, Müller und Goldhammer wurden zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die beiden Todesurteile wurden ein halbes Jahr später in 25 bzw. 15 Jahre Zwangsarbeit abgemildert. Die Verurteilten, von deren Prozess und Schicksal die Öffentlichkeit nichts erfuhr, verschwanden im Sowjet-Gulag. Die erste Phase des fehlgeborenen Schauprozesses endete in tiefem Schweigen (s. Bauer 1956, S. 416; Wallach 1969, S. 227ff.; Brandt u.a. 1983, S. 202ff.).

Im Sommer 1951 war zwar der Plan eines «deutschen Rajk-Prozesses» fallengelassen worden, nicht aber der eines deutschen Schauprozesses. Das Schwergewicht der Stalinschen Verdachtsmomente verschob sich allmählich von den Titoisten zu den jüdischen Kommunisten. Die abscheulichsten Bösewichte hiessen nicht mehr Dulles und Rankovic, son-

dern Morgenthau und Ben Gurion; zum Hauptfeind wurde die «zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus» ernannt, die Trotzlisten, Spione und Diversanten in die jungen Volksdemokratien entsandt hatte. Diese Verschiebung, ihre Gründe und ihr Einfluss auf die stalinistischen Liquidierungen wurden im Kapitel 8 behandelt.

Parallel zur blutigen Säuberung in der Tschechoslowakei ging die MWD in Ostdeutschland an die Arbeit, um das Begonnene auf neuer Basis zu Ende zu führen. In Prag wurden die Schranken der ursprünglichen Konstruktion durchbrochen, Tito und Field zu Nebenpersonen in einem allumfassenden Komplott degradiert. Die MWD bekam freie Hand, unter dem Etikett des «Zionismus», «Trotzkismus», «bürgerlichen Nationalismus» jeden beliebigen Kommunisten zu verhaften. Mit der Konsolidierung der BRD und damit der Festschreibung der deutschen Teilung sowie mit der Intensivierung des Kalten Krieges entfiel auch der Zwang, auf die westliche Öffentlichkeit und auf kritische westdeutsche Kommunisten Rücksicht nehmen zu müssen: Der Griff auf die Führungsspitze der SED wurde freigegeben.

Nach dem Moskauerjuli-Beschluss nahmen die Verhöre in den Ost-Berliner Untersuchungsgefängnissen eine neue Wende. Von den bereits gebrochenen Verhafteten wurden belastende Protokolle über alle ihre Freunde und Mitarbeiter in der Partei verlangt, besonders eingehend wurden sie über den aus der SED ausgeschlossenen Paul Merker, aber auch über das Politbüro- und ZK-Mitglied Franz Dahlem verhört. Sogar der allmächtige Generalsekretär Walter Ulbricht blieb nicht verschont (s. Bauer 1956, S. 414). Die neue Protokollserie mag auch einer der Gründe sein, weshalb die Geheimprozesse Bauers und seiner Mithäftlinge immer wieder verschoben wurden. Berija wollte möglichst komplettes Belastungsmaterial über die deutschen Parteifunktionäre in der Hand haben, noch bevor die Field-Gruppe im sowjetischen Gulag verschwand.

Die Umriss des neuen Drehbuchs wurden Mitte 1952 in Moskau skizziert: Nun fiel Merker die Rolle zu, der Leiter einer zionistischen Agentengruppe gewesen zu sein, die der amerikanische Spionagedienst schon zehn Jahre zuvor in der mexikanischen Emigration angeworben hatte, um sie nach Kriegsende in die Führungsspitze der deutschen Partei einzubauen. Die Verbindung zur Field-Gruppe wurde Fritz Sperling angedich-

tet, während Kurt Müller die «trotzkistische» Komponente der Verschwörung zu repräsentieren hatte.

Im September 1952 wurde auf Anweisung Berijas der «deutsche Sektor» des imaginären osteuropäischen Komplotts in die Protokolle der tschechoslowakischen Säuberungsopfer eingefügt, besonders ausführlich in die «Geständnisse» von André Simone, der wie Merker einen Teil der Emigrationszeit in Mexiko verbracht hatte. Am 21. November kam das Startzeichen aus Prag: Im Slánský-Prozess sprach der Angeklagte Bedrich Geminder vom «deutschen Trotzlisten Merker», mit dem er und Slánský seit 1948 in konspirativer Verbindung gestanden hätten, und am nächsten Verhandlungstag «entlarvt» Artur London seinen deutschen Komplizen Merker als «Trotzkisten» und «Mitarbeiter Noel Fields».

Noch im September übergaben die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane die Merker belastenden Protokolle ihren ostdeutschen Kollegen, und Ulbricht setzte einen ZK-Sonderausschuss ein, der in Zusammenarbeit mit der MWD und dem SSD die «Verbrechen» des noch auf freiem Fuss befindlichen Merker in den Parteijargon zu übersetzen hatte. Am 20. Dezember 1952 veröffentlichte das ZK seinen Beschluss über die «Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský» (abgedruckt in Fricke 1971, S. 166ff). «Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker», hiess es darin (ebd., S. 170). Er habe während seiner Emigrationszeit in Mexiko, in Zusammenarbeit mit dem Verbrecher André Simone, die Zeitschrift *Freies Deutschland* in ein zionistisches Publikationsorgan verwandelt, darin die Interessen des jüdischen Monopolkapitals vertreten und Wiedergutmachung für die Juden gefordert. Die korrekte marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage habe er zugunsten der kleinbürgerlich-opportunistischen Auffassung aufgegeben, die Juden in Deutschland als eine nationale Minderheit, den Zionismus als eine nationale Bewegung anzuerkennen; und nach seiner Rückkehr aus Mexiko habe er versucht, die Genossen jüdischer Abstammung mit Gaben des amerikanischen Joint Distribution Committee von imperialistischen Spionen abhängig zu machen. Der Agent Merker sei ein Subjekt der US-Finanzoligarchie, ein Feind der Sowjetunion, der die gleiche ideologische Plattform bezogen habe wie Tito, dieser faschistische

Henker des jugoslawischen Volkes (zur antisemitischen Hexenjagd s. auch Brandt 1967, S. 160ff.).

Ausser Merker wurden im ZK-Beschluss auch seine Helfershelfer angeprangert, seine Genossen im mexikanischen Exil wie Alexander Abusch, nach Kriegsende Generalsekretär des Kulturbundes, Erich Jungmann, Chefredakteur des SED-Organs *Volksmacht*, und Dr. Leo Zuckermann, Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks, später Direktor des Instituts für Rechtswissenschaft. Schliesslich konnten im Beschluss auch die Namen von Fritz Sperling und Kurt Müller nicht fehlen, der erste als bezahlter Spion der Amerikaner in der Schweiz, der später in West-Deutschland den Imperialisten einen grossen Personenkreis zur Anwerbung zugeführt habe, der letztere als Parteischädling, der sowohl in den 30er Jahren als auch in der Nachkriegszeit trotzkistische Tätigkeiten entfaltet und seit 1947 im Dienst des englischen Geheimdienstes Intelligence Service gestanden habe. Ominös klang der Beschluss besonders dort, wo er keine Namen nannte. Formulierungen wie «Merker und Konsorten» oder die Drohung, das «kapitulantenhafte Verhalten» der Pariser Emigrantenleitung der KPD zu Beginn des Zweiten Weltkrieges müsse noch im Zusammenhang aufgerollt werden (zit. n. Fricke 1971, S. 172 u. 174), liessen die Türe für weitere «Verbrecher und Spione» weit offen. So blieb z.B. Franz Dahlem vorerst unerwähnt, doch wer zwischen den Zeilen lesen konnte, entdeckte unschwer die Anspielung auf Merkers Freund und Mitkämpfer in der Emigrationsleitung.

Zur Zeit der Veröffentlichung des ZK-Beschlusses sass Paul Merker schon seit Wochen im Untersuchungsgefängnis, er war wenige Tage nach den «Geständnissen» im Slánský-Prozess verhaftet worden. Abusch und Jungmann wurden lediglich ihrer Posten enthoben, nicht jedoch inhaftiert. Leo Zuckermann wartete die Entwicklung nicht ab und rettete sich durch die Flucht in den Westen.

Das Verhör Merkers durch das MWD/SSD-Untersuchungsteam begann im November 1952. Die Anklagen sollten endlich das Prager Niveau der dort vorgeführten antisemitischen Hexenjagd erreichen und das Lehrstück eines Schauprozesses auch auf einer deutschen Bühne inszeniert werden. Zur Vorbereitung der Verhaftung der «zionistischen Gruppe» verordnete die Kontrollkommission die Überprüfung der Kaderunterlagen der

«Genossen jüdischer Abstammung», vor allem der Vorstandsmitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VN), und übergab die Parteidokumente dem SSD. Doch auch diesmal erwiesen sich die Teilung Deutschlands und vor allem die offene Grenze nach West-Berlin für den stalinistischen Terror als Bremse. Ebenso wie Dr. Zuckermann flüchteten schon bald die VN-Leiter von Ost-Berlin, Leipzig, Dresden und Erfurt in den Westen, um der bevorstehenden Verhaftung zu entkommen. Ihre Flucht warf für die MWD ähnliche Probleme auf, wie zweieinhalb Jahre zuvor das Bestehen einer ihrem Machtbereich entzogenen «Field-Gruppe» in der Bundesrepublik.

Nach der Verhaftung Merkers begann Ulbricht, in Moskau auf die rasche Einbeziehung Franz Dahlems in einen deutschen Schauprozess zu drängen (s. Stern 1957, S. 130). Wie bereits erwähnt, war Dahlem schon 1950 von Berija als idealer Opferkandidat in Betracht gezogen worden. Der neue Anlauf zu einem Schauprozess schien Ulbricht eine günstige Gelegenheit zu bieten, sich seines Rivalen in der Führungsspitze der SED nun doch noch zu entledigen. Die machtpolitischen Spannungen zwischen den beiden, die Unterschiede in Charakter und Geschichte – der kalte Apparatschik Ulbricht überlebte den Krieg im Moskauer Exil und überstand die dortige Säuberungswelle mit Hilfe seiner engen Verbindung zur NKWD; Dahlem war im Spanischen Bürgerkrieg der Mann des Komintern und entkam im Konzentrationslager Mauthausen nur knapp dem Tod, nachdem ihn die Petain-Polizei der Gestapo übergeben hatte –, all diese Gegensätze verschärfen sich noch in der Nachkriegszeit durch politische Differenzen in der Analyse der Situation Westdeutschlands und in der Einschätzung der KPD-Politik. Bisher rettete Dahlem der Rückhalt Stalins, der es nützlich fand, die Spannungen zwischen Dahlem und Ulbricht zu schüren, um letzteren besser an der Kandare halten zu können. Doch Anfang 1953 war der alte, kranke Stalin keine sichere Stütze mehr, auch er konnte die Eigendynamik des Liquidierungsprozesses nicht mehr aufhalten, und Berija gab Ulbricht den Weg frei zur Abrechnung. Dahlem wurde für die Rolle des «deutschen Slánský» ausersehen.

Noch im Februar 1953 griff Ulbricht auf einer ZK-Sitzung Dahlem scharf an und zwang ihn, wegen angeblicher Fehler in der Pariser Exil-Leitung, insbesondere der falschen Einschätzung des Hitler-Stalin-Paktes, Selbstkritik zu üben. Doch das genügte Ulbricht nicht.

Er liess vom Politbüro die Erklärungen Dahlems als «völlig unzureichend» zurückweisen und beauftragte die Zentrale Parteikontrollkommission, seine politische Tätigkeit in der Nachkriegszeit zu überprüfen. Das Ergebnis wurde auf einer neuen ZK-Sitzung am 14. Mai 1953 bekanntgegeben (abgedruckt in Fricke 1971, S. 192ff.). Danach hatte Dahlem gegenüber den Versuchen imperialistischer Agenten, in die Partei einzudringen, völlige Blindheit bewiesen, den Agenten Merker in dessen Bemühen unterstützt, Noel Field in der Tschechoslowakei eine Stelle zu verschaffen, den «Kapitulanten» Lex Ende lange Zeit vor dem Ausschluss aus der SED bewahrt und dem «jugoslawischen Agenten» Norbert Kugler eine verantwortungsvolle Position in der DDR-Wirtschaft verschafft. «Im Zusammenhang mit dem Fehler des Genossen Dahlem beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kann diese Blindheit nicht als eine zufällige Erscheinung gewertet werden», hiess es im neuen ZK-Beschluss (zit. n. ebd., S. 200). Dahlem wurde seiner Funktionen enthoben, aus dem ZK und damit aus dem Politbüro ausgeschlossen. «Die ZPKK (Zentrale Parteikontrollkommission; G.H.) wird beauftragt, die Untersuchung weiterzuführen», so lautete es unheilvoll gegen Ende der ZK-Erklärung (zit. n. ebd.) – ein deutlicher Hinweis darauf, dass jetzt die Verhaftung Dahlems zu erwarten war.

Doch es war schon zu spät. Der Dahlem-Beschluss erfolgte etwa zwei Monate nach dem Tod Stalins, drei Wochen nach der Rehabilitierung der jüdischen Ärzte in Moskau und damit des Endes der antisemitischen Kampagne, er erfolgte zu Beginn des Machtkampfes innerhalb der Sowjetführung um die Nachfolge des toten Diktators, nur 43 Tage vor der Verhaftung Berijas. In der Tschechoslowakei trieb die auf Hochtouren arbeitende Automatik der Konstruktion die terroristische Säuberungswelle noch eine Weile weiter, in der DDR jedoch befand sich die Vorbereitung eines neuen Schauprozesses noch sozusagen in ihrem Embryonalstadium. Die Terrormaschine blieb plötzlich stecken. Paul Merker blieb zwar noch in Untersuchungshaft, doch seine MWD- und SSD-Verhörer wussten, dass sie in eine Sackgasse geraten waren. Es konnte keine Fortsetzung mehr geben, die Konstruktion eines «deutschen Slánský» musste wie dreieinhalb Jahre zuvor die eines «deutschen Rajk» aufgegeben werden. Der zweite und letzte ostdeutsche Schauprozess fand nicht statt.

Später rühmte sich die SED, in ihrem eigenen Machtbereich allen Bestrebungen, einen Rajk-Prozess durchzuführen, erfolgreich Widerstand geleistet zu haben; und ausgerechnet Ulbricht – Berijas einflussreichster Agent und Stalins Statthalter in Ostdeutschland – log auf dem 5. Parteitag, dass «bestimmte Agenten Berijas keinen Schaden» anrichten konnten, «weil sie nicht in die DDR hereingelassen wurden» (zit. n. Fricke 1971, S. 102). Er hatte sein Bestes getan, um das ungarische und tschechoslowakische Beispiel zu befolgen, und es lag keineswegs an ihm, dass er zu spät an die Reihe kam, dass «nur» Willy Kreikemeyer zu Tode gefoltert wurde, «nur» Paul Bertz und Lex Ende sterben mussten, «nur» ein Dutzend deutsche Kommunisten, denen das Schicksal Rajks und Slánskýs zugedacht wurde, in den ostdeutschen Gefängnissen und Arbeitslagern, im sowjetischen Gulag fünf, sechs Jahre lang die Hölle zu durchstehen hatten, dass der Zweistufenplan des stalinistischen Schauprozesses an der Teilung Deutschlands und am Zeitmangel gescheitert war.

Die Erwähnung von verhältnismässig wenigen Namen in diesem Kapitel bedeutet nicht, dass die stalinistische Säuberung sich nur auf die Kandidaten für einen möglichen Schauprozess beschränkt hätte. Hunderte von Kommunisten wurden beim leisesten Verdacht auf «westliche Verbindungen» verhaftet, aus der Partei ausgeschlossen und aus ihren Stellen geworfen. Die Sowjetbehörden betrachteten sie nicht als «spezielle Fälle» und überliessen sie den ostdeutschen Sicherheitsorganen. Ihre Verhöre wurden nicht mit der «titoistisch-fieldistisch-imperialistischen Verschwörung» verknüpft, die Verhaftungen, Folterverhöre und Gerichtsverhandlungen wurden im Geheimen durchgeführt, ihre Namen blieben unerwähnt. Dennoch waren auch sie ebenso Opfer der stalinistischen Säuberung wie ihre Genossen, die für den grossen Schauprozess ausgewählt wurden.

Die Spur dieser Namenlosen wurde erst viele Jahre später sichtbar, als 1956 verklausulierte Erklärungen und versteckte Hinweise in der Parteipresse von «ungerechtfertigt beschuldigten Genossen» und «irrtümlichen Urteilen» sprachen, vom «Machtmissbrauch der Sicherheitsorgane», der jetzt korrigiert worden sei. Offiziell war von 11.896 Gefangenen die Rede, die im Zuge der Revisionsverfahren aus den Zuchthäusern und Haftarbeitslagern freigelassen wurden, zum überwiegenden Teil politische Häftlinge (s. Fricke 1971, S. 100). Wie viele von ihnen ehemalige Parteimit-

glieder waren, ist nicht bekannt; allein die Zahl der im Zusammenhang mit der «Field-Affäre» ins Säuberungsnetz Geratenen wird auf mehr als 300 geschätzt (s. Lewis 1965, S. 188). Für viele der «irrtümlich verhafteten» Kommunisten kamen die «Korrekturen» zu spät. Ihre Karrieren, ihr Familienleben waren zerstört, manche von ihnen in den Zuchthäusern umgekommen.

Ulbricht musste Berija überaus dankbar sein, dass ihm die problematische Durchführung eines «deutschen Rajk-Prozesses» aus der Hand genommen worden war. Auf Befehl Moskaus hatte er die Schauprozesse bloss vorbereitet und eingeleitet, doch die Gerichtsurteile, soweit es dazu kam, musste er den Sowjetbehörden überlassen – folglich lag es nicht an ihm, sie zu revidieren.

Die von Chruschtschows Entstalinisierungskampagne angeordnete Überprüfung der osteuropäischen Schauprozesse führte in Ungarn schon im Spätherbst 1954 zur Freilassung und Rehabilitierung von Noel Field, zur Annullierung der Urteile im Rajk-Prozess. Im eigenen Land mahnten die Mühlen langsamer. Die ostdeutschen Opfer Erica Wallach, Kurt Müller, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Fritz Sperling und Bernd Steinberger wurden erst ein Jahr später, Mitte September 1955, aus dem sibirischen Gulag nach Moskau geholt, wo ein Revisionsverfahren die Urteile annullierte. Im Oktober tauchten sie als freie Menschen wieder in Ost-Berlin auf, und Ulbricht musste machtlos mit ansehen, dass Erica Wallach, Bauer und Müller das Leben im Westen dem Verbleiben in der DDR vorzogen.

«Von Ulbricht die Entstalinisierung zu erwarten, das war, als hätte man Himmler mit der Entnazifizierung betraut», schrieb treffend Alfred Kantorowitz (zit. n. Fricke 1971, S. 100). Erst im April 1956 wurde eine Kommission zur Überprüfung der Angelegenheiten ehemaliger Parteimitglieder eingesetzt, um ihnen, «wenn sie schuldlos sind, ihre Rechte wiederzugeben». Erst annähernd zwei Jahre nach der Rehabilitierung von Noel Field konnte sich Ulbricht entschliessen, den Parteibeschluss vom August 1950 über die Verbindungen der Westemigranten zu Field aufzuheben und die in der DDR verbliebenen deutschen Opfer zu rehabilitieren. Bauer und Müller blieben «Verräter». Zur gleichen Zeit wurde Paul Merker auf freien Fuss gesetzt und offiziell erklärt, dass «die ihm zur Last gelegten

Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen» (zit. n. Fricke 1971, S. 238). Franz Dahlem hingegen wurde voll rehabilitiert und wieder ins ZK aufgenommen, vom Politbüro blieb er allerdings ausgeschlossen.

Die Stellung Ulbrichts blieb unerschüttert. Erich Mielke, der noch 1951 im Auftrage Berijas die Opfer der stalinistischen Säuberung auf ihren Schauprozess vorbereitet hatte, wurde vier Jahre später im Zuge der Ulbrichtschen «Entstalinisierung» vom Staatssekretär zum Minister für Staatssicherheit befördert und 1971 ins Politbüro gewählt. Zu jener Zeit war die ganze «Angelegenheit» aus der Welt geschafft. «Die Parteileitung der SED, unterstützt von Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht, setzten den Bestrebungen L.P. Berijas, auch in der DDR solche Prozesse durchzuführen, entschiedenen Widerstand entgegen», heisst es in der offiziellen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (1966, Bd. 7, S. 227). Die stalinistischen Säuberungen wurden aus der Geschichte Ostdeutschlands gestrichen.

April 1952 – Juni 1954

An einem Abend im April wurde es uns verboten, uns auf die Pritschen zu legen. Um Mitternacht wurden plötzlich alle Zellentüren aufgerissen. Wir mussten uns in Reih und Glied auf dem Korridor aufstellen, wurden dann über den mit Scheinwerfern grell ausgeleuchteten Hof, durch ein Spalier bewaffneter AVH-Wärter getrieben und in Lastwagen verfrachtet. Drei Stunden später hielten wir in einem anderen Hof an, mussten aussteigen, im Laufschrift die Treppe hinaufsteigen, um schliesslich einzeln in neue Zellen gestossen zu werden.

Ich hatte keine Ahnung wohin man uns transportiert hatte. War es ein neuer Isolationstrakt, stand uns nun etwas weit Schlimmeres bevor? Nach wenigen Tagen bekam ich einen Zellengenossen. László Rákosi – nur ein Namensverwandter unseres Helden der Revolution, des «Arschkopfes» – war ein Sozialdemokrat. Von ihm erfuhr ich das erste Mal, dass auch seine Genossen massenhaft verhaftet worden waren. Er wusste, dass wir im alten Sammelgefängnis in Kóványa, einem Vorort von Budapest, gelandet waren – wegen der aus dem Mitteltrakt herausragenden fünf Flügel auch «Sterngefängnis» genannt. Vác war der Sicherheitspolizei zu eng geworden; sie brauchte eine weit grössere Anstalt, um den wachsenden Strom der Terroropfer unterbringen zu können.

Unser altes Rajkisten-Kollektiv war zerstreut, doch ich brauchte jetzt keine Universität mehr. Ich hatte mein Diplom, ich war jetzt einer unter Tausenden von eingekerkerten «Staatsfeinden». Mein Dünkel war verfliegen, die arrogante Einbildung Bannerträger der absoluten Wahrheit zu sein. Nur ein neuer praktischer Beweis der theoretischen Erkenntnis kam hier hinzu: Abgesehen von den Kriegsverbrechern traf ich unter der zusammengewürfelten Masse der Mitgefangenen – Konservative, Liberale, Sozialisten, Kommunisten oder blosse Zufallsopfer – keinen einzigen Spion, Saboteur oder Verschwörer. Alle waren aufgrund rein erfundener

Anklagen verurteilt worden. Jenő Varga, einer meiner Zellengenossen und zuvor kleiner Beamter im Innenministerium erzählte mir immerhin, ein Freund habe ihn gebeten, der britischen Botschaft einen verschlossenen Brief zu überbringen. Das war der grösste «Verbrecher», den ich kennenlernte, und auch in seinem Fall hegte ich den eindeutigen Verdacht, er wiederhole mir bloss sein falsches «Geständnis». Wahrscheinlich hatte er Angst vor mir. Ein Ex-Kommunist wie ich konnte sich allzu leicht als eingeschleuster Spitzel entpuppen.

Aus der Perspektive dieses Gefängnisses kamen mir die Bedingungen in Vác noch vergleichsweise milde vor. Was dort die «Spinnerei» war, war hier eine Knopffabrik. Die Arbeit begann um 6 Uhr morgens und dauerte bis 10 Uhr abends. Wir arbeiteten im Akkord, und theoretisch waren wir berechtigt, bei einer Leistung von mehr als 80 Prozent Zigaretten und zusätzliche Lebensmittel zu beziehen. Die Praxis sah anders aus. Sobald wir uns an die Norm herangearbeitet hatten, wurde sie sofort heraufgeschraubt. Zigaretten und menschenwürdige Nahrung blieben weiterhin ein Traum.

Nachts weckten mich Krämpfe in den Füessen, die vom 16stündigen Stehen herrührten; liessen mich auch die Schreie, das Jammern und Wimmern der Kurzgeschlossenen immer wieder aufschrecken. Die Wärter durften uns nach Belieben schlagen und foltern. Wir wurden bestraft, wenn wir zu wenig leisteten, wenn wir ohne Erlaubnis aufstanden oder uns niedersetzten, wenn wir lachten oder miteinander sprachen, wenn wir ihnen nicht in die Augen schauten oder den Kopf verdrehten – kein Anlass war zu gering, um uns zu quälen.

Es gab auch kollektive Bestrafungen. Mittags bekamen wir in der Regel nur einen Blechnapf voll wässrigen, stinkenden Sauerkrauts. Zwar war ich hungrig doch mein Magen drehte sich schon beim Geruch um, und ich zog vor, einen Bogen um den Trog zu machen. Mein Ekel muss auch von anderen geteilt worden sein, denn eines Tages, nach der Verteilung des Mittagessens, wurden wir alle im Hof versammelt. Dann erschien der Gefängnisdirektor Antal Bankuti in Begleitung einer Schar von AVH-Wärtern. Einhundert Portionen seien im Trog übriggeblieben, donnerte er. Diejenigen, die an dieser Sabotage teilgenommen hätten, sollten hervortreten. Nur vier oder fünf Häftlinge leisteten seiner Aufforderung Folge.

«Ich werde euch gleich sagen, wer die trotzkistischen Spione, die klerikalen Verbrecher und faschistischen Mörder waren», schrie er und verlas hundert Nummern – Namen hatten wir ja keine. Nun begann ein Spiessrutenlaufen, die «Saboteure» wurden mit Gummiknüppeln in das

Gebäude gejagt, und stundenlang hörten wir noch den dumpfen Ton der Schläge, die schrillen Schreie der Opfer. Nur Bankutis Stimme war lauter, er brüllte wie ein Besessener: «Ich bin Gott! Ich bin Luzifer! Ich werde euch zeigen, was Diktatur des Proletariats bedeutet!»

Der nächste Massenterror ereignete sich anlässlich des geglückten Ausbruchs eines Häftlings. Diesmal wurde niemand verschont. Wir alle mussten uns im Korridor aufstellen, und die Wärter schlugen mit den Stahlschnallen ihrer Ledergürtel auf uns ein. Die Schlägerei wurde zwei Nächte lang wiederholt. Die Wärter gingen von Zelle zu Zelle, und diejenigen, die noch auf den Beinen stehen konnten, wurden blutig geprügelt. Zwei Tage lang blieben wir ohne Essen und Wasser.

Einige Wochen später versuchte ein anderer Häftling den Ausbruch, er wurde in letzter Sekunde erwischt. Die Strafe war jetzt selektiver: Von jeder Arbeitsbrigade wurde ein Vertreter in die Gefängniskanzlei geführt und vor ihren entsetzten Augen der Unglückliche zu Tode geprügelt. Mord schien gegen die Vorschriften gewesen zu sein, denn bald darauf verschwand Bankuti, und wir hörten, dass er verhaftet worden und ebenfalls im Gefängnis gelandet war, allerdings nicht in seinem eigenen. Sein Nachfolger war ein alter Bekannter, István Lehota, der von Vác nach Kóbanya versetzt wurde.

Der Terror liess jedoch nicht nach. Es gab für mich keinen Schlupfwinkel mehr, wie es die Zelle Nr. 69 gewesen war. Wir wurden ständig verlegt. Nach dem Sozialisten Rákosi bekam ich den «britischen Spion» Varga zum Zellengenossen, dann Barna Konkoly-Thege, einen hohen Offizier der Vorkriegsarmee, der zu den Russen übergelaufen war und nach der Befreiung treu dem neuen Regime diente, bis er in der Säuberung des Militärs unter die Räder des Terrors geriet. Später war ich mit Sandór Majoros zusammen, einem Leutnant der Spionageabwehr, der der Rivalität zwischen den zivilen und militärischen Sicherheitsorganen zum Opfer fiel und als «imperialistischer Spion» verurteilt wurde. Ich erinnere mich nicht mehr an die vielen anderen, mit denen ich für kürzere Zeit zusammengesperrt war. Wir waren weder seelisch noch physisch in der Verfassung Freundschaften zu schliessen, wenn wir nach 16stündiger Arbeit todmüde und völlig apathisch auf unsere Strohsäcke sanken.

Noch im Gefängnis von Vác hatten wir von Zeit zu Zeit Formulare auszufüllen, worin nach unseren Berufs- und Sprachkenntnissen gefragt wurde. Journalismus war freilich ein völlig unnützer Beruf. Die Gefängnisleitung war besonders an Ingenieuren interessiert, und gegen Ende unseres Aufenthaltes in Vác wurden denn auch einige meiner Freunde aus

der Zelle Nr. 69 tagsüber anstatt in der Spinnerei in einer Sonderzelle mit Ingenieurarbeiten beschäftigt. Abends schmuggelten sie Zigarettenstummel und Bleistiftminen heraus. Nach so vielen Jahren wurde mir übel vom ersten Nikotinschluck, aber die Minen waren sehr nützlich. Ich opferte einige meiner raren Toilettenpapiere dem höheren Zweck der Bildung und lernte Russisch von meinen aus der Sowjetunion zurückgekehrten Zellen-genossen.

Im «Sterngefängnis» blieb meinen Ingenieurfreunden schon sehr bald die Knopffabrik erspart. Nicht viel später suchte ich vergeblich auch einige «Engländer», «Franzosen», vor allem aber «Jugoslawen». Gerüchteweise verlautete, dass sie in Sonderzellen vertrauliches Material für die AVH übersetzten, westliche und jugoslawische Zeitungen sowie Bücher, die so subversiv waren, dass nur hochzuverlässige Partei- und Sicherheitsfunktionäre – und freilich lebendig begrabene Häftlinge – darin Einblick nehmen durften.

Im Januar 1953 schlug auch für mich die Stunde des Abschieds von der Knopffabrik. Man steckte mich in eine kleine, mit einem Tisch ausgestattete Zelle. Ich bekam Papier, Bleistift, ein französisch-ungarisches Wörterbuch und einen Roman von Roger Peyrefitte über Liebesaffären, Homosexuelle und Spione in der französischen Kolonie von Athen. Den Titel habe ich vergessen, doch er muss politisch so verdächtig geklungen haben, dass irgendein überwachsender Spionageschnüffler von der AVH ihn zur Übersetzung ausgewählt hatte. Das Buch war für den Schutz des Sozialismus völlig unbrauchbar, doch für mich war es eine Erlösung ich durfte lesen, schreiben, man liess mich in Ruhe, ich bekam sogar fünf Zigaretten am Tag. Bisher war das Alleinsein stets eine Qual, jetzt war ich froh darüber. Ich zog die Übersetzungsarbeit so lang hin wie nur möglich, aus Angst, dass keine weiteren Bücher folgen würden. Und so steckte ich noch mitten in dem Buch, als ich alles stehen und liegen lassen musste. Ich wurde ins Ingenieurbüro versetzt.

Verglichen mit allem, was ich seit meiner Verhaftung erlebt hatte, kam ich nun ins Paradies. Es handelte sich um einen ganz neuen, modernen Gefängnisflügel, der von uns Häftlingen «Kleines Hotel» genannt wurde. Die Gänge waren mit dicken Teppichen ausgelegt, wir waren zu viert in geräumigen Zellen untergebracht, die voller Wunder steckten. Es gab Zeichenbretter; es gab Tischlampen, die wir selber an- und abdrehen konnten; es gab ein Wasserklosett anstelle des stinkenden, rostigen Kübels; es gab richtige Matratzen und keine verfaulten Strohsäcke mehr. Die grossen Fenster, deren Milchglas zwar undurchsichtig und mit starkem Draht

überzogen war, liessen dennoch die Sonne herein und das Blau des Himmels erahnen. Wir bekamen Bücher zu lesen – technische Literatur, aber auch Romane, richtige Romane, nicht bloss die Schundwerke des üblichen «sozialistischen Realismus» mit dem obligatorischen stahlharten, doch weichherzigen Parteisekretär und den Brachland und Konterrevolution bezwingenden Traktoristen. Tagsüber blieben unsere Zellentüren offen, so dass wir unsere Nachbarn besuchen konnten – offiziell nur, um fachliche Probleme zu besprechen, doch die Isolierung war aufgehoben. Wir verdienten sogar Geld, zwar wieder aufgrund von Normen, doch diesmal mit realistischen Vorgaben. Der Grossteil des Verdienstes wurde für Kost und Unterkunft abgezogen, aber es blieb etwas übrig zum Kauf von Zigaretten, für Zahnbürste, Zahnpasta, Seife, fast vergessene Kostbarkeiten aus einer fernen Vergangenheit. Auch die Wärter benahmen sich fast korrekt. Unsere Privilegien, diefeudalen Gemächer, die Reissfedern, Zirkel, Lineale, Reisschienen, Lichtpauspapiere und anderes mysteriöses Arbeitszubehör riefen anscheinend so einen Respekt in den uniformierten Bauernburschen hervor, dass sie manchmal sogar ganz menschliche Töne verlauten liessen.

Es gab nur ein Problem. Ich hatte keine blasse Ahnung von Architektur, Maschinenbau und technischem Zeichnen. Es waren meine alten Ingenieur-Genossen aus der Zelle Nr. 69, die bei der Gefängnisleitung auf meiner Überstellung bestanden hatten, da meine profunden technischen Kenntnisse von grossem Nutzen seien. Einer meiner neuen Zellengenossen war wieder mein Freund G., ein Chemiker mit dem Diplom der Zürcher Eidgenössischen Technischen Hochschule, und er versuchte mit bewundernswerter Geduld, mich in die Geheimnisse der Maschinen- und Bauzeichnung einzuführen. Es war vor allem seiner Hilfe zu verdanken, dass ich schon bald die Norm erreichen konnte.

Der plötzliche Sprung von Terror, Hunger und Qualen in die halb-zivilisierte Atmosphäre des «Kleinen Hotels» war eine ungeheure Erlösung, aber genau diese Erlösung liess mich wieder meine hoffnungslose Realität empfinden. In der Knopffabrik waren mein Körper, meine Nerven, meine Seele viel zu erschöpft und gepeinigt gewesen, als dass ich etwas anderes hätte ersehnen können als einen ruhigen, alles vergessenden Schlaf. Im «Kleinen Hotel» begann ich wieder zu denken und zu fühlen und fand zu meinem Schrecken, dass es der AVHgelungen war, mich aus einem menschlichen Wesen in eine bloss dahinvegetierende Kreatur zu verwandeln. Das halbwegs erträgliche Gefängnis schien jetzt «normal» zu sein, aber die Freiheit wurde so unreal, dass ich nicht einmal darüber sprechen

konnte und sie aus meinem Bewusstsein zu verdrängen versuchte. Nur nachts war ich schutzlos meinen Träumen preisgegeben. Jeden Morgen wachte ich zitternd auf, voller schmerzhafter Erinnerungen an meine Traumphantasien, und jeden Morgen redete ich mir ein: *Erinnere dich an nichts, denke an die erste Zigarette nach dem Frühstück, an die heute zu erreichende Norm. Du wirst erst frei sein, wenn du durch die Stahlmaschen des Fensters fliegen kannst.*

Schon seit Beginn unserer Haft war es üblich, dass einzelne Gefangene von Zeit zu Zeit in die Kanzlei gerufen, manchmal sogar in die AVH-Zentrale transportiert wurden, um dort über noch zu verhaftende oder bereits gefolterte Opfer auszusagen. Ende März kehrte einer von uns aus der Andrassy Strasse zurück mit der sensationellen Nachricht, Stalin sei gestorben. Für eine kurze Zeit brach sich die verdrängte, vergessene Hoffnung wieder Bahn. Eine allgemeine Amnestie stehe bevor, so wurde spekuliert, die politischen Gefangenen kämen frei. Doch nichts geschah. Man warte mit der Amnestie bis zum 1. Mai, dann komme sie gewiss, hiess es nun. Der 1. Mai kam und ging, Wochen, Monate verstrichen, alles blieb beim Alten. Stalin, tot oder lebendig gehörte einer anderen Welt an, die einzige Realität war unser Gefängnis ohne Ausgang. Denke nicht, träume nicht, und vor allem hoffe nicht – es nützt nichts, es schmerzt nur. Wir erfuhren nichts über die Ereignisse ausserhalb der Gefängnismauern, über den langsamen, widerspruchsvollen Aufstieg des Chruschtschow-Schützlings Imre Nagy und seinem Machtkampf mit der stalinistischen Rákosi-Clique. Innerhalb der Mauern änderte sich nichts.

Im November 1953 wurde unsere Isolation plötzlich durchbrochen. Für einen Augenblick drang die Aussenwelt in den Kerker ein. Wir bekamen die Erlaubnis, eine Postkarte mit maximal 16 Zeilen zu schreiben – unser erstes Lebenszeichen aus Attilas Gruft. Ich zitterte vor Freude und Angst. Was soll ich Marta schreiben? Welche Adresse angeben? Ist sie frei, lebt sie noch in unserer alten Wohnung wurde sie aus dem Institut verjagt? Ich schrieb, ich sei gesund und hoffte, in sechs Jahren entlassen zu werden, vielleicht, bei gutem Benehmen, sogar früher. Und dass ich sie sehr liebte.

Von Tag zu Tag wartete ich fieberhaft auf Antwort, doch sie traf nicht ein, weder bei mir noch bei meinen Mithäftlingen. War es wieder ein grausamer Spass der AVH?

Anfang Dezember wurde dann verkündet, dass wir zu Weihnachten Besuch erhalten könnten. Als es endlich soweit war, trieb man uns – kahlgeschoren, in grauer Sträflingskleidung – in einen riesigen Drahtkäfig. Hin-

ter uns standen die Wärter, vor uns, von den Maschen noch durch eine Eisenstange getrennt, die Angehörigen. Marta war wunderschön. Ich war erschüttert, beschämt, glücklich und ergriffen, meine Kehle wie zugeschnürt. Ich konnte ihre Stimme kaum hören im Durcheinander der Schreie, des Schluchzens und Lachens. Soviel ich verstand, waren sie wohl auf, Marta und meine kleine Tochter. Sie lebten weiterhin in unserer Wohnung Marta hatte ihren Arbeitsplatz behalten. Nach zehn Minuten war es vorbei, wir wurden in unsere Zellen zurückgeführt. Mein Leben ging mit ihr. Es gab so vieles, das ich ihr sagen, sie fragen wollte, so vieles blieb unausgesprochen.

Zu Weihnachten bekamen wir auch ein Geschenkpaket, dann einen Brief, später, im Frühling 1954, ein zweites Paket. Ich wartete auf ein nächstes Wiedersehen, doch es wurde uns gesagt, dass die Besuche «zeitweilig» verboten worden waren. Aber warum? Handelte es sich vielleicht nur um einen administrativen Fehler, der jetzt korrigiert wurde, dass es uns erlaubt war, Verbindung mit unseren Familien aufzunehmen? Würde Attilas Gruft wieder zugeschüttet werden?

Endlich, im Juni 1954, neue Hoffnungen: Wer von nun an seine Leistungsnorm übererfüllen würde, sollte mit einem halbstündigen Gespräch in einem Sonderzimmer belohnt werden. Ich arbeitete wie besessen, bis spät in die Nacht hinein, und dank der Hilfe von G. überbot ich mein Soll um spektakuläre 30 Punkte.

Wir waren streng angewiesen, uns an die entgegengesetzten Seiten des Tisches zu setzen, doch als ich das Zimmer betrat und Marta erblickte, rannte ich zu ihr, küsste und umarmte sie. Der Wärter tat, als ob er diesen groben Bruch der Vorschriften nicht bemerkt hätte. Marta schien glücklich zu sein, mich wieder zu sehen. Aber war ihre Wiedersehensfreude echt, oder war sie nur vorgetäuscht, um mich zu beruhigen? Wusste sie vielleicht irgendetwas über meine Aussichten, was sie mir vorenthielt? Wir durften meinen «Fall» nicht erwähnen, so teilte ich ihr wenig mit, doch stellte Hunderte von Fragen. Ich dürstete auf ihre Worte, auf ihre Stimme, und als ich wieder abgeführt wurde, schien das Gefängnis wie von einem Zauberstab verwandelt worden sein.

Marta erzählte mir nichts von dem bitteren Los der Frau eines Volksfeindes, von all dem existenziellen und seelischen Elend, das sie in den vergangenen fünf Jahren durchzumachen hatte. Die AVH-Männer, die mich im Juli 1949 verschleppt hatten, befahlen ihr über meine Verhaftung den Mund zu halten. Sie schwieg und hoffte jeden Tag dass sich der Irrtum

aufklären und ich nach Hause kommen würde. Sie schwieg bis zum September. Als dann in der Radioübertragung des Rajk-Prozesses auch mein Name erwähnt wurde, fiel sie ohnmächtig um. Nun gab es keinen Grund mehr zur Geheimhaltung.

Etwa einen Monat später wurde sie in die AVH-Zentrale zitiert. Jetzt sei die Reihe an sie gekommen, dachte sie. Doch man fragte sie nur, was sie über mich denke – «nichts Schlimmes, solange ich nicht den Beweis sehe, dass er etwas verbochen hat» – und mit wem sie Kontakt habe – «mit niemandem, alle meine Freunde sind verhaftet oder wollen von mir nichts wissen». Schliesslich sagte man ihr, sie könne mir warme Unterwäsche schicken, denn im Keller sei es recht kalt. Dann liess man sie gehen. Die ganze Nacht hindurch sass sie in ihrem Bett, hellwach und zitternd. Das war auch wohl der Zweck des Verhörs, ihr Angst einzujagen. Und diese Angst verliess sie nie mehr.

Doch sie hatte Glück. Ihr Direktor im Nationalen Gesundheitsinstitut, Dr. András Havas, war ein alter Kommunist, im Moskauer Exil von der NKWD verhaftet und als «trozkistischer Verschwörer» in ein sibirisches Lager deportiert worden. Erst acht Jahre später liess man ihn heimkehren. Er wusste, um was es ging. Er liess Marta kommen und sagte ihr: «Wenn Sie Vertrauen zu Ihrem Mann haben, warten Sie auf ihn. Verhalten Sie sich still, verrichten Sie gewissenhaft Ihre Arbeit. Von heute an werde ich mit Ihnen nicht mehr sprechen, doch ich behalte Sie im Auge.» Jahrelang mied er allen Umgang mit ihr, doch es war ihm zu verdanken, dass sie nicht entlassen wurde. Aus dem Hintergrund half er ihr, wo er nur konnte, liess sie befördern und ihr Gehalt erhöhen, schanzte ihr Publikationsthemen zu.

Auch der Parteisekretär verhielt sich menschlich. Als kurz vor dem Prozessbeginn eine «spontane» Massendemonstration organisiert wurde mit dem Slogan «Ein Strick für die Verräter!», bat ihn Marta, nicht auf die Strasse gehen zu müssen, sie könne ja nicht den Galgen für ihren Mann fordern. «Gehen Sie trotzdem», antwortete er. «Sie brauchen ja nicht zu schreien, bloss die Lippen zu bewegen, doch lassen Sie sich sehen, damit man Ihnen nichts in die Schuhe schieben kann.»

Für die Mehrzahl der Institutskollegen wurde sie über Nacht zur Märtyrerin des Widerstandes. Es waren die von mir einst pauschal verdammten alten Reaktionäre, die ihr beistanden, während die neuen kommunistischen Kader sie mit wenigen Ausnahmen wie eine Aussätzige behandelten.

Was die in Freiheit verbliebenen guten alten Bekannten betrifft, da gab es keine Ausnahme: Sie alle brachen jede Beziehung zu ihr ab. Wenn sie

ihr zufällig auf der Strasse begegneten, gingen sie rasch auf die andere Seite hinüber; wenn sie sie in der Strassenbahn oder im Autobus erblickten, sprangen sie aus dem fahrenden Fahrzeug ab, um sie ja nicht begrüßen zu müssen.

Wir hatten eine Dreizimmerwohnung. Bald nach meiner Verhaftung wurde ein Zimmer einem Polizisten mit Frau und Kind zugewiesen, kurz danach quartierte sich auch ein AVH-Mann mit Familie ein. «Machen Sie sich ganz klein, Frau Hódos, und halten Sie das Maul, sonst kommen Sie dorthin, wo ihr Mann ist!», warnten sie sie.

Marta war eine starke, tapfere Frau. In ihrem verbliebenen kleinen Raum, das Badezimmer und die Küche mit sechs frechen, feindlichen Fremden teilend, lebte sie zurückgezogen und ging schweigend ihrer Arbeit nach. In ihrem bitteren materiellen und seelischen Elend versuchte sie, den Kopf hochzuhalten, sich nicht einschüchtern zu lassen und die von Jahr zu Jahr unmöglicher erscheinende Hoffnung auf meine Rückkehr nicht zu verlieren.

Andere Frauen aus unserem Freundeskreis hatten weniger Glück. Frau Demeter wurde zusammen mit ihrem Mann verhaftet; Paula, die Schweizerin von Dr. András Kálmán, die Mutter und die Braut von Péter Balabán sowie die Freundin von Gyula Kuti verloren erst ihre Stellen, dann ihre Wohnungen, sie wurden aus Budapest verjagt und in Provinzdörfer deportiert, wo sie sich wöchentlich bei der Polizei melden mussten. Toni Drittenbass, ebenfalls eine Schweizerin, die ihren Mann János Dobó in der Zürcher Buchhandlung Oprecht kennen gelernt hatte, konnte ihre Heimatstadt nie wieder sehen. Emil Oprecht versuchte vergeblich, für sie zu intervenieren. Sie starb im Gefängnis, weil man ihr das lebensnotwendige Insulin entzog; ihr kleiner Sohn, wie auch der Sohn der ebenfalls verhafteten Frau von Szönyi, wurde unter falschem Namen in einem staatlichen Kinderheim untergebracht.

Nach fünf Jahren Entbehrung und Bitterkeit stellte meine Postkarte für Marta den ersten Hoffnungsstrahl dar. Sie wusste jetzt, dass ich am Leben bin. Vom ersten Gefängnisbesuch zurückgekehrt, war sie glücklich und entsetzt zugleich. Ich hatte fast nichts gesprochen, so konnte sie nicht feststellen, ob mir vielleicht meine Zähne ausgeschlagen worden waren. Sie sah nur mein eingefallenes, aschgraues Gesicht, meinen auf 40 Kilo abgemagerten Körper, meine leeren Augen. Sie wusste nicht, ob ich die Haft überleben würde.

Doch es war Anfang 1954, und Chruschtschows «Tauwetter» begann sich auch in Ungarn bemerkbar zu machen. Imre Nagy stieg ins Politbüro auf, der süsse Hauch der Veränderung lag in der Luft. Auch der AVH-Un-

termieter unserer Wohnung spürte es und zog rasch aus, gefolgt von der Polizistenfamilie. Die Internierungslager wurden aufgelöst, Hunderttausende freigelassen, die Deportierten kehrten langsam nach Budapest zurück. Im März 1954 wurde Staatssicherheitschef Gábor Péter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, im Juli János Kádár, der Innenminister zur Zeit des Rajk-Prozesses, aus dem Gefängnis entlassen und voll rehabilitiert. Der Rajk-Prozess selber blieb öffentlich noch unangetastet, doch der tödliche Alpdruck des Stalinismus begann sich auch in Ungarn zu lockern. Das Ende von Martas persönlichem Alpdruck schien nicht mehr ein unerfüllbarer Traum zu sein.

Der polnische Weg in die Schauprozesse

«Es gab keine Schauprozesse gegen polnische Kommunisten», schreibt Zbigniew Brzezinski in seinem in allen westlichen Sprachen übersetzten Standardwerk *Der Sowjetblock* (1962, S. 117), und seine Behauptung wird in einem Grossteil der politischen Literatur wiederholt. Sie entspricht nicht den Tatsachen. In Polen gab es zahlreiche blutige Schauprozesse, bloss ihre Kulminierung in einem grossen Gomulka-Prozess fand nicht statt. Polen war keine Ausnahme von der stalinistischen Regel, nur eine Variante, ein einzigartiger Sonderfall.

Polen war der einzige Satellitenstaat, wo die Säuberung an der Spitze begann, mit dem Sturz des Generalsekretärs der Partei. Hier kam es zu Abweichungen von dem allgemeinen, von Berija vorgeschriebenen Fahrplan: Beginne mit der zweiten oder dritten Führungsschicht der Partei und breite dann den Terror nach oben und unten aus, um immer weitere Kreise in das Netz der Verhaftungen einzubeziehen. Die allerhöchsten Spitzen blieben dabei unangetastet wie die Statthalter der imperialen Sowjetherrschaft Rákosi, Tschewenkow, Ulbricht, Gottwald, Gheorghiu-Dej, ja sogar Dimitrow.

Im Fall Wladislaw Gomulka musste das taktische Grundkonzept durchbrochen werden. Im Frühsommer 1948, auf dem Höhepunkt der sowjetisch-jugoslawischen Auseinandersetzungen schien der polnische Parteichef für Stalin eine unmittelbare Gefahr zu sein. Doch Gomulka war kein Tito, er stellte die sowjetische Hegemonie in Osteuropa nie in Frage, er hatte bloss seine eigene Vorstellung über Polens Platz innerhalb des Satellitenreiches. Seine Liquidierung war für Stalin eine unvermeidbare Notwendigkeit, doch zugleich die Quelle unvorhergesehener Schwierig-

keiten. Der Schlag gegen Gomulka riss alte Wunden auf, die die Geschichte der polnischen Nation geschlagen hatte und von denen auch ihre kommunistische Partei nicht frei war. Die dadurch erweckten Kräfte hatten die Organisatoren in Moskau nicht in Rechnung gestellt.

Die polnischen Parteiführer reagierten auf den Moskauer Ukas ausgesprochen hinhaltend. Sie waren sich dessen bewusst, dass sie dem Befehl zu folgen hatten, aber zugleich mussten sie ihn dämpfen und ablenken, sofern sie selber am Leben bleiben wollten. Das Zögern, Zaudern und die stille Sabotage dauerten fünf blutige Jahre lang. Dann befreite sie Stalins Tod von dem Zwang, Gomulka vor Gericht zu stellen und hinzurichten. Seine Rettung kostete jedoch einen hohen Preis. Hunderte von Kommunisten wurden dem Säuberungswahn geopfert, ins Gefängnis geworfen, zu Tode gefoltert, aufgrund von erlogenen Anklagen in öffentlichen und geheimen Schauprozessen hingerichtet oder zu Kerkerstrafen verurteilt. Es gelang der polnischen Parteiführung, den Hauptprozess zu vermeiden, indem sie Ersatzprozesse inszenierte.

Der spezifische Charakter der polnischen Säuberungen wurde von zwei tragischen Erbschaften der Geschichte geprägt. Seit seiner Geburt als Nation hatte Polen stets für seine Unabhängigkeit zu kämpfen gehabt, gegen die Russen im Osten und die Deutschen im Westen. Am Ende des 18. Jahrhunderts verschwand es von der Landkarte, es wurde zwischen Preussen, Russland und Österreich aufgeteilt. Auch seine Wiedergeburt nach dem Ersten Weltkrieg musste im Krieg gegen den jungen Sowjetstaat erungen werden. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 besiegelte sein Schicksal erneut für sechs blutige Jahre.

Der faschistische Völkermord in den von den Deutschen besetzten Westgebieten milderte keineswegs den traditionellen Russenhass. In den von der Sowjetunion annektierten Ostprovinzen fielen anderthalb Millionen Polen ihren neuen Herren zum Opfer, wurden als «Spione» liquidiert oder als «bourgeoise Ausbeuter» eingekerkert und deportiert. Berüchtigt ist die Massenerschießung von 4.100 Offizieren in Katyn. Die Polen haben auch nie vergessen, dass Stalin im August 1944 knapp vor Warschau dem Vormarsch der Roten Armee Einhalt gebot und zwei Monate lang tatenlos zusah, wie die Deutschen 150.000 Polen, sowohl Zivilisten als

auch Widerstandskämpfer der von London aus organisierten Heimarmee, niedermetzelten.

Nach der Niederlage Hitler-Deutschlands wurden die Ostprovinzen Polens von der Sowjetunion annektiert, als Ausgleich liess Stalin die deutschen Provinzen östlich der Oder-Neisse-Linie Polen einverleiben. Das Geschenk im Westen wog jedoch den jahrhundertealten Hass gegen den russischen Nachbarn nicht auf. Sofern die vom östlichen «Erzfeind» errichtete kommunistische Herrschaft zumindest die passive Unterstützung der Massen gewinnen wollte, so musste sie die ungestüm nationalistische, antirussische Stimmung des Volkes in Betracht ziehen. Sie musste einen «polnischen Weg» verfolgen.

Die Schlagworte Patriotismus und Unabhängigkeit wurden schon nach der deutschen Invasion der Sowjetunion von der Komintern lanciert, sie blieben auch unmittelbar nach dem Krieg Bestandteil der obligaten Propaganda aller kommunistischen Parteien.⁵¹ Der deutsche, ungarische, rumänische Weg zum Sozialismus ersetzte zeitweilig die alte Forderung nach einer uniformen, strikten Befolgung des sowjetischen Modells.

In Polen war die Umstellung besonders schwierig. Sowohl die linken Sozialisten vor dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1918 die Kommunisten befürworteten den Anschluss an das revolutionäre Russland. Die Wiedererrichtung eines unabhängigen Polens war für sie eine «bourgeoise Illusion», wie Rosa Luxemburg, die Führerin der Sozialdemokraten, sich ausdrückte. Noch 1920 unterstützte die KP Polens die nach Warschau vordringende Offensive der Roten Armee. Unter Lenins Druck verwarf sie zwar den «Luxemburgismus», doch ihre Einstellung zur Unabhängigkeit blieb weiterhin zweideutig (s. dazu Dziewanowski 1976, S. 33ff.). Sie befürwortete die Abtrennung der mehrheitlich von Weissrussen und Ukrainern bewohnten Ostprovinzen an die Sowjetunion, und als die Komintern zur Stärkung der KPD, dieses «nächsten Gliedes der weltrevolutionären Kette», die Abtretung der Westprovinzen an die Weimarer Republik forderte, befolgte die polnische KP sklavisch die Anweisungen aus Moskau (s. ebd., S. 88ff.). Erst nach der Machtergreifung Hitlers, und auch dann auf Befehl Moskaus, versuchte die Partei ihren Ruf, antinational und sowjethörig zu sein, abzuschütteln.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verkündete Gomulka seinen «polnischen Weg» zum Sozialismus. Oberflächlich gesehen unterschied

sich die Parole in keiner Weise von denen der anderen Satellitenparteien, doch dahinter verbarg sich ein wesentlich anderer Inhalt. Unter den Bedingungen der tiefsitzenden antirussischen Tradition Polens war diese Maxime für Gomulka kein bloss taktisches, momentanes Schlagwort, sondern drückte eine langfristige Politik, ja eine persönliche Überzeugung aus. Im Gegensatz zu Tito verwahrte er sich nicht gegen die Eingliederung Polens in das Sowjetimperium, doch im Gegensatz zu seinen Satelliten-Kollegen (und natürlich auch zu Stalin) war er fest davon überzeugt, dass die sowjetischen Ziele am besten dann erreicht werden könnten, wenn man die sowjetischen Methoden eben nicht blind nachahmte. Diese Ketzerei musste ausgemerzt werden.

Die Zielscheibe der stalinistischen Säuberung war damit gegeben. Der Zeitpunkt ergab sich mit der Entfaltung der weit gefährlicheren Ketzerei Titos. Nach den Regeln des stalinistischen Tormechanismus sollte es eine rasche, reibungslose Aktion werden.

Es war wieder eine historische Erbschaft, diesmal nicht der Nation, sondern ihrer kommunistischen Partei, die die Pläne Stalins und Berijas durchkreuzte.

Die polnische Partei war den Bolschewisten stets ein Dorn im Auge, sie betrachteten die westliche «Bruderpartei» als einen unzuverlässigen Ballast. Innerhalb der Komintern war «polnisch» gleichbedeutend mit Disziplinlosigkeit und Abweichung aller Art. Es begann schon bei der Gründung der Partei mit Lenins ideologischem Kampf gegen den «Luxemburgismus» und wurde unter Stalin zu einer immer schärferen, bedrohlicheren Hexenjagd. 1924 befahl die Komintern die Ablösung der gesamten polnischen Parteiführung wegen «Rechtsopportunisten», zwei Jahre später wurde das neue ZK als «Kapitulanten vor dem Pilsudski-Faschismus» angeprangert. Dann kamen die unheilvollen Beschuldigungen des «Trotzkismus». Zunächst wurden die polnischen Parteiführer angegriffen, unter den Einfluss von trotzkistischen Verbrechern geraten zu sein, später wurden sie selber als Trotzkisten abgestempelt. Im Grossen Terror ist praktisch die gesamte Parteiführung liquidiert worden, «Rechtsopportunisten», «Zentristen» und «Linksabweichler» gleichermaßen, gefolgt von der gesamten polnischen Sektion der Komintern. In den fünf Jahren von 1933 bis 1938 wurden alle bedeutenden Parteifunktionäre, darunter zwölf Mitglieder des ZK, der Grossteil der kommunistischen In-

tellektuellen und Hunderte von Parteiaktivisten nach Moskau zitiert und ermordet. Nur den wenigen Glücklichen, die die Terrorzeit in polnischen Gefängnissen verbrachten oder besonders enge Beziehungen zur NKWD hatten, gelang es, der Hinrichtungswelle zu entkommen. Die Kommunistische Partei Polens hörte auf zu bestehen. Das offizielle Todesurteil kam Ende 1938 mit dem Auflösungsbeschluss der Komintern (s. ebd., S. 146ff.).

Das Trauma des Massenmordes verloren die wenigen Überlebenden nie. Die schaurige Erinnerung daran beeinflusste entscheidend den Ablauf der stalinistischen Säuberungen und Schauprozesse der Nachkriegszeit.

Das nationale Trauma erkor Gomulka für die Rolle des Säuberungsopfers, das Parteitrauma rettete sein Leben (s. dazu die gute Biographie von Bethell 1971). Er war einer der wenigen Glücklichen, die zur Zeit des Moskauer Blutbades in einem polnischen Gefängnis ihre Strafe verbüßten. Im Chaos der deutschen Invasion im September 1939 konnte er fliehen und schlug sich in die sowjetische Besatzungszone durch. Er bekam einen Angestelltenposten in einer Papierfabrik in Lwow und blieb unbehelligt. Die NKWD interessierte sich nicht für den kleinen Gewerkschaftsfunktionär und Sekretär einer unbedeutenden Parteiorganisation. Als Hitler ganz Polen überrannte, blieb Gomulka in Lwow; er wartete auf Instruktionen. Es gab keine polnische Partei mehr, der er sich hätte anschließen können, und die einzige Widerstandsbewegung, die von der Londoner Exilregierung organisierte Heimarmee, war zumindest so antirussisch wie anti-deutsch.

1942 entschied Stalin, eine Handvoll von zuverlässigen polnischen NKWD-Agenten per Fallschirm auf polnischem Territorium abzusetzen und mit der Neugründung einer kommunistischen Partei zu beauftragen (s. Ulam 1952, S. 149ff; Dziewanowski 1976, S. 161ff.; Bethell 1971, S. 65ff). Die Gruppe wurde von Marcelli Nowotko, Pawel Finder und Boleslaw Molojec geführt. Finder erinnerte sich des treuen Parteiarbeiters Gomulka, liess ihn kommen und ernannte ihn zum Sekretär des Warschauer Komitees der neuen Polnischen Arbeiterpartei (PPR). Da fast alle alten Führer in Moskau ums Leben gekommen waren, war es nicht schwer für Gomulka, sich in die Spitzengarnitur der Parteihierarchie hinaufzuarbei-

ten. Er wurde ins ZK gewählt und im November 1943, nach der Ermordung von FINDER durch die Gestapo und der Hinrichtung von Nowotko und Molojec durch ihre eigenen Genossen, zum Generalsekretär der PPR ernannt. Gomulka war nicht Stalins und Berijas Wahl. Weil jedoch nur Nowotko und FINDER das Geheimsignal für die Radioverbindung mit Moskau gekannt hatten, fiel Gomulkas Ernennung in die kurze Periode der Kommunikationslücke zwischen der im Untergrund operierenden polnischen Partei und ihrer Moskauer Dirigenten.

Der Mord an Nowotko war nur das hervorstechendste Ereignis in einem dunklen Kapitel der Illegalität, das später noch den Gang der Säuberungen beeinflussen sollte.⁵² Die NKWD hatte ihn mit der Aufgabe betraut, Verbindung mit der Gestapo aufzunehmen und den Deutschen die Mitglieder der von London aus gesteuerten rivalisierenden Widerstandsorganisation der Heimarmee zu denunzieren. Molojec, das dritte Führungsmitglied der von Moskau entsandten Gruppe, fand diesen Kontakt heraus. Er nahm an, Nowotko sei ein Verräter, und befahl seinem Bruder Zygmunt, ihn zu ermorden. Ein Parteigericht befand Molojec und seinen Bruder für schuldig und verordnete ihre Hinrichtung.

Die Verbindung mit der Gestapo war eine abscheuliche Taktik beider Seiten – nicht nur der Kommunisten. Auch die Heimarmee lieferte ihre politischen Gegner den Okkupanten aus. Nach dem Krieg wurden Tausende von Heimarmeeführern liquidiert, weil sie angeblich oder tatsächlich mit der Hitlerpolizei zusammengearbeitet hatten. Doch der geheime Gestapokontakt belastete auch manche Kommunisten und machte sie zu bequemen Zielscheiben der stalinistischen Säuberer, die zweckdienlich die Rolle der NKWD in diesem «schmutzigen Krieg» vergassen.

Als Gegengewicht zur Heimarmee betraute Gomulka seinen Freund Marian Spychalski mit der Organisierung der «Volksgarde». Spychalski hatte sich 1931 den Kommunisten angeschlossen. Nach Kriegsausbruch floh er mit Gomulka nach Lwow und kehrte mit ihm nach Warschau zurück. Spychalskis Volksgarde wuchs zur Volksarmee heran und wurde das militärische Organ der Untergrundpartei.

Ende 1943 erschien Boleslaw Bierut, der Vertrauensmann Stalins, in Warschau. Auch er hatte die Zeit des Moskauer Grossen Terrors in einem

polnischen Gefängnis überlebt. Nach dem deutschen Einmarsch setzte er sich in die Sowjetunion ab, und dank seiner guten Beziehungen zur NKWD erklomm er rasch eine hohe Position in der Komintern. Bierut wäre für die Moskauer Parteiführung der gegebene Nachfolger Nowotkos gewesen. Er wurde sofort in das ZK gewählt, doch er kam zu spät, um Gomulka beiseite zu schieben und den höchsten Parteiposten zu besetzen.

Die Geschichte der polnischen KP musste kurz skizziert werden, ohne sie wäre der Gang der Nachkriegssäuberungen unverständlich. Die Fortsetzung des Vorspiels kann rasch beschrieben werden. Als sich Anfang 1944 die Rote Armee der polnischen Grenze näherte, wurde in Warschau der Nationalrat der Heimat (KNR) gegründet mit Bierut als Präsidenten. Parallel zur Warschauer Troika Bierut-Gomulka-Spychalski wurde in Moskau die Union Polnischer Patrioten ins Leben gerufen, unter Führung der zuverlässigen NKWD-Agenten Jakub Berman und Stanislaw Radkiewicz. Im März begab sich eine KNR-Delegation mit Spychalski an der Spitze nach Moskau, um die Politik der Moskauer und Warschauer Zentren zu koordinieren. Am 21. Juni, als die Deutschen aus Lublin vertrieben worden waren, trafen sich dort die beiden Fraktionen und bildeten das Polnische Komitee für Nationale Befreiung, das sich am 31. Dezember zur Provisorischen Regierung erklärte. Bierut wurde zum Präsidenten, Radkiewicz zum Minister für öffentliche Sicherheit, Berman zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt. Er war im Politbüro für alle Sicherheitsfragen verantwortlich, in seinen Händen lag auch die Oberaufsicht über die Bezpieka, den neu geschaffenen Staatssicherheitsdienst. Spychalski bekam den Posten des Generalstabschefs und später den des stellvertretenden Verteidigungsministers im Range eines Generals. Die zentrale Macht blieb in den Händen Gomulkas. Er war nicht nur Generalsekretär der Arbeiterpartei (PPR), sondern auch stellvertretender Ministerpräsident und Minister der vom Dritten Reich zurückgewonnenen Gebiete. Aus diesen Führungskadern rekrutierten sich Opfer und Täter der späteren Schauprozesse.

Am 3. Juni 1949 sprach Gomulka auf einer ZK-Sitzung zum Thema der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Das Referat (s. Bethell 1971, S.

176ff; Dziewanowski 1976, S. 209; Ulam 1952, S. 164f.) behandelte die Fehler der Kommunistischen Partei in der Vorkriegsperiode, ihr Sektierertum und ihre schwankende Haltung gegenüber der nationalen Unabhängigkeit. Die Kommunisten müssten vom Patriotismus der Sozialistischen Partei lernen, betonte er, und die Politik eines polnischen Weges zum Sozialismus kompromisslos befolgen.

Patriotismus und polnischer Weg waren dem ZK wohlbekannt, sie bildeten seit der Machtübernahme das Rückgrat der Parteipolitik. Wenn Gomułka seinen Landsleuten immer wieder versicherte, die Sowjetisierung Polens, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Einparteiendiktatur seien bloss provokative Einflüsterungen des Feindes, so wiederholte er nur die gängigen, von Stalin sanktionierten Schlagworte aller Volksdemokratien.

Es war nicht der Inhalt, sondern der Zeitpunkt des Referats, der den Unterschied ausmachte. Am 3. Juni näherte sich der Stalin-Tito-Konflikt seinem Höhepunkt. Der stets schärfer werdende Ton in der Korrespondenz zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen ZK war eine deutliche Warnung an alle «Bruderparteien», sich vor dem separaten, nationalen Weg zum Sozialismus zu hüten. Nachdem in Moskau Gomułkas Rede bekannt geworden war, bekam Bierut von Stalin und Berija die Weisung, Gomułka zu liquidieren. Dessen auf der ZK-Sitzung mit rhythmischem Applaus begeistert aufgenommenes Referat wurde nun schon wenige Tage später vom Politbüro als eine «bewusste Revision der leninistischen Beurteilung unserer Parteigeschichte» angegriffen.

Stalins Misstrauen gegen Gomułka ging auf dessen Haltung bei der Gründung der Kominform zurück. Gomułka war der einzige namhafte Kommunist, der sich dem Vorschlag zur Schaffung eines von der UdSSR dominierten internationalen Instruments widersetzte. Erst eine eiligst einberufene Sitzung des Politbüros zwang ihn, den Moskauer Vorschlag zu akzeptieren. Auf der Gründungsversammlung der Kominform am 22. September 1947 im polnischen Städtchen Szklarska Poreba jedoch war es abermals Gomułka, der als einziger ausscherte: Offen lehnte er eine Resolution ab, in der die rasche Kollektivierung der Landwirtschaft in allen Volksdemokratien gefordert wurde. Gomułka wurde überstimmt, doch Stalin vergass ihm nicht, dass er es als einziger Satellitenführer gewagt

hatte, ihm zu widersprechen. Gomulka beharrte auf seinem «polnischen Weg». Seine «Abweichung» war weder antistalinistisch noch liberal oder nationalistisch. Er stellte die Generallinie Stalins nicht in Frage, doch er war der Meinung, dass die ausgeblutete polnische Wirtschaft der Erschütterung einer Kollektivierung nicht standhalten könnte. Er blieb bei der Überzeugung, dass das sowjetische Vorbild nur sehr behutsam angestrebt werden könne, dass der traditionelle Russenhass am besten durch Besänftigung und nicht durch Brüskierung der «zurückgebliebenen Massen» zu überwinden sei (zur Gründungskonferenz s. Bethell 1971, S. 170ff.).

Er beharrte zu lang auf seinem Standpunkt. Als im Frühjahr 1948 Titos weit grundlegendere Auflehnung das Konzept der osteuropäischen Säuberungen entstehen liess, brauchte Berija kein polnisches Opfer für die Schauprozesse zu erfinden. Gomulka bot sich als Zielscheibe an.

Kurz nach dem Referat vom 3. Juni rief Bierut eine Sondersitzung des Politbüros zusammen und führte einen scharfen Angriff gegen Gomulka. Seine Entmachtung folgte Schritt für Schritt, obwohl in einer für Berija unverständlich laienhaften Art und Weise (s. ebd., S. 178ff.; Ulam 1952, S. 165ff.). Nach dem ersten Angriff und der Weigerung Gomulkas, Selbstkritik zu üben, hätte er sofort verhaftet werden müssen, wie es das stalinistische Drehbuch verlangte. Im Untersuchungsgefängnis stünden dann bewährte Methoden zur Verfügung, die «Fehler» in «Verbrechen» umzupolitisieren. Die polnische Wirklichkeit verbaute jedoch diesen Weg. Die zwei Moskowiten im Spitzengremium, Berman und Radkiewicz, im Partei- und Staatsapparat für Sicherheitsfragen verantwortlich, waren nicht stark genug, um Bierut gegen Gomulka zu unterstützen, der im ZK noch die Mehrheit hinter sich hatte. Als mächtigste Bremse erwies sich jedoch das Parteitrauma. Sie alle, «Gomulkisten» wie Moskowiter, erinnerten sich noch an die Massenschlächterei der 30er Jahre, an die physische Liquidierung fast der gesamten Führungsschicht. Von den Überlebenden hatte Sicherheitsminister Radkiewicz einen Bruder im Stalinterror verloren, seine Schwester verschwand im Gulag und konnte erst nach dem Krieg befreit werden. Stefan Staszewski, Chef der Presseabteilung im ZK, verbrachte die Jahre 1938 bis 1945 im Strafarbeitslager Kolyma, ZK-Mitglied Franciszek Mazur litt noch jahrelang an den Folgen der brutalen Fol-

terungen im Moskauer Untersuchungsgefängnis und im sibirischen Gulag. Bierut entkam zwar dem Terror, doch er hatte viele Freunde unter den Opfern und fragte Stalin öfter nach ihnen, bis ihn einmal Berija anschrie: «Warum musst du ständig Josif Wissarionowitsch verarschen? Ich rate dir: Verpiss' dich, kümmer' dich um deinen eigenen Scheiss, lass' ihn in Ruhe! Du wirst es sonst noch bereuen.» (Zit. n. Toranska 1987, S. 146)

Es war vor allem dieses Parteitrauma, das Bierut im Sommer 1948 dazu bewog, der sowjetischen Forderung nach sofortiger Verhaftung Gomulkas auszuweichen und zu versuchen, Stalin zunächst mit dem Versprechen der politischen Kaltstellung Gomulkas zufriedenzustellen. Er löste sein Versprechen auch in typisch stalinistischer Weise ein. Im Juli neutralisierte er die Gomulka-Fraktion mit der Drohung, eine weitere Beharrung auf dem «polnischen Weg» würde zum Bruch mit der Sowjetunion führen. Im August befand sich Gomulka in einer isolierten Position; er begann, eine lauwarmer, vage Selbstkritik zu üben. Diese Konzession war für Stalin gänzlich ungenügend, und er wies das polnische Politbüro an, einen Beschluss über die «rechtsopportunistisch-nationalistische Abweichung» auszuarbeiten. In dieser Resolution wurde Gomulka beschuldigt, während des Krieges ein Bündnis mit dem rechten Flügel der Sozialisten angestrebt zu haben, die Kollektivierung abzulehnen, eine kulakenfreundliche Politik zum Schaden der werktätigen Kleinbauern zu betreiben und den Verrat Titos nicht entschieden genug zu verurteilen. Am 2. September kapitulierte Gomulka und nahm die Resolution an.

Bierut konnte und wollte vorerst nicht weiter gehen. Am selben Tag verkündete er triumphierend: «Genossen! Zu allererst möchte ich etwas zu der Rede und der Selbstkritik des Genossen Gomulka sagen. Das Politbüro ist zu dem Schluss gekommen, dass diese Selbstkritik ausreichend und zufriedenstellend ist.» (Zit. n. Bethell 1971, S. 192) Es schien, als ob damit die Gomulka-Affäre abgeschlossen wäre. Am 3. September wurde er seines Postens als Generalsekretär der Partei enthoben und aus dem Politbüro ausgeschlossen. Einige seiner Freunde wie Kliszko, Bienkowski und Loga-Sowiiiski wurden aus den Führungsgremien entfernt, das von «Gomulkisten» gesäuberte ZK wählte Bierut einstimmig zum neuen Generalsekretär. Im Januar 1949 wurde Gomulkas Ministerium der wieder-

gewonnenen Gebiete aufgelöst, er musste als stellvertretender Ministerpräsident abdanken und bekam einen unbedeutenden Posten in einem staatlichen Versicherungsamt. Er blieb zwar Mitglied des ZK, wurde jedoch wie ein Aussätziger behandelt – ein erledigter Mensch, ohne Macht und Einfluss.

Nach dem Rajk-Prozess in Ungarn musste Bierut einen weiteren Schritt nachgeben. Auf Moskauer Anweisung berief er am 11. November 1949 eine Plenarsitzung des ZK ein. Die Spionagehysterie verlieh den neuen Anschuldigungen gegen Gomulka jetzt einen unheilvollen Unterton: Sein Mangel an Wachsamkeit habe es den imperialistischen Agenten erlaubt, in sein Ministerium einzudringen, seine politische Linie weise deutlich titoistische Züge auf; ja es wurde sogar angedeutet, dass er während des Krieges in den Mord an Nowotko verwickelt gewesen sei. Gomulka wurde aus dem ZK ausgeschlossen und wenige Monate später gezwungen, seinen letzten, noch so unbedeutenden Staatsposten abzugeben. Er zog sich in den Kurort Krynica zurück; vergessen, von allen Freunden und Genossen verlassen, von der Staatssicherheitspolizei beschattet, aber immerhin noch auf freiem Fuss.

Gleichzeitig mit dem Angriff auf Gomulka eröffnete Berija drei andere Fronten der Säuberungsoffensive. Die eine bediente sich der in Ungarn ausgeheckten Field-Konstruktion; die zweite zielte auf die Einkreisung des Hauptobjektes und verschlang die Opfer, die den Weg zu ihm freigaben; die dritte kopierte die von Stalin für die Satellitenstaaten angeordnete antisemitische Kampagne und drang auf die Liquidierung der jüdischen Kommunisten. Sie alle sollten in *einen* grossen polnischen Schauprozess münden.

Die vier Stossrichtungen der Säuberung überschnitten sich, griffen ineinander und verstärkten sich gegenseitig. Um diese komplexe, verwirrende Geschichte übersichtlicher zu gestalten, muss ich nach dem politischen Sturz Gomulkas auf eine chronologische Folge verzichten und die verwobenen Fäden des Terrors voneinander trennen.

Wenden wir uns zunächst der Field-Linie zu. Die zögernd fortschreitende Entmachtung Gomulkas steckte noch in ihren Anfängen – der Generalsekretär war zwar gestürzt, doch noch ein geduldetes ZK-Mitglied – als im Juni 1949 MWD-General Bjelkin den ungarischen Vernehmern und

ihren Sowjetberatern die Weisung gab, aus den verhafteten Opferkandidaten des Rajk-Prozesses ihre Verbindungen zu polnischen Genossen zu erblütern. Einen Monat später entsandte Rákosi den stellvertretenden Sicherheitschef Ernő Szücs mit einer Liste der polnischen Mitglieder der «Field-Gruppe» nach Warschau. Die Liste enthielt die Namen von zwölf Kommunisten, die den Krieg im westlichen, vor allem Schweizer Exil verbracht hatten und die, den erfolgten Aussagen von Noel Field, Szönyi und anderen Verhafteten der «Schweizer Gruppe» zufolge, von Field für den amerikanischen Nachrichtendienst angeworben worden waren. Die Ungarn drängten auf ihre unmittelbare Verhaftung. Bierut übergab die Liste der X. Abteilung, einer Geheimsektion der Bezpieka, des polnischen Staatssicherheitsdienstes.

Die X. Abteilung stand unter der Leitung von Oberst Anatol Fejgin und seinen drei Stellvertretern Józef Swiatlo, Henryk Piasecki und Kazimierz Michalak. Sie war für die Überwachung der führenden Parteikader, für die Abwehr imperialistischer Spione und die in die Partei eingedrungenen Trotzlisten zuständig. Politisch verantwortlich für die X. Abteilung war der stellvertretende Sicherheitsminister Roman Romkowski, durch dessen ausgezeichnete, langjährige Beziehungen zur NKWD Fejgin und seine Kollegen über eine Direktverbindung zur Moskauer Zentrale verfügten, oft sogar über die Köpfe von Bierut und Berman hinweg. Die eigentliche Kontrolle lag jedoch in den Händen der sowjetischen «Berater», vor allem von MWD-General Ljalin und dem der X. Abteilung zugeteilten Oberst Nikolaschkin. Diese Sektion wurde das Hauptinstrument der stalinistischen Säuberungen in Polen.⁵³

Im September 1949 verhaftete die X. Abteilung die von den Ungarn als «imperialistische Agenten» bezeichneten Kommunisten. Der prominenteste unter den elf Opfern war Oberst Dr. Leon Gecow. Als Armee-Delegierter im Internationalen Roten Kreuz war er in Kontakt mit Noel Field gekommen, der ihm seine Hilfe beim Wiederaufbau des zerstörten Landes angeboten hatte. Mit Gecow wurde auch seine Frau verhaftet, ferner die «Fieldisten» Dr. Jan Lis und seine Frau, Dr. Jerzy Kawa, Tonia Lechtman, Jerzy Nowicki, Janusz Sokolowski, Szymon Jakubowicz, Paulina Born und Henryk Held.

Die Gruppe wurde bald durch ein zwölftes Mitglied ergänzt: Anna Duracz. Sie war nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager mit Hilfe von Noel Field in die Schweiz zu einer Erholungskur gebracht worden und kehrte 1946 nach Warschau zurück, als Sekretärin des Sicherheitschefs Jakub Berman. Im Februar 1949 begab sich Noel Field nach Warschau und suchte Anna Duracz auf. Er wollte Berman bitten, ihn mit seinem alten Bekannten P.F. Judin in Verbindung zu bringen, der jetzt der Sowjet-Delegierte in der Kominform war, um ein für alle Mal das Misstrauen zu zerstreuen, dem er in den osteuropäischen Ländern begegnete. Berman empfing ihn nicht und beauftragte Duracz, dem Amerikaner zu sagen, er solle einen Brief an Judin bei ihr hinterlassen, und sobald eine Antwort komme, werde man ihn verständigen.

Die Ungarn verlangten die Verhaftung von Duracz, doch Berman versuchte sie zu schützen. Er hatte Angst, dass ihr Schicksal sein eigenes vorzeichnen könne. Aber auch der allmächtige polnische Sicherheitschef konnte Duracz nicht retten, Stalin intervenierte persönlich und forderte Bierut auf, sie unverzüglich zu verhaften.

Ein glücklicher Zufall verhalf der Bezpieka dazu, die «titoistisch-imperialistische Spionagegruppe» abzurunden. Im Sommer 1949 schrieb Hermann Field seinen polnischen Bekannten Mela Granowska und Helena Cyrkus und bat sie, bei der Beschaffung eines Einreisevisums behilflich zu sein. Er wolle Nachforschungen über seinen aus Prag spurlos verschwundenen Bruder Noel anstellen. Die beiden Frauen leiteten den Brief an die Bezpieka weiter und bekamen den Auftrag, Hermann Field nach Warschau zu locken. Er kam Mitte August in der polnischen Hauptstadt an, doch erhielt von niemandem Auskunft. Am 22. August begab er sich zum Warschauer Flugplatz, um nach Prag weiterzufliegen und vielleicht dort etwas zu erfahren. Er wurde in der Abflughalle von Józef Swiatlo, dem stellvertretenden Leiter der X. Abteilung verhaftet (s. Swiatlo 1955; Lewis 1965, S. 167).

In den ersten Wochen ihrer Verhaftung wurde die «Field-Gruppe» Tag und Nacht verhört, doch auch die Folter erbrachte keine Beweise ihrer Verbindung zu einer das Satellitenreich umfassenden Verschwörung. Anfang September wurde Swiatlo nach Budapest entsandt und verhörte dort Noel Field, Szönyi sowie zwei weitere Mitglieder der «Schweizer Gruppe», Vági und Kálmán. Zu jener Zeit, knapp vor dem Beginn des Rajk-

Prozesses, waren bereits alle Verhafteten gebrochen. So wiederholten sie für Swiatlo ihre erfolgterten «Geständnisse», sie seien Spione gewesen und wüssten auch, dass ihre polnischen Genossen aus dem Schweizer und französischen Exil ebenfalls amerikanische Agenten seien. Doch nach konkreten Beweisen befragt, konnten sie keine Einzelheiten bieten, und Swiatlo kehrte mit leeren Händen zurück – die sowjetisch-ungarischen Folterer versäumten es offensichtlich, ihre Opfer auch für ein polnisches Verhör zu präparieren.

Die Untersuchung in Warschau schleppte sich jahrelang ergebnislos hin. Das Verhörerteam der X. Abteilung wurde von Fejgin, Swiatlo und ihren brutalen Helfern wie Kaskiewicz und dem ärgsten Sadisten unter ihnen, Józef Rozariski, geleitet, aber über allen thronte im Hintergrund der Sowjet-«Berater» Oberst Soldatow. Hermann Field wurde im Keller einer von der X. Abteilung für Sonderhäftlinge eingerichteten Villa im Warschauer Vorort Miedzeszyn gefangengehalten, die anderen im Gefängnis von Mokotow. Oberst Gecow starb unter der Folter, Anna Duracz versuchte, Selbstmord zu verüben, indem sie sich die Pulsadern aufschnitt, Tonia Lechtman wurde an ihren Haaren aufgehängt und war nahe daran, den Verstand zu verlieren. Die Bezpieka war jedoch mit ihren erfolgterten «Geständnissen» nicht zufrieden, die Verbindung zu Field genügte ihr nicht, sie wollte eine Verbindung zwischen der «titoistisch-imperialistischen Agentengruppe» und Gomulka konstruieren – eine Methode, die sich in Ungarn und in der Tschechoslowakei vorzüglich bewährt hat. In Polen führte sie jedoch in eine Sackgasse: Weder Hermann Field noch die anderen «Fieldisten» waren je mit Gomulka in Berührung gekommen. Es gab einfach keine Verbindung, die durch Folterungen in eine Verschwörung hätte «umpolitisiert» werden können.⁵⁴

Nach drei Jahren unergiebigem Verhöre versuchte Berija einen anderen Weg. Im November 1952 wies er Bierut an, Swiatlo und dessen Vorgesetzten, den stellvertretenden Sicherheitsminister Romkowski, nach Prag zu schicken mit dem Auftrag, Slánský und das Ehepaar Pavlik von der tschechischen «Schweizer Gruppe» zu verhören und eine Verbindung zwischen Field, den tschechoslowakischen Angeklagten und Gomulka herauszufinden. Die Bezpieka-Abgesandten kehrten jedoch aus Prag mit

ebenso wenig konkreten «Beweisen» zurück wie drei Jahre zuvor aus Budapest. Danach wurde die polnische Field-Gruppe vorerst nicht mehr gefoltert, sie blieb jedoch in Untersuchungshaft, in Reserve gehalten für eine etwaige spätere Verwendung.

Nach der Chronik der sich als unergiebig erwiesenen, vorläufig unterbrochenen Field-Linie wenden wir uns jetzt der nächsten Stossrichtung des Terrors zu, der Einkreisungsmanöver rund um Gomulka, die mit der allgemeinen Säuberungstaktik Berijas engstens verflochten sind.

Bis November 1949 hatte die stalinistische Parteiführung Polens noch gehofft, die Gomulka-Affäre mit seiner politischen Kaltstellung beenden zu können. Doch die Lage im Satellitenreich hatte sich drastisch verändert. In Bulgarien ging gerade der Schauprozess gegen Kostow über die Bühne, in Rumänien war Patrascanu verhaftet worden, in der Tschechoslowakei und in der DDR begannen die Staatssicherheitsdienste mit der Vorbereitung zur Ausweitung der «Schweizer Gruppe» um Noel Field, d.h. zu einer grossangelegten Hexenjagd auf imperialistische Spione. Besonders bedrohlich war der Rajk-Prozess in Ungarn, worin Gomulka öffentlich als Titos Mann in Polen denunziert wurde (s. *László Rajk* 1949, S. 128 und S. 156).⁵⁵

Bierut befand sich in einer heiklen Situation. Einerseits musste er Gomulka vor der Verhaftung schützen, um eine zweite stalinistische Vernichtung der polnischen Parteiführung zu verhüten, andererseits konnte er nicht mehr bei der Liquidierung der verhältnismässig unwichtigen «Field-Gruppe» Halt machen, ohne Stalins Zorn heraufzubeschwören. Er musste wenigstens einen Parteiführer der zweiten Garnitur opfern.

Marian Spychalski, Gomulkas Freund und Kampfgenosse, bot sich dafür an. Er war von Anfang an einer der hervorragendsten Führer der bewaffneten kommunistischen Untergrundbewegung gegen die Nazi-Okkupanten und spielte in der Nachkriegszeit eine entscheidende Rolle in der «Polonisierung» des Offizierskorps, dessen Spitzen ursprünglich von in polnische Uniformen gesteckten Sowjetoffizieren besetzt waren. Die Wachablösung geschah im vollen Einverständnis mit Stalin, doch was 1945/46 Sowjetpolitik war, wurde 1948 als «antisowjetische Haltung» ab-

gestempelt. Die MWD drängte auf seine Verhaftung, doch Bierut und Berman versuchten, das Unvermeidliche zu verzögern. Sie liessen Spsychalski zuerst vom Verteidigungs- ins Bauministerium, dann in die Stadtregierung von Wroclaw versetzen und gaben der X. Abteilung der Bezpieka den Auftrag, eine Untersuchung einzuleiten.

Vorerst mussten jedoch einige Vorbereitungen getroffen werden (s. Bethell 1971, S. 203ff. u. 216ff.; Ulam 1952, S. 183ff.). Im Spätherbst 1948 verhaftete der Staatssicherheitsdienst Alfred Jaroszewicz und Wlodimierz Lechowicz, zwei Kampfgenossen Spsychalskis aus der Widerstandsbewegung, die nach dem Krieg auf dessen Antrag beide einen Regierungsposten erhalten hatten. Sie wurden jetzt beschuldigt, im Dienste der Zweiten Abteilung, der Spionageabwehr der Vorkriegs-Armee, gestanden und in deren Auftrag in die illegale Partei eingedrungen zu sein, um im Einverständnis mit Spsychalski Sabotage- und Spionageakte auszuführen.

In Wirklichkeit waren die beiden seit den 20er Jahren Agenten der sowjetischen NKWD gewesen und hatten sich der Abwehr auf Anweisung ihres russischen Aufsehers angeschlossen. Während des Krieges brachte die NKWD sie mit Spsychalski in Verbindung, der ihre Informationen aus dem Feindeslager nutzbringend für die Zwecke des bewaffneten Widerstandes verwenden konnte (s. Swiatlo 1955).

Mit der Verhaftung von Jaroszewicz und Lechowicz verfügten Bierut und die Bezpieka über ein willkommenes Erpressungsmittel. Spsychalski wurde zuerst gezwungen, sich den politischen Angriffen gegen seinen Freund Gomulka anzuschliessen; später, auf dem Anti-Gomulka-Plenum von November 1949, wurde er selber Zielscheibe der Angriffe. Er habe während des Krieges eine nachsichtige Haltung gegenüber Kollaborateuren, feindlichen Elementen, Agenten der Zweiten Abteilung eingenommen, sagte Bierut. «Wer ist an diesem Zustand hauptsächlich schuld? Genosse Spsychalski, denn er war Chef der Geheimdienstabteilung der Volksgarde und später der Volksarmee. Genosse Gomulka, denn er war Sekretär der Partei, und mit ihm hat Genosse Spsychalski seine verschiedenen Schritte abgestimmt.» (Zit. n. Bethell 1971, S. 203)

Spsychalski kam unter schwersten Druck. Er wurde nicht nur durch die falschen Beschuldigungen von Lechowicz und Jaroszewicz belastet, auch aus familiären Gründen war er verletztlich. Sein Bruder Józef, ein hoher

Offizier der Vorkriegsarmee, war von der Londoner Exilregierung nach Polen eingeschleust worden, wo er, bis zu seiner Ermordung durch die Gestapo, den Krakauer Sektor der Heimarmee kommandiert hatte. Spychalski stand mit seinem Bruder in Verbindung und versuchte, mit seiner Hilfe koordinierte Aktionen der «reaktionären» Heimarmee und der kommunistischen Volksgarde gegen den gemeinsamen deutschen Feind zu organisieren. Vor dem Plenum versuchte er sich zu retten, schob jede Schuld auf die «rechtsopportunistische Abweichung» Gomulkas und übte eine erniedrigende Selbstkritik: «Ich habe Fehler gemacht, Genossen. Ich bin schuldig, ausserordentlich schuldig.» (Zit. n. ebd., S. 204)

Berija war jedoch nicht an einer Demütigung Spychalskis interessiert, er wollte seinen Kopf. Dazu diente die Verhaftung zweier hoher Offiziere der Volksarmee, Mieczyslaw Waczek und Piotr Mankiewicz, die beschuldigt wurden, Gestapo-Agenten gewesen zu sein. Die Wahrheit wurde auch in diesem Fall verdreht: Die beiden hatten auf direkten Befehl der Untergrundpartei Kontakt mit den Deutschen gehalten, um an Informationen heranzukommen. Im Untersuchungsgefängnis der militärischen Sicherheitsbehörde Informacja wurden die Tatsachen «umpolitisiert»; sie wurden gefoltert, um zu «gestehen», dass Spychalski sie aufgefordert hatte, ihre Genossen an die Gestapo auszuliefern.

Dann kam Hedda Bartoszek ins Gefängnis. Sie war während des Krieges AdjutantIn Spychalskis gewesen und später von der Gestapo verhaftet worden. Nach dem Krieg studierte sie an der Warschauer Kunstakademie. Jetzt wurde sie beschuldigt, mit den Nazis zusammengearbeitet und im Konzentrationslager der Gestapo Spitzeldienste geleistet zu haben. Die Folterungen brachten sie an den Rand des Wahnsinns: Sie begann zu zeichnen – Skizzen, auf denen sie, in Gestapo-Uniform gekleidet, KZ-In-sassen prügelt. Die Zeichnungen wurden als «Beweis» ihrer Schuld den Akten beigelegt. Ihr verstörter Geist stimmte willig jeder erfundenen Beschuldigung zu. Auch nach ihrer Jahre später erfolgten Freilassung weigerte sie sich, ihre Unschuld anzuerkennen, und musste in einer psychiatrischen Klinik behandelt werden, um ihr die Wirklichkeit nahezubringen (s. Lewis 1959, S. 33).

Das Netz um Spychalski schloss sich vollends im Frühjahr 1950 mit der Verhaftung von General Stanislaw Tatar. Während des Krieges war er

Generalstabschef bei der Londoner Exilregierung gewesen und beschloss 1947 zusammen mit anderen hohen Offizieren nach Polen zurückzukehren. Sie wurden in die Volksarmee eingegliedert und dienten treu dem kommunistischen Regime. Jetzt wurde Tatar und etwa drei Dutzend Generalen die Rechnung für ihr Überlaufen präsentiert. Sie wurden beschuldigt, im Solde der britischen Intelligence Service eine militärische Verschwörung gegen Volkspolen geschmiedet zu haben. Die Stossrichtung der Verhöre zielte auf die Erpressung von Aussagen, die Spychalski, und durch ihn Gomulka, der Teilnahme an der «Verschwörung» überführen sollten.

Im Mai 1950 intervenierte Berija bei Bierut und Berman. Er liess ihnen durch General Iwan Alexandrowitsch Serow, den obersten MWD-Beauftragten für Polen, mit Sitz in Kiew, die «vertrauliche Mitteilung» zukommen, dass eine Verschwörung zur Entführung Spychalskis entdeckt worden sei, der nun unverzüglich festgenommen werden müsse, um seine Flucht in den Westen zu verhindern.

Spychalski wurde vom Bezpieka-Obersten Swiatlo in seinem Haus verhaftet (s. Swiatlo 1955; Bethell 1971, S. 217) und grausam gefoltert. Nach wenigen Wochen schon konnte er seinen von Schlägen, Schlaflosigkeit und Hunger geschwächten Körper kaum mehr aufrecht halten. Er musste vor jedem Vernehmer, jedem Wärter salutieren, um ja nicht zu vergessen, dass er kein General mehr war, sondern ein gemeiner Verbrecher. Dennoch dauerte es mehrere Monate, bis ihn seine Verhörer «überzeugen» konnten einzugestehen, dass er «objektiv» der konterrevolutionären Verschwörung gedient habe und ein Helfershelfer Tatars und der Intelligence Service gewesen sei. Er unterschrieb, er sei vom britischen Nachrichtendienst angeworben worden mit dem Auftrag, Agenten und Saboteure in die kommunistische Widerstandsbewegung einzuschleusen; nach der Niederlage Hitlers habe er die gleiche Aufgabe in der Volksarmee des sozialistischen Polens zu erfüllen gehabt.

Die Untersuchung gegen General Tatar und die Vorkriegs-Offiziere wurde von der Informacja, der militärischen Gegenspionage, geführt – in enger Zusammenarbeit mit der X. Abteilung der Bezpieka. Die Informacja war in ihren Methoden wenn möglich noch brutaler als ihre zivile Schwesterorganisation. Hunderte von hohen Offizieren wurden auf Grund von erfundenen Anklagen wegen Spionage zu langen Gefängnisstrafen

verurteilt, nahezu 50 erhielten die Todesstrafe, Ungezählte wurden ohne Gerichtsurteil erschossen oder zu Tode gefoltert. Die Informacja war nominell dem Verteidigungsminister Konstanty Rokossowsky, einem in einen Polen verwandelten Sowjet-Marschall, unterstellt, doch ihr Leiter war der sowjetische Oberst Dimitri Vosnesensky, der mit seinem Stellvertreter Antoni Skulbaszewski alle militärischen Aspekte des Terrorapparats in seinen Händen hielt. Die beiden säuberten die militärische Gegenspionage zunächst von Polen jüdischer Abstammung, dann durchsetzten sie die ganze Organisation mit Sowjet-Agenten. Doch die Sowjet-Kontrolle reichte noch höher: Über Vosnesensky stand die schattenhafte Figur von Semjon Dawidow, dem Vorsteher sämtlicher, der polnischen Armee, dem Partei- und Staatsapparat zugeteilten Sowjetberatern; Dawidow seinerseits wurde von der sowjetischen Spionageabwehr Smersch kontrolliert.

Mit der Verhaftung Tatars war nun der Weg frei zur Organisation der von Stalin geforderten Schauprozesse. Der Prozess gegen Tatar und seine «Spionagebande» begann am 31. Juni 1951. In ihren auswendig einstudierten Aussagen «gestanden» die neun Hauptangeklagten, im Dienste der anglo-amerikanischen Imperialisten einen bewaffneten Putsch zum Sturze der Regierung vorbereitet und ausländischen Spionageagenturen Militärgeheimnisse ausgeliefert zu haben.

Die meisten Angeklagten waren Nicht-Kommunisten, doch der Prozess zielte vor allem auf die Entlarvung der «Verräter in kommunistischer Maske». Um die Anklage als Vorbereitung auf den geplanten Gomulka-Prozess zu nutzen, liessen die Regisseure eine ganze Reihe verhafteter Kommunisten als Zeugen aufmarschieren, die weisungsgemäss in erster Linie nicht Tatar und seine Mitangeklagten, sondern die «in die Armee- und Parteiführung eingedrungenen Spione und Verräter» belasteten. Bezeichnend war die propagandistische Aufmachung. Der Prozess fand vor der Öffentlichkeit statt, wenn auch nur vor einer beschränkten, vom Sicherheitsdienst sorgfältig geprüften Zuhörerschaft. Diejenigen Verhandlungstage, die sich gegen Spychalski und Gomulka richteten, wurden aber auch im Radio übertragen, um das Volk und die Parteimitglieder auf die kommende Entlarvung der hinter Tatar versteckten wahren Drahtzieher vorzubereiten.

Vom ersten Verhandlungstag an wurde also kein Zweifel gelassen, wer die eigentlichen Zielscheiben des Prozesses waren. Tatar «gestand», Spychalski habe seinen Bruder Józef in die Volksgarde aufnehmen und damit einen Führer der reaktionären Heimarmee in den kommunistischen Untergrund einschleusen wollen. Nach seiner, Tatars Rückkehr nach Polen sei auf Anweisung der Imperialisten ein konspiratives Treffen organisiert worden unter Teilnahme von Spychalski und zwei Agenten des britischen Intelligence Service, den Obersten Pickens und Perkins, wo die Einzelheiten der militärischen Verschwörung besprochen worden seien.

Dem Drehbuch entsprechend wurde Spychalski zum Paradezeugen des Schauprozesses. Er sagte aus, während des Krieges habe er mit einem der Angeklagten, General Franciszek Herman, in Verbindung gestanden und nach Kriegsende Gomulka vorgeschlagen, Herman mit einem Kommandoposten in der neuen Volksarmee zu betrauen. Auf die Frage des Vorsitzenden des Tribunals, ob er Gomulka gesagt habe, dass Herman Abwehrchef der Heimarmee gewesen sei, antwortete Spychalski: «Ja, ich habe es Gomulka gesagt, und er war damit einverstanden.» (Zit. n. Bethell 1971, S. 178) Später «gestand» Spychalski, er habe durch Hermans Vermittlung eine Zusammenkunft vorbereitet zwischen Gomulka und Jan Rzepecki, dem Leiter einer ultrarechten Widerstandsgruppe, die für zahlreiche terroristische Anschläge gegen das kommunistische Regime verantwortlich war. General Herman bestätigte diese Aussage und fügte hinzu, Gomulka habe sogar dem Rädelführer dieser Banditen Straffreiheit zugesichert.

In seiner Anklagerede zum Abschluss der Verhandlungen wies der Staatsanwalt offen auf die wahre Zielscheibe des Schauprozesses hin:

«Die niederträchtige Aktivität dieser Spione und Saboteure wurde durch die rechtsextreme nationalistische Politik hervorgerufen, deren Werkzeug Marian Spychalski war. Es ist kein Zufall, dass sich die Imperialisten und die Londoner Emigrantenclique auf den rechten Flügel der polnischen Sozialistischen Partei, auf Gomulkismus und Spychalskismus verliessen, in der Hoffnung, dass ihnen auch Polen, genauso wie das titoistische Jugoslawien, in die Hände fallen würde.» (Zit. n. ebd., S. 218f.)

Das Urteil wurde am 13. August 1951 verkündet. Die Generäle Tatar, Herman und Kirchmayer wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt; über General Józef Kuropieska, den Militärattaché in London, wurde die Todesstrafe verhängt, die jedoch auf Intervention Bieruts ebenfalls in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt wurde; die anderen Angeklagten erhielten lange Kerkerstrafen. Diese «Milde» wurde im nächsten geheimen Schauprozess rasch korrigiert. Im «Fall der Neunzehn», wie es genannt wurde, standen 99 Angeklagte vor Gericht, 19 von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Es handelte sich um eine Gruppe von Generälen und hohen Offizieren der Heimarmee, von denen viele im Tatar-Prozess als «Zeugen» aufmarschieren mussten, um ihre Kollegen mit Falschaussagen zu belasten. Die Neunzehn wurden drei Jahre lang in Todeszellen gehalten und erst nach Stalins Tod hingerichtet, um die Spuren der Schauprozesse zu verwischen (s. Checinski 1982, S. 56).

Spychalski war einer der wenigen Zeugen, die nicht vor dieses Geheimgericht gestellt wurden. Er blieb verschont, weil er noch für den vorzubereitenden Schauprozess gegen Gomulka gebraucht wurde.

Am 14. August, einen Tag nach den Tatar-Urteilen, druckte *Trybuna Lu du*, das Zentralorgan der Partei, einen Leitartikel, worin die kommenden Ereignisse klar ausgedrückt wurden: «Die Spionengruppe wurde in ihrer niederträchtigen Tätigkeit von der rechtsstehenden nationalistischen Gruppe unter Gomulka unterstützt und angespornt, der über Spychalski unmittelbar mit der abweichlerischen Aktivität verbunden ist.» (Zit. n. Bethell 1971, S. 222)

Die von der militärischen Sicherheitsbehörde verhafteten Generäle waren und blieben nicht die einzigen, die in den Folterkammern auf den Gomulka-Prozess vorbereitet wurden. Bereits im September 1949 war Czeslaw Dubiel, Gomulkas Stellvertreter im Ministerium der wiedergewonnenen Gebiete, von der Bezpieka als «Gestapo-Agent» verhaftet worden. Sein erpresstes «Geständnis» wurde für die politische Entmachtung Gomulkas verwendet, und er blieb im Gefängnis als potentieller Zeuge für dessen physische Liquidierung.

Als nächstes Opfer kam Boguslaw Hrynkiwicz an die Reihe – ein langjähriger NKWD-Agent, der während des Krieges innerhalb der illegalen Kommunistischen Partei eine geheime Gruppe organisiert hatte mit

der Aufgabe, Mitglieder der Heimarmee bei der Gestapo zu denunzieren. Seine Gruppe überfiel in Warschau das Haus, in dem das Archiv der Heimarmee untergebracht war; die Akten über Kommunisten wurden Gomulka und Spychalski übergeben, diejenigen über die Heimarmisten der Gestapo zugespielt. Jetzt wurde Hrynkiewicz von der Bezpieka gefoltert, um zu «gestehen», dass er auf Anweisung Gomulkas mit der Gestapo kollaboriert hatte.

Dann wurde General Karczynski, ein Gomulka-Anhänger in der Leitung des Staatssicherheitsministeriums, verhaftet. Er sollte aussagen, dass seine Volksgarde-Abteilung während des Krieges von Gomulka den Befehl bekommen hatte, eine Gruppe von jüdischen Partisanen zu ermorden. Ihm folgten bald die hohen Armeeeoffiziere Wilkonski und Wojnar – beide ehemalige Kommandanten der in die alten deutschen Ostgebiete einmarschierenden polnischen Armeeeinheiten, die von Gomulka den Befehl erhalten hatten, jeden Plünderer zu erschiessen. Die Bezpieka erpresste ihnen jetzt das «Geständnis», dass Gomulka sie zu «sowjetfeindlichen Provokationen» benutzt habe.

Kurz danach wiesen die sowjetischen MWD-«Berater» ihre polnischen Kollegen an, Alexander Kowalski festzunehmen. In der Vorkriegszeit hatte er in Moskau seine Militärausbildung erhalten, wurde während der deutschen Besetzung nach Polen geschickt und in das ZK der Partei gewählt. Im Bezpieka-Gefängnis legten ihm seine Verhörer gewaltsam nahe, dass Gomulka 1943 an dem Mord an Nowotko, dem damaligen Generalsekretär der Partei, mitschuldig gewesen sei, und auch dessen Nachfolger Finder der Gestapo ausgeliefert habe. Als Kowalski sich weigerte, die falschen Aussagen zu Protokoll zu geben, ordneten die Sowjet-«Berater» ein sogenanntes verschärftes Verhör an. Die Folterungen trieben ihn in den Wahnsinn; er musste in eine Irrenanstalt überstellt werden, wo er kurz darauf starb.

Eine ähnliche falsche Aussage sollte auch von Waclaw Dobrzynski, einem Oberstleutnant der Bezpieka, erzwungen werden. Zu seinem Unglück hatte sich Nowotko eine Zeitlang in seinem Haus versteckt gehalten. Jetzt wollten seine Kollegen von der X. Abteilung sein «Geständnis», dass Gomulka den Beitritt von Gestapo-Agenten in die Partei zugelassen hatte und am Mord an Nowotko mitbeteiligt war. Dobrzynski war ein Sicherheitsoffizier der alten Schule und wollte die politische Zweckmässig-

keit erlogener Beschuldigungen nicht begreifen. Er lehnte die geforderten Aussagen ab und wurde von Hauptmann Kadzior, einem berüchtigt brutalen Verhörer, zu Tode gefoltert.⁵⁶

In diesem Stadium des stalinistischen Terrors kam der dritten Stossrichtung der Säuberung, der antisemitischen Hexenjagd, eine besondere Bedeutung zu. Nun rückte sie in das Zentrum des Terrors.

Von den 3,5 Millionen Juden Vorkriegspolens überlebten in ihrer Heimat und in der deutschen Verschleppung nur 50.000 den Holocaust, etwa 170.000 kehrten aus der Sowjetunion zurück, wo sie vor Hitler Zuflucht gefunden hatten. Nach dem Krieg war ein unverhältnismässig hoher Anteil der führenden Partei- und Staatspositionen von Juden besetzt. Hilary Mine war für die Wirtschaft, Berman und Radkiewicz für die Staatssicherheit, Roman Zambrowski für die Verwaltung, Zygmunt Modzelewski für die Aussenpolitik verantwortlich; zusammen mit dem Nicht-Juden Bierut hielten sie die entscheidenden Machthebel in der Hand. Der Chef der Bezpieka, Romkowski, war ebenfalls jüdischer Abstammung, ferner der Leiter der X. Abteilung, Oberst Fejgin, und seine beiden Stellvertreter Swiatlo und Piasecki.

Es war keine einmalige Situation. Auch in Ungarn waren Juden in den führenden Positionen vorherrschend. In beiden Ländern waren die tiefsitzenden antisemitischen Vorurteile breiter Bevölkerungsschichten von den halbfaschistischen Vorkriegsregimes ermuntert und aufgestachelt worden. Mit der zunehmenden Diskriminierung wuchsen die Sympathien der jüdischen Arbeiter und Intellektuellen mit den Kommunisten als der einzigen Partei, die (abgesehen von der anderthalbjährigen Periode des Hitler-Stalin-Paktes) kompromisslos den Kampf gegen die Vorbereiter der Endlösung führte. Und es war der Sieg der Roten Armee, der in letzter Minute den kleinen Überresten der jüdischen Bevölkerung das Leben rettete.

Die antisemitische Wende der stalinistischen Säuberungen im Nachkriegspolen griff der Liquidierung der jüdischen Kader in der CSSR und in Ungarn vor. Zielscheibe wurden schon unmittelbar nach Kriegsende Juden in führenden Positionen der Armee. Für Stalin bedeuteten sie eine verdächtige Gruppe in einem für die Sowjetmacht besonders empfindlichen Bereich.

Zunächst kam die militärische Sicherheitsbehörde Infbrmacja unter direkte sowjetische Führung und wurde sofort «entjudet». Danach kam die Armee selber an die Reihe. Ihre Säuberung von Juden begann 1950 mit der Ernennung des Sowjetmarschalls Rokossowski zum Verteidigungsminister Polens. Die ersten Opfer waren die kommunistischen politischen Offiziere, dann wurden die Militärgerichte «entjudet». Schliesslich wurden die Armeekommandeure vor die Sowjetberater ins Verteidigungsministerium zitiert, wo ihnen ohne Umschweife mitgeteilt wurde, sie seien entlassen, um «nationalen Kadern» Platz zu machen. (In die Kategorie «nationale Kader» fielen freilich auch die Sowjetkommandeure an der Spitze der polnischen Armee).

Anfang 1952 verhaftete die Informacja Leon Ferszt, der während der deutschen Besetzung in Verbindung mit dem «Gestapo-Agenten» Jaroszewicz gestanden hatte. Ferszt war Mitglied des ZK der Vorkriegspartei und wurde nach der Befreiung mit einem hohen Posten in der militärischen Abwehr betraut. Im Gefängnis wurde er zum Ausgangspunkt einer umfassenden antisemitischen Verhaftungswelle auserkoren. Am 11. November 1952 wurden 14 hohe kommunistische Offiziere der Abwehrabteilung des Generalstabs festgenommen, alle jüdischer Abstammung, die meisten ehemalige Spanienkämpfer. Die Verhaftungen gingen nicht reibungslos vor sich. Oberst Stanislaw Bielski verübte Selbstmord, als man ihn abholen kam, Oberst Jan Gerhard versuchte sich zu wehren und wurde erschossen (s. Checinski 1982, S. 85). Sie alle wurden beschuldigt, innerhalb der Abwehr einen Spionagering zugunsten imperialistischer Mächte organisiert zu haben.

Die Rolle des «Verschwörerhauptes» musste General Waclaw Komar, der Chef der Abwehr übernehmen. Komar war ein Veteran der kommunistischen Bewegung. Er hatte sich bereits in früher Jugend der Partei angeschlossen und in der Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Er war ein harter Mensch, nicht leicht zu brechen. Als ihn seine Verhörer beschuldigten, einen Spionagering aufgebaut zu haben, antwortete er, er habe gar keinen Ring benötigt, da ja ohnehin alle Militärgeheimnisse durch seine Hände gingen. Nach monatelangen Folterungen begann er, hohe Parteiführer, darunter Franciszek Mazur und Zygmunt Modze-

lewski, als seine «Agenten» anzuführen, und drohte, sie in einem öffentlichen Schauprozess als seine Helfershelfer zu entlarven.

Seine fiktiven Verdächtigungen gegen die angeblichen hohen Komplizen machten der Informacja einen Strich durch die Rechnung. Das Vernehmungsprotokoll wurde Bierut weitergeleitet, die Anschuldigungen mussten von der Parteileitung untersucht werden. Das Politbüro zog den Fall an sich und betraute eine Kommission mit der Prüfung der in Verdacht geratenen Kollegen. Die durch dieses offensichtlich provokativphantastische «Geständnis» verursachten Ermittlungen zogen sich so lange hin, bis der Terrorapparat nach Stalins Tod zusammenbrach. Komar wurde 1955 ohne Gerichtsurteil aus dem Gefängnis entlassen, und mit ihm kamen die Obersten Leder und Flato, beide ehemalige Spanienkämpfer, in Freiheit (s. ebd., S. 79ff.).

(Vosnesensky und Skulbaszewski, die berüchtigten Häupter der Informacja, denen die Vorbereitung und die Durchführung des Schauprozesses anvertraut war, sind 1954, noch vor der Freilassung Komars, in die Sowjetunion zurückbeordert worden. Sie wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.)

Als sich Anfang 1953 der Bezpieka-Oberst Swiatlo wieder nach Prag begab in einer neuen vergeblichen Mission, Beweise gegen Gomulka zu sammeln, fragte ihn ein hoher tschechoslowakischer Sicherheitsoffizier: «Wann werdet auch ihr endlich eure Juden erledigen?» (Swiatlo 1955)

Der tschechoslowakische Kollege war nicht gut informiert, die antisemitische Phase aufParteebene war auch in Polen bereits in vollem Gang. Schon Ende 1951 erhielten alle Parteiorganisationen den Befehl, die Aufnahme oder die Beförderung jüdischer Kommunisten in Positionen der Nomenklatura zu verweigern (s. Checinski 1982, S. 41). Während des ganzen Jahres 1952 bis Anfang 1953 verstärkte sich ständig Stalins Druck auf Bierut, Juden aus der Parteiführung zu entfernen. MWD-General Serow forderte die Errichtung von Konzentrationslagern im ehemals ostpreussischen Masuren für «Kosmopoliten», wie das Deckwort für Juden hiess, und die Sowjetberater im Justizministerium erteilten Mieczyslaw Mietkowski, einem altbewährten NKWD-Mann im ZK, den Auftrag, ein neues Gefängnis zu errichten mit einem Sonderflügel für Parteiführer.

«Wir sollten es für uns selber bauen, und jeder von uns ahnte, dass er seine eigene Einzelzelle errichtete», erinnerte sich Staszewski (zit. n. Toranska 1987, S. 147).

Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass Stalin seit Ende 1952 die Liquidierung Gomulkas mit einem grossen antisemitisch-antizionistischen Schauprozess verbinden wollte, einem «polnischen Slánský-Prozess», mit Jakub Berman als Haupt einer imperialistischen Verschwörung. Berman hatte schon 1949 seinen Verdacht erweckt, als Noel Field ihn in Warschau besuchen wollte. Sein Misstrauen steigerte sich noch, als Berman kurz darauf seine Sekretärin Anna Duracz vor der Verhaftung zu schützen versuchte. Dazu kam ferner, dass Bermans Bruder Adolf 1950 nach Israel ausgewandert war. Vor dem Krieg hatte dieser einer linken zionistischen Gruppe angehört, während der deutschen Besetzung war er Vorstandsmitglied des Jüdischen Nationalkomitees und Sekretär des Zegota, des mit der Heimarmee verbundenen Hilfsrates für Juden. Es half auch nichts, dass ausgerechnet Jakub Berman 1949 fast alle Mitglieder des Zegota verhaften liess. Im Untersuchungsgefängnis von Mokotow wurden 1952 die zuvor unterbrochenen Verhöre von Anna Duracz und den anderen Mitgliedern der Field-Gruppe wieder aufgenommen. Die Vernehmer wollten jetzt von ihnen belastende Protokolle erfordern über die parteifeindliche Tätigkeit Bermans und anderer jüdischer Parteiführer. 1949 hatte Stalin Bierut nur auf die Entlassung Bermans gedrängt, drei Jahre später forderte er seine Verhaftung. Bierut versprach immer wieder, den Fall zu untersuchen, doch er tat nichts, behielt seinen Sicherheitschef an seiner Seite, bis mit Stalins Tod der Druck aufhörte und Berman das Schicksal Slánskýs erspart blieb.

(Der tote Sowjetdiktator hätte seine Freude daran gehabt, wie Gomulka das unterbrochene Werk 1968 auf nachstalinistische Weise zu Ende führte und die jüdischen Kommunisten aus der Partei ausschliessen, ja ins schwedische oder israelische Exil vertreiben liess.)

Kehren wir schliesslich zu der ursprünglichen Stossrichtung des Terrors zurück, zur Liquidierung Gomulkas. Mitte 1951 war schon alles vorbereitet: Der zum Mitangeklagten erkorene Spsychalski war gebrochen, dicke Akten voll mit belastenden Aussagen standen zur Verwendung bereit. Ende Juli liess MWD-General Serow Bierut die vertrauliche Mitteilung

zukommen, dass der in Krynica zurückgezogen lebende Gomulka die Flucht in den Westen plane. Gleich darauf stiess Stalin nach und forderte dessen unverzügliche Festnahme. Bierut hatte keine Wahl mehr. Gomulka wurde am 1. August 1951 vom Bezpieka-Obersten Swiatlo verhaftet und nach Warschau eskortiert.

Berija konnte nun mit einiger Zuversicht dem nächsten Kapitel des Drehbuchs entgegensehen, der Brechung und Verurteilung Gomulkas. Die Hilfsregisseure in Polen wollten, konnten jedoch das Drehbuch nicht befolgen – das Trauma des Moskauer Blutbades, von einer sich ständig verdichtenden Angst um ihr eigenes Leben wachgehalten, war stärker als der Druck der MWD.

Nach dem 1. August begann die polnische Parteiführung einen neuen Verzögerungsversuch, diesmal, um die Abhaltung eines Gomulka-Prozesses zu hintertreiben. Bierut und Berman drehten und wendeten sich, fanden einen Vorwand nach dem anderen, um Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, dass ein Wunder sie davor bewahren werde, neben Gomulka auf der Anklagebank zu sitzen in einem «trotzkistisch-bourgeois-nationalistisch-zionistischen» Schauprozess. Die Verzögerungstaktik dauerte knapp zwei Jahre – und dann geschah das Wunder: Stalin starb. Bierut, Berman, Mine, Radkiewicz, Romkowski, Zambrowski, der stalinistische Kern der Partei, überlebten ihren Meister. Sie hatten ihre Haut gerettet, weil sie Gomulka am Leben hielten.

Gomulka wurde nicht in ein feuchtes, dunkles Verlies geworfen, sondern in Miedzeszyn, in der von der X. Abteilung der Bezpieka verwalteten Villa untergebracht. Die Fenster waren vergittert, doch sein Zimmer war geräumig, er bekam reichlich zu essen, er durfte sogar das theoretische Parteiorgan *Problemy* lesen. Oberst Swiatlo, der in den Westen übergelaufene stellvertretende Leiter der X. Abteilung, berichtete später im Sender Freies Europa, dass während der ersten drei Monaten kein Parteiführer, kein Bezpieka-Offizier mit Gomulka reden wollte, niemand verhörte ihn. Erst Ende Oktober wurden der stellvertretende Sicherheitsminister Romkowski und der Chef der X. Abteilung Fejgin damit beauftragt, mit den Vernehmungen zu beginnen.

Die Vorgänge sind nur bis Dezember 1953, bis zur Flucht Swiatlos bekannt, doch zumindest in den von ihm beobachteten zweieinhalb Jahren

wurde er Zeuge einer höchst unorthodoxen Abkehr von der üblichen stalinistischen Technik. Während dieser ganzen Zeit nahmen die Verhöre Gomulkas nur 15 volle Arbeitstage in Anspruch. Er wurde keinem physischen Druck ausgesetzt, er wurde nicht gefoltert. Seine Geständnisse gingen keinen Schritt über das hinaus, was er in seiner Selbstkritik vor dem ZK-Plenum zu erklären gezwungen gewesen war. Als man ihm die aus Spychalski und den anderen verhafteten Genossen erfolterten Aussagen vorlegte, wies er die fabrizierten Anschuldigungen zurück und ging zum Angriff über: Er beschuldigte Bierut und seine Clique, während des Krieges mit den Nazis zusammengearbeitet zu haben (s. Swiatlo 1955; Bethell 1971, S. 222ff.).

Viele Legenden gingen und gehen noch immer in Polen um, viele Vermutungen wurden in der westlichen Literatur laut über die Frage, weshalb Gomulka nicht ebenso «gestand» wie Rajk oder Slánský, weshalb es in Polen zu keiner Krönung der Schauprozessserie kam. Man hob seine besondere Starrköpfigkeit hervor; man wies auf seinen bescheidenen Lebensstil, auf sein makellofes Privatleben hin, das keine Anhaltspunkte für die von den Sicherheitsdiensten so beliebte Erpressungstaktik bot; man spekulierte, er habe von zu vielen Schandflecken in der Vergangenheit seiner Beschuldiger gewusst, die Angst davor hatten, er werde damit auspacken, wenn es zu einem öffentlichen Prozess käme.

All diese Mutmassungen gehen am Kern des Problems vorbei. Wäre Gomulka gefoltert worden wie Rajk, Slánský und die anderen Terror-Opfer, so hätte er sich genau wie sie benommen und alle von ihm gewünschten «Verbrechen» gestanden. Die angebliche Angst vor einem Widerruf oder von Gegenbeschuldigungen ist ebenfalls unglaublich angesichts der Erfahrungen im Kostow-Prozess in Bulgarien. Die stalinistischen Regisseure wussten genau, wie sie mit einer solchen Situation fertig werden konnten.

Brzezinski behauptet in seinem Standardwerk *Der Sowjetblock* (1962, S. 117), die Schwäche der polnischen KP habe es Bierut ermöglicht, einen Gomulka-Prozess zu vermeiden, indem er Stalin überzeugte, dass eine blutige Säuberung die ohnehin unsichere Lage der Kommunisten unterhöhlen und die Konsolidierung der Macht verzögern würde. Auch dieses Argument ist nicht stichhaltiger als die anderen, waren doch die ungarischen und die rumänischen Parteien zumindest genauso schwach wie die

polnische. Und trotzdem schonten sie weder Rajk und Kádár noch Patrascanu und Luca.

Die polnischen Stalinisten brachen Gomulka deshalb nicht, weil sie ihn nicht brechen wollten. Sie retteten sein Leben, um ihr eigenes zu retten (s. Swiatlo 1955; Bethell 1971, S. 227; Checinski 1982, S. 74).⁵⁷ Bierut verbat es der Bezpieka, Gomulka zu foltern, denn er wusste nur allzu gut, dass die physische Tortur die einzige Methode war, um ihn zum Eingeständnis von Verbrechen zu zwingen, die er nie begangen hatte. Berman und sein Sicherheitsapparat unterstützten diese Verzögerungstaktik voll und ganz. Bis zur Verhaftung Gomulkas hatten sie sich sicher genug gefühlt, um Spychalski, Gecow und die Field-Gruppe zu opfern, wie auch all die Genossen, die ihnen nützlich schienen, um den unersättlichen Moloch der Säuberungswut zu füttern und die «Bestätigung» zu liefern für die in Moskau ausgeheckte Wahnidee einer von Spionen und Verrätern durchsetzten Partei. Sie zögerten nicht, manche ihrer Opfer zu Tode zu foltern, sie in den Wahnsinn oder den Selbstmord zu treiben, sie jahrelang ohne Urteil in den Verliesen verfaulen zu lassen, um sie vielleicht einmal gegen ein anderes Opfer verwenden zu können. Sie verfassten falsche Protokolle, inszenierten öffentliche und geheime Schauprozesse mit vorausbestimmten Urteilen, unterschrieben Befehle zur Hinrichtung von Unschuldigen.

Bierut und seine Geheimpolizei wussten genau, welche Methoden zur Erzielung von «Geständnissen» anzuwenden sind. Im grossen weissen Zentralgebäude der Bezpieka in der Warschauer Koszykowa Strasse gab es unter den Folterräumen ein Zimmer mit dem Kosenamen «Bärentanz», dessen Boden sich elektrisch glühendheiss erhitzen liess – und die Häftlinge wurden dann barfuss darin eingesperrt. Ein anderer Raum war für Elektroschocks ausgerüstet, und im «Kühlraum» wurden nackte Widerpenstige mit eiskaltem Wasser übergossen. Diese progressiven Methoden wechselten mit altmodischeren ab: Fingernägel ausreissen, Nieren zerschlagen, Frauen an den Haaren aufhängen – und jederzeit die bewährten Prügel und Fusstritte. Beliebt waren auch die erniedrigenden Spiele, um in den Häftlingen den letzten Funken von Menschenwürde auszulöschen. Der grösste Spass bestand darin, sie auf Händen und Füßen herumhüpfen und wie Hunde bellen zu lassen (s. Lewis 1959, S. 32).

All diese Methoden waren erprobt und hatten sich als unfehlbar erwiesen. Auch Gomulka wäre ihnen erlegen, doch er blieb in seiner Villa verschont und unberührt. Die polnischen Kommunisten bewahrten ihn davor, um nicht selber der drohend sich nähernden zweiten stalinistischen Vernichtung zum Opfer zu fallen.

Nicht zu beantworten ist hingegen die Frage, wie es ihnen gelang, Gomulka so lange und erfolgreich zu schützen. Auch die Öffnung der geheimen Parteiarchive würde kaum ein Licht darauf werfen, denn die konspirative Absprache, Gomulkas Leben zu retten, hat gewiss keine schriftlichen Spuren hinterlassen. Fest steht, dass Stalin und Berija ungeduldig waren, dass sie Bierut wiederholt drängten, ja sogar drohten, endlich die Vorbereitungen für den Gomulka-Prozess abzuschliessen; bekannt ist auch, dass Bierut nach jeder Intervention Stalins brav und folgsam seinen Sicherheitsdienst wegen der langsamen Fortschritte abkanzelte. Auf jede Mahnung Moskaus kam aus Warschau die demütige, doch ausweichende Antwort, es seien nur noch einige Lücken in der Beweisführung zu schliessen, dann werde der Prozess unverzüglich stattfinden.

Die Öffentlichkeit erfuhr von Gomulkas Verhaftung erst drei Monate später, als *Trybuna Ludu* (vom 1.11.1951) berichtete, eine Straftmetersuchung sei eingeleitet worden «in Verbindung mit gewissen staatsfeindlichen Tätigkeiten, die im Laufe des Tatar-Prozesses und anderer Prozesse ans Licht gekommen sind». In der Geheimvilla in Miedzeszyn gaben sich jedoch die Verhörer wenig Mühe, diese «gewissen Tätigkeiten» von Gomulka selber herauszufinden. Nach aussen hin taten die Parteiführer alles, um die Sowjetunion und das polnische Volk davon zu überzeugen, dass der Fall bereits geklärt und abgeschlossen sei. In Parteiseminaren und Gewerkschaftsversammlungen, in Reden, Zeitungsartikeln und Büchern wurden Gomulka und Spychalski so behandelt, als ob sie schon der abscheulichsten Verbrechen überführt worden seien. «Heute ist es völlig klar, dass es Heuchelei, Illoyalität gegenüber der Partei, Opportunismus, Abneigung gegenüber der Sowjetunion und dem Aufbau des Sozialismus in Polen waren, die Gomulka und Spychalski mit den Agenten des Imperialismus in Belgrad und Budapest verbanden», schrieb Bierut (zit. n. Bethell 1971, S. 232). Immer wieder wurden sie für die Ermordung von Nowotko und Finder während der deutschen Okkupation verantwortlich

gemacht, sie wurden zu Spionen fremder Mächte gestempelt, die mit ihrer Wühlarbeit den Sturz der Volksherrschaft vorbereiten wollten. Hinter den Kulissen sabotierte Bierut zwar in aller Stille die Verwandlung Gomulkas in einen Verbrecher, doch öffentlich erklärte er: «Grundlage der feindlichen Haltung Gomulkas und seiner Gruppe war sein nationalistisches Misstrauen gegenüber der UdSSR, sein Versuch, Polen auf einem anderen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu führen. Gomulka liess sich in das Lager der Imperialisten treiben und folgte den Fussstapfen Titos und dessen Spionenbande.» (Zit. n. ebd., S. 233)

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 liess der sowjetische Druck nach, dann hörte er gänzlich auf. Bierut, Berman und die Bezpieka befanden sich unversehens in einer umgekehrten Lage. Bisher hatten sie Gomulka nicht verurteilen lassen können, ohne sich selber in Gefahr zu bringen, jetzt konnten sie ihn aus demselben Grund nicht von den Beschuldigungen freisprechen. In aller Stille verknüpften sie die noch losen Fäden in typisch stalinistischer Weise. Im Mai 1953 liessen sie die in der Geheimverhandlung zu Tode verurteilten 19 Generäle erschiessen und inszenierten eine Reihe von öffentlichen Schauprozessen, um die Spuren des Terrors zu verwischen. Die Serie begann mit der Verurteilung von Parteifunktionären wie Pajor, Ojrzynski und Nienaltowski, die als «Zeugen» in den vergangenen Jahren von Prozess zu Prozess gezerzt worden waren, um mit ihren falschen Aussagen bedeutendere Angeklagte zu belasten. Jetzt mussten sie sich selber belasten und ihre erforderten «Geständnisse» wiederholen, doch mit einer entscheidenden Ausnahme: Die Namen von Gomulka und Spychalski durften nicht mehr erwähnt werden. Die Kette endete im Jahr 1955 mit den Schauprozessen gegen Jaroszewicz und Lechowicz; auch hier achteten die Regisseure streng darauf, dass Gomulka und Spychalski, die einige Jahre zuvor noch als ihre «Auftraggeber» in den Protokollen figuriert hatten, aus ihren neu einstudierten «Geständnissen» gestrichen wurden.

Diesen späten Schauprozessen wurde eine grosse Publizität verliehen. Sie hatten den Zweck, die liberalen Elemente in der Partei einzuschüchtern und ihnen zu beweisen, dass, wenn auch Stalin gestorben war, der Stalinismus sehr wohl noch fortbestand. Die Nicht-Kommunisten bedurften eines solchen Beweises eigentlich nicht. Dennoch fand im September 1953 ein Prozess gegen Bischof Kaczmarek statt, der sich als «amerikani-

scher Spion» zu verantworten hatte, und kurz darauf erfolgten die Verhaftungen von Kardinal Wyszynski, neun Bischöfen und Hunderten von katholischen Pfarrern.

Der von Chruschtschow in die Wege geleiteten Entstalinisierung konnte jedoch an den Grenzen Polens nicht Einhalt geboten werden. Bierut wusste nicht, was er mit den überlebenden kommunistischen Opfern machen sollte – mit Gomulka und Spychalski, mit den hohen Offizieren und Parteifunktionären, mit den «Fieldisten» und ihrem «amerikanischen Meisterspion» Hermann Field. Er wartete wieder auf ein Wunder aus Moskau.

Im Frühjahr 1954 ernannte das polnische Politbüro auf Druck von Chruschtschow eine Untersuchungskommission zur Überprüfung der politischen Prozesse gegen Kommunisten. Im Falle der «Field-Gruppe» erwies sich die Lösung als überraschend einfach – allerdings kam das Wunder nicht aus Moskau, sondern aus Budapest, wo im August die Anklagen und Urteile gegen Noel Field und seine ungarischen «Agenten» annulliert wurden. Am 25. Oktober wurde daraufhin Hermann Field freigelassen. Frau Markowska, ein Mitglied der Untersuchungskommission, entschuldigte sich im Namen der polnischen Regierung für das ihm zugefügte Unrecht, händigte ihm 50.000 Dollar als Wiedergutmachung aus und begleitete ihn zum Warschauer Flugplatz, wo er vor mehr als fünf Jahren verhaftet worden war. Zur gleichen Zeit wurden Anna Duracz und die überlebenden elf «Fieldisten» aus dem Gefängnis entlassen und erhielten ihre Parteimitgliedschaft zurück.

Von Ende 1954 an kamen die überlebenden Opfer der Tatar- und Komar-Prozesse, die verurteilten «Agenten» und die verhafteten «Zeugen» aus den Gefängnissen frei – zuerst einzeln, dann in Strömen. Das Schicksal Gomulkas und Spychalskis blieb jedoch immer noch unentschieden. Das Dritte Plenum der Polnischen Arbeiterpartei im Januar 1955 gab zu, dass «viele unschuldige Personen verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden sind» und dass «Fälle von schandhaften, illegalen Untersuchungsmethoden» vorgekommen seien (zit. n. Dziwanowski 1976, S. 256). Doch als einige ZK-Mitglieder die Wahrheit über Gomulka wissen wollten, wich Bierut aus. Der Parteiausschuss zur Untersuchung der Übergriffe des Sicherheitsdienstes sei in seinem Fall noch zu keinem Ergebnis ge-

langt, sagte er. Zu jener Zeit war jedoch Gomulka bereits auf freiem Fuss. Im Dezember 1954 wurde er aus dem Gefängnis in ein Spital überstellt und nach einer gründlichen ärztlichen Untersuchung in aller Stille entlassen.

Spychalski musste länger auf seine Entlassung warten. Man debattierte darüber, ob man ihn nicht doch vor Gericht stellen sollte. Einige Politbüro-Mitglieder wollten dem Problem dadurch ausweichen, dass sie seine Überstellung nach Moskau vorschlugen. Bierut beriet sich darüber noch im Februar 1956 mit Chruschtschow, doch der Sowjetführer meinte, die Entscheidung müsse die polnische Partei treffen. Im März 1956 endlich entschloss sich das Politbüro, Spychalski in Freiheit zu setzen.

Die Rehabilitierung Gomulkas wurde anderthalb Jahre hinausgezögert. Er war kein «imperialistischer Agent» mehr, doch er blieb ein «nationalistischer Rechtsabweichler, der die korrekte marxistisch-leninistische Linie verlassen hatte». Es war der Aufstand von Poznan im Juni 1956, dieser erste bewaffnete Protest der Arbeiter gegen ihre Unterdrückung, der das Tor für Gomulkas Rückkehr in das politische Leben öffnete. Am 5. August wurde seine Parteimitgliedschaft wiederhergestellt.

Der «polnische Oktober» hob ihn zwei Monate später wieder an die Spitze der Macht. Polen war in Aufruhr, und der aus der Versenkung aufgestandene Gomulka erschien als die Hoffnung aller und jeder. In den Augen des Volkes war er das Opfer des «polnischen Weges», ein Patriot, der den Mut gehabt hatte, der Russifizierung Widerstand zu leisten. Für die Partei war er die einzige Alternative zu einer völlig abgewirtschafteten Führungsclique.

Die Geschichte gab der Partei und nicht dem Volk recht. Gomulka wurde zum Generalsekretär gewählt, Spychalski wurde sein Verteidigungsminister und Komar erhielt den Kommandoposten der Sicherheits-truppen. Die einstigen «imperialistischen Agenten» retteten die Partei vor der Wut der Massen. Das Volk hoffte vergeblich auf einen neuen «polnischen Weg» in die Freiheit. Es war die aus den Gefängnissen wiederaufgetauchte alte stalinistische Garde, die den Zerfall der polnischen KP verhütete und das von der bewaffneten russischen Intervention bedrohte rebellische Land Schritt für Schritt in den sowjetischen Machtbereich zurückführte.

Der Kreis hatte sich geschlossen.

Persönliches 7

Juli – September 1954

Mitte Juli 1954 wurde ich in die Gefängniskanzlei gerufen. Wieder einmal eine Befragung über einen armen Opferkandidaten, dachte ich. Diesmal war es jedoch ein äusserst unübliches Gespräch. Der in Zivil gekleidete AVH-Offizier legte mir keinen Namen vor, er fragte mich, wer von meinen Freunden noch in Freiheit sei. Ich war verblüfft. Eine komische Frage; haben sie vielleicht das Reservoir der Verdächtigungen voll ausgeschöpft? Eine schwierige Frage auch, denn alle meine Freunde sassen im Gefängnis. Ich zerbrach mir den Kopf und nannte schliesslich einen Jugendfreund, Imre Patko. Krieg und Emigration hatten uns auseinandergetrieben, und nach meiner Heimkehr aus der Schweiz traf ich ihn ganz zufällig in der Redaktion des Parteiorgans Szabad Nép, doch wir sahen uns nachher nur selten.

Ich sagte dem Verhörer das wenige, was ich über Imre wusste, doch ich merkte, er machte sich kaum Notizen, ja er passte gar nicht auf meine Worte auf. Etwas stimmte da nicht: Wenn die AVH etwas über Patko erfahren will, weshalb gehen sie nicht direkt ans Ziel? Ich hätte ja auch irgendjemanden anderen nennen können.

Als ich fertig war, schaute er mich an und fragte: «Und Sie? Warum sind Sie hier?»

Ich war völlig verwirrt. Wenn ich ihm die Wahrheit sage, wird man mich in eine Strafzelle schicken, als unbelehrbaren Verbrecher, der der Vorzugsbehandlung im «Kleinen Hotel» nicht würdig ist. Also antwortete ich: «Sie müssen es doch wissen, Sie haben meine Akten.»

Doch er liess nicht nach: «Wie lautete die Anklage gegen Sie?» «Spionage und Verschwörung», sagte ich leise.

«Haben Sie die in der Anklage erhobenen Verbrechen tatsächlich begangen?»

Jetzt wusste ich, um was es ging. Endlich, endlich die richtige Frage! «Nein», antwortete ich.

«Weshalb haben Sie gestanden und sich schuldig erklärt?»

«Weil ich gefoltert wurde.»

Er schaute mich wieder an und begann, seine Papiere in die Aktentasche zu packen.

«Was wird jetzt geschehen?», fragte ich.

«Ich habe Ihre Erklärung notiert. Jetzt lasse ich Sie wieder in Ihre Zelle abführen.» Er stand auf und rief den Wärter herein.

Ich sass stundenlang bewegungslos in meiner Zelle. Was soll das bedeuten? Warum hat er so plötzlich das Verhör abgebrochen und mich nicht weiter gefragt? Was steht mir jetzt bevor – die Strafzelle oder die Freiheit?

Ich hatte nicht lange zu warten. Drei Wochen später holte man mich. Diesmal ging es nicht in die Kanzlei. Man führte mich durch den Ausgang in den wartenden Gefängniswagen, und als das Auto stehenblieb, erblickte ich nicht den Hof der altbekannten AVH-Zentrale in der Andrassy Strasse, sondern ein unbekanntes Gebäude, das neue Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in der Fö Strasse am linken Donauufer.

Man schob mich in eine kleine Zelle: ein Bett mit Matratze, ein Klosett mit Wasserspülung in der Ecke. Niemand sprach zu mir, als man das widerliche Essen hereinreichte. Keine Zigarette, kein Buch. Ist es doch eine Strafversetzung, etwas Fürchterlicheres als je zuvor? Ich hatte Angst; die ganze Nacht wälzte ich mich im Bett herum und konnte kein Auge zudrücken.

Am nächsten Morgen wurde ich in ein helles Bürozimmer geführt. Hinter dem Schreibtisch sass ein dunkelhaariger junger Mann, er stand auf und stellte sich vor: «Leutnant X» – es geschah das erste Mal, dass sich ein Geheimpolizist vorstellte, ich habe leider seinen Namen vergessen. «Ich werde jetzt mit der Überprüfung Ihres Falles beginnen.»

Später war ich erschüttert, mit welcher Apathie ich damals auf den Wendepunkt meines Schicksals reagierte. Vielleicht hatte ich vergessen, was Freude ist, und war Angst das einzige Gefühl, das ich nach fünf Jahren Terror noch empfinden konnte.

Zuerst hegte ich den leisen Verdacht, es handle sich wieder einmal um einen bösen Trick. Anfangs fand ich meine Worte nur mühselig und stammelnd, doch der Leutnant hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen und notierte alles. Dann fielen alle Hemmungen von mir ab. Fünf Tage lang sassen wir in seinem Zimmer, ich berichtete über alles, über jede Phase der Verhöre – die Wahrheit, die ganze Wahrheit.

Der junge Leutnant mit dem Zigeunergesicht war weder freundlich noch unfreundlich, doch völlig korrekt. Die Fragen, die er mir stellte, wiesen deutlich daraufhin, dass sein Befehl war, mich von jeder Schuld zu entlasten. Er wollte die Namen der Zeugen wissen, die meine Aussagen bestätigen könnten. Da hatte ich freilich einige Probleme. Wie konnte ich beweisen, dass Herr Matter von der Neuen Zürcher Zeitung kein amerikanischer Spion war, dass die in meinen Protokollen erwähnten Auslandskorrespondenten in Budapest nicht für das französische Deuxième Bureau oder für den britischen Intelligence Service arbeiteten? Doch er beruhigte mich, sie wüssten genau, dass es sich um echte Journalisten handelte und dass ich keine Staatsgeheimnisse preisgegeben hätte.

Als ich mit meinem Bericht fertig war, ging es von vorne los. Nun wurden meine Aussagen zu einem maschinengeschriebenen Protokoll verarbeitet. Nichts wurde ausgelassen, nichts geändert. Ja sogar die berüchtigte «Umpolitisierung» fehlte nicht, allerdings jetzt mit umgekehrtem Vorzeichen. Als wir bei einer gewissen Phase meiner Verhöre in der An drassy Strasse angelangt waren, diktierte der Leutnant: «Nachdem ich gefoltert wurde, habe ich die falsche Beschuldigung zugegeben...» Ich protestierte. Bei dieser bestimmten Gelegenheit war ich nicht gefoltert worden, man hatte mir nur einige Ohrfeigen verabreicht. «Das ist doch unwesentlich», korrigierte mich der Leutnant. «Ihr Geständnis wurde durch Drohungen und körperliche Misshandlungen erpresst. Es macht keinen Unterschied, welcher Art die körperliche Misshandlung war.» Ich erinnerte mich des ungeheuren Unterschieds, doch er hatte recht.

Ich unterschrieb das Revisionsprotokoll. Noch immer war es keine Freude, die ich empfand, eher eine Art von Genugtuung, ein tiefer Frieden. Der Alptraum geht zu Ende, ich kann jetzt aufwachen und die Scherben meines zerschmetterten Lebens zusammenfügen; ich bin kein Ungeziefer mehr, von der Partei zertreten, ich bin wieder ein Mensch.

Wir wurden noch nicht entlassen. Derselbe Gefangenenwagen, der uns hergebracht hatte, fuhr uns ins Stern-Gefängnis zurück. Wir wurden in Zellen eines Sonderflügels untergebracht, bekamen doppelte Lebensmittelrationen. Korbweise wurden Tomaten, grüner Paprika, Knoblauch, frisches Obst verteilt. Der Gefängnisarzt machte täglich seine Runde. Es war wie die Heilungs- und Mastkur in der Schlussphase des Untersuchungsterrors, doch es war nicht das gleiche.

Trotz der Spezialbehandlung blieben wir Häftlinge. Wir warteten Tag für Tag auf unsere Freilassung. Wir wussten nichts über die politische Entwicklung im Lande, über das Auf und Ab im Machtkampf zwischen Imre Nagy und Rákosi im Frühjahr und Sommer 1954. Wir wussten nicht, welches Glück wir gehabt hatten: Wäre es Rákosi nur zwei Monate zuvor gelungen, Nagy zurückzudrängen, hätte unsere Freilassung zwei weitere Jahre lang auf sich warten lassen.

Am 1. September wurden wir in die Fő Strasse zurücktransportiert. Wir standen in der grossen Halle, all die überlebenden «Rajkisten». In einer Ecke waren Hosen, Hemden, Unterwäsche, Schuhe, Socken aufgestapelt. In der Mitte hatte sich Gefängnisdirektor Lehota in seiner Majoren-Uniform aufgebaut. «Sie werden jetzt entlassen», sagte er uns. «Ziehen Sie sich um, wählen Sie etwas Passendes aus dem Kleiderhaufen. Dann werden Ihnen die Entlassungspapiere ausgehändigt.»

Es störte mich überhaupt nicht, dass die Kleidung nur zweifelhaft sauber war und mir nur schlecht und recht passte. Ich ging zum Schreibtisch, bekam ein paar Hundert Forint ausgezahlt – ein Teil meines ersparten Arbeitsverdienstes, wie mir erklärt wurde, der Rest werde mir später zugeschickt. Und zu meiner grössten Verblüffung bekam ich auch meine Uhr und meinen Ehering zurück, die ich bei der Verhaftung hatte abgeben müssen. Schliesslich wurde mir das Entlassungsschreiben ausgehändigt: «György Hódos, festgenommen am 1. September 1954, ist zu entlassen. Der Beschluss tritt unverzüglich in Kraft.» Datiert war dieses Schreiben auf den 1. September 1954. Die 1'883 Tage Haft waren zu einem einzigen Tag «umpolitisiert» worden.

Lehota stand am Ausgang. Er streckte mir zum Abschied die Hand entgegen – eine saubere Hand, eine Hand, an der doch so viel Blut klebte. Ich liess sie unbeachtet.

Dann stand ich auf der Strasse, einfreier Mensch. Ich spürte noch immer keine Freude, nur eine grosse Ruhe. Im Augenblick der wiedererlangten Freiheit mutete sie mich an wie selbstverständlich. Ich konnte einfach nach Hausefahren. Sollte ich die Strassenbahn nehmen? Doch ich hatte ja Geld in der Tasche, also leistete ich mir ein Tax

Das Taxi hielt vor meinem Haus. Ich stieg aus, ging die Treppe hinauf und läutete an der Wohnungstür. Eine Putzfrau öffnete, sie sah mich misstrauisch an, als ich erklärte, in dieser Wohnung gelebt zu haben, doch sie liess mich herein. Ich sah mich um. Es war ein unheimliches Gefühl: als ob ich erst gestern weggegangen wäre, als ob das Datum des Entlassungs-

scheines stimmen würde und die mehr als fünf Jahre bloss ein böser Traum gewesen wären.

Ich nahm ein heisses Bad, setzte mich auf den Balkon und starrte auf die grünen Bäume und die weissen Häuser des Rosenhügels. Dann sah ich sie kommen, meine Frau und eine Schar von Kindern; sie kehrten von einer Feier zum Schulbeginn zurück. Marta schaute hinauf und schrie auf: «Mein Gott, dein Vater ist nach Hause gekommen!» Als sie in die Wohnung rannten, küsste und umarmte ich Marta, dann drehte ich mich zu dem halben Dutzend Mädchen um und fragte: «Welches ist meines?» Zsuzsika war zwei Jahre alt, als man mich verschleppt hatte, jetzt war sie siebeneinhalb. Wie hätte ich sie auch wiedererkennen können? In diesem Augenblick, als sie in der Ecke des Zimmers stand, scheu, verwirrt, mit dem Ausdruck eines tiefen Misstrauens in ihrem Gesicht – erst in diesem Augenblick erinnerte ich mich wieder an die fünf Jahre, die mir gestohlen worden waren.

Folgen und Folgerungen

Die Gegenwart ist immer ein Resultat der Geschichte, doch eben nur *eines* der vielen möglichen Resultate. Der Stalinismus wuchs nicht zwangsläufig aus dem Leninismus hervor, der Entwicklung der bolschewistischen Revolution standen auch andere Alternativen offen; und wäre die von Bucharin entworfene siegreich gewesen, so hätte wahrscheinlich der sowjetische Typ des Sozialismus – trotz seiner zaristisch-autokratischen, halbfeudalen Voraussetzungen – eine wesentlich andere Richtung eingeschlagen (zu Bucharins Alternative s. Cohen 1985).⁵⁸

Auch Chruschtschows halbherziger, vor den eigenen Konsequenzen (und der Revision der Schauprozesse) zurückschreckender Entstalinisierung standen in Osteuropa andere Alternativen offen. In der Anfangsperiode befolgten die Satellitenstaaten peinlich genau den von der Sowjetunion angeordneten Kurs, doch dann suchten sie nach eigenen Wegen. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei riskierten bei ihrem Abrücken vom Stalinismus einen Bruch, in dem kurz die Verwirklichung eines humanen Sozialismus aufschien, während Rumänien, Bulgarien und die DDR den Rückzug antraten und ihre stalinistische Vergangenheit zu «überwinden» trachteten, indem sie sie verdrängten.

Auf Druck Chruschtschows mussten die erlogenen, erfolterten Terrorurteile von denselben Stalinisten revidiert werden, die sie organisiert hatten. Dieser grundlegende Widerspruch charakterisierte den Revisionsprozess in allen ost-europäischen Staaten und war nur durch eine neue Unterdrückung zu lösen – früher oder später, schleichend oder gewaltsam. Alle Satellitenführer waren gezwungen, die Schauprozesse gegen Kommunisten für null und nichtig, ihre hingerichteten Opfer für unschuldig zu

erklären und die Überlebenden voll zu rehabilitieren. Den Anfang machte Ungarn im September 1954. Die von den Budapester Enthüllungen hervorgerufene Empörung veranlassten die Satelliten-Kollegen Rákosis, eine Pause einzulegen – aufhalten konnten sie den Revisionsprozess jedoch nicht. Im April 1956 rehabilitierten die Bulgaren in aller Stille ihre Opfer, im Juli folgte die DDR, im August Polen. Die Volksaufstände des polnischen und des ungarischen Oktobers unterbrachen erneut das widerwärtige Schauspiel der Mörder, die auf äusseren und inneren Druck ihre eigenen Verbrechen zugestanden und diese Eingeständnisse zugleich zu hintertreiben, zu vertuschen versuchten. Erst Jahre später wurde es fortgesetzt. Im September 1965 rehabilitierte Rumänien verstohlen seine Opfer, in der Tschechoslowakei kam es im August 1963 zu einer teilweisen Enthüllung der Schauprozesse, doch erst die Beseitigung der Verantwortlichen und der Versuch eines Sozialismus mit menschlichem Gesicht erlaubte es im April 1968, die volle Wahrheit zutage zu befördern.

Schauprozesse waren nicht nur ein integraler Bestandteil des Stalinismus, sie waren zugleich dessen grausamster Ausdruck und wurden daher zum Kristallisationspunkt des Kampfes für die Entstalinisierung. Rajk, Kostow, Slánský, Gomulka, Merker, Luca und ihre Genossen – sie alle sind Stalinisten gewesen, als ihnen von ihrem Meister die Rolle der Abweichler, der Oppositionellen zugeteilt wurde. Die Entstalinisierung verlieh ihnen eine neue Rolle und verwandelte sie unversehens zu Symbolen eines von Terror, Unterdrückung und Lüge befreiten humanen Sozialismus. Die erlogenen Anklagen kehrten sich nun gegen die Ankläger.

Die Stalin überlebenden Hilfsregisseure der Schauprozesse waren sich der Gefahren bewusst, die die von Chruschtschow erzwungene Revision der Urteile in sich barg. In Rumänien, in der DDR und in Bulgarien gelang es ihnen, die Rehabilitierungen als interne Angelegenheit zu behandeln – hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sie schoben Berija die Alleinschuld zu und erklärten, mit seiner Hinrichtung und den verschämt in der Parteipresse versteckten kurzen Mitteilungen über die Rehabilitierung der Opfer sei die «sozialistische Legalität» wieder hergestellt. Die Opfer wurden somit ein zweites Mal geopfert. In Ru-

mänien entlastete sich Gheorghiu-Dej von der Schuld am Terror, indem er sie dem posthum von den kriminellen Anklagen freigesprochenen Luca zuschrieb. In Bulgarien ist Kostows Schicksal einfach aus der Geschichte gestrichen; im Vorwort zu seinen 1978 publizierten Reden und Schriften werden sein Sturz und seine Ermordung mit keinem Wort erwähnt. Und in der DDR gelten die ostdeutschen Schauprozesse samt und sonders als Lügenpropaganda, in Anklang an Ulbrichts berüchtigten Satz: «Bei uns konnten Berijas Agenten keinen Schaden anrichten.»

Ganz anders verlief die Entwicklung in Polen. Hier kamen die Opfer der Säuberungen an die Macht und stürzten die Organisatoren der Schauprozesse. Gomulka erwies sich jedoch als ungeeigneter Held der antistalinistischen Sehnsucht nach einer gerechten Welt. Sein Wiederaufstieg war ein völlig passiver Sieg; er wartete tatenlos ab, bis ihn der mächtige Strom des Volksaufstandes im Oktober 1956 als Symbol eines menschlichen, polnischen Sozialismus an die Spitze der Nation hob. Doch er blieb, was er schon immer war: ein Autokrat, ein fleissiger, gewissenhafter, intellektuell beschränkter Partei-Apparatschik. Den enormen Vertrauensvorschuss benutzte er dazu, ein der nachstalinistischen Sowjetunion angepasstes repressives Regime weiterzuführen. Gomulka, dieses Opfer des stalinistischen Terrors, hat die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Er erwies sich als falsches Symbol einer besseren Welt. Die Studentenrebellion vom März 1968, die sich die Verwirklichung der sozialistischen Ideale zum Ziel gesetzt hatte, fand schon gegen ihn statt, und der Aufstand der hungrigen, ausgeplünderten Hafenarbeiter im Dezember 1970 setzte den Schlusspunkt hinter seine Karriere. Zehn Jahre später, 1980, zu Beginn der Solidarnosc-Bewegung, war der Realpolitiker Gomulka ein vergessener Mann – seine Legende jedoch, im antistalinistischen Kampf für seine Freilassung und Rehabilitierung geboren, erwies sich als Quelle des neuen Aufruhrs. «In einem gewissen Sinne sind wir alle die Kinder des Oktobers 1956, als Wladislaw Gomulka wieder an die Macht kam», sagte Adam Michnik, der einflussreiche Theoretiker der Solidarnosc, einmal in einem Zeitungsinterview. «Die Gegenwart ist ein Teil des Prozesses, der 1956 begann, eines Prozesses der antitotalitären Selbstverwaltung der Gesellschaft, die der einzige gangbare Weg ist zu einer demokratischen Zukunft.»

In Ungarn bildete das Entsetzen angesichts der Wahrheit über die Schauprozesse der mächtigste Anstoss der Revolution vom Oktober 1956. Die Entstalinisierung begann, wie überall im Satellitenreich, auf Druck von Moskau, als Chruschtschow im Juni 1953 Rákosi zu sich bestellte und ihn zwang, den zur Zeit des Rajk-Prozesses als «Rechtsopportunisten» aus der Führung entfernten Imre Nagy wieder ins Politbüro aufzunehmen und zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Im Juli 1954 musste er, ebenfalls dem Moskauer Druck nachgebend, János Kádár und dessen Mitverurteilte aus dem Gefängnis entlassen und rehabilitieren. Zwei Monate danach wurde der Rajk-Prozess zu einer «Provokation Berijas» erklärt.

Anfänglich war der Kampf für die Entstalinisierung ein sehr ungleicher: Die Rákosi-Clique hatte den Parteiapparat und die Geheimpolizei fest in der Hand, Nagy blieb in der Führung isoliert, trotz der immensen Popularität im Volk, die seine Reformvorschläge hervorriefen. Erst die Rehabilitierungen der Kommunisten führten innerhalb der Partei zu einem radikalen Umschwung. Die Berichte der Überlebenden über die erlittenen Greuel verbreiteten sich wie ein Lauffeuer in der Partei, der von Rákosi noch manipulierbare Ruf nach «Korrekturen der begangenen Fehler» schlug in die Forderung nach Bestrafung der Mörder, nach Verwirklichung der verratenen, korrumpierten Ideale des Sozialismus um.

Der Aufstand brach am 23. Oktober 1956 aus, doch er begann schon am 6. Oktober mit der feierlichen Beisetzung von Rajk und seinen Genossen, wo 200.000 Menschen den Ermordeten die letzte Ehre erwiesen, aber vor allem für den Sturz eines mörderischen Systems demonstrierten. Nur Einzelne erinnerten sich noch an den Stalinisten Rajk, wie das einer der Demonstranten tat, der vor sich hin flüsterte: «Hätte er das erlebt, würde er in die Menge schiessen lassen.» Der ermordete Rajk wurde zum Symbol der nationalen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Es waren die überlebenden Opfer der Schauprozesse, die sich um Imre Nagy scharten und die ungarische Revolution inspirierten bzw. organisierten – die «Trotzkisten» Kádár, Kállai, Donáth, Losonczy, Haraszti, Ujhelyi, die «Rajkisten» Ádám, Heltai, Mod, Szász und Julia Rajk, die Witwe des Ermordeten. Erst in der Endphase, als die elementare Gewalt des Aufstandes über die Führungsfigur Imre Nagy hinwegschwappte, trennten

sich ihre Wege. Eine Gruppe mit Kádár an der Spitze lief zu den Russen über, eine andere wurde von den Russen verschleppt und vor Gericht gestellt. So wurde Losonczy, der das stalinistische Gefängnis überleben konnte, in der nachstalinistischen Untersuchungshaft ermordet. Eine dritte Gruppe der ehemaligen Opfer tauchte in die Illegalität unter. Heltai und Szász gelang es, in den Westen zu entkommen; Ádám wurde verhaftet und ein zweites Mal als «amerikanischer Agent» eingekerkert.

Die Rolle der Opfer der stalinistischen Schauprozesse ist bis heute in der Symbolgestalt Rajks lebendig geblieben. Das Kádár-Regime weiss, weshalb es jede ehrliche Analyse der Schauprozesse verbietet, sie unter den nichtssagenden Phrasen «Verletzung der sozialistischen Legalität» und «Personenkult» in der Vergessenheit verschwinden lassen will. Das Symbol bleibt lebendig nicht nur im abstrakten, sondern in einem sehr konkreten Sinn: Der junge László Rajk, Sohn des Ermordeten, ist ein prominenter Vertreter der neuen Opposition, für die der Sozialismus nicht bloss mit reichlichem Gulasch gleichbedeutend ist.

In der Tschechoslowakei drücken die Schauprozesse der Geschichte des Landes von der Entstalinisierungsphase über den Prager Frühling bis zum heutigen Tage einen noch entscheidenderen Stempel auf. Der Widerstand gegen Chruschtschows Rehabilitierungspolitik war hier besonders zäh, Gottwald starb zwar bereits zwei Wochen nach dem Tod seines Meisters im Kreml, doch die Organisatoren der Schauprozesse, Novotny, Zapotocky, Čepička, Bacilek, Kopecky, blieben an der Macht und sabotierten den von Moskau aufgezwungenen Revisionskurs. Die überlebenden Opfer wurden nur zögernd aus den Gefängnissen entlassen, sie blieben zum Teil noch lange Jahre nach Stalins Tod eingekerkert, und die Überprüfungskommissionen standen unter ständigem Druck der Mörder, die Rehabilitierungen zu verschleppen. Noch im September 1957 wurde die Hinrichtung Slánskýs als «gerechtfertigt» bezeichnet, danach zynischerweise er selbst für seine eigene Säuberung verantwortlich gemacht. 1963 entlastete man ihn und seine ermordeten Genossen zwar von den strafrechtlichen Anklagen, nicht jedoch von den «politischen und ideologischen Fehlern». Die volle Rehabilitierung erfolgte erst nach dem Sturz Novotnys und seiner Clique am 29. April 1968.

Die Vorgeschichte des «Prager Frühlings» ist viel zu gut bekannt, um hier auch nur skizziert zu werden. Durch den Wiedereintritt der einstigen Opfer des Slánský-Prozesses in das politische Leben wurde die während der Schreckensjahre abgerissene Brücke zu den freiheitlich-demokratischen Traditionen der Vorkriegspartei wieder aufgebaut. Die Rehabilitierten waren der Kristallisationspunkt einer von der ganzen Bevölkerung getragenen Bewegung, in dem sich die Entstalinisierungshoffnungen bündelten. Es waren Smrkovský, Svoboda, Husák, Pavel, Goldstücker und ihre Genossen, die den Sturz der von Chruschtschow und von Breschnjew unterstützten Novotny-Clique vorbereiteten, die Dubček und einer neuen Gruppe von Kommunisten, an deren Händen kein Blut klebte, an die Spitze der Partei verhalfen und mit ihnen die Macht teilten. Sie wurden mit Dubček zugleich die Opfer der sowjetischen Intervention vom 20. August 1968.

Im Gegensatz zu Ungarn gab es in der Tschechoslowakei nur vereinzelte Überläufer zu den Russen. Ausser dem «slowakischen Bourgeois-Nationalisten» Husák und dem politisch unbedeutenden «Feldisten» Vilem Novy waren alle ehemaligen Opfer führend im Widerstand gegen den Einmarsch der Sowjettruppen, sie blieben den Idealen des Prager Frühlings treu. In der drückenden, grauen Atmosphäre von heute sind sie zu Un-Personen geworden – entweder in der inneren Emigration zum Schweigen verurteilt oder (wie bereits einmal vor Hitler) zur äusseren Emigration gezwungen. Trotzdem bleiben sie ein mächtiger politischer Faktor. Der Stalinist Slánský konnte auch nach seiner Ermordung nicht als Symbol der Freiheit auferstehen, doch die Überlebenden der Schauprozesse hatten eine politische Umdeutung nicht nötig. Die zweifachen Opfer der terroristischen Unterdrückung der Stalin-Zeit und der «normalisierten» Unterdrückung der Husák-Ära personifizieren die Kontinuität zweier Lügen und halten die Hoffnung auf einen neuen Prager Frühling lebendig.

Stalinistische Schauprozesse gehören keineswegs der Vergangenheit an; in Albanien, in China, in Kambodscha reichen sie in die Gegenwart hinein. In Osteuropa bilden sie jedoch ein 30 Jahre zurückliegendes Kapitel der Parteigeschichte. Sie wurden als Unterdrückungsmittel der Opposition fallen gelassen, weil sie sich in den Händen Stalins zum Unterdrü-

ckungsmittel der gesamten Partei auswachsen. Die «kollektive Führung» der Sowjetunion will nie mehr um ihr Leben zittern müssen, nie wieder die Willkürherrschaft eines Alleinherrschers zulassen. Auch in den Satellitenstaaten wird nicht auf den Terror gegen die eigenen Genossen zurückgegriffen; ein Neo-Stalinismus ist, wie das Beispiel Rumäniens zeigt, auch ohne Schauprozesse möglich.

Die Bedeutung der Schauprozesse für die Gegenwart besteht deshalb nicht darin, dass sie sich wiederholen könnten. Es sind vielmehr der polnische Aufstand, die ungarische Revolution und der Prager Frühling, die die Schauprozesse unlösbar mit der Gegenwart verbinden, auch wenn die beiden einstigen Opfer Kádár und Husák schon längst von der Bühne abgetreten sind – und das gilt nicht nur für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Doch der Grund dafür, dass das Gespenst der Schauprozesse trotz aller Bemühungen der Herrschenden nicht aus dem Bewusstsein der osteuropäischen Völker zu bannen ist, liegt tiefer. Die Opfer des Terrors bleiben ein wirkender Faktor, weil der radikale Bruch mit dem Stalinismus entweder von innen oder von aussen unterdrückt wurde, weil der «real existierende Sozialismus» dem Stalinismus entwachsen ist und sich dessen Erbschaft nicht entledigen konnte.

In der Sowjetunion wurde Chruschtschows Anlauf zur Entstalinisierung abgewürgt. Solange er mit Berijas Hinrichtung das Zeichen setzte für die Beseitigung des Terrors, der allgegenwärtigen Lebensgefahr, stand der Grossteil der Überlebenden des von Stalin geschaffenen Parteiapparats hinter ihm, doch sobald er versuchte, grundlegende Änderungen des Systems einzuführen, wurde er gestürzt.

Gorbatschow scheint dort anzuknüpfen, wo Chruschtschow zum Scheitern gebracht wurde. Die Umgestaltung der Sowjetgesellschaft bekommt eine neue Dimension, sie reicht zu den Anfängen der stalinistischen Periode zurück, sie will die erstickende Erbschaft eines sechzigjährigen Irrweges abschütteln, die brutal zerschnittenen Fäden des späten Lenin und des ermordeten Bucharin wieder aufnehmen.

Das Schicksal Osteuropas hängt von seinem Erfolg ab. Bis die wirtschaftliche, politische, kulturelle Zwangsjacke des Nachstalinismus nicht abgeworfen, das Protektoratsverhältnis, die halbkoloniale Bindung zur

Sowjetunion nicht gelöst wird, müssen die Herrschenden Ursprung und Geschichte der Schauprozesse verfälschen und unterdrücken, bleiben die Gespenster der Opfer eine Drohung für die Machthaber, ein Ferment der Freiheit und der Demokratie.

Nur sehr ungern komme ich dem Wunsch meines Verlegers nach, mein weiteres Schicksal zu skizzieren. Meine Erlebnisse im stalinistischen Terror sind Illustrationen zur allgemeinen Geschichte der Schauprozesse; was folgt, ist grösstenteils privat und individuell, noch dazu recht undramatisch. Sobald ich das Gefängnistor hinter mir hatte, war ich ein freier Mensch, frei nicht nur von der Hölle der fünfzehn Jahre, frei auch von der ideologischen Zwangsvorstellung, ich könne die Welt erlösen. Mein Leben gehörte mir selber, meiner Frau und meiner Tochter, ich dachte mit meinem eigenen Kopf. Ich war glücklich.

Der Anfang meiner Freiheit gehört allerdings noch zum Nachwort der allgemeinen Geschichte. Wir wurden verhätschelt. Zunächst wurde ich ins exklusive Parteispital in der Kutvólgyi Strasse eingewiesen, von Kopf bis Fuss gründlich untersucht und für kerngesund erklärt. Dann kam die Einweisung in ein Erholungsheim der Partei im Matra-Gebirge – zwei wunderschöne Wochen mit Marta. Es folgte die Geheimverhandlung meines Rehabilitationsverfahrens. Jetzt standen die Überlebenden unserer Schweizer Gruppe vor dem neuen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Dr. József Domokos. Nur Entlastungszeugen wurden herbeizitiert, sogar mein verhafteter Vernehmer Ervin Faludi wurde in den Gerichtssaal geführt. Zynisch wie immer sagte er aus, er habe gewusst, ich sei unschuldig. Das Urteil stand im Voraus fest: Freispruch in allen Anklagepunkten.

Kurz danach wurde ich in die Parteizentrale gerufen. Béla Szalai, ein junger Rákosi-Höfling im Politbüro, erklärte, dass meine Parteimitgliedschaft rückwirkend wiederhergestellt worden sei. Mir lag schon auf der Zunge, diese ehrenvolle Auszeichnung dankend zurückzuweisen, doch dann fiel mein Blick auf das Rákosi-Foto über seinem Schreibtisch, und ich schwieg – in der Partei kann ich mehr dafür tun, dass dieser Mörder zur Verantwortung gezogen wird. Szalai fragte mich, ob ich wieder als

Journalist tätig sein möchte. «Nein», antwortete ich, «nur in einem Metier, das mit Politik nichts zu tun hat.» «Vielleicht als Lektor in einem Literaturverlag?», schlug er vor, und ich sagte zu. Ich verliess die Parteizentrale völlig verwirrt. Was war ich jetzt? Ein Kommunist? Nein, dann müsste ich ja alles verleugnen, was ich in den fünf Höllenjahren gelernt hatte. Ein Anti-Kommunist? Nein, dann müsste ich ja alles verleugnen, was mich geformt hatte, was der Sinn meines Lebens gewesen war. Ein Kämpfer für einen menschenwürdigen Kommunismus, wie es jetzt die demokratische Parteiopposition forderte? Nein, ich hatte genug davon, die Welt erlösen zu wollen, und war tief skeptisch, ob das überhaupt möglich ist. Ich fand keine Antwort.

Als Folge der Rehabilitierung sprach mir die Staatsanwaltschaft eine Wiedergutmachung zu; der stattliche Betrag enthob uns momentan der drückendsten materiellen Sorgen. Man bot mir an, die während der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Bücher zurückzuerstatten. Wieviel waren es, etwa 300 Bände? «Sie bekommen sie zurück, doch haben Sie bitte Verständnis dafür, dass es nicht dieselben sein können.» Wenige Tage später hielt ein Lastwagen vor dem Haus, und die Bücher wurden ausgeladen. Es waren tatsächlich 300 – ausgewählte Werke u.a. von Lenin, Stalin, Marx und Engels, Reden und Aufsätze von Rákosi, Mao Tse Tung, Kim Il Sung dick und leinengebunden. Nachher versuchte ich, sie in Antiquariaten zu verkaufen, doch niemand nahm sie mir ab, nicht einmal umsonst.

Damit ist mein persönliches Nachwort zur allgemeinen Geschichte der Schauprozesse beendet, mein weiteres Schicksal gehört mir allein.

Sobald ich meine Arbeit in der anglo-amerikanischen Abteilung des Europa-Verlags aufnahm, begann ein neues Kapitel. Die Gefängnisjahre wurden tief verdrängt, ich sprach sogar zu Marta nicht davon. Meine Gegenwart bestand in den Romanfiguren von Doris Lessing Howard Fast, Thomas Hardy, Ernest Hemingway, dem Problem der korrekten Wiedergabe der Vierzig Tage von Musa Dagh von Franz Werfel, das ich abends ins Ungarische übersetzte. Nur wie aus dem Zuschauerraum eines Theaters verfolgte ich das Auf und Ab im zähen Kampf Rákosis gegen Imre Nagy. Ich isolierte mich von der Aussenwelt durch eine dichte Schutzhülle des privaten Glücks, und mein einziger Beitrag zur Entstalinisierung für einen ehrlichen, humanen Sozialismus bestand darin, dass ich frei war, ein lebendiger Zeuge des niederträchtigen Systems, und die Wahrheit über

den erlebten Terror verbreitete. Mein Überleben, mein Schicksal war ein kleiner Funke, der neben unzählig vielen anderen an der Lunte dergrossen Explosion gegen den Stalinismus mitzündete.

Die Schutzhülle begann erst zu zerbröckeln, als ich am 6. Oktober 1956 die Ehrenwache hielt vor den Särgen von Rajk, Szönyi und Szalai. Ich überblickte die riesige Menschenmenge der Trauerdemonstration und spürte ihre stumme, doch deutlich vernehmbare Drohung ihre Forderung nach Vergeltung und Freiheit – dann hörte ich die scheinheiligen Lobreden auf die Ermordeten, die verlogenen Zukunfts-beteuerungen aus dem Munde der Parteiredner Ferenc Münnich und Antal Apró, zweier notorischer Stalinisten und MWD-Agenten, und als ich mir danach in der Menge den Weg zu meiner Frau bahnte, spürte ich auf Schritt und Tritt die wachsamen Augen der in Zivilkleidung spionierenden AVH-Männer.

Aber auch der Sturm der Revolution konnte die Schutzhülle nicht völlig wegfegen. Ich schaute den Ereignissen sozusagen vom Gehsteig aus zu. Die erste Woche war wie ein Märchen – die wunderbare, die erhabene Verwirklichung des vom gesamten Volk getragenen freiheitlichen, ungarischen Sozialismus. Doch bald verdüsterte sich die Hoffnung die tot geglaubten Gespenster der Vergangenheit erstanden plötzlich wieder auf, hinter der mächtigen Welt des nationalen Aufstandes gegen Fremdherrschaft und Stalinismus rührten sich die Frühlingsluft witternden Kräfte der alten Unterdrückung. Dann kam der 4. November, und als ich morgens von dem Kanonendonner der sowjetischen Interventionstruppen erwachte, starb in mir jede Hoffnung. «Spuck mir ins Gesicht, wenn ich weiter in diesem verlogenen System leben will», sagte ich zu Marta.

In den nächsten Wochen war mein Entschluss gefasst. Die Lügen der altneuen Quislinge über «Terroristen und Banditen der Gegenrevolution», über die «brüderliche Hilfe der Sowjetunion» würgten an meinem Hals, ich konnte nicht atmen in dem vom MWD-General Iwan Serow organisierten blutigen Terror. Ich musste weg aus Ungarn. Mein ehemaliger Zellen-genosse Cséby verschaffte mir, meiner Frau und unserer Tochter den Reisepass, ich übergab meine Wohnung der Witwe des im Rajk-Prozess ermordeten László Marschall, und am 2. Februar 1957 kamen wir in Wien an. Am Vortag noch wanderte ich das letzte Mal durch die Strassen von Budapest, prägte mir die von den Sowjetkanonen zerschossenen Häuser, die an den Strassenkreuzungen und vor den öffentlichen Gebäuden stationierten Sowjetpanzer tief ein, um meinen Entschluss nie zu bereuen.

Was folgt, ist nun wirklich Privates und für den Leser uninteressant. Ich versuchte, nach Amerika zu meiner Mutter und Schwester zu fahren, doch mein Einwanderungsgesuch wurde abgewiesen. In der McCarthy-Zeit waren ehemalige Kommunisten unerwünscht. Ich versuchte es mit der Schweiz, doch dort stand ich wegen meiner kommunistischen Tätigkeit noch immer auf der Schwarzen Liste. Wir blieben in Österreich. Tagsüber konnte ich wieder frei atmen. Der Zwang mit 35 Jahren von Null an wieder eine Existenz für mich und meine Familie aufzubauen, liess mir keine Zeit, mich mit der Vergangenheit zu befassen.

Zunächst arbeitete ich bei der liberalen amerikanischen Flüchtlingsorganisation International Rescue Committee, doch als der Flüchtlingsstrom aus Ungarn zu versiegen begann, musste ich mich nach etwas anderem umschauen. Die journalistische oder gar akademische Laufbahn war mir versperrt, also griff ich zurück auf mein nie benutztes, vor meinem Universitätsstudium in Zürich erworbenes Textilingenieurdiplom. Zu meinem grössten Erstaunen ergab sich daraus mit der Zeit eine erfolgreiche neue Beraterkarriere. Doch die alte Liebe zum Schreiben liess mich nicht los. Ich begann mit Beiträgen für die Wiener Zeitschrift Forum, und bis heute schreibe ich Berichte und Essays für die Zürcher Weltwoche, Die Zeit, die Süddeutsche Zeitung und die amerikanische kulturpolitische Zeitschrift Partisan Review.

In Wien unterdrückte der Existenzkampf tagsüber die Erinnerungen, doch im Schlaf brach das Verdrängte wieder zum Vorschein. Nacht für Nacht weckten mich meine Schreie, im Traum wurde ich verhaftet, die Zellentüre schlug hinter mir zu, ich war gefesselt und konnte mich nicht bewegen, ein zertretenes Staubkörnchen unter den Stiefeln der Folterer. . .

Nach zwölf Jahren rief man mich in das amerikanische Konsulat und fragte, ob ich immer noch in die Vereinigten Staaten einwandern wollte. «Sie haben mich ja als Ex-Kommunisten abgewiesen», sagte ich. Aber nein, erklärte der Konsul, das sei damals gewesen, heute habe sich das alles geändert, auch aus ehemaligen Kommunisten könnten schliesslich anständige Menschen werden.

So kamen wir nach Los Angeles. Und die nächtlichen Gefängnisräume hörten schlagartig auf, die Vergangenheit war endgültig bewältigt. Doch tagsüber, inmitten der widerspruchsvollen Wohlstandsgesellschaft einer manipulierten, verwalteten Welt träume ich vom Ideal des Anderen, das ich mangels einer besseren Bezeichnung noch immer Sozialismus nenne und dessen Geburt bei Strafe des Unterganges nicht Utopie bleiben darf.

Und schliesslich: Was geschah mit den anderen? Von den etwa 600 kommunistischen Opfern, die den Rákosi-Terror überlebten, emigrierten nur acht in den Westen. Die zu Hause Gebliebenen arrangierten sich früher oder später mit dem nachstalinistischen System, sie wurden in Buchverlagen, Regierungsamtern und Forschungsinstituten, in Positionen der Industrie und des Handels untergebracht, als Gesandte in sozialistische oder Drittwelt-Länder abgeschoben. Drei davon, János Kádár, Gyula Kállai und György Aczél, stiegen an die Spitze des Machtapparats auf. Ihre in der Unterwelt des Stalinismus erlittenen Wunden sind nicht zuletzt verantwortlich dafür, dass sie zu Stützen eines im Rahmen der gegebenen Realitäten noch möglichen liberalen politischen und kulturellen Kurses wurden. Der Heimkommunist Géza Losonczy, Freund und Kampfgefährte Kadars im antifaschistischen Untergrund, ist nach der Niederschlagung der Revolution im sowjetischen Untersuchungsgefängnis umgekommen. Der Ökonom György Adam, der nach dem Krieg aus Amerika nach Hause geeilt war, um den Sozialismus aufbauen zu helfen, und dafür im Rákosi-Terror mit fünf Jahren Gefängnis büssen musste, wurde 1957 im Serow-Terror wegen Teilnahme am Aufstand verhaftet, verurteilt und erst Jahre später amnestiert.

Und was geschah mit den Mördern und ihren Gehilfen? Mátyás Rákosi floh noch im Juli 1956 vor der herannahenden Revolution in die Sowjetunion und starb 1971 in Gorki als verbitterter, von der ungarischen KP verstossener Emigrant. Mihály Farkas wurde kurz vor der Revolution wegen seiner Verantwortung in den Schauprozessen verhaftet. Von seiner zehnjährigen Zuchthausstrafe verbüsst er jedoch nur vier, weil Kádár für seine vorzeitige Freilassung sorgte. Er bekam eine Stelle als Verlagslektor. Nach einem etwas unglaubwürdigen Gerücht soll er kurz vor seinem Tode zur jüdischen Religion zurückgekehrt sein. Das dritte Mitglied der Terror-Troika, Ernő Gerő, floh nach Ausbruch der Revolution in die Sowjetunion, doch 1960 bekam er die Erlaubnis zur Rückkehr und arbeitete zurückgezogen als Übersetzer in Budapest. Aus der Partei ausgeschlossen, erblindet, starb er 1980 im Alter von 82 Jahren.

In der von Kádár geprägten Losung «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns» der nationalen Versöhnung wurde auch den stalinistischen Mördern und Folterknechten vergeben. Über das Schicksal des AVH-Chefs Gábor Péter habe ich bereits berichtet. Ob er im verdienten Ruhestand einer Unperson inzwischen gestorben ist, weiss nur seine unmittelbare Umgebung. Sein Stellvertreter Gyula Décsi wurde am Höhepunkt der Säuberungswelle bezeichnenderweise zum Justizminister des Unrechtsstaates ernannt, doch

ein Jahr später zusammen mit der Führungsgarde der AVH verhaftet und verurteilt. Er kam 1959 mit der Kádár-Amnestie aus dem Gefängnis und arbeitete in leitender Position in einem Staatsbetrieb. Mit ihm sind auch alle anderen verhafteten Schläger, Folterer und Schreibtischtäter der Staatsschutzbehörde freigelassen worden. Sogar Vladimir Farkas, der Kádár in den Mund gepisst hatte, bekam von seinem ehemaligen Opfer einen wohldotierten Posten geschenkt. Nur Oberst Márton Károlyi, der mich mein vor Gericht abzugebendes «Geständnis» einpauken liess, ist nicht mehr aufgetaucht, er soll im Untersuchungsgefängnis Selbstmord begangen haben. Und Leutnant Ervin Faludi, mein letzter Vernehmer, hatte mit uns «Rajkisten» so gute Arbeit geleistet, dass ihm in fast allen folgenden Geheimprozessen der Säuberung die Rolle des zynischen, augenzwinkernden Babysitters zugeteilt wurde, der seine Opfer mit falschen Versprechen ermuntern und sie in guter Laune halten musste, damit sie sich selber voller Hoffnung den Strick um den Hals legten. Auch er wurde verhaftet, verurteilt, dann amnestiert und in einer Handelsfirma untergebracht. Er konnte jedoch die Freiheit nicht lange geniessen, versank immer tiefer im Verfolgungswahn, wurde ein Alkoholiker, traute sich nur mit geladener Pistole auf die Strasse und trank sich schliesslich zu Tode.

1 Jugoslawien ist aus diesem Buch ausgeklammert. Die Säuberung der Partei von «Kominformisten» – von Kommunisten, die im Kominform-Konflikt sich auf Stalins Seite stellten oder bloss an der Richtigkeit des Bruches mit der Sowjetunion Zweifel verlauten liessen – gehört in eine andere Kategorie des totalitären Kommunismus. Es wurden im Prinzip «echte» und nicht künstlich konstruierte Oppositionelle unterdrückt, verfolgt und eingekerkert, tatsächlichen und nicht erfundenen Spionen der Prozess, aber keine Schauprozesse gemacht.

Das bedeutet nicht, dass Titos Säuberungen humaner oder gerechter gewesen wären als diejenigen Stalins. Die beiden prominentesten Opfer, die Politbüro-Mitglieder Hebrang und Zujovic, wurden kurz vor dem Bruch verhaftet. Hebrang verübte Selbstmord im Untersuchungsgefängnis, Zujovic blieb zweieinhalb Jahre in Isolationshaft und wurde erst im September 1950 freigelassen, nachdem er seine pro-sowjetischen Ansichten revidiert hatte. Von 1948 bis zur Auflösung des Internierungslagers wurden etwa 12.000 «Kominformisten» zur Zwangsarbeit nach Goli Otok verschickt, auf eine unbewohnte, karge Insel in der nördlichen Adria. Viele wurden bloss deshalb verhaftet, weil sie in privaten Gesprächen kritische Bemerkungen fallen liessen oder Kurzwellensendungen der Kominform-Länder abhörten. Im Zwangsarbeitslager wurden sie von der Aussenwelt völlig isoliert, sie durften keine Besucher empfangen, viele starben an den Folgen der grausamen Misshandlungen. Tausenden anderer blieb zwar die Internierung erspart, doch sie wurden aus ihren Stellen entlassen und wie Aussätzege behandelt, Familien wurden zerstört, Frauen gezwungen, sich von ihrem «verräterischen» Gatten scheiden zu lassen, und Kinder unter Druck gesetzt, ihre Eltern öffentlich als «Feinde» zu brandmarken.

Trotz der formellen Ähnlichkeiten war jedoch die titoistische Säuberung von der stalinistischen dem Inhalt und dem Wesen nach verschieden. Titos Bruch mit der Sowjetunion versperrte nicht nur Stalins Weg nach Jugoslawien, er unterbrach auch Titos Weg in den Stalinismus und damit in die stalinistische Praxis der Schauprozesse.

- 2 Mikojan wurde zu einem «türkischen Agenten», die Schriftsteller Ilja Ehrenburg und Alexei Tolstoi zu «internationalen Spionen» gestempelt (Medvedev 1949, S. 157).
- 3 Der Wortlaut des Briefwechsels und der Kominform-Resolution ist abgedruckt in *The Soviet-Yugoslav Dispute: Text of the Published Correspondence*, London, Royal Institute of International Affairs, 1948.
- 4 Für die wachsenden Spannungen in den jugoslawisch-albanischen Beziehungen siehe Pano 1968, S. 68ff.; Skendi 1956, S. 313f.; Wolff 1970, S. 275ff.; Lendvai 1969, S. 187ff.
- 5 Eine etwas einseitige Behandlung des jugoslawischen Beitrages zur albanischen Wirtschaft ist enthalten im Weissbuch des jugoslawischen Außenministeriums, Belgrad 1949. Siehe auch Skendi 1956, S. 229ff.; Djedijer 1970, S. 171ff.; Djilas 1985, S. 145f.
- 6 Der Xoxe-Prozess ist nur bruchstückhaft dokumentiert, das Verhandlungsprotokoll blieb bis heute geheim. Die folgende Darstellung wurde aus vereinzelt Hinweisen in der Literatur, aus Berichten in der albanischen und jugoslawischen Presse sowie aus vertraulichen Informationen jugoslawischer Kommunisten zusammengestellt.
- 7 In der dem Xoxe-Prozess unmittelbar folgenden ersten Säuberungsphase wurden 14 der 31 Zentralkomitee-Mitglieder und 32 der 109 Abgeordneten der Volksversammlung liquidiert. In der kurz darauffolgenden zweiten Phase wurde eine Anzahl von Armeekommandanten, unter ihnen Abdul Shehu, der «sowjetfeindlichen Tätigkeit» beschuldigt und erschossen. Vgl. Pano 1968, S. 93. Das Weissbuch des jugoslawischen Außenministeriums zitiert ferner albanische Zeitungsmeldungen aus Tirana, Dürres und Kukes über Prozesse gegen «titoistische Spione».
- 8 Xoxe ist das einzige prominente Opfer der osteuropäischen Schauprozesse, das bis heute nicht rehabilitiert worden ist.
Auch nach Stalins Tod gingen die Säuberungen in Albanien ununterbrochen weiter. Jede Wendung in Hoxhas Politik forderte ihre Opfer in echter stalinistischer Weise. Dem lang schwelenden Konflikt mit Chruschtschow fiel erst der stellvertretende Ministerpräsident Tuk Jokova zum Opfer, 1955 als «Spion» liquidiert. Zwei Jahre später kam es zu einer Serie von Schauprozessen gegen «sowjetische Agenten» mit der Sekretärin des Zentralkomitees Liri Belishova an der Spitze; mit ihr wurden auch ihr Mann Mazo Como, Vizeadmiral Sejko und der Präsident der Kontrollkommission Kotcho Tashko liquidiert.
Nach dem Bruch mit China kam eine neue Kategorie von Sündenböcken an die Reihe, die «verräterische Putschistengruppe chinesischer Agenten» mit Verteidigungsminister und Politbüro-Mitglied Beqir Balluku als Hauptangeklagtem. Mit ihm wurden die Generäle Pétrit Dume, Hito Cako, Rahman Perllaku und Halim Ramohito erschossen. Unmittelbar nach der Armee erfasste die Säuberung den Staats- und Parteiapparat, wobei der

stellvertretende Ministerpräsident Abdyl Kellezi, Industrie- und Handelsminister Koco Theodosi und Handelsminister Kico Ngjela liquidiert wurden.

Das bis jetzt prominenteste Opfer war Mehmet Shehu, einst engster Mitarbeiter Hoxhas und dessen präsidentlicher Nachfolger an der Spitze der Macht. Er wurde 1982 ermordet. Die ersten Meldungen sprachen von einem «Unfall», doch bald wurde er zum «gefährlichsten Verräter» gestempelt, der gleichzeitig im Dienste Amerikas, Grossbritanniens, Jugoslawiens und der Sowjetunion gestanden haben soll. Nach seiner Ermordung wurden Dutzende von Partei- und Staatsführern verhaftet und in Schauprozessen verurteilt, darunter Shehus Frau Fiqret und eine Anzahl seiner Verwandten, ferner Verteidigungsminister Kadri Hasbiu und Aussenminister Nesti Nase.

- 9 Zu den Föderationsplänen siehe vor allem Devedjiev 1962; sein Buch ist weitaus die beste Studie über diese Periode. Siehe ferner Wolff 1970, S. 314ff.; Brzezinski 1962, S. 76ff.; Ulam 1971, S. 90ff.; Djilas 1962, S. 217ff.; Djilas 1985, S. 129ff. und 163ff.; Bell 1986, S. 99ff.
- 10 Zu Beginn seiner Moskauer Emigration hatte Tscherenkow die OGPU-Akademie absolviert (Bell 1986, S. 42). Während des Grossen Terrors war es Dimitrow, der seinen Schwager vor der Verhaftung rettete. Nach den im Westen publizierten Memoiren von Blagoi Popow (1981) wurden Tausende von bulgarischen Emigranten verhaftet und verurteilt. Mindestens 600 kamen im Terror um, ein Teil wurde erschossen, ein anderer starb in den Zwangsarbeitslagern. Unter den Opfern befand sich fast die gesamte «linkssektiererische» Führung der Vorkriegspartei, so Iskrow, Wasilew-Boiko, Pawlow-Entscho und Lambrew (Bell 1986, S. 49ff.).
- 11 Bell (1986, S. 104) beschreibt einen wütenden Stalin, der zu Kostow trat, dessen Brille abbrach und ihm in die Augen starrend ansah, er sei ein Schwindler, dann fluchend aus dem Konferenzsaal stürmte.
- 12 Die MWD wies die bulgarische Sicherheitspolizei an, zur Vorbereitung der Verhaftung Kostows den führenden kommunistischen Ökonomen Kiril Slawow festzunehmen. Seine erfolglosen «Geständnisse» hätten die «Beweise» zu liefern gehabt, die zum Kostow-Prozess führen sollten. Slawow erwies sich jedoch als «Fehlgriff»: Er starb im Untersuchungsgefängnis an den Foltern (vgl. Bell 1986, S. 104).
- 13 Die Beschuldigungen wurden auch in einem von Kolarow gezeichneten Artikel in der Kominform-Zeitschrift *Für einen dauerhaften Frieden* vom 15. Mai 1949 wiederholt.
- 14 Nach Bell (1986, S. 106) sollen Berijas Minister für Staatssicherheit, W.S. Abakumow, und der sowjetische Botschafter M. Bodrow persönlich die Verhöre geleitet haben.
- 15 Anklageschrift, Prozessverlauf und Urteile sind im offiziellen Protokoll der Gerichtsverhandlung *Der Prozess gegen Traitscho Kostow und seine Gruppe*, (Ost-)Berlin 1951, enthalten. Siehe auch Devedjiev 1962, S. 34ff., und Ulam 1971, S. 214f.

16 Der Schatten der Field-Verbindung reichte auch in die nicht-kommunistische Welt hinein. In Österreich, in der Bundesrepublik, in Frankreich und in der Schweiz wurden Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen, weil sie während des Krieges mit dem Ehepaar Field zusammengearbeitet oder mit den in Osteuropa verurteilten «Fieldisten» Kontakt gehabt hatten. Die spanische Exilpartei in Paris hatte Ende 1949 das ZK-Mitglied Jesus Monzon zum «Verräter» gestempelt, er wurde wenig später von der Franco-Polizei verhaftet und starb im Gefängnis.

Sogar bis in die Vereinigten Staaten reichten die Wellen. So wurde John Lautner, Leiter des Sicherheitsapparats der New Yorker Organisation, brutalen Misshandlungen und Verhören unterworfen und aus der Partei ausgestossen. Er hatte während des Krieges in Italien und Jugoslawien für die amerikanische Nachrichtenorganisation OSS gearbeitet. Der ungarische KP-Chef Rákosi denunzierte ihn bei der amerikanischen «Bruderpartei», dem Spionagenetz von Field angehört zu haben und ein Agent des FBI zu sein.

Die westlichen «Fieldisten» hatten das Glück, ausserhalb des sowjetischen Machtbereichs zu leben. Sie büssteten nur ihre Parteimitgliedschaft, nicht jedoch ihre Freiheit, ihr Leben ein.

17 Dabei stütze ich mich vor allem auf das ausgezeichnete, gründlich recherchierte Buch von Flora Lewis, *Bauer im roten Spiel* (1965).

18 Rado wurde nach Kriegsende nach Moskau zitiert und verhaftet. Er kehrte erst Ende der 50er Jahre nach Ungarn zurück. Das gleiche Schicksal wurde übrigens dem polnischen Kommunisten Leopold Trepper zuteil. Der legendäre Organisator der Anti-Hitler Spionage- und Widerstandsgruppe «Rote Kapelle» flog Ende 1944 mit demselben Flugzeug wie Rado nach Moskau, wurde verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt. Zehn Jahre später wurde er rehabilitiert und freigelassen.

19 Ohne Zweifel waren Sowjet-Agenten daran interessiert, mit Field Verbindung aufzunehmen und aus seiner Position zuerst im amerikanischen Außenministerium, später im Völkerbund Nutzen zu ziehen. Obwohl sein Name des Öfteren von falschen wie auch glaubwürdigen Zeugen vor dem berüchtigten Komitee für unamerikanische Umtriebe erwähnt worden ist, gab es keine Beweise, die ein Gerichtsverfahren gerechtfertigt hätten. Es steht fest, dass in den Jahren 1936/37 die Sowjet-Agenten Ignatz Reiss, Walter Kriwitzki und Wladimir Sokolin mit Field Kontakt aufnahmen, doch sie brachen schon bald die Verbindung ab, denn sie schätzten ihn als einen für ihre Zwecke unbrauchbaren «Romantiker und Idealisten» ein (Lewis 1965, S. 78ff.). Auch der Historiker Karel Kaplan, der in die tschechoslowakischen Geheimarchive Einblick nehmen konnte, bestätigt, dass seine Anwerbung durch den sowjetischen Spionagedienst abgelehnt wurde: Seine Kontaktmänner charakterisierten ihn als «einen progressiven

amerikanischen Intellektuellen, einen Bewunderer der Sowjetunion, doch einen politisch naiven Träumer» (Kaplan 1978, S. 144).

Auch andere Überlegungen sprechen gegen seine Anwerbung. Die sowjetischen Nachrichtendienste hüten sich meist davor, deklarierte Kommunisten oder Sympathisanten als Agenten zu verwenden, und an Fields Sympathien konnten keine Zweifel bestehen. Noch gewichtiger erscheint der Umstand, dass alle sowjetischen Kontaktpersonen Fields dem stalinistischen Terror der 30er Jahre zum Opfer fielen. Kriwitzki ist 1936 in die USA geflüchtet und wurde dort ein Jahr später von Sowjet-Agenten ermordet; Reiss wurde 1936 in der Schweiz von NKWD-Agenten als «trotzkistischer Verräter» erschossen; auch Sokolin ist zu den Amerikanern übergelaufen. Nach 1937 musste die neue Agenten-Garnitur Berijas schon aus diesem Grunde sich ängstlich von Field ferngehalten haben.

- 20 Dieses wie auch die folgenden zwei Kapitel über die ungarische Säuberung stützen sich in wesentlichen Teilen auf eigene Erfahrungen, auf Mitteilungen von Säuberungsopfern, und von kommunistischen Funktionären mit Einblick in die Geschehnisse.
- 21 Karel Kaplan beschreibt in seinem Buch (1978, S. 145ff.) eine andere Version der Vorgeschichte. Demzufolge tauchte die Kopie eines Briefes, den Noel Field gegen Ende des Krieges an Dulles geschrieben hatte, 1948 in Baden bei Wien, im Hauptquartier der MWD, auf. General Bjelkin leitete ihn an Gottwald in Prag und an Rákosi in Budapest weiter. Der Text des Briefes war völlig nichtssagend, ohne jeden Hinweis auf Spionage, und bewies bloss die längst bekannte Tatsache der Zusammenarbeit der beiden Männer während des Krieges. Gottwald legte den Brief als belanglos ad acta, doch Rákosi benutzte ihn als einen zusätzlichen «Beweis» für die Verhaftung Szönyis und der «Schweizer Gruppe» als Vorstufe zum Rajk-Prozess.
- 22 Die Verbindung der beiden zu den sowjetischen Sicherheitsorganen reicht in die Zeit ihres Exils in der UdSSR zurück. Die Rölle Farkas' als NKWD-Vertrauensmann war in Emigrantenkreisen wohlbekannt. Geró war unter dem Namen Pedro der vielleicht meistgefürchtete Komintern-Berater im Spanischen Bürgerkrieg, von der NKWD mit der Aufgabe betraut, die Massenliquidierung angeblicher Trotzkisten zu organisieren. Siehe auch Broué/Témine 1968, S. 274, 470 und 474.
- 23 Eine sehr lückenhaft-vorsichtige Beschreibung der Kampagne im Politbüro ist enthalten in einem Artikel des theoretischen Parteiorgans *Társadalmi Szemle*, 5/1983, Budapest.
- 24 Rajk und seine Frau Julia verbrachten den 29. Mai, einen Sonntag, am Plattensee. Montagmorgen fuhr Rajk nach Budapest; den ganzen Nachmittag hindurch rief Rákosi im Sommerhaus an, ob er schon zurückgekehrt sei. Rajk kam am Abend an und wurde kurz darauf von einer Sonderabteilung der AVH verhaftet. Julia blieb eine Woche lang unter Hausarrest, dann wurde auch sie verhaftet und ins Budapester AVH-Hauptquartier ein-

- geliefert. Ihr vier Monate alter Sohn wurde den Grosseltern entrissen und unter falschem Namen in einem staatlichen Kinderheim untergebracht.
- 25 Einer der wenigen Regiefehler des Schauprozesses passierte während der Aussage Szönyi. Der Gerichtsvorsitzende legte ihm Photographien vor. Die erste, die von Field, erkannte er, doch über die zweite befragt, sagte er: «Den kenne ich nicht.» Vorsitzender: «Erkennen Sie in dem Mann nicht Allan Dulles?» Szönyi: «Doch, ich erkenne ihn. Damals trug er kein Augenglas.» Vorsitzender: «Er trug kein Augenglas, das stört Sie.» Szönyi: «Ja.» (*László Rajk* . . . 1949, S. 198).
- 26 Kádár leugnet freilich seine Rolle, doch an der Authentizität dieses Gesprächs kann es keinen Zweifel geben. Es wird bestätigt durch Augenzeugen, die an der ZK-Sitzung teilgenommen hatten, wo das Tonband angespielt wurde. Der Kádár-Auftrag entspricht auch völlig der allgemeinen Praxis in den stalinistischen Schauprozessen. So waren es in Bulgarien Tscherwenkow, in der Tschechoslowakei Bacilek und in der DDR Mielke, die ähnliche Dienste geleistet hatten.
- Julia Rajk, die Witwe des Ermordeten, erzählte Pálóczy-Horváth, dass Kádár 1954, noch vor dieser Sitzung, zu ihr kam und sie um Verzeihung bat, Rajk zur Abgabe eines falschen Geständnisses überredet zu haben. «Ich vergebe dir», sagte sie, «aber kannst du dir selber vergeben?» (Pálóczy-Horváth 1959, S. 272)
- 27 Wenige Jahre später wurde auch Janko verhaftet und von seinen AVH-Verhörern zu Tode geprügelt.
- 28 Der Zynismus der Regisseure zeigte sich deutlich im Falle des Zeugen Lajos Bokor, eines Polizeiobersten des Horthy-Regimes, der auszusagen hatte, er sei 1932 zugegen gewesen, als Rajk zum Polizeispitzeldienst angeworben wurde. Am Morgen vor dem Beginn des Rajk-Prozesses fragte MWD-General Bjelkin diesen Zeugen, ob er für ihn einen Wagen bestellen solle, damit er nach seiner Aussage nach Hause fahren könne. Als Bokor ablehnte, lachte Bjelkin: «Sie ziehen es also vor, zu Fuss zu gehen. Ich wünsche Ihnen alles Gute, und richten Sie bitte Ihrer Frau meine Grüsse aus.» Bokor wurde vom Zeugenstand in seine Zelle zurückgeführt und kurz darauf zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Hause kam er nie – er starb 1950 im Gefängnishof von Vác an einem Herzanfall.
- 29 Für die Verhaftungen, Verhöre und Prozesse der Sozialdemokraten siehe die ausgezeichneten Memoiren des sozialistischen Schriftstellers und Journalisten Pál Ignotus (1959). Einige Einzelheiten über die Säuberung der Generäle finden sich in dem mutigen Buch von György Száraz (1984, insbes. S. 309), einer auf mehrere Bände angelegten Biographie von Pálffy, wovon bisher leider nur der erste Band über dessen Jugend gedruckt werden durfte.
- 30 In Ungarn gehört der Kádár-Prozess bis heute zu den verbotenen Themen. In der autorisierten Biographie von Gyurko (1982, S. 190ff.) gibt Kádár

nur flüchtige Hinweise auf seine Verhaftung und Einkerkung, geht jedoch mit keinem Wort auf die Anklagen und Verhöre ein. Das im Westen publizierte Buch des ehemaligen Ministerpräsidenten András Hegedüs (1986) bietet einige bisher verschwiegene Einzelheiten über die Hintergründe der Kádár- und Péter-Prozesse.

Interessant sind auch die Gefangnismemoiren von Gyula Kállai (1987) – nicht nur dessentwegen, was sie enthalten, sondern auch dessentwegen, was sie heute noch immer verschweigen müssen.

- 31 Es hört sich wie ein Schundroman an, doch es ist wahr: Die AVH-Zentrale in der Andrassy Strasse hatte einen «Verflüssigungsraum», wo die Leichen der zu Tode Geprügelten in einer Säuremischung aufgelöst und durch einen Abfluss in die Kanalisation hinabgespült wurden. Ein Offizierskollege des Obersten Szücs war Augenzeuge des Verhörs eines Vorgesetzten und eilte entsetzt zu Rákosi mit der Bitte, den grausamen Folterungen Einhalt zu gebieten. Rákosi zeigte sich entrüstet und versprach, sofort telephonisch zu intervenieren. Als der AVH-Offizier ins Hauptquartier zurückkam, wurde er verhaftet, so verprügelt, dass er ein Jahr lang nicht auf den Beinen stehen konnte, und nachher ins Gefängnis geworfen. Die verflüssigten Leichen des Obersten Szücs und seines Bruders verschwanden in der Kanalisation.

Nach einer von ehemaligen AVH-Obersten Gyula Décsi privat, aber auch von Fachzeitschriften verbreiteten Version verfasste Ernő Szücs seine Beschwerde, die er Stalin unterbreiten wollte, im Einvernehmen mit Sowjetgeneral Bjelkin; der Brief wurde angeblich auch vom AVH-Chef Gábor Péter unterzeichnet. Ebenfalls von Décsi stammt die Behauptung, Rajk habe seine letzte Nacht in der Todeszelle zusammen mit Szücs und dem Sowjetgeneral Bjelkin verbracht; alle drei hätten sich weinend voneinander verabschiedet, als Rajk zum Galgen abgeführt wurde. Diese späten «Enthüllungen» sind nur deshalb von Interesse, weil sie auch in ernsthaften ungarischen Zeitschriften wiedergegeben wurden (vgl. *Historia*, Nr. 5-6, Budapest 1986). Sie manipulieren die Tatsache mit dem Zweck, die AVH, ja sogar die sowjetischen Staatssicherheitsorgane reinzuwaschen und Rákosi als Initiator des Terrors darzustellen. Auch die zu Beginn von Kapitel 4 wiedergegebene AVH-Version über die Vorgeschichte des Rajk-Prozesses verfolgt offenbar den gleichen Zweck.

- 32 Im Gegensatz zu allen anderen Satellitenstaaten wurde der Kommissionsbericht zur Untersuchung der stalinistischen politischen Prozesse in der Tschechoslowakei in den Westen geschmuggelt und veröffentlicht – herausgegeben von dem emigrierten Historiker Jifi Pelikán (1970). Zwei weitere Werke mit wertvollen Ergänzungen zum Bericht erschienen im Westen, beides Bücher von Kaplan (1978; 1986). Der Historiker Kaplan war Mitglied jener parteiinternen Piller-Kommission und erhielt somit die Möglichkeit, die geheimen Dokumente des Parteiarchivs zu studie-

ren und Teilnehmer wie auch überlebende Opfer der Säuberungen zu befragen.

Diese drei Werke bieten einen einmalig tiefen Einblick in den Hintergrund und die Mechanik der Schauprozesse. Einzelheiten konnten auch aus den Berichten der während des Prager Frühlings erstaunlich freien tschechoslowakischen Presse gewonnen werden. Mit den im Westen veröffentlichten Memoiren von London (1970), Loebl (1978), Oren (1960), Slánská (1969) und Slingová (1968) sowie den in meinen Gesprächen mit den Opfern gesammelten vertraulichen Informationen bilden sie das hauptsächliche Quellenmaterial für die zwei Kapitel über die stalinistischen Säuberungen in der Tschechoslowakei.

- 33 Der von Stalin verordnete polnische Druck auf Gottwald wurde auch in einem Radio-Vortrag des in den Westen übergelaufenen polnischen Sicherheitsobersten Josef Swiatlo bestätigt. Mir liegt eine vervielfältigte Abschrift des Senders Freies Europa, München, vom Oktober 1955 vor.
- 34 Für die antisemitische Wendung der Säuberungen siehe Kaplan 1986, S. 202; Lendvai 1972, S. 221ff.; Fejtö 1972, S. 294; Oren 1960.
- 35 Bezeichnend für die Machtverhältnisse war die Tatsache, dass die von Gottwald auf der September-Sitzung des ZK vorgetragene «Kritik» an Slánský fast wörtlich dem Bericht der Sowjet-Berater Galkin und Jesikow entnommen wurde. Der Bericht enthielt die im Gefängnis erfolteten «Geständnisse», war vom Sicherheitsobersten Doubek ins Tschechische übersetzt und Sicherheitsminister Kopriva übergeben worden, der ihn schliesslich Gottwald als Textunterlage für die Rede vorlegte. Die Stufenleiter mit den MWD-Beratern an der Spitze und der Partei am Fusse ist hier besonders deutlich sichtbar. Vgl. Pelikán 1970, S. 115ff.
- 36 Für den gefälschten Brief an den «Grossen Strassenkehrer» siehe Kaplan 1986, S. 203. Ein ähnlicher Trick spielte auch bei der Verhaftung von Otto Sling eine Rolle, als Sicherheitsoffiziere einen gefälschten Brief in seine Wohnung schmuggelten, der an den «amerikanischen Agenten» Voska adressiert war, während der anschliessenden Hausdurchsuchung den Brief «fanden» und als Vorwand für die Verhaftung Slings benutzten (Pelikán 1970, S. 103f; Kaplan 1986, S. 196). Die Rolle der gefälschten Briefe im Rajk-Prozess wurde bereits in Kapitel 4, S. 66f., beschrieben.
- 37 Vgl. Loebl/Pokorný 1968, S. 52f. A. London erwähnt schwarzen Kaffee, ultraviolette Bestrahlungen und Kalzium-Injektionen, und zitiert seine Bemerkung an den Verhöret: «Das erinnert mich an meine Grossmutter, wie sie ihre Gänse für Weihnachten stopfte.» (1970, S. 268)
- 38 Der tiefe Zynismus der Parteiführer kommt krass zum Ausdruck in der Befragung Karol Bacileks durch Kaplan über dessen Gefängnisbesuche. «Meine Besuche sind glatt gelaufen», erinnerte sich schmunzelnd der Sicherheitsminister. «Als ich Novomeskys Zelle betrat (er wurde als «slowakisch-bourgeois Nationalist» zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt; G.H.), rief er aus: Mein armer Karol, auch du? Er dachte, jetzt bin auch ich an die Reihe gekommen. Ich bestellte für uns belegte Brötchen und

Wein, und wir tauschten in der Zelle unsere Erinnerungen aus, aus der Zeit unseres gemeinsamen Kampfes im Slowakischen Aufstand.» (Kaplan 1978, S. 122)

39 So auch der Titel des offiziellen Protokolls der Gerichtsverhandlung (1953), dem die Zitate dieses Kapitels entnommen sind. Wesentliche Teile dieses Protokolls sind auch bei London (1970, S. 282ff.) und bei Loebel/Pokorný (1968, S. 87ff.) angeführt.

40 Ungeachtet dessen, dass die Tschechoslowakei vom spätstalinistischen Antisemitismus der UdSSR abrückte, blieben hier die Juden weiterhin das «ausgewählte Volk» der Säuberungen. Im Prozess gegen die «Zionistischen Nationalisten» erhielten führende Kommunisten der slowakischen Partei, mit ZK-Mitglied Koloman Moskovíc an der Spitze, hohe Gefängnisstrafen.

41 Auch andere Untersuchungshäftlinge unterzeichneten belastende «Gesandnisse» unter Folter und widerriefen sie gleich nachher. Pavel, Tausigová, Švermová und Smrkovský konnten in der Hauptperiode des Säuberungsterrors nicht vor Gericht gestellt werden, da die Regisseure Angst davor hatten, dass sie die in der Hauptprobe sorgfältig einstudierten Texte während der Verhandlung nicht aufsagen würden (Pelikán 1970, S. 139).

42 Die Entstalinisierung in Ungarn und in der Tschechoslowakei hatte für Chruschtschow ganz verschiedene Dringlichkeitsgrade. Die forcierte Industrialisierung, die irrationalen Zielsetzungen des Fünfjahresplanes und die Kollektivierung unter Rákosi führten im Agrarstaat Ungarn zu verheerenden Folgen: Der ohnehin niedrige Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten sank in den drei Jahren 1950-1952 um 20%, die Bauern hungerten. Um eine wirtschaftliche und politische Katastrophe zu vermeiden, zitierte das Präsidium der KPdSU schon am 21. Juni 1953 Rákosi, Gerö sowie den Rákosi-Kritiker Imre Nagy, nach Moskau. Malenkow, Chruschtschow und Molotow warfen Rákosi vor, mit seinen Willkürmethoden Ungarn an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben zu haben, wo leicht ein Aufstand ausbrechen könne, wie es eine Woche zuvor in Ost-Berlin geschehen war. Berija warf der ungarischen Führung sogar vor, sie sei ein «Judenpack»: Ungarn habe schon viele Könige gehabt, doch nie einen jüdischen. Die Sowjetführer forderten den Rücktritt Rákosis als Ministerpräsident, den Ausschluss Farkas' aus dem Politbüro und die sofortige Korrektur der Fehler. So begann der Aufstieg ihres neuen Schützlings Imre Nagy und dessen (schon am 29. Juni 1953 vom ZK angenommenen) Entstalinisierungsprogramms.

In der hochindustrialisierten, von Sowjettruppen unbesetzten Tschechoslowakei war die wirtschaftliche Zerrüttung, das Sinken des Lebensstandards, die allgemeine Stimmung unter den parteilosen Massen der Bevölkerung weit weniger bedrohlich als in Ungarn. Die vom Berliner Aufstand aufgeschreckte Sowjetführung, deren grösste Sorge die Bewahrung der Stabilität in den Satellitenstaaten war, hatte gegen die Nachfolge Gott-

walds keine Einwände. Sie erlaubte es Novotny und Zapotocky, den stalinistischen Kurs weiter zu verfolgen, nur die Verherrlichung Stalins hörte auf – die einzige kosmetische Korrektur. In seinen Memoiren sagt Chruschtschow: «Novotny war mir eigentlich kein Begriff, als wir von seiner Beförderung (zum Generalsekretär; G.H.) erfuhren . . . Novotny gefiel mir sehr, als ich ihn kennenlernte. Ich halte ihn auch heute noch für einen guten, aufrechten Kommunisten, dem Marxismus-Leninismus und der Sache der Arbeiterklasse treu ergeben. . .» Dann fährt er scheinheilig fort: «Überdies vermieden wir es damals mit voller Absicht, auf die anderen sozialistischen Länder Druck auszuüben ... So war es auch im Fall der tschechoslowakischen Partei.» (Talbot 1971, S. 369f.)

Anders als auf Ungarn übte also Moskau keinen Druck auf die Tschechoslowakei aus, um die Terrormaschine zum Halten zu bringen. Die einzige Konzession der stalinistischen Parteiführung war die Rehabilitierung des ehemaligen Verteidigungsministers Ludvik Svoboda im Juni 1954 – und auch das nur auf persönlichen Wunsch Chruschtschows.

- 43 Über den Einfluss der nationalen Minderheiten auf die Entwicklung der rumänischen KP vgl. King 1980, S. 27ff; Fischer-Galati 1970, S. 73ff; Lendvai 1968; Ionescu 1976, S. 2ff. Ionescus erstmals 1964 veröffentlichte Studie ist weitaus das beste, am gründlichsten dokumentierte Quellenwerk sowohl für die Vorkriegszeit als auch für die stalinistische Periode.
- 44 Für die Vorbereitung und Durchführung des Putsches gegen Antonescu s. Fischer-Galati 1970, S. 70ff, King 1980, S. 39ff; Ionescu 1976, S. 83ff. und, aus einer Perspektive des Kalten Krieges, Markham 1949.
- 45 Der Sturz, die Verhaftung und der Schauprozess Patrascanus sind in der westlichen Literatur nur sehr lückenhaft dokumentiert. In der einzigen englischsprachigen Geschichte der rumänischen KP von King (1980) wie auch in der Monographie von Fischer-Galati (1970) wird sein Fall jeweils in zwei Sätzen abgehandelt. Beide Autoren halten die offiziellen Beschuldigungen für bare Münze und charakterisieren Patrascanu als einen «Nationalisten, in Opposition zum stalinistischen Imperialismus.» In den umfassenden Werken von Brzezinski (1962) und Ulam (1952) wird bloss sein Name erwähnt. Die Ausnahme bildet wieder Ionescu, der seinem Fall ein kurzes Kapitel widmet (1976, S. 15ff). Die folgende Analyse stützt sich ausser auf sein Werk, dem auch die Zitate entnommen sind, vor allem auf vertrauliche Informationen ehemaliger rumänischer Kommunisten.
- 46 Für die Säuberung der Luca/Pauker-Fraktion siehe Fischer-Galati 1967, S. 17ff.; King 1980, S. 92ff.; Wolff 1970, S. 467ff.; Ionescu 1976, S. 208ff.
- 47 Die einzelnen Phasen der stufenweisen Liquidierung der Moskauer Fraktion sind dokumentiert in Ionescu 1976, S. 213ff. Siehe auch den Bericht über die Sitzung des Zentralkomitees in der Parteizeitung *Scinteia* vom 3. Juni 1952.

- 48 Auf der April-Sitzung des Zentralkomitees machte Ceausescu seinen Vorgänger Gheorghiu-Dej und dessen Innenminister Draghici für die erste Phase der stalinistischen Säuberung verantwortlich; Patrascanu, Koffler, Foris und Genossen wurden politisch rehabilitiert. Kurz danach, am 18. September, erfolgte ihre juristische Rehabilitierung durch das Oberste Gericht. Im Mai 1968 wurde in einem neuen ZK-Beschluss bekanntgegeben, dass das Gerichtsurteil gegen Luca und seinen Mitangeklagten aufgehoben worden war, ihre «politische Schuld» blieb jedoch aufrechterhalten. Vgl. auch Lendvai 1968, S. 349f.; Fricke 1971, S. 46.
- 49 Das Kapitel über die DDR stützt sich weitgehend auf vertrauliche Informationen von ostdeutschen Säuberungsoffizieren. Für die Tätigkeit der deutschen Emigrantengruppe in der Schweiz vgl. Brandt u.a. 1983, S. 85ff. Das sorgfältig recherchierte Buch enthält auch wertvolle Informationen über die erste Säuberungsphase. Von kommunistischer Sicht vgl. Teubner 1975.
- 50 Brzezinski (1962, S. 112ff.) meint, dass der Schauprozess wegen der Schwäche der ostdeutschen Partei fallengelassen wurde, ein ziemlich unglaubwürdiges Argument angesichts der totalen Dominierung der DDR durch die Sowjetunion. Den Tatsachen näher kommt sein Hinweis, «dass man bestimmte linksstehende Kreise Westdeutschlands nicht vor den Kopf stossen wollte» (ebd., S. 118). Unbefriedigend ist auch das Argument von Leo Bauer (1956, S. 412f), der «in der grossen Dummheit und in dem Unvermögen der Vernehmer» sowie auch in seinem eigenen Widerstand gegen die Erforderung eines falschen Geständnisses den Grund zu sehen glaubt. Diese Behauptung widerspricht allen Erfahrungen, auch seinen eigenen. Weit zutreffender ist der von Brandt u.a. (1983, S. 201) angeführte Umstand, wonach der Schauprozess fallengelassen wurde, weil sein geplanter Zeitpunkt mit dem letzten Sowjet-Vorschlag für ein vereintes, neutralisiertes Deutschland zusammenfiel und somit im Westen einen negativen Eindruck erweckt hätte.
- 51 In den ersten Nachkriegsjahren betonten sowohl in der Sowjetunion wie auch in allen Volksdemokratien die Theoretiker des Stalinismus die Notwendigkeit, den Übergang zum Sozialismus in Ost-Europa unter Berücksichtigung der nationalen Eigenheiten und nicht in Nachahmung des Sowjet-Musters aufzubauen. Die Kominform-Zeitschrift «Für einen dauerhaften Frieden» vom 15.12.1947 zitierte Dimitrow: «Bulgarien wird keine Sowjet-Republik sein, sondern eine Volksrepublik, wo die Funktion der Regierung von der überwiegenden Mehrheit des Volkes ausgeübt wird ... In dieser Republik wird es keine Art von Proletardiktatur geben». Fast wörtlich identische Erklärungen könnten von allen anderen Kommunistenführern jener Zeit angeführt werden.
- 52 Das Schicksal von Nowotko und von Molojec wie auch viele Einzelheiten der Säuberung sind in den Enthüllungen von Josef Swiatlo enthalten. Der Oberst der Bezpieka, des polnischen Staatssicherheitsdienstes, flüchtete

im Dezember 1953 nach West-Berlin, seine Radiovorträge im Sender Freies Europa enthielten eine unschätzbare Fülle von vertraulichen Informationen über den Mechanismus des stalinistischen Terrors. Das Material musste jedoch kritisch abgewogen werden, um die Propaganda, die von den westlichen Nachrichtendiensten veranlasste Desinformation und die Verzerrungen einer stalinistischen Polizeimentalität von den Tatsachen zu trennen. Siehe die mimeographischen Abschriften seiner Radiovorträge «Za kulisami Bezpieki i Partii» (Hinter den Kulissen der Bezpieka und der Partei), Archiv des Senders Freies Europa, München 1954/55, in polnischer Sprache, teilweise auch in deutscher und englischer Übersetzung.

- 53 Für die Funktion und Organisation der X. Abteilung, siehe Swiatlo 1955 und Checinski 1982. Der Autor des letztgenannten, äusserst informativen Werkes war ein hoher Offizier in der polnischen Militärabwehr und lebt jetzt in Israel.

Nach Swiatlo stand die Vernehmung der «Fieldisten» unter der Aufsicht des MWD-«Beraters» Soldatow. Hierzu sei bemerkt, dass die MWD-Offiziere sehr oft Decknamen verwendeten auch gegenüber ihren Bruder-Organisationen. Djilas berichtet über seine Budapester Begegnung mit dem Sowjet-Botschafter Puschkin, den er einige Jahre zuvor in Belgrad als Oberstleutnant Timofejew gekannt hatte. Timofejew-Puschkin war damals Chef des sowjetischen Nachrichtendienstes in Jugoslawien (Djilas, 1985, S. 85ff.).

- 54 Swiatlo und Fejgin sollen Bierut vorgeschlagen haben, falsche «Beweise» zu fabrizieren, um eine Spionage-Verbindung zwischen Gomulka und den verhafteten Fieldisten zu konstruieren, doch Bierut lehnte ab (Bronska-Pampuch 1958, S. 197).

Die antisemitische Wendung im Verhör der Field-Gruppe ist eingehend beschrieben in Checinski 1982, S. 79ff.

- 55 Bezeichnend für die Verzögerungstaktik der polnischen Führung ist die Tatsache, dass in der polnischen Ausgabe des Prozessberichtes die Aussagen gegen Gomulka auf Anordnung von Berman gestrichen worden sind (siehe das Interview mit Roman Werfel in Toranska 1987, S. 112).

- 56 Die hier erwähnten Verhaftungen sind in den Swiatlo-Vorträgen angeführt. Dubiel mag im Nazi-KZ tatsächlich zum Gestapo-Spitzel «umgedreht» worden sein (Bronska-Pampuch 1958, S. 197).

- 57 Berman sagte wahrscheinlich die Wahrheit, als er behauptete, er habe seine Rettung Bierut zu verdanken. «1949 wurden im Budapester Verhörprotokoll Fields sein an mich gerichteter Brief und seine Bekanntschaft mit Genossin Anna Duracz erwähnt. Diese Angelegenheiten kamen Berija und Stalin zu Ohren, und von der Zeit an begannen sie, mich bei Bierut der Spionage und des Verrats zu beschuldigen . . . Genosse Bierut verteidigte mich jahrelang in aufopferungsvoller Weise gegen diese verleumdenden Beschuldigungen. . . Hätte Genosse Bierut mich nicht in Schutz genommen, so müsste jetzt zweifellos meine Leiche exhumiert werden.»

(Rede Bermans vor dem ZK, zit. n. *Nowe Drogi*, Oktober 1956).

Jahre später bestätigte auch der Präsident der Republik Edward Ochab: «Es war Bierut, der das Leben Gomulkas gerettet hat, trotz allen Drucks von Stalin und Berija.» (Zit. nach der Zeitung *Polytika* vom 30. November 1981) Auch Dziewanowski kommt zu dem Schluss: «Der Partei gelang es, die ehemaligen Untergrundführer vor der Vernichtung zu retten.» (1976, S. 257)

- 58 In der westlichen politischen Literatur dominierte bis vor Kurzem die Schule, die den Stalinismus als die logische, unabwendbare Fortsetzung und Erfüllung des Leninismus, Bolschewismus, ja des Marxismus begriff. Erst in den 70er Jahren begann eine neue Generation von Historikern, Soziologen und Ökonomen von einer ahistorischen, durch den Kalten Krieg beeinflussten Betrachtung abzuweichen und den Stalinismus in seinem geschichtlichen Zusammenhang zu analysieren – eben nicht als zwangsläufige Folge der Oktoberrevolution, sondern als nur *eine* der Alternativen, die dem Sowjetstaat nach der Krise der Neuen Ökonomischen Politik in den Jahren 1928/29 offengestanden haben.

Die Behandlung der «Grossen Sprunges» vom Bolschewismus-Leninismus zur terroristischen Autokratie, des radikalen Bruchs mit der Theorie und Praxis der Vergangenheit liegt weit ausserhalb des Bereichs meiner Chronik. Als Einführung in diese Diskussion sei der interessierte Leser auf den Sammelband von Tucker (1977) hingewiesen, worin dem Essay des der Theorie der Kontinuität und des Totalitarismus anhängenden Leszek Kolakowski die revisionistischen Analysen u.a. von Robert C. Tucker, Stephen F. Cohen und Moshe Lewin gegenübergestellt werden. Eine eingehendere Behandlung bieten die zwei Bücher von Cohen (1973; 1985) ferner Lewin (1985).

Literatur

- Ambrose, S.: *Rise to Globalism*. London, 1980.
- Amery, J.: *Sons of the Eagle*. London, 1948.
- Antonov-Ovseyenko, A.: *The Time of Stalin*. New York, 1981.
- Armstrong, H.F.: *Tito and Goliath*. New York, 1951.
- Barker, E.: *Macedonia*. London, 1950.
- Bauer, L.: «Die Partei hat immer Recht». In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament» vom 4. Juli 1956.
- Bell, J.D.: *The Bulgarian Communist Party*. Stanford, 1985.
- Bethell, N.: *Die polnische Spielart. Gomulka und die Folgen*. Wien/Hamburg, 1971.
- *The Great Betrayal*. London, 1984.
- Brandt, H.: *Ein Traum, der nicht entführbar ist*. München, 1967.
- Brandt, P. u.a.: *Karrieren eines Aussenseiters*. Berlin/Bonn, 1983.
- Bronska-Pampuch, W.: *Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung*. Köln, 1958.
- Broué, P./Témime, E.: *Revolution und Krieg in Spanien. Die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges*. Frankfurt, 1968.
- Brown, J.F.: *Bulgaria Under Communist Rule*. London/New York, 1970.
- Brzezinski, Z.: *Der Sowjetblock*. Köln/Berlin 1962.
- Busek, V.: *Czechoslowakia*. New York, 1957.
- Checinski, M.: *Poland. Communism, Nationalism, Anti-Semitism*. New York, 1982.
- Cohen, S.F.: *Bukharin and the Bolshevik Revolution*. New York, 1973.
- *Rethinking the Soviet Experience*. New York/Oxford, 1985.
- Conquest, R.: *Säuberungen unter Stalin*. Düsseldorf, 1970.
- Cretzianu, A. (Hg.): *Captive Rumania*. New York, 1956.
- Dallin, A./Breslauer, G.: *Political Terror in Communist Systems*. Stanford, 1970.
- Dedijer, V.: *Tito*. Berlin, 1953.
- *Stalins verlorene Schlacht. Erinnerungen 1948 bis 1953*. Wien/Frankfurt/Zürich, 1970.

- Dellin, L.A.D.: *Bulgaria*. New York, 1965.
- «*The Communist Party of Bulgaria*», in: S. Fischer-Galati (Hg.), *The Communist Parties of Eastern Europe*. New York, 1979.
- Der Prozess gegen Traitscho. Kostow und seine Gruppe*. Berlin (Ost), 1951.
- Devedjiev, H.: *Stalinization of the Bulgarian Society*. Philadelphia, 1962.
- Dewar, H.: *The Modern Inquisition*. London, 1953.
- Djilas, M.: *Gespräche mit Stalin*. Frankfurt, 1962.
- *Rise and Fall*. New York, 1985.
- Duhnke, H.: *Stalinismus in Deutschland*. Köln, 1955.
- Dziewanowski, M.K.: *The Communist Party of Poland*. Cambridge, 1976.
- Fejtő, F.: *Les Juifs et l'antisémitisme dans les pays communistes*. Paris, 1960.
- *Die Geschichte der Volksdemokratien*. Band 1: *Die Ara Stalin 1945-1953*. Graz/Wien/Köln, 1972.
- Fischer-Galati, S. (Hg.): *Rumania*. Radio Free Europe, New York, 1956.
- *The New Rumania*. Cambridge, 1967.
- *Twentieth Century Rumania*. New York, 1980.
- Fricke, K.: *Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen*. Köln, 1971.
- *Opposition und Widerstand in der DDR*. Köln, 1978.
- *Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968*. Köln, 1979.
- *Die DDR-Staatssicherheit*. Köln, 1984.
- Gluckstein, Y.: *Stalin's Satellites in Europe*. London, 1952.
- Gniffke, E.: *Jahre mit Ulbricht*. Köln, 1966.
- Gyurkó, L.: *Arcképvázlat*. Budapest, 1982.
- Halecky, O. (Hg.): *Poland*. New York, 1958.
- Hay, J.: *Geboren 1900*. Reinbek/Hamburg, 1971.
- Hegedüs, A.: *Im Schatten einer Idee*. Zürich, 1986.
- Helmreich, E. (Hg.): *Hungary*. New York, 1958.
- Ignotus, P.: *Political Prisoner*. London, 1957.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3: 1945-1963, Berlin (Ost), 1967.
- Ionescu, G.: *Communism in Rumania*. New York/London, 1976.
- Jowitt, K.: *Revolutionary Breakthrough: The Case of Rumania*. Berkeley, 1971.
- Kállai, G.: *Magkesett börtönnapld (Verspätetes Gefängnistagebuch)*. Budapest, 1987.
- Kaplan, K.: *Dans les archives du Comité Central*. Paris, 1978.
- *Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei*. Köln, 1983.
- *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954*. München 1986.

King, R.: *History of the Rumanian Communist Party*. Stanford, 1980.
Koestler, A. (Hg.): *Ein Gott, der keiner war*. Konstanz/Zürich/Wien, 1950.
— *Sonnenfinsternis*. Frankfurt/Berlin/Wien, 1979.
Kolakowski, L.: *Main Currents of Marxism*, Bd. III. New York, 1965.
Kopácsi, S.: *Die ungarische Tragödie. Wie der Aufstand von 1956 liquidiert wurde*. Stuttgart, 1979.
Korab, A.: *Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Ost- und Mitteleuropa*. Hamburg, 1962.
Krüger, H. (Hg.): *Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten*. Olten/Freiburg, 1963.

László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht. Berlin (Ost), 1949.
Lendvai, P.: *Der Rote Balkan. Zwischen Nationalismus und Kommunismus*. Frankfurt, 1968.
— *Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa*. Wien 1972.
Leonhard, W.: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*. Berlin, 1955.
Lewin, M.: *The Making of the Soviet System*. New York, 1985.
Lewis, F.: *The Polish Volcano*. London, 1959.
— *Bauer im roten Spiel. Das Leben des Noel H. Field*. Frankfurt/Berlin, 1965.
Loebl, E.: *Die Aussage. Hintergründe eines Schauprozesses*. Stuttgart, 1978.
— / Pokorný, D.: *Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder. Hinter den Kulissen des Slánský-Prozesses*. Wien/Frankfurt/Zürich, 1968.
London, A.: *Ich gestehe. Der Prozess um Rudolf Slánský*. Hamburg, 1970.
Ludz, P.C.: *Changing Party Elite in East Germany*. Cambridge, 1972.

Markham, R.: *Rumania Under the Soviet Yoke*. Boston, 1949.
Markov, G.: *The Truth That Killed*. New York, 1984.
Marosán, G.: *Az uton végig keil jární*. Budapest, 1972.
McVicker, C.P.: *Titoism*. New York, 1957.
Medvedev, R.: *On Stalin and Stalinism*. New York, 1949.
— *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*. Frankfurt, 1973.
— / Havemann, R. u.a.: *Entstalinisierung*. Hamburg, 1977.
Miller, M.L.: *Bulgaria During the 2. World War*. Stanford, 1975.
Molnár, M.: *A History of the Hungarian Revolution*. London, 1971.
Moser, C.: *Dimitrov of Bulgaria*. Ottawa, Ill., 1979.
Mosley, L.: *Dulles*. New York, 1978.

Nagy, L.: *On Communism*. New York, 1957.
Nográdi, S.: *Történelmi lecke*. Budapest, 1970.

Oren, M.: *Prisonnier politique à Prague*. Paris, 1960.
Oren, N.: *Bulgarian Communism: The Road to Power*. New York, 1971.

- Pálóczy-Horváth, G.: *The Undefeated*. London, 1959.
- Pano, N.C.: *The People's Republic of Albania*. New York, 1968.
- Pelikán, J. (Hg.): *Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und «Rehabilitierungen» in der Tschechoslowakei 1919-1968 [Piller-Bericht]*. Wien / Frankfurt / Zürich, 1970.
- (Hg.): *The Czechoslovak Political Trials*. Stanford, 1971.
- (Hg.): *Pervertierte Justiz. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über die politischen Morde und Verbrechen in der Tschechoslowakei 1949-1963 [Kolder-Bericht]*. Wien/Frankfurt/Zürich, 1972.
- Polonski, A./Drukiew, B.: *The Beginnings of Communist Rule in Poland*. London, 1980.
- Popow, B.: *Za da ne se powtori nikoga wetsche*. Paris, 1981.
- Powers, T.: *CIA. Die Geschichte, die Methoden, die Komplotte. Ein Insider-Bericht*. Hamburg, 1980.
- Prifti, P.: «*The Labor Party of Albania*», in: S. Fischer-Galati (Hg.), *The Communist Parties of Eastern Europe*. New York, 1979.
- Prozess gegen das staatsfeindliche Verschwörerzentrum, geführt von R. Slánský*, Prag 1952
- Pundeff, M.: «*Nationalismus und Kommunismus in Bulgarien*». In: *Südost-Forschungen*. München, 1970.
- Ring, C.: *Staline m'a dit. . .* Paris, 1952.
- Scharndorff, W.: *Moskaus permanente Säuberung*. München, 1964.
- Semerjeev, P.: *The Trial Against Traitcho Kostov in Bulgaria*. Jerusalem, 1980.
- Shawcross, W.: *Crime and Compromise*. New York, 1974
- Skendi, S. (Hg.): *Albania*. New York, 1958.
- Skilling, H.G.: «*Stalinism and Czechoslovak Political Culture*», in: Tucker 1977.
- Slánská, J.: *Bericht über meinen Mann. Die Affäre Slánský*. Wien/Frankfurt/Zürich, 1969.
- Šlingová, M.: *Truth Will Prevail*. London, 1968.
- Staar, R.: *Poland: The Sovietization of a Captive People*. Louisiana, 1962.
- Stern, C.: *Portrait einer bolschewistischen Partei*. Köln, 1957.
- Ulbricht. *Eine politische Biographie*. Köln, 1967.
- Steven, S.: *Sprengsatz. Die Operation Splinter Factor der CIA*. Stuttgart, 1975.
- Swiatlo, J.: *Behind the Scene of the Bezpieka and the Party*. Radio Free Europe, New York/München, 1955.
- Szárász, G.: *A. tabornok*. Budapest, 1984.
- Szász, B.: *Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses*. Nördlingen, 1986.
- Szule, T.: *Czechoslovakia Since World War II*. New York, 1971.

- Taborsky, E.: *Communism in Czechoslovakia*. Princeton, 1971.
- Talbott, St. (Hg.): *Chruschtschow erinnert sich*. Eingeleitet und kommentiert von E. Crankshaw. Hamburg 1971.
- Teubner, H.: *Exilland Schweiz*. Berlin (Ost) 1975.
- Toma, P.: «*The Communist Party of Czechoslovakia*», in: S. Fischer-Galati (Hg.), *The Communist Parties of Eastern Europe*. New York, 1979.
- Toranska, T.: *Oni. Stalins Polish Puppets*, London, 1987.
- Tucker, R. (Hg.): *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*. New York/London, 1977.
- I Cohen, S.: *The Great Purge Trial*. New York, 1965.
- Ulam, A.B.: *Titoism und the Cominform*. Cambridge, 1952.
- Ulc, O.: *The Communist Party of Czechoslovakia*. New York, 1972.
- Urban, G. (Hg.): *Stalinism*. London, 1982.
- Wallach, E.: *Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfehmten*. München, 1969.
- Warriner, D.: *Revolution in Eastern Europe*. London, 1951.
- Wolff, R.L.: *The Balkan in Our Time*. Cambridge, 1970.
- Zinner, P.: *National Communist and Popular Revolt in Eastern Europe*. New York, 1956.

Abakumow, W.S. (1894-1954): Sowj. Politiker. Nach einer Karriere in der Geheimpolizei 1942 Chef der SMERSCH, der milit. Abwehr, 1946 Min. f. Staatssicherheit, dann Innenmin. Ende 1952 von Stalin der Sabotage des Schauprozesses der «jüdischen Ärzteverschwörung» beschuldigt und verhaftet. Nach Stalins Tod von Berija wieder auf freien Fuss gesetzt, nach dessen Sturz wiederverhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Aczél, György (1917–): Ung. Säuberungsopfer. Seit 1935 Mitgl. der KP, nach 1945 Provinzparteisekretär. 1949 im Rajk-Prozess verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert. Nach 1956 Aufstieg ins ZK und ins PB, enger Mitarbeiter Kádárs und Exponent einer liberalen Kulturpolitik. Seit März 1985 in den Hintergrund gedrängt.

Alapi, Gyula (?-1982): Ung. Jurist. War Generalstaatsanwalt zur Zeit der Stalinist. Schauprozesse. Nach dem Sturz Rákosis in den Ruhestand versetzt, 1962 aus der Partei ausgeschlossen, starb als wohlsituerter Rentner.

Antonescu, Ion (1882-1946): Rum. Politiker. Nach einer Offizierslaufbahn 1933 Generalstabschef, 1937 Kriegsmin. 1940 Errichtung einer faschist. Militärdiktatur. 1944 von einer demokr. Koalition gestürzt, verhaftet, im Mai 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Bacilek, Karol (1896-1972): Tschechosl. Politiker. Seit 1921 KP-Mitgl., Ausbildung in der Moskauer Lenin-Schule. 1938 Emigration in die UdSSR, Teilnahme am slowakischen Aufstand. Nach 1945 Vors. des Slowak. Nationalrats, 1952 Min. f. Staatssicherheit und Mitgl. des PB. 1963 wegen seiner Rolle im stalinist. Terror aller Ämter enthoben, 1968 aus der Partei ausgeschlossen.

Bauer, Leo (1912-1968): Dt. Säuberungsopfer. Seit 1932 KPD-Mitglied., nach 1933 Emigration über Prag und Frankreich in die Schweiz, Teilnahme an der Widerstandsbewegung. Nach 1945 Fraktions-Vors. der KPD im Hessischen Landtag, ab 1947 Chefredakteur des Ost-Berliner *Deutschland-*

- senders*. 1950 verhaftet, zum Tode verurteilt, doch zu 25 Jahren Arbeitslager im sowj. Gulag begnadigt. 1955 Entlassung und Rückkehr in die Bundesrepublik. Als Mitgl. der SPD Chefredakteur der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* und Berater des Bundeskanzlers Brandt.
- Beneš, Eduard* (1884-1948): Tschechosl. Politiker. Begründer der Republik, bis 1935 Aussenmin., nachher Staatspräsident. Im 2. Weltkrieg Präs. der Londoner Exilregierung. 1945 wieder Staatspräs., Rücktritt nach dem komm. Putsch von 1948.
- Berija, L.P.* (1899-1953): Sowj. Politiker. Ab 1918 Karriere in der Geheimpolizei, Leiter der georg. und transkaukas. GPU, dann Versetzung in den Parteiapparat. Ab 1934 Mitgl. des ZK, 1938 Nachfolger des hingerichteten NKWD-Chefs Jeschow, während des Krieges auch Mitgl. des Verteidigungskomitees. 1945 zum Marschall ernannt. Ab 1946 stellv. Min. präs. und PB-Mitglied. Nach Stalins Tod seiner Ämter enthoben, verhaftet, im Dezember 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.
- Berman, Jakub* (1901-1984): Poln. Politiker. Seit 1924 KP-Mitgl., ab 1928 im ZK. Nach 1939 Emigration in die UdSSR, Direktor der polit. Sektion der Kominternschule und Führungsmitgl. in der poln. Exilorganisation. 1944 Rückkehr nach Polen, im PB für Ideologie, Kultur, Propaganda und Staatssicherheit verantwortlich. 1956 wegen seiner Rolle im stalinist. Terror Ausschluss aus dem ZK und PB, 1957 auch aus der Partei. Bis zur Pensionierung 1969 Lektor in einem Buchverlag.
- Bierut, Boleslaw* (1892-1956): Poln. Politiker. Seit 1919 KP-Mitgl., ab 1925 im ZK. Absolvierung der Kominternschule in der UdSSR, dann Komintern-Beauftragter in der CSR, Bulgarien und Österreich. 1935 in Polen verhaftet. 1939 Emigration in die UdSSR, 1943 Rückkehr nach Polen, Führungsposition in der Untergrund-KP. Nach 1945 Staatspräs., ab 1948 auch Generalsekretär der Partei. Starb in Moskau unter noch ungeklärten Umständen.
- Bjelkin, Fjodor* (?-?): Sowj. General. Als Chef der osteurop. Sektion der MWD Leiter der stalinist. Säuberungen in den Satellitenstaaten. Ende 1952 mit Abakumow verhaftet und in dessen Geheimprozess zum Tode verurteilt. Nach unbestätigten Berichten soll er begnadigt und 1955 entlassen worden sein.
- Brankov, Lazar* (1912-?): Jugosl. Säuberungsoffer in Ungarn. Seit seiner Jugend KP-Mitgl., Partisanenführer im Befreiungskrieg. Nach 1945 Leiter der jugosl. Militärmission in Ungarn, dann dipl. Posten in der Gesandtschaft in Budapest, zugleich Chef des Geheimdienstes UDB in Ungarn. Nach 1948

- von der MWD in die Rolle eines Anti-Tito-Propagandisten gezwungen, 1949 verhaftet und im Rajk-Prozess zu lebensl. Zuchthaus verurteilt. 1956 entlassen und rehabilitiert.
- Ceaulescu, Nicolae* (1918-): Rum. Politiker. Seit 1932 KP-Mitgl., Sekretär der komm. Jugendbewegung. 1945 General, 1948 Wahl ins ZK, 1954 ins PB. 1965 Nachfolger von Gheorghiu-Dej an der Partei- und Staatsspitze.
- Čepička, Alexej* (1910-?): Tschechosl. Politiker. Seit 1929 KP-Mitgl. Während der dt. Besetzung verhaftet. Nach 1945 Min. f. Innenhandel, Justiz und Verteidigung. 1951 Mitgl. des ZK, 1954 des PB. Heiratete Gottwalds Tochter. 1956 wegen «fehlerhaften Verhaltens» seiner Ämter enthoben, 1963 als Verantwortlicher an den Schauprozessen aus der Partei ausgeschlossen.
- Chruschtschow, N.S.* (1894-1975): Sowj. Politiker. Seit 1918 KP-Mitgl. Teilnahme am Bürgerkrieg, Grubenarbeiter, Besuch der Industrieakademie. 1931-37 Parteisekretär in Moskau, 1938-45 Erster Sekretär des ZK der Ukraine. 1939 Mitgl. des PB. Nach Stalins Tod Generalsekr. der Partei, ab 1958 auch Ministerpräs. Seine Entstalinisierungspolitik gipfelte auf dem XX. Parteitag in seiner Geheimrede über Stalins Terror. 1964 gestürzt. Starb als Pensionär.
- Clementis, Vladimír* (1902-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. KP-Mitgl. seit 1924, ab 1935 KP-Abgeordneter. 1939 Exil in London. Nach 1945 stellv. Aussenmin., 1948 Aussenmin., 1949 ZK-Mitgl. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.
- Dahlem, Franz* (1892-?): Dt. Säuberungsopfer. Seit 1918 KPD-Mitgl., 1927 ins ZK, 1928 ins PB gewählt. Im Spanischen Bürgerkrieg Politkommissar in der Internationalen Brigade. 1939-42 in Frankreich interniert, dann von der Gestapo ins KZ Mauthausen gesperrt. 1946 im Parteivorstand der KPD, ab 1950 im ZK und PB der SED. 1953 aller Funktionen enthoben. 1956 rehabilitiert, 1957 wieder im ZK, ohne seine führende Position zurückzugewinnen.
- Décsi, Gyula* (?-?): Ung. Politiker. Studium im Priesterseminar, ab 1943 KP-Mitgl. Nach 1945 stellv. Leiter der AVH, 1952 Justizmin. 1953 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen verhaftet und verurteilt. 1959 amnestiert.
- Dimitrow, Georgi* (1882-1949): Bulg. Politiker. Seit 1903 in der revolutionären Arbeiterbewegung, 1918 Gründungsmitgl. der KP. Ab 1923 im Moskauer Exil, ZK-Mitgl. der bulg. KP. Als Mitgl. des Exekutivkomitees der Komintern Aufträge in Holland, Österreich, Frankreich und Deutschland.

1933 spielte er eine glanzvolle Rolle im Reichstagsbrandprozess und wurde freigesprochen. 1935-43 Generalsekr. der Komintern. Ab 1945 Generalsekr. der bulg. KP. Starb in Moskau.

Djilas, Milovan (1911-): Jugosl. Politiker. Seit 1929 KP-Mitgl. 1937 im ZK und PB, 1940 Partisanenführer und Mitgl. des Obersten Kriegsstabes. Nach 1945 Chefideologe, Min. für Kultur. 1954 wegen kritischer Artikel Ausschluss aus der Partei, wurde mehrmals verhaftet und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Lebt in Belgrad, seine Bücher können nur im Westen veröffentlicht werden.

Donáth, Ferenc (1913-1986): Ung. Säuberungsoffer. Seit 1934 KP-Mitgl., 1936 einer der Organisatoren der antifasch. Märzfront, 1943 Führungsmitgl. der kryptokomm. Friedenspartei. Nach 1945 in wichtigen Staats- und Parteiämtern, Chef des Rákosi-Sekretariats. 1951 verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert. Während der Revolution von 1956 enger Mitarbeiter von Imre Nagy. Verurteilung im Nagy-Prozess, 1960 amnestiert. Nachher Arbeit in wissenschaftlichen Instituten, spielte bis zu seinem Tode eine wichtige Rolle in der demokratischen Opposition.

Doubek, Bohumil (?-?): Tschechosl. Sicherheitsoffizier. Chef der Untersuchungsabt. 1955 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen verhaftet und zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt. 1958 amnestiert und zum Leiter des staatl. Reisebüros ernannt.

Dubček, Alexander (1921-): Tschechosl. Politiker. Seit 1938 KP-Mitgl. Während des Krieges Teilnahme am slowak. Volksaufstand. Nach 1945 Partei- und Staatsfunktionär in der Slowakei, 1955-58 Parteischule in Moskau, ab 1958 im ZK. 1962 zum Generalsekretär der slowak., 1968 der tschechosl. KP ernannt. Nach der Sowjetintervention von 1968 seines Postens enthoben und zum Gesandten in der Türkei ernannt. 1970 erst Ausschluss aus dem ZK, dann aus der Partei. Arbeitete als Angestellter in einem Forstbetrieb der Slowakei, lebt als Pensionär in Bratislava.

Dulles, Allen W. (1893-1968): Amer. Politiker. Nach einer kurzen dipl. Vorkriegskarriere in der Schweiz Eintritt in das Rechtsanwaltsbüro seines Bruders Foster, des späteren Aussenmin. 1942-45 Leiter des Geheimdienstes OSS in Bern, 1953-61 Direktor der CIA. Abdankung wegen der missglückten Schweinebuchtinvasion in Kuba.

Duracz, Anna (1923-1976): Poln. Säuberungsof. Während des Krieges in der komm. Untergrundbewegung. 1943 von der Gestapo verhaftet und ins KZ gesperrt. Nach 1945 Sekretärin von Jakob Berman. 1949 verhaftet, 1954 entlassen und rehabilitiert. 1968, zur Zeit der antisemitischen Kampagne, Emigration nach Schweden, schliesslich nach Israel.

Farkas, Mihály (1903/965): Ung. Politiker. Seit 1921 KP-Mitgl., erst in der tschechosl., dann in der ung. Partei. 1925 verhaftet und verurteilt, 1929 Emigration in die UdSSR, arbeitete in der Leitung der komm. Jugendinternationale und war Führungsmitgl. der ung. Exilpartei. Nach 1945 neben Rákosi und Gerö der mächtigste Politiker Ungarns, Mitgl. des ZK und des PB. 1948-53 Verteidigungsmin. 1954 Ausschluss aus der PB, 1955 auch aus dem ZK, schliesslich 1956 aus der Partei. 1956 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen verhaftet und verurteilt. 1959 amnestiert. Arbeitete bis zu seinem Tode als Verlagslektor.

Fejgin, Anatol (?-?): Poln. Sicherheitsoffizier. Leiter der X. Abteilung der Bezpieka. 1955 wegen seiner Rolle im stalinist. Terror aus der Partei ausgeschlossen, verhaftet und 1957 in einem Geheimprozess zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Field, Hermann (1910-): Amer. Säuberungsopfer in Polen. Siehe Biographie auf S. 60. Nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis Rückkehr in die USA. Lebt in der Nähe von Boston und arbeitet als Architekt.

Field, Noel H. (1904-1972): Amer. Säuberungsopfer in Ungarn. Siehe Biographie auf S. 58-65. Zusammen mit seiner Frau Herta 1954 aus dem Gefängnis entlassen und rehabilitiert. Entschied sich, in Ungarn zu bleiben, und arbeitete als Lektor und Übersetzer.

Fischl, Otto (1902-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1928 KP-Mitgl. Nach 1945 im Sekretariat des ZK, 1946-48 stellv. Finanzmin., 1949-51 Gesandter in der DDR. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.

Frank, Josef (1909-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1930 KP-Mitgl. 1939 von der Gestapo verhaftet und ins KZ Buchenwald gesperrt. Nach 1945 ZK- und PB-Mitgl., 1948 stellv. Generalsekretär. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.

Frejka, Ludvik (1904-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. 1922-38 in verschiedenen hohen Parteiämtern. 1939 Emigration nach England. Nach 1945 im ZK, Mitgl. der Planungskommission. 1952 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.

Gecow, Leon (1911-1952): Poln. Säuberungsopfer. Seit seiner Jugend KP-Mitgl. 1939 Emigration in die UdSSR, Offizier der Roten Armee. Nach 1945 hohe Posten im Verteidigungsmin. 1949 verhaftet. Starb im Untersuchungsgefängnis, angeblich durch Selbstmord.

Geminder, Bedrich (1901-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1921 KP-Mitgl., Arbeit im Komintern-Apparat in Moskau. Nach 1945 Leiter der

intern. Sektion des Parteisekretariats. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.

Gerö, Ernő (1891-1980): Ung. Politiker. Seit 1918 KP-Mitgl. 1919 Flucht nach Wien. 1922 Rückkehr nach Ungarn, dort verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, doch zwei Jahre später in die UdSSR abgeschoben. Ab 1924 als Komintern-Berater in Frankreich und Belgien, dann als NKWD-Beauftragter im Spanischen Bürgerkrieg. Während des 2. Weltkrieges Führungsmitgl. der ung. Exilpartei in Moskau. Nach 1945 in der obersten Parteispitze, im PB für Wirtschafts- und Sicherheitsfragen verantwortlich. Oktober 1956 Flucht in die UdSSR. Nach seiner Rückkehr 1962 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen aus der Partei ausgestossen, arbeitete als Übersetzer.

Gheorghiu-Dej, Gheorghe (1901-1965): Rum. Politiker. Siehe Biographie auf S. 152f. Nach 1953 gelang es ihm, sich der Entstalinisierung zu entziehen, und verblieb Generalsekretär der Partei, Min. Präsident und Staatsoberhaupt. Erst 1968, nach seinem Tode, wurde er von Ceauşescu wegen «Übergriffe und Ungesetzlichkeiten» kritisiert.

Gomulka, Wladislaw (1905-1982): Poln. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 213f. Nach 1956 steuerte er einen konservativen Kurs und war verantwortlich für die antisemitischen, anti-intellektuellen Kampagnen. Die Arbeiteraufstände 1970 erzwangen seinen Rücktritt als Gen. Sek., 1971 schied er aus dem ZK aus.

Gottwald, Klement (1896-1953): Tschechosl. Politiker. Gründungsmitgl. der KP, seit 1925 im ZK und PB, ab 1929 Gen. Sek., 1928-43 in der Kominternleitung. 1939 Emigration in die UdSSR. Nach 1945 Min. Präs., ab 1948 Staatsoberhaupt.

Horthy, Miklós (1868-1957): Ung. Politiker. Während der Räterep. an der Spitze der gegenrev. Nationalarmee, 1920 Reichsverweser. Exponent einer engen Freundschaft mit Italien und Deutschland. Nach dem Pfeilkreuzlerputsch 1944 von der Gestapo verhaftet und in Oberbayern interniert. 1948 Exil in Portugal.

Hoxha, Enver (1901-1985): Alb. Politiker. Studium in Frankreich, Beitritt zur KP. 1936 Rückkehr, als Lehrer tätig. 1941 Gründungsmitgl. der KPA, 1943 Gen. Sek., 1948 Bruch mit Jugoslawien, 1961 mit der UdSSR, 1974 mit China. Hielt bis zu seinem Tode am stalinistischen System fest.

Husák, Gustav (1913-): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1933 KP-Mitgl. Während der dt. Besetzung in der illegalen Parteiführung, einer der Organisatoren des slowak. Aufstandes. Nach 1945 ZK-Mitgl. und Parlaments-

abg. 1951 verhaftet und zu lebenslängl. Zuchthaus verurteilt. 1960 freigelassen, 1963 rehabilitiert, Arbeit in einem Forschungsinstitut. 1968 stellv. Min. Präs. Wiederaufnahme in das ZK. Lief 1968 auf die Seite der Sowjetbesatzer über, 1969-87 Erster Sekretär der Partei.

Jugow, Anton (1904-?): Bulg. Politiker. Siehe Biogr. auf S. 42 und 55. 1950 Absetzung als Innenmin., Abschiebung ins Ministerium für Schwerindustrie. 1956 politisch rehabilitiert, bis 1962 Min. Präs. 1962 wegen «Verletzung der soz. Legalität» Absetzung aus dem ZK und Entfernung aus allen Staatsämtern, 1965 Ausschluss aus der Partei.

Justus, Pál (1905-1965): Ung. Säuberungsopfer. Siehe Biographie auf S. 72. Nach Rehabilitierung 1956 arbeitete er als Lektor in einem Literaturverlag.

Kádár, János (1912-): Ung. Politiker. Seit 1931 in der KP, 1942 im ZK. 1943 Mitbegründer der kryptokomm. Friedenspartei. Nach 1945 im PB, 1948-50 Innenmin. 1951 verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert, Bezirksparteisekr. in Budapest. 1956 wieder im ZK und PB. Im Oktober 1956 schloss er sich der Revolution an, doch schwenkte dann auf die Seite der Sowjetintervention um. Nach Niederschlagung des Aufstandes leitete er als Partei- und Staatschef eine brutale Repression. Seit 1961 steuert er einen zunehmend liberalen wirtschaftl. und polit. Reformkurs.

Kállai, Gyula (1910-): Ung. Säuberungsopfer. Seit 1931 KP-Mitgl., Journalist, 1936 Mitbegründer der linksbäuerl. Märzfront, 1944 der antifasch. Unabhängigkeitsfront. 1945 in das ZK gewählt, 1949-51 Aussenmin. 1951 verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert, arbeitete in leitenden kulturpol. Positionen. Nach Niederschlagung der Revolution in das PB gewählt und bekleidet hohe Staatsfunktionen.

Kardelj, Edvard (1910-1979): Jugosl. Politiker. Seit 1928 KP-Mitgl., in der Parteschule in Moskau ausgebildet. 1941 Organisator des Partisanenkrieges in Slowenien, Mitgl. des Obersten Kriegsrats. Nach 1945 im ZK und PB, enger Mitarbeiter Titos, Vizepräs. der Regierung. War führender Theoretiker des Titoismus.

Kéthly, Anna (1889-1976): Ung. Säuberungsopfer. In der Vorkriegszeit Führungsmitgl. der SPD. Nach 1945 Vizepräs. des Parlaments, Gegnerin der Vereinigung der SPD mit der KP. 1950 verhaftet, wegen ihrem internationalen Ruf ohne Urteil in Haft gehalten. 1954 amnestiert, doch nicht politisch rehabilitiert. 1956 Staatsmin. in der Regierung von Imre Nagy. Im November 1956 Emigration, starb in London.

Komar, Waclaw (1909-1972): Poln. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 232f. Nach Rehabilitierung 1956 Kommandant des Armeekorps für innere Sicherheit. 1959 auf sowjetischen Druck seines Postens enthoben, von der Armee entfernt und ins Innenmin. abgeschoben.

Kopřiva, Ladislav (1897-?): Tschechosl. Politiker. Seit 1921 KP-Mitgl. Während des Krieges im KZ Dachau. Nach 1945 Kaderchef im ZK, 1950-52 Min. für Staatssicherheit, 1952-54 stellv. Innenmin., nachher in hohen Staatsämtern. 1963 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen aus der Partei ausgeschlossen.

Korondy, Béla (1914-1949): Ung. Säuberungsopfer. Offizierslaufbahn, während des Krieges Teilnahme an der bewaffneten Widerstandsbewegung. Nach 1945 Beitritt zur KP, hohe Posten im Verteidigungsmin., später im Innenmin. 1949 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1956 posthum rehabilitiert.

Kostow, Traitscho (1897-1949): Bulg. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 44f. 1956 posthum rehabilitiert.

Kún, Béla (1886-1937): Ung. Politiker. 1918 aus russ. Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, Mitbegründer der KP und Führer der Räterepublik. Nach 1919 Emigration in die UdSSR, Mitgl. des Präsidiums der Komintern und Vertreter Ungarns in deren Exekutivkomitee. 1937 im Grossen Terror Stalins verhaftet und hingerichtet. 1958 posthum rehabilitiert.

Lechowicz, W. Włodzimierz (1911-?): Poln. Säuberungsopfer. Vor dem Krieg prominentes Mitgl. der Demokratischen Partei. Nach 1945 Mitläufer der Kommunisten, Abgeordneter der DP und Handelsmin. 1948 verhaftet, 1955 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, ein Jahr später freigelassen und rehabilitiert. Arbeitete weiter in der Leitung der DP und als Journalist.

Loebl, Evzen (1907-1987): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1934 KP-Mitgl. 1939-45 in London Wirtschaftsberater der Exilregierung. Nach 1945 stellv. Handelsmin. 1949 verhaftet, 1952 zu lebenslängl. Zuchthaus verurteilt. 1960 freigelassen, 1963 rehabilitiert, Leiter der Staatsbank in Bratislava. 1968 Emigration in die USA, Professor am Vassar College.

London, Artur (1915-1985): Tschechosl. Säuberungsopfer. 1949 im Slánský-Prozess verhaftet und verurteilt. Nach seiner Freilassung und Rehabilitierung 1956 übersiedelte er 1968 nach Paris, wo er starb.

Losonczy, Géza (1917-1957): Ung. Säuberungsopfer. 1936 Führer der antifasch. Märzfront, 1939 Beitritt zur KP. Nach 1945 Staatssekr. im Min.

- Präsidium und im Volksbildungsmin. 1951 verhaftet und verurteilt. Nach Rehabilitierung 1954 Chefredakteur der Zeitung *Magyar Nemzet*. Während der Revolution von 1956 Staatssekr. in der Regierung Imre Nagy. Gemeinsam mit Nagy von den Sowjetbehörden verhaftet, in der Untersuchungshaft in Rumänien in den Hungerstreik getreten und an den Folgen der künstlichen Ernährung gestorben.
- Luca, Vasile* (1898-1959): Rum. Säuberungsoffer. Siehe Biogr. auf S. 116. Starb im Gefängnis. 1968 juristisch, jedoch nicht politisch rehabilitiert.
- Margolins, Rudolf* (1913-1952): Tschechosl. Säuberungsoffer. Während des Krieges wegen komm. Tätigkeit ins KZ Mauthausen gesperrt. Nach 1945 stellv. Min. für Aussenhandel. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1963 posthum rehabilitiert.
- Marosán, György* (1908-): Ung. Säuberungsoffer. 1943-47 Führer des linken Flügels der Sozialdemokraten. 1948 stellv. Generalsek. der vereinigten KP-SP. 1950 verhaftet, verurteilt, 1956 rehabilitiert, wieder im ZK und PB, stellv. Min. Präs. Nach Niederschlagung der Revolution von 1956 Parteisekretär in Budapest. 1962 Ausschluss aus dem ZK und PB wegen «spalterischer Tätigkeit und Linksabweichung», 1965 Parteiaustritt. 1972 Wiederaufnahme in die Partei.
- Merker, Paul* (1894-1969): DDR-Politiker. Seit 1920 Mitgl. der KPD. 1926-46 Mitgl. des ZK der KPD. 1930 wegen «sektiererischer Abweichung» in Ungnade gefallen. Nach 1933 Mitgl. der Landesleitung der illegalen KPD. Emigration nach Frankreich und Mexiko. 1946 Rückkehr nach Deutschland. 1946-50 Mitgl. des PB und ZK der SED. 1950 Ausschluss aus der SED wegen «Verbindung zu einem amerikanischen Agenten». 1952-56 Inhaftierung. Politisch nicht rehabilitiert.
- Mielke, Erich* (1907-?): DDR-Politiker. Seit 1925 KPD-Mitgl., 1933 Emigration nach Belgien, 1936 Politikommissar im Spanischen Bürgerkrieg. Nach Internierung in Frankreich Emigration in die UdSSR. 1945 Rückkehr nach Berlin, organisierte die politische Polizei der DDR, 1950 Staatssekr. im Min. für Staatssicherheit, 1957 Min. für Staatssicherheit, 1971 Kandidat des PB.
- Mikojan, Anastas* (1895-1978): Sowj. Politiker. Seit 1915 Mitgl. der Bolschewiki-Fraktion. Ab 1925 im ZK, 1935 im PB. 1926-55 verseh. Ministerposten. Nach Stalins Tod schloss er sich Chruschtschow an, wurde 1955 stellv. Min. Präs., 1964 Staatsoberhaupt. 1965 pensioniert.
- Molotow, W.M.* (1890-1986): Sowj. Politiker. Seit 1906 Mitgl. Der Bolschewiki-Fraktion, Anteil an der Oktoberrevolution. Ab 1921 im ZK, 1925 im PB. Engster Mitarbeiter Stalins. 1930 Min. Präs., 1937 Aussenmin. Nach

- Stalins Tod in Opposition zu Chruschtschow, 1957 aller Partei- und Staatsämter enthoben und als Botschafter in die Mongolei abgeschoben. 1964 Parteiausschluss. Lebte als Pensionär in der Nähe von Moskau. 1984 Wiederaufnahme in die Partei.
- Müller, Kurt* (1903-1960) Dt. Politiker. Seit 1920 Mitgl. der KPD. Mitgl. des ZK, 1929 Präs. des ZK, 1931 Mitarbeit im KIM in Moskau. 1934-45 Inhaftierung im KZ Sachsenhausen. 1945 stellv. Präs. der KPD Hannover. 1949 Mitgl. des Bundestages. 1950 Reise in die DDR. Festnahme in der DDR als «trotzkistischer Agent». 1955 Haftentlassung, danach Rückkehr in die BRD.
- Nagy, Imre* (1896-1958): Ung. Politiker. 1921 aus russ. Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, war in der Landarbeiterbewegung tätig. 1926 Emigration in die UdSSR, Forschungsarbeit im Agrarwissenschaftlichen Institut und Mitgl. der ung. Parteiführung. Nach 1925 Min. für Landverteilung und Innenmin. 1949-51 wegen «Rechtsabweichung» aus dem ZK und PB ausgeschlossen. 1952 stellv. Min. Präs., 1953 Min. Präs. 1955 aus allen Staatsämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen. 1956 Wiederaufnahme in die Partei, bei Ausbruch der Revolution Min. Präs. Nach dem Sowjeteinmarsch von den Sowjetbehörden verhaftet und nach Rumänien deportiert. 1958 in einem Geheimprozess in Budapest zum Tode verurteilt und hingerichtet.
- Novotny, Antonín* (1904-1975): Tschechosl. Politiker. Seit 1921 in der KP. Während des Krieges von der Gestapo ins KZ Mauthausen gesperrt. Nach 1945 im ZK und PB, 1953 Gen. Sek. der Partei als Nachfolger Gottwalds. 1957 Präs. der Republik. 1968 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen aus sämtlichen Posten entfernt und aus der Partei ausgeschlossen.
- Pálffy, György* (1909-1949): Ung. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 73. 1956 posthum rehabilitiert und zusammen mit den während der Säuberungen erschossenen Generälen feierlich begraben.
- Pătrăscanu, Lucretiu* (1900-1954): Rum. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 151. Wurde 1968 posthum rehabilitiert.
- Pauker, Ana* (1893-1960): Rum. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 166f. Wurde politisch nicht rehabilitiert.
- Pavlik, Gejza* (1884-1964): Tschechosl. Säuberungsopfer. Teilnahme an der prol. Revolution von 1919 in Ungarn. Parteiarbeit in der Slowakei. 1939 Emigration in Belgien, Frankreich und in der Schweiz. Nach 1945 Direktor des Staatlichen Reiseamtes. 1949 verhaftet und verurteilt, 1956 freigelassen und rehabilitiert.

Péter, Gábor (1911-?): Ung. Politiker. Seit 1931 KP-Mitgl. Warin der Illegalität für Sicherheitsfragen in der Partei verantwortlich und gehörte der Führung der kryptokomm. Friedenspartei an. Nach 1945 im ZK, Chef der Staatssicherheitsbehörde AVH. 1953 verhaftet, 1957 wegen seiner Rolle in den Schauprozessen zu lebensl. Zuchthaus verurteilt. 1959 amnestiert, arbeitete als Bibliothekar.

Pieck, Wilhelm (1876-1960): Dt. Politiker. 1895 SPD-Mitgl., 1918 Gründungsmitgl. der KPD und im ZK. Ab 1928 im Exekutivkomitee der Komintern tätig. 1933 Emigration in die UdSSR, 1935 in der Führungsspitze der Exilpartei, 1936 Leiter des Balkansekretariats der Komintern. Nach 1945 Vorsitzender der KPD in der SBZ, 1946-54 Vorsitzender der SED, 1949 Staatspräsident der DDR.

Pijade, Mosa (1890-1957): Jugosl. Politiker. 1921 wegen komm. Tätigkeit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Entlassung 1941 Führer des Partisanenkrieges in Montenegro. Nach 1945 im ZK und PB, gehörte dem engen Kreis um Tito an.

Radkiewicz, Stanislaw (1903-?): Poln. Politiker. Während des Krieges im Sowjet-Exil, nach 1945 Mitgl. des ZK und PB, 1945-54 Min. für Staatssicherheit. 1955 Ausschluss aus dem PB und Versetzung ins Landwirtschaftsmin., 1957 wegen seiner Rolle im stalinist. Terror aus dem ZK und der Partei ausgeschlossen. 1960 Wiederaufnahme in die Partei, Generaldirektor des Amtes für Staatsreserven. 1968 Pensionierung.

Rajk, László (1909-1949): Ung. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 70f. Wurde 1955 posthum rehabilitiert und 1956 feierlich begraben.

Rákosi, Matyas (1892-1971): Ung. Politiker. 1918 aus russ. Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, war Mitbegründer der KP, in der Räterepublik Volkskommissar für Handel. 1919 Emigration in die UdSSR. 1924 wieder in Ungarn, wurde verhaftet, 1926 zu 8 Jahren Gefängnis, 1935 in einem zweiten Prozess zu lebensl. Zuchthaus verurteilt. 1940 in die UdSSR entlassen, im Austausch gegen Fahnen des ung. Freiheitskampfes von 1848/49. Führer der ung. Exilpartei. Ab 1945 an der Spitze der Partei und des Staates. 1953 auf Druck Chruschtschows Abdankung als Min. Präs., Juli 1956 auch als Gen. Sek. Bei Ausbruch der Revolution Flucht in die UdSSR. Rückkehr nach Ungarn verweigert, 1962 Ausschluss aus der Partei. Starb in Gorki. Sein Leichnam wurde 1971 nach Ungarn überführt.

Rankovic, Alexandar (1909-1982): Jugosl. Politiker. Seit 1928 in der KP, 1940 im ZK und PB. 1941 von der Gestapo verhaftet, doch von den Partisanen befreit. Gehörte dem Obersten Armeestab des Befreiungskrieges an. Nach 1945 Innenmin., Chef des Sicherheitsdienstes und Vizepräs. der Re-

- publik. 1964 wegen Machtmissbrauchs seiner Ämter enthoben und 1966 aus der Partei ausgeschlossen.
- Reicin, Bedrich* (1911-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1929 in der KP, 1936 im ZK. 1938 Emigration in die UdSSR, Offizier der tschechosl. Brigade. Nach 1945 Leiter der Militärabwehr und stellv. Verteidigungsmin. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Posthum rehabilitiert 1966.
- Révai, József* (1898-1959): Ung. Politiker. 1918 Gründungsmitgl. der KP. Nach dem Sturz der Räterepublik Emigration in die CSR, Mitgl. des Exil-ZK. 1930 Rückkehr nach Ungarn und Verhaftung. Nach einer dreijährigen Zuchthausstrafe Emigration in die UdSSR, Mitgl. des Exekutivkomitees der Komintern. Ab 1945 im ZK und PB, Chefredakteur der zentralen Parteizeitung, in der Parteispitze für Kultur verantwortlich. 1953 aus dem PB verdrängt. Nach dem Sturz der Revolution zog er sich aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands von der aktiven Politik zurück.
- Rozanski, Jacek* (?-?): Poln. Politiker. In der KP seit 1935, von der NKWD angeworben. 1939 Emigration in die UdSSR. Nach 1945 Leiter der Untersuchungsabt. der Sicherheitsbehörde. Wegen seiner Rolle im stalinist. Terror wurde er 1955 zu 5, in einem zweiten Prozess 1957 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, doch 1960 amnestiert.
- Serow, LA.* (1905-?): Sowjet. Politiker. Als NKWD-General massgeblich beteiligt an den stalinist. Säuberungen in der Ukraine. Nach 1945 Chef der MWD in Polen und in Ostdeutschland. Nach Stalins Tod in die UdSSR zurückberufen als Chef der KGB, 1956 nach dem Sturz der ung. Revolution Leiter des Terrors in Ungarn. Ab 1959 Chef der sowj. Militärabwehr.
- Shehu, Mehmet* (1913-1982): Alb. Säuberungsopfer. Offiziersausbildung in Neapel, Verhaftung wegen revol. Tätigkeit. 1936 im Spanischen Bürgerkrieg, Internierung in Frankreich, 1942 Rückkehr nach Albanien, Gründungsmitgl. der KP und Führer des Partisanenkrieges. Nach 1945 Absolvierung der Militärakademie in Moskau, Chef des Generalstabs. 1948 Innenmin., 1954 Min. Präs. 1982 von Hoxha der Spionage und der Verschwörung angeklagt, Selbstmord.
- Simone, André* (1895-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. 1922 Mitgl. der dt., 1956 der tschechosl. KP. In Deutschland Chefredakteur im Verlag Internationale Arbeiterhilfe. 1939 Emigration in England, 1942 in Mexiko. Nach 1945 aussenpol. Redakteur der zentralen Parteizeitung *Rude Pravo*. 1952 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Posthum rehabilitiert 1963.

- Slánský, Rudolf* (1901-1953): Tschechosl. Säuberungsopfer, hingerichtet 1953. Siehe Biogr. auf S. 127f. Die posthume juristische Rehabilitierung erfolgte 1963, die politische 1968.
- Sling Otto* (1912-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1930 KP-Mitgl., Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg. 1938 Emigration in London. Nach 1945 im ZK, Erster Sekretär des Regionalkomitees in Brno. 1950 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1968 posthum rehabilitiert.
- Spychalski, Marian* (1906-1980): Poln. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 214. Nach Rehabilitierung 1956 im ZK und PB. 1956-68 Verteidigungsmin., ab 1963 im Range eines Marschalls, 1968-70 Staatsoberhaupt. 1970 nach dem Arbeiteraufstand in Gdansk von seinen Partei- und Staatsämtern zurückgetreten.
- Šváb, Karel* (1904-1952): Tschechosl. Säuberungsopfer. Seit 1930 KP-Mitgl. 1938 von der Gestapo ins KZ Sachsenhausen gesperrt. Nach 1945 Sicherheitschef und stellv. Innenmin. 1951 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1968 posthum rehabilitiert.
- Swiatlo, Jozef* (1905-?): Poln. Politiker. KP-Mitgl. seit den 30er Jahren. Ab 1945 im Sicherheitsapparat, 1949 stellv. Leiter der X. Abt. im Range eines Obersten. Im Dezember 1953 ging er in den Westen über und enthüllte im Sender Freies Europa Einzelheiten über die Tätigkeit der Sicherheitsorgane. Liess sich in den USA nieder.
- Szakasits, Arpad* (1888-1965): Ung. Säuberungsopfer. Seit 1903 in der Sozialdem. Partei, während der Räterep. im Kommissariat für Inneres, Verhaftungen 1920 und 1922. Ab 1925 Führungsmitgl., 1938 Gen. Sek. der SDP, 1944 Mitbegründer der antifasch. Unabhängigkeitsfront. Nach 1945 stellv. Min. Präs., 1948 Vorsitzender der vereinigten Arbeiterpartei, 1949 Staatsoberhaupt. 1950 verhaftet und verurteilt, 1956 rehabilitiert. Nach der Revolution von 1956 Vors. des Journalistenverbandes und Präs. des Weltverbandes der Ungarn.
- Szalai, András* (1917-1949): Ung. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 103f. Posthum rehabilitiert 1955.
- Szönyi, Tibor* (1903-1949): Ung. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 73. 1955 posthum rehabilitiert.
- Tatarescu, Gheorghe* (1886-1955): Rum. Politiker. Parteichef der Liberalen, war in der Vorkriegszeit zweimal Min. Präs. 1945-47 Aussenmin. 1949 verhaftet und verurteilt. Kurz vor seinem Tode amnestiert.

Tscherwenkow, Vulko (1900-?): Bulg. Politiker. Nach 1956 stufenweise aus seinen Ämtern verdrängt, 1961 aus dem ZK und PB entfernt, 1962 aus der Partei ausgeschlossen.

Tuchatschewsky, M.N. (1893-1937): Sowjet. Marschall. Offizier der zarist. Armee, 1917 Anschluss an die Bolschewiki, Oberbefehlshaber im Polenfeldzug. 1925 Stabschef der Roten Armee, 1931 stellv. Kriegskommissar. 1937 im Grossen Terror Stalins zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Ulbricht, Walter (1893-1973): Dt. Politiker. 1919 Mitbegründer der KPD, ab 1923 im ZK. 1924 im Exekutivkomitee der Komintern, 1936 Politikommis-sar im Spanischen Bürgerkrieg. 1933-1945 in der UdSSR, Leiter der dt. Exilpartei, Vertreter der KPD in der Komintern. Nach 1945 in Berlin, Neuaufbau der KP, nach Gründung der DDR an der Spitze der SED, 1949-60 auch stellv. Min. Präs., ab 1960 Vors. des Staatsrates. Musste 1971 auf Druck Breschnews die Parteiführung Erich Honnecker übergeben.

Vas, Zoltán (1903-1980): Ung. Politiker. Seit 1919 in der KP, verhaftet 1921 und 1925. Nach 16 Jahren Zuchthaus 1941 gemeinsam mit Rákosi von der sowj. Regierung ausgetauscht, Führungsmitgl. der Exilpartei. Ab 1945 im ZK und PB, in Spitzenpositionen der Wirtschaft, zuletzt Präs. des Planungsamtes. 1953 aus dem PB ausgeschlossen, entkam knapp der Verhaftung im vorbereiteten Antisemit. Prozess. Schloss sich 1956 Imre Nagy an, wurde mit ihm nach Rumänien deportiert, doch nicht angeklagt. Nach seiner Rückkehr 1958 Ausschluss aus der Partei. Seine Memoiren konnten nur stark zensiert in Ungarn erscheinen.

Xoxe, Koci (1911-1949): Alb. Säuberungsopfer. Siehe Biogr. auf S. 25f. Wurde bis heute nicht rehabilitiert.

Zambrowski, Roman (1909-1977): Poln. Politiker. 1941 Emigration in die UdSSR. 1945 im ZK, 1948-54 Mitgl. des Staatsrates und Min. für Staatskontrolle. 1963 wegen «Revisionismus» aus der Parteiführung entfernt, 1968 während der Antisemit. Kampagne aus der Partei ausgeschlossen.

Zapotocky, Antonin (1894-1957): Tschechosl. Politiker. Seit 1920 in der KP, 1922 im ZK und PB, 1922-25 Gen. Sek. und Vertreter der KP in der Komintern. 1939 von der Gestapo ins KZ Oranienburg gesperrt. Nach 1945 Vors. des Gewerkschaftsrates, 1948-53 Min. Präs., dann bis zu seinem Tode Staatspräsident.

Zilliacus, Konni (1894-1967): Britischer Politiker. Mitgl. des Völkerbundsekretariats. Seit 1945 Abg. der Labor Party, gehörte deren linken Flügel an und hielt Kontakte zu osteurop. Kommunistenführern.

Zöld, Sandór (1913-1951): Ung. Säuberungsopfer. Seit 1932 in der KP, 1936 einer der Führer der antifasch. Märzfront. Nach 1945 im ZK und PB. 1950 Innenmin. Verübte Selbstmord, um der Verhaftung zu entkommen.

- Abakumow, W.S. 21, 57, 141, 263, 279
Abusch, A. 193
Acs, T. 148
Aczél, G. 145, 148, 259, 279
Ádám, G. 250f., 259
Alapi, G. 89, 146, 279
Andonow, B. 53
Angyai, L. 87
Antonescu, I. 153, 157, 270, 279
Aprô, A. 257
Atanasow, W. 53
Avriel-Überall, E. 139
Bacilek, K. 125, 134f., 141ff., 251, 266, 268, 279
Baily 50
Bajalzaliew, J.J. 49, 53
Balabán, P. 148, 207
Bálint 113
Balluku, B. 262
Bánkuti, A. 200f.
Barker, E. 36
Barnet 19
Bartoszek, H. 225
Bauer, G. 184, 188
Bauer, L. 177f., 182, 184-191, 197, 271, 279
Beleznay 111
Beling, W. 184
Belishova, L. 262
Bell, J.D. 36, 46, 56, 263
Bellák 169
Benedek 113
Beneš, E. 68, 136f., 280
Bergmann, H. 182
Berija, L.P. 20f., 32, 39, 41-44, 46, 48, 53, 55, 57, 64, 66, 68ff., 74, 79, 89, 114f., 130, 133, 135, 140f., 143, 149f., 152, 155-160, 162, 164, 176, 181, 188, 191f., 194-198, 209, 212, 214, 216-219, 222f., 225f., 235, 238, 248ff., 253, 263, 265, 269, 272f.
Berman, A. 234
Berman, J. 131, 215, 217, 220f., 224, 226, 231, 234f., 237, 239, 272f., 280
Bertz, P. 177, 182, 184, 186, 196
Bestchasnow, A. 131, 135, 140
Bethell, N. 19, 213, 215, 217f., 224, 226, 228f., 236ff.
Bielski, St. 232
Bieńkowski 218
Bierut, B. 15, 57, 69, 130, 214-224, 226, 229, 231, 233-241, 272f., 280
Bjelkin, F. 74f., 79, 82, 86, 88, 108, 114, 130f., 141, 219, 265ff., 280
Bodnaras, E. 151ff., 158
Bodnarenko, P. 153, 158
Bodrow, M. 263
Bogdanow, St. 54
Bojarskij, V. 131, 134
Bokor, L. 266
Borila, P. 158

- Boris (bulgar. König) 44
 Born, P. 220
 Bozhiłow, J. 54
 Brandt, H. 193
 Brandt, P. 182f., 190, 271
 Brankov, L. 70, 73f., 82f., 101, 103,
 105, 107f., 130, 280
 Brauner, H. 157, 161
 Breschnjew, L. 252
 Bronska-Pampuch, W. 272
 Broué, P. 265
 Brezezinski, Z. 54, 209, 236, 263,
 270f.
 Bucharin, N. 11f., 49, 247, 253
 Buglici, S. 167
 Bulander 132
 Burns, M. 116f., 122

 Cako, H. 262
 Calmanovici, E. 157, 161
 Ceauşescu, N. 271, 281
 Čepička, A. 125, 135, 140, 251, 281
 Cernicica, D. 166
 Cerny, O. 142
 Chambers, W. 62
 Checinski, M. 229, 232f., 237, 272
 Chisinevski, J. 167
 Christow, B.A. 49
 Chruschtschow, N.S. 14, 16, 114,
 140f., 159f., 197, 206, 240f.,
 247f., 250-253, 262, 269f., 281
 Clementis, V. 130, 132ff., 136f.,
 140, 162, 281
 Clergier, J. 116f., 122
 Cohen, S.F. 247, 273
 Como, M. 262
 Conquest, R. 68
 Constante, L. 157, 161
 Cséby, L. 173, 257
 Cyrkus, H. 221

 Dahlem, F. 57, 177, 188, 191,
 193ff., 198, 281
 Dawidow, S. 227
 Décsi, G. 74f., 114, 259, 267, 281

 Dedijer, V. 28f., 43, 262
 Demeter, G. 91, 145, 148, 207
 Demeter, R. 148, 207
 Devedjier, H. 37, 41, 43, 46f., 54,
 56, 263
 Dewar, H. 47
 Dexter, R. 178
 Dimitrow, G. 36-44, 46, 49-52, 69,
 154, 209, 263, 271, 281
 Djilas, M. 29, 31, 38-41, 43, 50,
 102, 105f., 262f., 272, 282
 Dobó, J. 148, 207
 Dobó-Drittenbass, A. 147f.
 Dobrogeanu-Gheran, A. 150
 Dobrzynski, W. 230
 Domokos, J. 255
 Donáth, F. 111, 144, 250, 282
 Doubek, B. 126, 133, 268, 282
 Draghici 271
 Drgac 141
 Drittenbass, T. 207
 Drnec 141
 Dubček, A. 252, 282
 Dubiel, C. 229, 272
 Dubro, H. 184
 Dufek, K. 132, 141
 Dukmedschijew, L. 53
 Dulles, A.W. 63f., 66, 80f., 102,
 104ff., 114, 138, 146, 178, 183,
 190f., 265f., 282
 Dulles, J.F. 64, 102
 Dume, P. 262
 Duracz, A. 221f., 234, 240, 272, 282
 Dziewanowski, M.K. 211, 213, 216,
 240, 273

 Ehrenburg, J. 262
 Ende, L. 177, 184f., 188, 195f.
 Engels, F. 93, 256

 Faludi, E. 114, 121ff., 145ff., 174,
 255, 260
 Farkas, M. 67-71, 80, 82, 89, 101,
 106, 108, 112f., 125, 259, 265,
 269, 283

- Farkas, V. 112, 260
 Fast, H. 256
 Fedotow 186
 Feigl, R. 129
 Fejgin, A. 143, 220, 222, 231, 235, 272, 283
 Fejtő, F. 268
 Ferszt, L. 232
 Field, Herbert H. 58
 Field, Hermann 59f., 129, 138, 143, 221ff., 240, 283
 Field, Herta 58ff., 144, 177, 182, 264
 Field, Noel H. 15, 57ff., 61-64, 66, 70, 73, 75, 79ff., 102ff., 108, 120, 124, 128f., 132, 138, 144, 146, 176-183, 185f., 188-191, 195, 197, 220-223, 234, 240, 264ff., 272, 283
 Finder, P. 213f., 230, 238
 Fischer, E. 93
 Fischer-Galati, S. 270
 Fischl, O. 134, 138ff., 283
 Flato 233
 Földi, J. 78, 91, 121, 148
 Földi, K. 78
 Foris, St. 151ff., 157, 160, 166, 168, 271
 Franco, F. 94
 Frank, J. 134, 140, 283
 Frejka, L. 134, 136, 140, 283
 Fricke, K. 166, 180, 183, 192f., 195-198, 271
 Fuhrmann, B. 184
 Fundo, L. 27, 32

 Galkin 268
 Ganew, G. 54
 Gecow, L. 220, 222, 237, 283
 Geffke, H. 181
 Gega, L. 27
 Geminder, B. 127, 134, 138ff., 162, 192, 283
 Georgescu, T. 151, 153ff., 157ff., 161-165, 168
 Georgiew, D. 48
 Georgiew, J. 53
 Gerhard, J. 232
 Gerö, E. 67, 69ff., 82, 89, 101, 106, 113, 125, 259, 265, 269, 284
 Gewrenow, J.S. 49
 Gheorghin-Dej, G. 15, 38, 69, 149f., 152-155, 157-168, 209, 249, 271, 284
 Gjinishi, M. 27, 32
 Glaser 60
 Glaser, E. s. Wallach, E.
 Glawintschew, G. 54
 Göring, H. 41
 Goldhammer, B. 177, 184f., 190, 197
 Goldstücker, E. 132, 141, 252
 Gomulka, W. 12f., 57, 64, 107, 137, 143, 173, 209-219, 222-230, 233-241, 248f., 272f., 284
 Gorbatschow, M. 17, 253
 Gottwald, K. 15, 69, 75, 125f., 128-131, 133-136, 141, 162, 209, 251, 265, 268, 270, 284
 Granowska, M. 221
 Gurion, B. 139, 191
 Gyurkó, L. 67, 266

 Hadschi-Panzow, B.J. 49, 53
 Hajdù, V. 131, 134, 136, 140
 Haraszti, S. 111, 250
 Hardy, Th. 256
 Hasbiu, K. 263
 Havas, A. 84, 206
 Heath, D.R. 50
 Hebrang, 23, 261
 Hegedüs, A. 267
 Held, H. 220
 Heltai 250f.
 Hemingway, E. 256
 Herman, F. 228f.
 Heydrich, R. 68
 Himmler, H. 197
 Hitler, A. 68, 73, 92ff., 102, 106, 120, 125, 136, 151, 177f., 211, 213, 226, 231, 252

- Hódos, G.H. 96, 99, 117, 122, 147f., 245
Hódos, M. 76f., 92, 174, 204-208, 246, 255ff.
Hódos, Z. 246
Horáková, M. 132
Horthy, M. 103, 284
Horvath, J. 132
Horvath, O. 108
Hoxha, E. 25f., 28-34, 262f., 284
Hromadko 132, 142
Hryniewicz, B. 229f.
Husák, G. 13, 132, 142, 173, 252f., 284
- Jgnotus, P. 113, 266
Jlly 111
Jonescu, G. 156ff., 161f., 167, 270
Jskrow 263
Jwanowsky, W. 49
Jacob, A. 166
Jakubowicz, S. 220
Janko, P. 89, 146, 266
Jaroszewicz, A. 224, 232, 239
Jokova, T. 262
Judin, P.F. 221
Jugow, A. 37, 41f., 44f., 55, 285
Jungmann, E. 193
Justus, P. 72, 74, 83, 91, 101, 104, 108, 285
- Kaczmarek 239f.
Kádár, J. 13, 67, 85ff., 111f., 115, 135, 144, 173, 208, 237, 250f., 253, 259f., 266f., 285
Kadzior 231
Kaganowitsch 20
Kairakow, L. 54
Kálcsics, J. 82
Kalinin 20
Kállai, G. 111f., 144, 250, 259, 267, 285
Kálmán, A. 90f., 93f., 121, 148, 179, 207, 221
Kálmán, P. 207
- Kantorowitz, A. 197
Kaplan, K. 110, 128, 135, 140, 264f., 267ff.
Karczynski 230
Kardelj, E. 36, 38f., 50, 102, 105f., 285
Károlyi, M. 114, 122f., 260
Kaskiewicz 222
Katz, O. s. Simone, A.
Kauder 133
Kautsky, K. 95
Kavan, P. 132, 141
Kawa, J. 220
Kellezi, A. 262
Kerentyi, N. 34
Kéthly, A. 110, 285
Kim Il Sung 256
King, R. 270
Kirchmayer 229
Klirko 113
Kliszko 218
Koestler, A. 11, 78
Koffler, R. 151, 153, 157, 160f., 168, 271
Kohnová, A. 129
Kohoutek 133f.
Kolarow, W. 41, 45f., 263
Koletzki, V. 34
Komar, W. 232f., 241, 286
Konecny 132
Konkoly-Thege, B. 201
Kopácsi, S. 87, 114
Kopecky 135, 141, 251
Kopold 132
Kopfiva, L. 125f., 129, 133, 268, 286
Korondy, B. 86, 101, 108, 286
Kostal 126, 133
Kostow, T. 12, 35, 38, 41-54, 149, 183, 223, 248f., 263, 286
Koszta-Nagy 105
Kowalski, A. 230
Kreikemeyer, W. 177, 184f., 188, 196
Kristo, P. 30, 32, 34

Kriwitzki, W. 264f.
 Krüger, H. 182
 Kruglow 21
 Kugler, N. 195
 Kún, B. 50, 173, 286
 Kunin, P. 54
 Kuropieska, J. 229
 Kusnziejow 21
 Kuthy, L. III
 Kuti, G. 118, 148, 207

Lambrew 263
 Langhoff, W. 184
 Lautner, J. 264
 Lechowicz, W.W. 224, 239, 286
 Lechtman, T. 220, 222
 Leder 233
 Lehota, J. 170, 201, 245
 Lendvai, P. 36, 43, 152, 162, 167,
 262, 268, 270f.
 Lenin 11, 41, 93, 128, 156, 211f.,
 253, 256
 Lessing, D. 256
 Lewin, M. 273
 Lewis, F. 61f., 197, 221, 225, 237,
 264
 Lichatschew 74, 82, 88, 109, 131
 Lieben, G. s. Lomsky, H.
 Lis, J. 220
 Ljalin 220
 Loebl, E. 129, 131, 133f., 136, 140,
 268f., 287
 Löwy, J. 113
 Loga-Sowinski 218
 Lomsky, H. 138
 London, A. 131, 133ff., 140, 192,
 268f., 286
 Losonczy, G. 111f., 144, 250f., 259,
 286
 Lozanow, B. 48, 52
 Luca, V. 149f., 153ff., 158f., 161-
 168, 237, 248f., 271, 287
 Lukács, L. 163
 Lulo, A. 26, 32
 Lussac, G. 111
 Luxemburg, R. 211

Majoros, S. 201
 Makarow 74, 82, 88, 110, 131
 Malenkow 269
 Maleshova, S. 28f.
 Maniu 154
 Mankiewicz, P. 225
 Mao Tse Tung 256
 Margolius, R. 134, 140, 287
 Markham, R. 270
 Markowska 240
 Markus, K. 129
 Marosán, G. 110, 287
 Marschall, L. 257
 Marx, K. 93, 256
 Maslarow, J. 54
 Massing, H. 62
 Matter, O. 116f., 122, 244
 Matthews, J.B. 62
 Maurer, J.G. 157
 Mazur, F. 217, 232
 McCarthy, J. 62
 Medvedev 20, 68, 262
 Merker, P. 57, 177, 184f., 188, 191-
 195, 197, 248, 287
 Michalak, K. 220
 Michnik, A. 249
 Mielke, E. 187f., 198, 266, 287
 Mietkowski, M. 233
 Mikojan, A. 20, 133f., 262, 287
 Milic 105
 Mine, H. 231, 235
 Mindszenty (ungar. Kardinal) 71,
 169
 Mitrogorji, V. 34
 Mocsony-Stircea, J. 157, 161
 Môd 250
 Modzelewski, Z. 231f.
 Moghioros, A. 163
 Moisescu, J. 160
 Molnár, M. 110
 Molojec, B. 213f., 271
 Molojec, Z. 214
 Molotow, W.M. 20, 37f., 43, 162,
 164, 186, 269, 287
 Monzon, J. 264

Morgenthau, H. 191
 Moskovic, K. 269
 Müller, K. 184ff., 190, 192f., 197, 288
 Münnich, F. 257
 Mugosa, D. 26
 Mussolini, B. 25

 Nagy, J. 114, 127, 204, 207, 245, 250, 256, 269, 288
 Nase, N. 263
 Natschew, N. 49, 53
 Nemeth, D. 90, 108
 Ngjela, K. 263
 Nienaltowski 239
 Nikolaschkin 220
 Nosek 130
 Nota, H. 34
 Novak 132
 Novomeský, L. 132, 268
 Novotny, A. 125, 135, 141, 251, 270, 288
 Novy, V. 131, 142, 252
 Nowicki, J. 220
 Nowotko, M. 213ff., 219, 230, 238, 271

 Ochab, E. 273
 Ognjenovic, M. 101, 108
 Ojrzynski 239
 Oprecht, E. 207
 Oren, M. 139, 268
 Outrata, E. 143f.
 Oxley 50

 Pajor 239
 Pálffy, G. 73f., 82f., 86, 101, 104, 107f., 111, 130, 266, 288
 Pálóczy-Horváth, G. 110, 266,
 Pano, N.C. 24, 26ff., 30f., 262
 Parvulescu, C. 151
 Patkó, J. 242
 Patrascanu, L. 12, 107, 149, 151, 153-161, 163f., 168, 223, 237, 270f., 288

 Pauker, A. 151, 153ff., 157ff., 161-168, 288
 Pauker, M. 150, 166
 Pavel, J. 132, 141, 252, 269
 Pavlik, Ch. 124, 128f., 222
 Pavlik, G. 107, 124, 128f., 222, 288
 Pawlow, N. 49, 53
 Pawlow-Entscho 263
 Pelikán, J. 75, 128, 130, 132, 135, 142, 267ff.
 Perkins 228
 Perllaku, R. 262
 Péter, G. 66, 71, 73ff., 79, 82, 86f., 108, 110, 112, 114f., 208, 259, 267, 289
 Peyrefitte, R. 202
 Philby, K. 19
 Piasecki, H. 220, 231
 Pickens 228
 Pieck, W. 183, 193, 289
 Pijade, M. 37, 139, 289
 Pjatakow 96
 Placek, St. 132
 Pokorný, D. 134, 268f.
 Politzer 108, 176, 179
 Popovic, M. 26
 Popow, B. 263
 Porffý 111
 Poskrebyschew 20
 Powers 19
 Puschkin 272

 Radek, K. 86
 Radkiewicz, St. 131, 143, 215, 217, 231, 235, 289
 Rado, A. 62, 264
 Rais 135
 Rajk, J. 250, 265f.
 Rajk, Laci 85, 251
 Rajk, László Hff., 35, 64, 66ff., 70-75, 77, 81ff., 85ff., 89ff., 101-106, 108, 110f., 119, 121, 130, 135, 146, 167, 171, 174, 176, 183, 196, 223, 236f., 248, 250f., 256f., 265ff., 289

- Rákosi, L. 199, 201
Rákosi, M. 15, 66f., 69-74, 77, 79,
82, 85f., 89, 101, 106, 108, 110-
114, 119, 125, 127, 130, 167,
189f., 209, 220, 245, 248, 250,
255f., 259, 264f., 267, 269, 289
Rakowsky, Ch. 49
Ramohito, H. 262
Ranghet, J. 151
Rankovic, A. 50, 82, 102f., 105ff.,
191, 290
Rautu, L. 158, 167
Reicin, B. 127, 132, 134, 140, 162,
290
Reiman, M. 129
Reimann, M. 184, 186
Reismann, J. 120, 171
Reiss, J. 264f.
Révai, J. 67, 71, 290
Révay, K. 111
Riesz, J. 110
Ripka, R. 136f.
Rodionow 21
Rokossowsky, K. 227, 232
Roman, V. 158
Romkowski, R. 143, 220, 222, 231,
235
Rosta, E. 116f., 122, 145, 147f.
Rozanski, J. 130, 143, 222, 290
Rzepecki, J. 228
- Schalom, B. 139
Schalom, F. 139
Schdanow, A. 20f., 68
Schukow 20
Sedow, L. 186
Sejko 262
Serow, J.A. 180f., 226, 233f., 257,
290
Shehu, A. 34, 262
Shehu, F. 263
Shehu, M. 28, 31f., 263, 290
Silber, B. 157, 161
Simon, J. 114
Simone, A. 134, 136, 138, 140, 192,
- Siroky, V. 125
Skendi, S. 24, 27, 262
Skilling, H.G. 125
Skoblin 68
Skulbaszewski, A. 227, 233
Slánská, J. 128, 268
Slánský, R. 12, 64, 68f., 125ff., 129,
133-140, 142, 159, 162, 164, 192,
196, 222, 234, 236, 248, 251f.,
268, 291
Slawow, J. 53
Slawow, K. 263
Sling, O. 132ff., 136, 140, 268, 291
Šlingová, M. 268
Smiljanic 104
Smolka, P. 116f., 122
Smrkovský, J. 132, 143, 252, 269
Sokolin, W. 264f.
Sokolowski, J. 220
Soldatow 222, 272
Solyomos, J. 166
Sólyom, L. 111
Somló, G. 148
Sperling, F. 184f., 189f., 192f., 197
Spiru, N. 28-32
Spychalski, J. 225, 228
Spychalski, M. 214f., 223-230, 234,
236-241, 291
Stalin, J.W. 11, 13-24, 26-46, 49,
53, 55, 57, 64, 68ff., 72, 74, 77,
89, 92f., 96, 107f., 112-115, 125-
128, 130-135, 140, 142f., 149f.,
152-156, 158f., 162ff., 166f., 171,
176, 188ff., 194ff., 204, 209-214,
216-219, 221, 223, 227, 229, 231,
233-236, 238f., 248, 251, 253,
256, 261ff., 267f., 270, 272f.
Staszewski, St. 217, 234
Stefanescu, A. 161
Stefanow, J. 49, 53
Steinberger, B. 179ff., 184f., 190,
197
Steinberger, J. 179
Stern, C. 181, 194

Steven, St. 63, 66
 Stockler, L. 113
 Stolte, J. 82
 Sváb, K. 129f., 132, 134, 140, 291
 Svermová, M. 127, 132f., 142, 269
 Svoboda, A. 142
 Svoboda, L. 127, 132, 252, 270
 Swiatlo, J. 64, 130, 220ff., 224, 226,
 231, 233, 235ff., 268, 271f., 291
 Szakasits, Á. 110, 291
 Szâl, J. 66
 Szalai, A. 83, 90, 101, 104, 108,
 126, 174, 257, 291
 Szalai, B. 255
 Száraz, G. 266
 Szász, B. 81, 113, 174, 250f.
 Szebenyi, E. 90
 Székács 113
 Szirmai, J. 113
 Szönyi, A. 81, 207
 Szönyi, T. 66, 68, 70, 73ff., 79ff.,
 83, 89, 91, 94, 97, 99, 101, 104ff.,
 107f., 116f., 121f., 126, 128, 130,
 145ff., 171, 174, 176, 179ff., 207,
 220f., 257, 265f., 291
 Szücs, E. 74f., 79, 82, 112, 128, 130,
 220, 267
 Szücs, M. 112f.

 Talbott, St. 270
 Tashko, K. 262
 Tatar, St. 225-229
 Tatarescu, G. 160, 292
 Taussigová 269
 Témine, E. 265
 Terpeshew, D. 55
 Teubner, H. 184, 271
 Theodosi, K. 263
 Tildy, Z. 110
 Timo Eejew s. Puschkin
 Tito 13, 20-24, 26-40, 43ff., 49f., 52,
 68f., 73ff., 77, 81, 85ff., 101ff.,
 105ff., 109, 130, 139, 143, 147,
 154-157, 160f., 171, 191f., 209,
 212, 218, 223, 261

 Tolstoi, A. 262
 Tontschew, St. 54
 Toranska, T. 218, 234, 272
 Torosian, H. 157, 161
 Trepper, L. 264
 Trotzki, L. 11, 39, 96, 186
 Truman, H. 19
 Tscherwenkow, V. 40-46, 48, 53,
 55, 209, 263, 266, 292
 Tsontschew, T.St. 49, 53
 Tuchatschewsky, M.N. 68, 292
 Tucker, R.C. 273
 Tutew, J.G. 49

 Ujhelyi, S. 11f., 250
 Ulam, A.B. 22, 36f., 46, 213, 216f.,
 224, 263, 270
 Ulbricht, W. 57, 181, 184, 189, 191,
 194, 196ff., 209, 249, 292
 Urválek, J. 135

 Vági, F. 91, 93-96, 146, 148, 221
 Vales, O. 132
 Valicky 50
 Valo, J. 132
 Varga, J. 200f.
 Vas, Z. 113, 292
 Vasilichi, G. 158
 Veselá, V. 129
 Veselý, J. 74f., 129f.
 Vieser, H. s. Field, Herta
 Vietoris, G. 119f., 171
 Villányi, A. 90
 Voska 268
 Vosnesensky 21
 Vosnesensky, D. 227, 233
 Vukomanovic 34, 105

 Waczek, M. 225
 Wallach, E. 60, 182-190, 197
 Wallach, R. 60
 Wasilew-Boiko 263
 Weiterer, M. 177, 182, 184f.
 Werfel, F. 256
 Werfel, R. 272

Whitman, W. III
Wilkonski 230
Wilson, T.W. 58
Wlasik 21
Wojnar 230
Wolff, R.L. 27, 30, 33, 36, 40, 44,
56, 262f., 270
Woroschilow 20
Wrantschew, P. 54
Wyschinskij, A. 41
Wyszynski 240
Xoxe, K. 24ff., 28-35, 39, 262, 292
Zadgorsky, N. 54
Zambrowski, R. 131, 231, 235, 292
Zapotocky, A. 125, 141, 251, 270,
292
Zâ
Zilliacus, K. 137, 293
Zöld, S. 112, 293
Zogu, A. 25
Zuckermann, L. 193f.
Zujovic 23, 261